

**Stenografisches Protokoll**  
- Endgültige Fassung\* -

der 51. Sitzung  
des 1. Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag, dem 8. September 2011, 10.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

1 - 85

Herr Dr. Hans-Joachim Röhler  
gemäß Beweisbeschluss 17-197

---

\* Hinweis:

Die wesentlichen Korrekturen des Zeugen Dr. Hans-Joachim Röhler (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.08 Uhr)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere Sitzung des Untersuchungsausschusses mit dem **einzigen Tagesordnungspunkt:**

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Dr. Hans-Joachim Röhler  
gemäß Beweisbeschluss 17-197

Ich begrüße unseren Zeugen Herrn Dr. Hans-Joachim Röhler sehr herzlich in unserer Mitte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich, wie jedes Mal, darauf hinweisen, dass die Vertreter der Medien, die ich gar nicht sehe - -

(Auf der Tribüne meldet sich eine  
Vertreterin der Presse)

- Doch, es wird gewunken. Entschuldigung. Guten Tag! Wie schön! Herzlich Willkommen in unserer Mitte! Wenn Sie auf die Idee gekommen sein sollten, Ton-, Film- oder Bildaufnahmen anzufertigen, dann müssten Sie das jetzt beenden. Das ist nämlich während der öffentlichen Beweisaufnahme ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig. Wenn Sie dagegen verstoßen würden, dann könnte der Ausschuss Sie dauernd ausschließen oder auch strafrechtlich belangen.

Unsere Zuhörerinnen und Zuhörer erinnern ich daran, dass es nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen. Auch die Benutzung von Mobiltelefonen ist aus diesem genannten Grunde unzulässig.

**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Hans-Joachim Röhler**

Herr Dr. Röhler, ich begrüße Sie herzlich in dieser Ausschusssitzung und darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zwecke dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-197, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungs-

ausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Darüber hinaus liegt uns eine Aussagegenehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit Schreiben vom 1. Juni 2011 vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie bis hierher Fragen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Dann können wir nach diesen notwendigen Vorbemerkungen mit der Vernehmung zur Person beginnen.

Ich möchte Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und darüber hinaus möchte ich Sie fragen, ob Ihre Anschrift, die wir für Ihre Ladung verwandt haben, noch korrekt ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Zur Person: Dr. Hans-Joachim Röhler, 77 Jahre alt, wohnhaft: [REDACTED].

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhler. - Die Angaben zu Ihrem Wohnort werden wir dann schwärzen, weil die Protokolle nach Beendigung und Abschluss des Ausschusses auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Umgang mit den Mikrofonen in diesem Saal ist ein Problem. Sie müssen versuchen, das Mikrofon noch etwas höher zu ziehen, damit wir uns gut verstehen, weil die Akustik in diesem Raum ein bisschen gewöhnungsbedürftig ist.

Bevor wir mit der Vernehmung in der Sache beginnen, möchte ich noch einmal einleitend sagen, dass es dem Ausschuss darum geht, ob es auf dem Wege zu einer zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen anderen Standort daneben alternativ zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern und uns einführend zu erläutern, inwiefern Sie mit diesem Sachverhalt im Rahmen Ihres Dienstgeschäftes beschäftigt waren. Wenn Sie das nicht möchten, dann fangen wir gleich mit den Fragen an. Das ist auch in Ordnung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich würde mich ganz gern im Zusammenhang äußern. Meine Aussage basiert auf meiner Erinnerung, die ich aufgefrischt habe durch Einsichtnahme in Akten zu dem Komplex Gorleben, die beim niedersächsischen Umweltministerium liegen.

Ich war von August 1974 bis Juli 1978 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Das heißt, meine Aussagen beschränken sich auf diesen Zeitraum.

Im Zusammenhang kann ich Folgendes sagen: Das nukleare Entsorgungszentrum wurde nach meiner Erinnerung im Jahre 1974, vermutlich Ende 74, dem Ansiedlungsreferat im Wirtschaftsministerium als industriepolitisches Projekt bekannt. Das nukleare Entsorgungszentrum sollte alle Anlagen der

nuklearen Entsorgung als ein integriertes Gesamtsystem an einem Standort zusammenfassen, das heißt, Brennelemente-wiederaufarbeitung, Behandlung und Lagerung der radioaktiven Abfälle sollte an einem Standort stattfinden.

Für das Endlager war nach dem damaligen Stand der Wissenschaft 1975/76 ein unverritzter, das heißt jungfräulicher Salzstock vorgesehen, der unterhalb der Anlage liegen sollte. Der Salzstock sollte eine horizontale und vertikale Mächtigkeit aufweisen. Ein Salzstock deshalb, weil nach dem damaligen Erkenntnistand Salz eine hohe Wärmeleitfähigkeit besaß sowie eine hohe Dichte und undurchlässig für Flüssigkeiten und Gase war. Ferner besaß Salz feinmechanische Eigenschaften wie Plastizität. Der Salzstock sollte aus homogenem Salz bestehen, das keine die Standfestigkeit beeinträchtigenden Einschlüsse wie Ton oder Anhydrid aufwies.

Nach meiner Erinnerung wurden der Minister und ich Anfang 1975 über den Komplex nukleares Entsorgungszentrum insgesamt unterrichtet. Das Industriereferat hatte im Laufe des Jahres 1975 ein besonderes Augenmerk auf das Projekt, das zunächst auf Fachbeamtenebene - Sozialministerium, Wirtschaftsministerium, Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung und Oberbergamt - betrieben wurde.

Das Projekt nukleares Entsorgungszentrum wurde nach meiner Erinnerung Ende 75, Anfang 1976 politisch relevant, das heißt öffentlichkeitswirksam, und kam in die Diskussion, ausgelöst durch Presseveröffentlichungen in emsländischen Zeitungen und durch die Bohrungen auf dem Grundstück der Witwe Frericks. Dazu muss man vorausschicken, die KEWA war vom Bund beauftragt worden, im Bundesgebiet Standorte für dieses nukleare Entsorgungszentrum zu suchen. Die KEWA hatte, nachdem sie das Bundesgebiet - in Anführungszeichen - abgegrast hatte, drei Standorte ausgeguckt, die nach ihrer Auffassung grundsätzlich geeignet waren. Das waren Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Auf dem Grundstück der Witwe Frericks wurde im Auftrag der KEWA gebohrt, und zwar ging es da um den Salzstock Wahn, wobei der Witwe Frericks durch Vorspiegelung falscher Tatsachen die Zustimmung zur Bohrung - ich sage mal - abgefragt wurde. In der Zustimmungserklärung stand nämlich drin, es würde nach Erdgas gebohrt, und hinterher ergab sich - das hat die Witwe

Frericks rausgekriegt -, dass es um Probebohrungen für ein Endlager ging.

Das Ganze löste einen Sturm der Entrüstung im Emsland aus. In der Folge kam es zu Protesten vonseiten der Abgeordneten der kommunalen Parlamente, des Landvolks insbesondere. Danach fand eine Besprechung des Wirtschaftsministeriums mit den Vertretern des Emslandes statt.

Nach meiner Erinnerung wurde dann beschlossen, um dem Salzstock Wahn die Ausschließlichkeit für das nukleare Entsorgungszentrum zu nehmen, dass alle drei Standorte, nämlich Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh, gleichzeitig untersucht und als gleichrangig behandelt werden sollten. Infolge dieser Entscheidung bildeten sich an den Standorten Lutterloh und Lichtenberg<sup>1</sup> [sic!] ebenfalls Protestbewegungen. Ob und in welchem Umfang an diesen beiden Standorten noch Probebohrungen stattgefunden haben, kann ich heute nicht mehr sagen.

Nach meiner Erinnerung sollte das Thema nukleares Entsorgungszentrum im Februar in einer Kabinettsitzung erörtert werden. Es kam aber dann im Februar zu einem Regierungswechsel, und es wurde im Februar nicht wie vorgesehen im Kabinett behandelt. Ich selbst habe dann den Ministerpräsidenten Dr. Albrecht, der neu ins Amt gekommen war, unterrichtet und habe dann auch die Kabinettsmitglieder schriftlich mit einem Schreiben vom 1. März, das in den Akten nicht auffindbar ist, über den Sachstand unterrichtet.

Nach meiner Erinnerung haben wir intern im Wirtschaftsministerium Ende des ersten Quartals 1976 - es kann auch zu Beginn des zweiten Quartals 1976 gewesen sein - die Diskussion um die Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh ausgewertet, weil wir bei den Diskussionen festgestellt hatten, dass die Argumente der KEWA in Bezug auf diese drei Standorte Argumentationsschwächen auswiesen. Dies führte dazu, dass im Wirtschaftsministerium intern weitere Standortmöglichkeiten geprüft wurden. Und dabei stellte sich auf Fachebene heraus, dass die Zahl der möglichen Standorte größer war als die drei von der KEWA ursprünglich vorgesehenen. Es handelte sich um eine größere Zahl. In den Akten ist mal die Rede von 20, mal von 25. Da kann ich mich nicht festlegen. Aber darunter war auch Gorleben, das von

der KEWA nicht in das Untersuchungsprogramm aufgenommen worden war. Ich bin mir nicht sicher, aus welchen Gründen Gorleben damals nicht aufgenommen worden ist. Ich will nicht ausschließen, dass es politische Gründe waren, nämlich Grenznähe; denn ich erinnere mich noch sehr gut, weil ich daran Anstoß genommen hatte, dass die KEWA Lüttau auch als grundsätzlich geeigneten Standort vorgesehen hatte, aber den Standort Lüttau aus der weiteren Untersuchung herausgenommen hatte aufgrund des Ausschlusskriteriums Grenznähe.

Wir selbst im Wirtschaftsministerium waren der Meinung, wenn wir einen Standort auswählen sollten, dann sollte der am besten geeignete zum Zug kommen, unabhängig von der Lage, und wenn die Lage festgestellt wird, dann wird man weitersehen.

Die KEWA hat dann in der Folge diese Standorte abgearbeitet. Ich kann nicht mehr exakt sagen, wie diese 20 oder 25 Standorte, die der KEWA übermittelt worden sind, zustande gekommen sind. Ob dies im Zusammenhang zwischen Wirtschaft<sup>2</sup> und Landesamt für Bodenforschung und Oberbergamt allein geschehen ist oder in Abstimmung mit dem Sozialministerium oder in einem de facto interministeriellen Arbeitskreis, das weiß ich nicht mehr so genau. Aber damals bestand schon ein interministerieller Arbeitskreis, fachübergreifend, zu Standorten für Kernkraftwerke. Ich will nicht ausschließen, dass in diesem Arbeitskreis diese Standorte ausgeguckt worden sind. Ich kann dazu nicht mehr sagen.

Die KEWA hat dann in der Folge ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diese hat sie neben den bisherigen drei Standorten Lichtenhorst, Lutterloh und Wahn weitere Standorte einbezogen. Das Ergebnis der KEWA, das wohl Ende des zweiten, Anfang des dritten Quartals vorlag, war, dass Gorleben nach den Kriterien der KEWA der geeignetste Standort war, ein grundsätzlich geeigneter Standort war,<sup>3</sup> gefolgt von Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Im dritten Quartal hat die Bundesregierung, insbesondere der damalige Bundeskanzler Schmidt, die Landesregierung, also Herrn Ministerpräsident Dr. Albrecht, auf die Festlegung eines Standorts gedrängt. Im Rahmen dieser Diskussionen kam es am

---

<sup>1</sup> Richtstellung des Zeugen: streiche „berg [sic!]“, setze „horst“, Anlage

<sup>2</sup> Ergänzung des Zeugen: „sministerium“, Anlage

<sup>3</sup> Richtstellung des Zeugen: streiche „ein grundsätzlich geeigneter Standort war“, Anlage



11.11.1976 zu einem Gespräch zwischen der Landesregierung, an dem teilgenommen haben: von Landesseite der Ministerpräsident, die Minister Schnipkoweit, Bosselmann<sup>4</sup> und Hasselmann und auf Bundesseite die Minister Friderichs, Matthöfer und Maihofer zu dem Thema „Standortauswahl, Standortbestimmung für ein nukleares Entsorgungszentrum in Niedersachsen“.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass der Ministerpräsident Dr. Albrecht den Bundesministern zusagte, eigene niedersächsische Standortüberlegungen anzustellen und einen eigenen vorläufigen Standortvorschlag zu machen; vorläufig deshalb, weil die Untersuchungen im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens ein positives oder negatives Ergebnis bringen konnten. Das Ganze war deshalb, weil es ergebnisoffen war, als vorläufig bezeichnet worden.

Im Verlauf des Gesprächs am 11.11. - ich kann nicht sagen, ob das in dem Ministergespräch stattgefunden hat, dass Herr Kiep den Standort Gorleben genannt hat - - In jedem Fall ist entweder in dem Ministergespräch oder in dem anschließenden Gespräch mit den Fachbeamten von niedersächsischer Seite der Standort Gorleben in die Diskussion gebracht worden und war damit auch dem Bund bekannt.

In Verfolg der Besprechung am 11.11.1976 hat das Kabinett, um die Zusage gegenüber der Bundesregierung<sup>5</sup>, eine vorläufige Standortauswahl zu treffen - - den interministeriellen Arbeitskreis<sup>6</sup> beauftragt, dem die Ressorts Wirtschaftsministerium, Sozialministerium, Innenministerium, Landwirtschaftsministerium, Landesamt für Bodenforschung, Oberbergamt und ein Vertreter der Staatskanzlei angehörten. Der Arbeitskreis wurde geleitet von Ministerialrat Stuhr aus dem Wirtschaftsministerium. Dieser IMAK wurde beauftragt - nach meiner Erinnerung unabhängig und ohne politische Vorgaben und unabhängig von den durchgeführten Untersuchungen der KEWA -, Kriterien und Grundlagen für eine vorläufige Standortentscheidung in einer Kabinettsvorlage zu erarbeiten, unter folgenden Aspekten: Die Kabinettsvorlage sollte eine Gegenüberstellung der aus der Sicht Niedersachsens für das nukleare Entsorgungszentrum in

Betracht kommenden Standorte enthalten. In die Gegenüberstellung sollten die Standorte Wahn, Lichtenhorst, Lutterloh und Gorleben sowie eventuell weitere bei der Untersuchung sich ergebende Standorte einbezogen werden. Die für die synoptische Gegenüberstellung der infrage kommenden Standorte erforderliche Vorprüfung sollte streng vertraulich und interministeriell ohne Hinzuziehung nachgeordneter Dienststellen oder Kommunen durchgeführt werden. In der Kabinettsvorlage sollte kein Vorschlag zugunsten eines Standortes enthalten sein. Mit der vorläufigen Standortentscheidung wollte die Landesregierung auch die weiteren Schritte, zum Beispiel Information der Kommunalinstanzen, festlegen.

Ob der IMAK erst durch die Kabinettsvorlage vom 11.08.76 gegründet worden ist oder nicht schon vorher bestand, kann ich nicht genau sagen. Ich habe die Kabinettsvorlage vom 11.08. noch mal durchgelesen und da heißt es: Aus Vertretern der durch das Vorhaben NEZ betroffenen Landesressorts ist eine Arbeitsgruppe gegründet worden. Das deutet darauf hin, dass der IMAK schon vorher bestand und lediglich den Segen des Kabinetts erhalten sollte.

Der IMAK hat dann in vier Phasen Grundlagen und Kriterien für eine grundsätzliche Vorauswahl der Landesregierung entwickelt. Im ersten Durchgang hat der IMAK eine erste Vorauswahl getroffen und dieser Vorauswahl folgende Kriterien zugrunde gelegt: Vorhandensein eines Salzstocks, weitestgehend besiedlungsfreies Betriebsgelände in einer Größenordnung von drei mal vier Kilometern, keine Ausweisung von Erholung und Landschaftsschutz und Naturschutzgebieten im Bereich des vorgesehenen Betriebsgeländes. Unter diesen Aspekten sind 140 Salzstöcke untersucht worden.

Für den zweiten Durchgang blieben 23 mögliche Salzstandorte<sup>7</sup>, inklusive der Salzstöcke Wahn, Lichtenhorst, Gorleben und Lutterloh, übrig. In der zweiten Phase hat die Projektgruppe diese 23 Standorte nochmals konkreter unter den Gesichtspunkten Lage des drei mal vier Kilometer Geländes auf dem Salzstock, Tiefenlage des Salzstocks - er sollte nach Möglichkeit nicht tiefer als 800 Meter unter der Erdoberfläche liegen -, Größe des Salzstocks, Besiedlung im vorgesehenen Standortbereich, Bestehen konkur-

---

<sup>4</sup> Ergänzung des Zeugen: „Kiep“, Anlage

<sup>5</sup> Ergänzung des Zeugen: „einzuhalten“, Anlage

<sup>6</sup> Ergänzung des Zeugen: „mit den Vorarbeiten dazu“, Anlage

---

<sup>7</sup> Richtigestellung des Zeugen: streiche „standorte“, setze „stöcke“, Anlage

rierender Nutzungsansprüche auf einem solch angenommenen Betriebsgelände - - Unter diesen Aspekten blieben schließlich 14 mögliche Standorte übrig, einschließlich Mariagluck, das auf Anraten des Landesamts für Bodenforschung in die nähere Betrachtung mit einbezogen wurde.

In der dritten Phase sind diese 14 Standorte anhand eines umfassenden Kriterien- und Bewertungskatalogs auf ihre Standort-eignung überprüft worden. Der Kriterien- und Bewertungskatalog wurde anhand der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen *Bewertungsdaten für die Eigenschaften von Kernkraftwerkstandorten aus der Sicht von Reaktorsicherheit und Strahlenschutz* und des Entwurfs einer Empfehlung der Ministerkonferenz für Raumordnung zu den Zielen und Kriterien für die Standortauswahl bei Kernenergieanlagen erarbeitet.

Untersucht wurden folgende Kriterien-gruppen: Sicherheit, Umwelt, wirtschaftliche Aspekte mit verschiedenen Untergruppen. Unter dem Aspekt Reaktorsicherheit und Strahlenschutz sind untersucht worden: die Siedlungsdichte im Bereich des Salzstocks und im Bereich des drei mal vier Kilometer großen Betriebsgeländes, die Beschaffenheit des Baugrundes, die Art der Oberflächennutzung, Erdbebengefährdung, Flugverkehrs-dichte, Aspekt des Lagerns und des Transports von explosiven Stoffen, die Hochwas-sergefährdung, meteorologische Gegeben-heiten, letztlich die radiologische Vorbelas-tung.

In der Kriteriengruppe Endlagergeologie, einer entscheidenden Kriteriengruppe, wurde untersucht: die Lage des Betriebsgeländes über dem Salzstocks, die Tiefenlage des Salzstocks. Das Betriebsgelände sollte mög-lichst zentral, das heißt über der Spitze des Salzstocks liegen, da Bohrungen vor Antrag-stellung nicht durchgeführt werden sollten. Hinsichtlich der Tiefenlage wurden die Salz-stöcke negativ bewertet, die tiefer als 500 Meter liegen, da in dieser Tiefe die Anlage eines Bergwerks auf Schwierigkeiten stößt.

Es wurden dann weitere Aspekte - Siche-rung der öffentlichen Trinkwasserversorgung, Kriteriengruppe Landespflanze und Erholung, Kriteriengruppe Verkehr, Kriteriengruppe Oberflächennutzung, Kriteriengruppe Was-serversorgung - bewertet, einschließlich der Kriteriengruppe Strukturpolitik.

Je nach dem Grad der Erfüllung der ein-zelnen Kriterien wurden Punkte von null bis vier vergeben. Entsprechend der Werte der

einzelnen Kriterien wurden diese unter-schiedlich gewichtet. Auf dieser Grundlage waren maximal 250 Punkte erreichbar. Bei den wirtschaftlichen Kriterien waren maximal 44 Punkte erreichbar, Verkehr 12, Oberflä-chen-nutzung 16, Wasserversorgung 16, bei Strukturpolitik waren maximal 24 Punkte erreichbar, und bei Sicherheit und Umwelt waren maximal 182 Punkte erreichbar. Da-raus wird ersichtlich, dass der Aspekt der Sicherheit und Umwelt mit 72,8 Prozent den entscheidenden Kriterienanteil an der Be-wertung hatte.

Auf der Grundlage dieser Bewertung wur-de dem niedersächsischen Kabinett mit der Kabinettsvorlage vom 09.12. für die Sitzung am 14.12.76 unter Beschreibung des Aus-wahlprozesses, wie ich ihn im Moment kurz umrissen habe, und der vorgenannten Be-wertungstabelle, wie die prozentualen Anteile waren, ohne Ausweisung der sich daraus ergebenden Punktzahl für die nach-geannten Standorte als Basis für die vor-läufige Standortentscheidung folgende Standortmöglichkeiten in alphabetischer Rei-henfolge vorgeschlagen: einmal Gorleben, Langenmoor, Lichtenhorst, Lutterloh, Maria-glück, Wahn und Westervesede. Jeder Standort wurde einzeln beschrieben und zu seiner Eignung unter den vorgenannten Kri-terien des IMAK Stellung genommen, ohne dass ein Direktvergleich stattfand. In Bezug auf Langenmoor, Lutterloh, Westervesede wurde die Errichtung eines nuklearen Ent-sorgungszentrums als außerordentlich pro-blematisch vorgesehen<sup>8</sup>. Nach Auffassung der Mitglieder des IMAK erschien die Errich-tung des nuklearen Entsorgungszentrums an den Standorten Gorleben, Lichtenhorst, Mariagluck und Wahn im Grundsatz möglich. Es wurde allerdings empfohlen, eine Ent-scheidung für einen dieser Standorte noch nicht zu treffen, da noch wesentliche Einzel-fragen abzuklären waren, die sich in den letzten Tagen vor der Kabinettsitzung erge-ben hatten.

Zu Gorleben war aufgekommen: Dort soll-te sich auf dem nordöstlichen Rand des Salzstocks auf DDR-Gebiet eine fündige Gasbohrung befinden. Auf niedersächsischer Seite sei noch zu prüfen, ob hier nach<sup>9</sup> Gas-vorkommen im Bereich des Salzstocks Gor-leben vorhanden seien.

---

<sup>8</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „vor“, Anlage

<sup>9</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „nach“, setze „noch“, Anlage

Bei Lichtenhorst: Lichtenhorst lag im Grundwasservorranggebiet für die Stadtwerke Hannover. Es musste überprüft werden, ob der Vorrang Grundwassergewinnung aufrechterhalten bleiben soll.

Zu Mariagluck sollte geprüft, ob der unverritzte Salzstock - Mariagluck war schon ein Bergwerk - für die Lagerung von hochradioaktiven Abfällen ausreichte.

In Bezug auf Wahn war die Problematik die, dass der Salzstock innerhalb des nördlichen Teils des Schießplatzes der Erprobungsstelle Meppen, und zwar in der Nähe des Zielgebiets und unterhalb eines Tieffluggebiets lag. Dieses Nebeneinander erschien problematisch. Es war abzuklären, inwieweit der Bund seine Aktivitäten reduziert.

Zu diesem Zeitpunkt lag in der internen Punktbewertung des IMAK, die nicht in die Kabinettsvorlage aufgenommen worden war, Gorleben an der Spitze. Gorleben hatte nach der Punktbewertung des IMAK Platz eins und schien<sup>10</sup> unter den grundsätzlich geeigneten Standorten der Standort mit der höchsten Bewertung.

Im Vorfeld der Kabinettsvorlage vom 09.12. fand eine Abstimmung mit den beteiligten Ressorts der Bundesregierung statt, ebenso mit der PWK; das war die Projektgesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen. Diese Vorabstimmung sollte sicherstellen, dass die in das Blickfeld genommenen sieben Standorte nicht auf Bedenken der Bundesregierung stoßen unter dem Aspekt der Geologie, der Hydrologie, der Technik.

Im Rahmen dieser Vorabstimmung hat das Bundesministerium, das BMFT, erklärt, dass es eine vorläufige Standortentscheidung jeweils für alle Standorte außer Gorleben akzeptiere. Gegenüber Gorleben gab es keinerlei technische Einschränkungen, sondern ausschließlich politische wegen der Grenznähe. Zum Standort Gorleben haben dann das Bundesinnenministerium, BMFT, das Bundesministerium für gesamtdeutsche Beziehungen, das Auswärtige Amt, das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundeskanzleramt in - ich glaube, es waren drei - Vorbesprechungen vor der Fertigstellung der Kabinettsvorlage Erwägungen angestellt, ob die Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums in vier Kilometer Entfernung zur

Zonengrenze Schwierigkeiten für die Beziehungen zur DDR aufwerfen könnten.

Die Bundesressorts hielten folgende Gründe für bedenklich: Der Salzstock ragte mit einem kleinen Zipfel - ein Kilometer - in das Gebiet der DDR. Die Bundesressorts befürchteten zwar keine absichtliche Gefährdung des Endlagers durch die DDR. Sie wünschten aber eine garantierte Unversehrtheit dieses Zipfels, um gezielte vorherige Maßnahmen der DDR zu verhindern, die den Salzstock beeinträchtigen könnten. Es wurde eine Prüfung für geboten erachtet, ob jenseits der Grenze Trinkwassereinzugsgebiete, Erdgas- und Erdölbohrungen liegen. Das nukleare Entsorgungszentrum könnte in einer Handstreichaktion unterhalb der Schwelle kriegerischer Auseinandersetzungen in Besitz genommen werden. Damit sei die Sicherstellung der Entsorgung gefährdet. Die Einschaltung der NATO wegen strategisch bedeutsamen Materials sei zu prüfen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob durch das nukleare Entsorgungszentrum in Grenznähe Vier-Mächte-Interessen berührt werden können. Ein lückenloses Überwachungssystem erfordert natürlich Messdaten aus der DDR, die kontinuierlich zur Verfügung stehen müssten. Hieraus ergebe sich - das war insbesondere der Punkt des gesamtdeutschen Ministeriums - der Zwang zu vertraglichen Vereinbarungen einschließlich finanzieller Konsequenzen. Für den Notfall könnten grenzüberschreitende Planungen notwendig werden. Aufgrund einer bereits bestehenden Vereinbarung zur Schadensbekämpfung im Grenzbereich, in der die Strahlengefahr als ein denkbarer Schadensfall ausführlich genannt wurde, könnten Vereinbarungen zur Umgebungsüberwachung mit der DDR notwendig werden.

Die Bundesressorts wiesen darauf hin, dass im Interesse einer frühzeitigen Information die DDR recht bald über das Vorhaben für den Fall, dass die Entscheidung für Gorleben fallen sollte, in Kenntnis gesetzt werden müsse, um dem Vorwurf der mangelnden Information zu entgehen. Zudem sei zu beachten, dass nach den bisherigen Erfahrungen die Aufnahme von Gesprächen vor dem Hintergrund bereits gefällter Entscheidungen abgelehnt wurde. Die Bundesregierung, die Ressorts hielten für den Fall einer Vorauswahl von Gorleben ein mehrstufiges Verfahren für erforderlich, nämlich: Vor der Aufnahme der Informationsgespräche mit der DDR müsste die Landesregierung eine deut-

---

<sup>10</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „schien“, setze „war“, Anlage

lich vorläufige Entscheidung treffen und damit grünes Licht für den Beginn der Gespräche geben. Die Entscheidung muss neben dem vorläufigen Charakter möglichst mehrere Standorte für das NEZ einbeziehen. Nach der vorläufigen Standortentscheidung werden die Informationsgespräche mit der DDR aufgenommen. Die gegebenenfalls notwendig werdenden vertraglichen Regelungen bezüglich Umgebungsüberwachungen, Notfallschutz könnten auch dazu führen, dass über Informationsgespräche hinaus Konsultationen erforderlich werden würden. Erst nach Abschluss der Informationsgespräche bzw. der Konsultationsgespräche mit der DDR sei eine vorläufige Entscheidung für den Standort Gorleben möglich. Die Gesprächsdauer der Bundesregierung mit der DDR wurde auf einen Zeitraum von etwa vier bis fünf Monaten eingeschätzt.

Das PWK hat erklärt, dass sie die vorläufige Standortentscheidung der Landesregierung für alle sieben Standorte akzeptieren würde.

Das Kabinett beschloss in seiner Sitzung am 21.12., die Zahl der möglichen Standorte von sieben auf vier zu begrenzen, nämlich auf Gorleben, Wahn, Lichtenhorst und Mariagluck, und weitere Untersuchungen unter Heranziehung der nachgeordneten Behörden durchzuführen, um eine Standortvorauswahl zu ermöglichen. Ferner sollte die Bundesregierung veranlasst werden, unverzüglich Gespräche mit der DDR in Bezug auf Gorleben aufzunehmen. Denn die Bedenken des Bundes bezogen sich nicht auf die geologische Geeignetheit des Standorts, sondern resultierten aus politischen Erwägungen.

Ich habe daraufhin mit Schreiben vom 4. Januar 1977 die Staatssekretäre im BMI, BMFT und BMWi von dem Ergebnis der Kabinettsitzung am 21.12.76 dahin gehend informiert, dass das Kabinett die Zahl der möglichen Standorte auf vier eingegrenzt hat, und darauf hingewiesen, dass der Standort Gorleben im Vergleich zu den anderen Standorten bevorzugt geeignet erscheint und das Kabinett deshalb der Auffassung sei, dass entsprechend dem Vorschlag des Bundes eine unverzügliche Aufnahme der Gespräche mit der DDR durch den Bund erforderlich sei.

Die Reaktion daraufhin war eine Intervention des damaligen Bundeskanzlers Schmidt bei dem Ministerpräsidenten Dr. Albrecht des Inhalts, von der Benennung Gorlebens Abstand zu nehmen.

In der Folge liefen die Gespräche auf Fachbeamtenebene weiter. Es wurden spezielle Arbeitsaufträge abgearbeitet, ob Niedersachsen überhaupt der geeignete Standort sei, ob es nicht noch geeignetere Standorte im Bundesgebiet gebe. Ich komme noch darauf zurück, was alles abgearbeitet werden musste.

Auf der Ebene der Landesregierung fand Mitte Januar 77 eine Kabinettsneubildung statt. Die vorläufige Standortentscheidung sollte nach Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU zu dem Thema „nukleares Entsorgungszentrum“ stattfinden.

Es wurde mit der Kabinettsvorlage vom 04.02.1977 eine Kabinettsentscheidung zur Vorauswahl eines Standortes für das NEZ vorbereitet, und darüber sollte in der Kabinettsitzung am 22.02.77 entschieden werden.

In der Kabinettsvorlage vom 04.02.77 wurden die vier verbliebenen Standorte abgearbeitet, insbesondere die offenen Fragen. Im Bereich des Salzstocks Gorleben wurden auf der DDR-Seite drei Bohrungen festgestellt, die 1969 niedergebracht worden waren. Zwei davon wurden nach Abteufen auf rund 2 000 Meter eingestellt. An der dritten Bohrstelle, zehn Kilometer nordöstlich des vorgesehenen Standortbereichs, fanden am 26.07.69 mehrere Explosionen - vermutlich durch ausströmendes Erdgas - statt, durch die das Bohrgestänge zerstört wurde. Nachdem es gelungen war, den Brand unter Kontrolle zu bringen, sind keine weiteren Aktivitäten im Bereich der Bohrstelle beobachtet worden. Ein Beobachtungsflug des Bundesgrenzschutzes am 31.01.77 ergab keinerlei Anzeichen, dass Erdgas gefördert wurde.

Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung und der Konzessionsinhaberin Preussag/BEB sei mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von 3 500 Meter Erdgas befindet. Es war jedoch nicht vorgesehen, dieses Erdgasvorkommen zu erschließen, zumal das Kabinett in seiner Sitzung am 21.12.76 beschlossen hatte, dass das nukleare Entsorgungszentrum Vorrang hat. Eine potenzielle Gefährdung des Salzstocks als Endlager war jedoch nach Auffassung des Landesamts für Bodenforschung nur im Falle einer Erdgasförderung gegeben, die auf niedersächsischer Seite ausgeschlossen war. Sollte die DDR zu einem späteren Zeitpunkt mit der Gasförderung beginnen, war zu klä-

ren, ob eine Gefährdung des Endlagers dadurch umgangen werden kann, dass das Endlager in einem geologisch stabilen Teil des Salzstocks untergebracht werden kann. Als vorteilhaft wurde darauf hingewiesen, dass Gorleben, das Betriebsgelände, im Wesentlichen im Eigentum eines Eigentümers steht. Dies war aber kein spezieller Hinweis; denn bei den Vorauswahlkriterien des Bundesinnenministeriums und der Raumordnung war bei jedem Standort zu prüfen: die Eigentumsverhältnisse, wie viele Eigentümer und ob das Grundstückseigentum in der öffentlichen Hand ist.

Zu Lichtenhorst wurde aus der Sicht des Landwirtschaftsministeriums erläutert, dass die Wasservorkommen zwar regional bedeutsam seien. Es sei jedoch bei entsprechenden Investitionen durch Anschluss an ein überregionales Wasserversorgungssystem möglich, die wasserwirtschaftlichen Bedenken unter Umständen auszuräumen.

Bei Mariagluck wurde festgestellt, dass der unverritzte Salzstock für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen zu klein war und außerdem auch wasserwirtschaftliche Bedenken bestanden.

Bei Wahn ergab sich folgende Situation: Das Bundesverteidigungsministerium hatte erklärt, dass ein Verzicht auf einen Teil des Schießplatzes nicht in Betracht kommt. Das hätte bedeutet, dass das Endlager an den Rand des Salzstocks verschoben werden müsste. Ferner hätte der Schießplatz zur Anlage eines Bergwerks unterfahren werden müssen. Dazu kam die Lage im Tiefliegebiet. Das heißt, der Standort hatte erhebliche Einschränkungen, die noch durch den Schießplatz erhöht wurden, nämlich die<sup>11</sup> geforderten Angaben des Bundesverteidigungsministeriums<sup>12</sup> über Art und Umfang des Schießbetriebs, über die Wirkung der Geschosse, der Wahrscheinlichkeit von Irrläufern. Dazu<sup>13</sup> wurden uns keine Angaben gemacht, und wir befürchteten, dass sich in einem Planfeststellungsverfahren hier das Bundesverteidigungsministerium mit hoher Wahrscheinlichkeit auf militärische Geheimhaltungspflichten zurückziehen wird. Das war ein weiterer Malus für den Standort Wahn. Außerdem lag in 16 Kilometer Entfernung

vom Standort Wahn ein Sonderwaffendepot, das scharf bewacht war und bei dem Schusswaffengebrauch zu befürchten war. Bei Demonstrationen war nicht auszuschließen, dass sich die Demonstrationen vor<sup>14</sup> dem Standort Wahn sich<sup>15</sup> auch in Richtung dieses Sonderwaffendepots bewegen, und da war Schusswaffengebrauch zu befürchten.

In der Zusammenfassung der Kabinettsvorlage wurde festgestellt, dass beim gegenwärtigen Kenntnisstand im Hinblick auf den Ausschluss von Mariagluck und des Nichtvorliegens der vom Bund geforderten Informationen zu Wahn eine Standortvorauswahl zwischen Gorleben und Lichtenhorst getroffen werden könnte.

Das Kabinett hat dann in seiner Sitzung aufgrund der Kabinettsvorlage, an der nicht ich, sondern Herr Minister Küpker teilgenommen hat, Gorleben im Rahmen einer Standortvorauswahl als vorläufigen Standort benannt. Dazu ist festzuhalten, dass nach der Untersuchung der KEWA Gorleben Platz eins in dem Ranking der KEWA hatte. Dazu ist festzuhalten, dass nach dem Ranking des IMAK Gorleben die höchste Punktzahl hatte und dass der Salzstock Gorleben im Verhältnis zu den in die Bewertung einbezogenen Salzstöcken vom IMAK die höchste Bewertung erhalten hatte.

Die Entscheidung für Gorleben war deshalb vorläufig, weil damit lediglich dem Bund und der Industrie die Vorbereitung und Einleitung der zur Genehmigung erforderlichen Verfahren unter Konzentration auf einen Standort ermöglichen sollte, wobei im Rahmen dieses ergebnisoffenen Verfahrens geologische Untersuchungen des Salzstocks zur Beurteilung der Eignung des Salzstocks - ingenieurgeologische, geophysikalische Untersuchungen, hydrologische Untersuchungen und meteorologische Untersuchungen - durchgeführt werden müssen, deren Ergebnis - das ist ausdrücklich festgehalten - auch zu einer Ungeeignetheit des Salzstocks führen können.

Die Landesregierung legte auch aus einem weiteren Grund Wert auf eine vorläufige Entscheidung: weil die Wiederaufarbeitung oder Endlagerung an einem Standort nach Meinung der Landesregierung durchaus noch nicht endgültig abgeklärt war. Es ging

---

<sup>11</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „ . nämlich die“, setze „ . Zu den vom Bundesverteidigungsministerium“, Anlage

<sup>12</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „des Bundesverteidigungsministeriums“, Anlage

<sup>13</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „ . Dazu“, Anlage

---

<sup>14</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „vor“, setze „von“, Anlage

<sup>15</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „sich“, Anlage



darum, ob man - ich komme darauf noch zu sprechen - die Endlagerung und Wiederaufarbeitung in Amerika machen könnte etc., oder in Europa oder in Ländern, die dünn besiedelt sind. Mal waren Pakistan und Afrika im Gespräch. Das wurde alles später verworfen.

Im Rahmen der Kabinettsvorlage vom 04.02.77 wurden auch folgende Alternativen abgehandelt und als technisch nicht machbar verworfen: ob ein Entsorgungszentrum auf einer künstlichen Insel in der Nordsee über einem Salzstock realisiert werden kann, ob eine Endlagerung unter dem Meeresboden im Grundgestein unter den Sedimenten möglich ist, ob eine Entsorgung in den USA möglich ist, ob eine Endlagerung in Frankreich und England in granitischen Formationen möglich ist; die haben keine Salzstöcke. Das wurde aber verworfen, weil Granit eine schlechtere Wärmeleitfähigkeit, eine größere Porosität hat und klüftig ist. Es wurde ferner diskutiert, ob auch ein Endlager in Schleswig-Holstein möglich war. Aber die Qualität des Salzstocks Gorleben war höher. Außerhalb des Kabinetts im Vorfeld dieser Kabinettsentscheidung wurde noch sehr intensiv diskutiert, ob Granit, Ton, Salz, Anhydrit, welcher<sup>16</sup> im Vergleich besser geeignet ist<sup>17</sup>. Es wurden diskutiert Endlagerung im Tiefseegraben an der Grenze tektonischer Platten, in den Eismassen der Antarktis in Grönland, ein Raketenabschuss in das Weltall und die Transmutation. Darüber hinaus wurde vom Landesamt für Bodenforschung eine Untersuchung gefordert und gegeben<sup>18</sup>, ob es in Deutschland geeignetere Salzstöcke als in Gorleben gibt. Die Antwort war: Nein. Es wurden Hessen, Bayern und Baden-Württemberg unter die Lupe genommen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die vorläufige Standortauswahl von Gorleben für ein nukleares Entsorgungszentrum ausschließlich auf fachlichen Erwägungen beruhte und frei von sachfremden Erwägungen getroffen wurde. Gorleben hatte im internen Ranking des IMAK die höchste Punktzahl. Bei der KEWA stand Gorleben auf Platz eins, und der Salzstock selbst hatte beim IMAK die höchste Bewertungsziffer.

Das Kabinett hat sich nach meiner Einschätzung - ich war nicht dabei in der Sit-

zung - für Gorleben aus diesen Gründen entschlossen, aber auch deshalb, weil der Bund gegen Gorleben keine gegen die geologische Geeignetheit des Standorts sprechenden Erwägungen vorgetragen hat, sondern lediglich politische, und weil nach der eigenen Darstellung des Bundes diese politischen Erwägungen in Informationsgesprächen bzw. Konsultationen mit der DDR abgearbeitet werden konnten - völlig ergebnisoffen -, und nach seiner eigenen Darstellung dazu einen Zeitraum von vier bis fünf Monaten erforderlich war. Da nach diesem Zeitraum das Ergebnis vorliegen konnte, ob die DDR Ja oder Nein sagt bzw. mit welchen Konsequenzen zu rechnen war, erschien uns dieser Zeitraum angesichts der besonderen Geeignetheit des Standorts Gorleben als hinnehmbar.

Das ist das, was ich dazu sagen kann aus meiner Amtszeit im niedersächsischen Wirtschaftsministerium, die im Juli 1978 geendet hat.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Lieber Herr Dr. Röhler, herzlichen Dank für diesen sehr ausführlichen Beitrag zu den Verläufen, die es damals, vor fast 30 Jahren, gegeben hat in Bezug auf die Entscheidung für den Salzstock Gorleben.

Ich erlaube mir, im Anschluss noch einige Fragen, ins Detail gehend, zu stellen. Mag sein, dass Sie dadurch einiges wiederholen müssen, was Sie schon gesagt haben. Aber ich möchte gerne einsteigen bezüglich der Untersuchungen der KEWA. Uns liegen unterschiedliche KEWA-Studien vor. Möglicherweise fehlt uns auch noch eine dieser Studien, auf die dann aber verwiesen wird.

Insgesamt - so haben wir in unseren Akten gefunden - gab es für die Standortauswahl in Niedersachsen drei relevante KEWA-Studien und offensichtlich wohl eine von der KEWA angefertigte Nachbewertung. Einmal ist das die KEWA-Studie KWA 1224 für den Untersuchungszeitraum 02 bis 12/74. Diese untersuchte den Salzstock in Gorleben nicht. Das ist - für das Protokoll - MAT A 102, Band 24, Paginierung 000003 ff.

Auch die KEWA-Studie KWA 1225 für den Untersuchungszeitraum 01 bis 12/75, erschienen im Februar 1977, untersuchte Gorleben nicht. Das ist MAT A 173.

Eine wohl von der KEWA angefertigte Nachbewertung im Jahre 1976 untersuchte dann elf alternative Standorte, also acht weitere neben Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh,

---

<sup>16</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „welcher“, Anlage

<sup>17</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „sind“, Anlage

<sup>18</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „und gegeben“, Anlage

darunter auch Gorleben; Gorleben erhielt da die beste Platzziffer. Das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 10 und 12. Das lässt sich entnehmen einem Schreiben der PWK an Herrn Stuhr vom 16. November 1976. Hierzu gab es auch bereits im August 1976 eine Korrespondenz mit dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium, nämlich einen Vermerk vom 27. August 76 eines Mitarbeiters im Ministerium an Ministerialrat Stuhr. Das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 2.

In der KEWA-Studie KWA 1225, also für den Untersuchungszeitraum von 01 bis 12/1976, veröffentlicht im Oktober 1977, wird Gorleben dann als geeignetster Standort genannt, ohne aber dass die zugrunde liegenden Untersuchungen erläutert werden. Ich darf da zitieren:

Diese Untersuchung wurde durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die ursprünglich ausgewählten Standorte ... lediglich vom Standort „Gorleben“ übertroffen werden. Dieser Standort war bei der Untersuchung im Jahre 1974 ausgeschieden, weil er nach den damals zugänglichen Planungsunterlagen in einer Erholungs- bzw. Ferienzone lag.

Das ist MAT B 33, Seite 10.

Jetzt meine Frage: Aufgrund welcher dieser drei KEWA-Untersuchungen hat sich denn nun Niedersachsen letztendlich für Gorleben als geeignetsten Standort entschieden? Und gleich anschließend: Warum werden denn im KEWA-Bericht KWA 1225 mit dem Untersuchungszeitraum 01 bis 12/76 diese Kriterien nicht offengelegt, nach denen Gorleben der beste Standort sein soll?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Zu den KEWA-Studien im Einzelnen kann ich nichts sagen. Die KEWA-Studie, in der Gorleben auf Platz eins stand, das muss die Nachbewertung gewesen sein, in der die ursprünglich drei und acht weitere Standorte untersucht worden sind nach den Kriterien der KEWA. Die bin ich nicht in der Lage, jetzt im Einzelnen zu reproduzieren. Da gibt es aber auch in den Akten Unterlagen, wie die KEWA an die Bewertung der einzelnen Standorte herangegangen ist. Ich weiß nur, dass die KEWA in dieser Studie drei plus acht, nämlich elf, zu dem Ergebnis gekommen ist, Gorleben hat Platz eins unter den untersuchten Standorten, mit Abstand vor den zunächst vorgeschlagenen Standorten

Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh. - Das dazu.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Das Problem bei der ganzen Sache ist ja, dass es Behauptungen gibt, dass Gorleben sozusagen aus dem Hut gezaubert worden sei, dass es also keiner regulären Untersuchung zugänglich gewesen sei, sondern dass das so ein politischer Joker gewesen sei, abseits von irgendwelchen tatsächlich angelegten Kriterien. So hat Greenpeace ja den Vorwurf geäußert, der Standort Gorleben sei erst im November 76 aufgetaucht. Wir entnehmen das dem sogenannten Greenpeace-Dossier „Die Akte Gorleben“. Das ist in unseren Akten unter MAT B 21, Paginierung 16.

Auf der andere Seite finden wir aber in einem Schreiben von Herrn Ministerialrat Stuhr an Sie unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 186 - ich zitiere -:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. ... Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, dass ... Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war.

Und weiter - eine zweite Fundstelle, wo ich Sie bitten würde, das in Übereinstimmung mit der Behauptung von Greenpeace zu bringen - hat Ministerialrat Stuhr in einem Schreiben an Sie, dass Gorleben bereits 1975 auf Vorschlag des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums in die weiteren Untersuchungen der KEWA aufgenommen wurde, geäußert - und auch da zitiere ich wieder -:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiven Recherchen herausgestellt hatte, dass bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz u. a.) zu rechnen war, wurden im MW

- also niedersächsisches Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, dass die Zahl der möglichen Standorte größer war, als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeit (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Das finden wir unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 186.

Also, ich bitte Sie einfach noch mal, aus Ihrer Erinnerung zu sagen: Dieser Vorwurf, dieser gravierende Vorwurf, den wir zum Beispiel von Greenpeace haben und dem wir in diesem Untersuchungsausschuss nachgehen müssen, Gorleben ist einfach ja noch mal aus dem Hut gezaubert worden, könnten Sie dazu freundlicherweise noch mal Stellung nehmen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, dazu kann ich nur sagen: Aus meiner Sicht ist das eine Behauptung, die einfach sachlich nicht unterlegt werden kann; denn wir hatten einmal die KEWA-Studie, die unabhängig von den Überlegungen der Landesregierung lief und die zu dem Ergebnis kam: Gorleben ist der geeignetste Standort. - Die KEWA-Studie muss es irgendwo geben. Ich habe sie in den Unterlagen nicht gefunden.

Wir selber haben aufgrund der KEWA-Studie und wohl auch durch Vorüberlegungen interministerieller Art in dem Gespräch am 11.11. mit den Bundesministern den Standort Gorleben erstmals genannt, nicht aus dem Hut gezaubert; der war schon sachlich unterlegt. Und der IMAK hatte dann in der Folgezeit, losgelöst von allen politischen Vorgaben - so, wie ich das vorgetragen habe -, unter sachlichen Kriterien erst 140 Salzstöcke durch die Mangel gedreht, dann sind das 23 geworden, dann wurden das 7.<sup>19</sup> Gorleben war immer dabei.

In der internen Bewertung des IMAK - in den Akten in Hannover - gibt es Tapeten - ich habe die eingesehen -, wo die Standorte im Einzelnen bewertet worden sind. Ich sage deshalb „Tapeten“, weil ich vermute, dass das Original irgendwo in den Akten ist, und dort sind Fotokopien, die dann also aus größeren Papieren gefertigt worden sind. Daraus geht klar hervor, dass der IMAK mit dem interministeriellen Sachverstand zu Werke gegangen ist und unter Darlegung der Kriterien vom Bundesinnenministerium und den Empfehlungen der Minister für Raumordnung sämtliche Standorte dann durch dieses Raster durchgedreht hat, mit dem Ergebnis, dass Gorleben herausgekommen ist.

Ich selber stand in einer sehr guten Arbeitsbeziehung - das fällt mir gerade noch ein - zu dem Präsidenten der Bundesanstalt,

dem Professor Bender. Wenn ich irgendwelche Zweifel hatte, habe ich Herrn Bender angerufen, und Herr Bender hat mir persönlich bestätigt: Herr Röhler, Gorleben ist auch aus der Sicht der Bundesanstalt für Geowissenschaften der nach dem damaligen Erkenntnisstand bestgeeignete Standort.

Auf Fachbeamtenebene in den Bundesressorts gab es gegen den Standort Gorleben keine Einwendungen aus fachlich-geologischer, ingenieurgeologischer, hydraulischer Sicht, lediglich Grenznähe und die damit verbundenen Implikationen mit der DDR, die insbesondere vom gesamtdeutschen Ministerium artikuliert worden sind.

Ich persönlich - ich sage das jetzt mal; ich komme aus der Pfalz; da sind wir vielleicht etwas unhöflich - würde diese Haltung bezeichnen: Man heult nicht vor den Schlägen, sondern man redet und guckt: Was kann man ausloten? Was kommt raus? Und wenn die Nein sagen, dann müssen wir auf den zweitbesten Standort zurück. - Da wir die Unterlagen erarbeitet hatten, dass Gorleben der bestgeeignete Standort war, wollten wir uns auch nicht im Nachhinein - es war völlig klar, dass hier investigatorische Untersuchungen vom *Spiegel* etc. stattfinden - um die Ohren hauen lassen, dass wir den bestgeeigneten Standort außen vor gelassen habe, ohne auszuloten, ob der nicht doch realisierbar war.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich habe das verstanden, frage aber noch mal nach, aus einer anderen Richtung: Dass der Eindruck entstehen kann, dass Gorleben sozusagen plötzlich und unerwartet aufgetaucht ist, lässt sich ja auch untermauern unter anderem anhand einer Zusammenfassung des Gesprächs vom 11. November, also dieses berühmten Ministergesprächs von Bundesministern und Landesministern, aus Bonner Sicht damals erstellt, unseren Akten beigelegt als MAT A 64, Band 17, Paginierung 0490224, wo nachzulesen ist:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gesprächs eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert erschien. Es wurde beschlossen, die wegen der Nähe zur Zonengrenze auftretenden besonderen Fragen einer raschen Klärung zuzuführen.

---

<sup>19</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „“, setze „“, Anlage



Sollen wir die Mikrofonanlage ein bisschen lauter stellen? Ist das für Sie besser?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, da wäre ich Ihnen dankbar.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gerne. Wir versuchen das mal. - Haben Sie das verstanden, was ich eben gesagt habe?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gehe ich recht in der Annahme, dass es sich bei diesem Standort, der hier genannt wird - in der Nähe der Zonengrenze -, um Gorleben handelt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Warum ist Gorleben denn da erst ins Gespräch gebracht worden, wenn ich derselben Vorlage entnehmen darf - ich zitiere da wieder -:

Dem Gespräch zwischen den Ministern

- also diesem am 11.11.76 -

waren zwei Informationsgespräche zwischen Bund und Land auf Fachebene vorangegangen.

Also, wenn es da doch vorher Gespräche gegeben hat und Niedersachsen über den Standort Gorleben vorher sozusagen Bescheid wusste und vorher über den Standort Gorleben intensiv nachgedacht hat, warum hat man dann nicht vorher auf Fachebene diesen Standort Gorleben ins Gespräch gebracht, sondern warum hat man das denn dem Ministerpräsidenten in dieser besonderen Gesprächssituation vorbehalten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich Folgendes sagen: Das Gutachten der KEWA mit Platz eins für Gorleben war dem Auftraggeber, nämlich dem Bund, bekannt, vor dem 11.11. Dieses Gutachten war für uns auch Anlass, Gorleben ins Gespräch zu bringen. Warum in den Vorbesprechungen vor dem 11.11. Gorleben nicht genannt worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nach Unterlagen sogar in einer Sitzung den Vorsitz gehabt. In diesen Diskussionen ging es in erster Linie darum, dass die Landesregierung sämtliche Unterlagen der Bundesregierung zu dem Thema „nukleares

Entsorgungszentrum“ haben wollte, alle Risikobewertungen, die Möglichkeit, kann in den USA gelagert werden, weil Präsident Carter im Wahlkampf irgendeine Aussage gemacht hat, dass das möglich wäre. Das war nach meinen Erinnerungen der Schwerpunkt der Diskussion.

Ich selber habe an dem Ministergespräch nicht teilgenommen. Ich weiß nicht: Hat es Herr Kiep im Ministergespräch gesagt, dass das auf dem Sprechzettel stand, oder ist das in der Diskussion anschließend erwähnt worden? Es könnte sein, dass Gorleben deshalb auf den Tisch kam, weil in dem Gespräch, wie mir berichtet worden ist, der Bundesminister Matthöfer Herrn Albrecht die Pistole auf die Brust gesetzt hat und gesagt hat: Hin oder her, wir werden gleichzeitig an allen drei Standorten einen Antrag stellen, weil wir der Meinung sind, wir können das nach der Rechtslage, und dann muss Niedersachsen reagieren. - Dass dann vor diesem Druck möglicherweise der Standort Gorleben genannt worden ist mit dem Hinweis „Da gibt es noch andere Standorte“: Ich kann Ihnen nicht sagen, warum in der Vorbesprechung Gorleben nicht genannt worden ist. Ich gehe aber davon aus, dass Gorleben auf Fachebene, auf Beamtenebene dem Bund bekannt war, weil das KEWA-Gutachten nicht nur uns bekannt war, sondern auch den Auftraggebern, und Auftraggeber war primär das BMFT. - So viel dazu.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Das lässt sich zumindest der Unterlage, die mir hier vorliegt, nicht wirklich entnehmen: dass dem Bund Gorleben tatsächlich bekannt gewesen sei. Wollte Niedersachsen damit möglicherweise irgendeinen politischen Effekt erzielen, dass man Gorleben ins Gespräch gebracht hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Position von Niedersachsen war die: Wir sahen uns nicht voll in der Lage, von anderen getroffene Entscheidungen, die aus unserer Sicht mit Mängeln behaftet waren, zu vertreten, und deshalb die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, eine eigene Standortvorauswahl zu treffen. Wenn man an den Diskussionen am Standort Wahn teilgenommen hat, mit der Problematik „Schießplatz, Tieffluggebiet, Sonderwaffen-depot nebendran“, dann hat einem - ich sage das mal ganz locker - die Spucke gefehlt, warum man da unbedingt bohren musste, bei

dieser Gemengelage. Und das Land sollte den Kopf dafür hinhalten.

Lichtenhorst, Lutterloh: Bei näherer Diskussion stellte sich heraus, dass es dort wasserwirtschaftliche Bedenken gab. Das Land sollte den Kopf hinhalten für eine Entscheidung, die nach eigener Erkenntnis mangelbehaftet war. Und das war der Ausgangspunkt dafür, dass das Wirtschaftsministerium und die Landesregierung gesagt haben: Moment, wenn wir Entscheidungen vertreten sollen, dann eigene Entscheidungen, die wir selbst bis zu Ende durchgedacht haben und die wir auch argumentativ, sachlich überzeugend vertreten können. Das war bei den drei Standorten, die die KEWA ausgesehen hatte, aus unserer Sicht nicht der Fall.

Ich war selbst in vielen Diskussionen, ob das im *Monitor* oder sonst irgendwo war. Diese Diskussionen zu den drei Standorten, das waren hinkende Standorte, die man überzeugend - bei aller Problematik und Emotionalität der Diskussion - nicht mit sachlichen Gründen vertreten konnte. Und Gorleben konnten wir aufgrund der Arbeitsunterlagen des IMAK mit gutem Gewissen vertreten, weil das der Salzstock mit der höchsten Bewertung<sup>20</sup> IMAK war und weil das der Standort insgesamt für das nukleare Entsorgungszentrum - da spielen dann ja auch noch meteorologische und ETC<sup>21</sup> - Gründe eine Rolle - mit der höchsten Punktbewertung war.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich habe Ihren Ausführungen jetzt noch mal entnehmen dürfen, der IMAK war im Prinzip ein Instrument: Wir machen uns unabhängig als Land und bilden uns eine eigene Meinung auf fundierter Grundlage.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Dazu möchte ich dann fragen: Es ist zu entnehmen einem Schreiben von Ministerialrat Stühr an Sie - ich zitiere jetzt -:

Von der Arbeitsgruppe Entsorgungszentrum wurden die in der Kabinettsvorlage für die Sitzung am 21.12.1976 (Zwischenbericht) ent-

haltenen 7 Standorte vorab mit dem Bund und der PWK abgestimmt.

Das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 187.

Da frage ich mich jetzt: Wenn das auf der einen Seite abgestimmt wurde, wenn Sie auf der anderen Seite großen Wert darauf legen und sagen: „Wir wollten uns eine unabhängige Meinung“ - also unabhängig vom Bund - „bilden“, gab es da denn doch eine Einflussnahme des Bundes sozusagen auf die Entscheidung, auf die Arbeit des IMAK, oder wie war das mit dieser Unabhängigkeit zu verstehen, auf die Sie gerade so großen Wert legen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der IMAK hat unabhängig eine Standortvorauswahl getroffen, und wir haben das auch in der Kabinettsvorlage dargestellt, dass wir diese sieben Standorte, die da in die Kabinettsvorlage eingegangen sind, mit dem Bund - - Wenn da steht „abgestimmt“: Wir haben die dem Bund zur Kenntnis gegeben, um vonseiten des Bundes eventuelle Hinweise zu kriegen, die der IMAK möglicherweise übersehen hatte, die verhindert hätten, dass die sieben Standorte grundsätzlich geeignet waren; denn das BMFT war wissenschaftlich bestückt. Ich selber hatte da keine großen Probleme, weil ich Herrn Professor Bender, wenn irgendetwas unklar war, angerufen habe in geologischen Fragen, und Herr Professor Bender hat mich also stets beraten und hat mich auf bestimmte Dinge hingewiesen.

Es gab vonseiten des Bundes auf, ich sage mal, Fachbeamtenebene, wo der Sachverstand dominierte und diese Grenzlinie außer Diskussion war, Übereinstimmung hinsichtlich der Geeignetheit von Gorleben. Aber „Abstimmung“ ist so zu verstehen, dass wir einfach sichergehen wollten, dass nicht irgendwo aufseiten des Bundes ein geologisches Argument oder ingenieurgeologisches Argument vorhanden war, das der IMAK im Rahmen seiner Vorauswahl übersehen hatte.

Ich selbst erinnere mich, dass ich nach meinem Schreiben vom 04.01. einen, ich sage mal, empörten Anruf des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium gekriegt habe - ich sage das mal etwas schnoddrig -, der mich der politischen Ahnungslosigkeit und Dummheit beschimpfte und Gorleben als politische Dummheit bezeichnete. Ich habe ihn dann

<sup>20</sup> Ergänzung des Zeugen: „des“, Anlage

<sup>21</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „ETC“, setze „etc.“, Anlage

darauf hingewiesen, dass auch nach dem Urteil der Bundesanstalt, der BGR, in Hannover Gorleben der optimal geeignete Standort sei. Das hat er vom Tisch gewischt. Ich selber habe dann im Anschluss daran den beamteten Staatssekretär, Herrn Hartkopf, angerufen und habe dem, jetzt mal verkürzt, gesagt: Setzen Sie den Herrn mal auf die richtige Rille. Bevor er solche Erklärungen da abgibt, soll er sich mal sachkundig machen zur Geeignetheit des Salzstocks Gorleben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): War das von Schoeler, der Parlamentarische?)

- Bitte?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wer war der Parlamentarische?)

- Das war Herr Baum.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Baum?)

- Ja. Innenminister war Herr Maihofer, und Herr Baum war Parlamentarischer Staatssekretär. Herr Hartkopf war beamteter Staatssekretär. Herr Hartkopf war auch voll im Bild, kannte die Stellungnahme der BGR, und da gab es keinen Dissens.

Ich kann nur sagen: Wir haben das nicht dergestalt abgestimmt, dass wir gesagt haben: „Wir brauchen die Zustimmung“, sondern wir wollten einfach abchecken: Gibt es Argumente, was den geologischen Teil, den meteorologischen Teil des Standorts anbelangt, die wir im interministeriellen Arbeitskreis vielleicht übersehen haben? Überall wo Menschen werken, werkeln Menschen, und<sup>22</sup> da kann auch mal was übersehen werden. Und das wollten wir ausschließen, damit es zumindest bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen zu Gorleben - das waren politische Gründe - in der Sache selbst keine Differenzen gab, die uns hätten vorgehalten werden können, dass nicht gründlich geprüft worden sei.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Aber ich kann jetzt diesen Ausführungen, die interessant sind und die auch neu für uns sind, doch entnehmen, dass der Bund versucht hat, politisch Einfluss zu nehmen auf die Meinungsfindung, die in Niedersachsen stattgefunden hat; denn das Argument „poli-

tische Ahnungslosigkeit“, das ist ja genau das, oder?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, gut. Als Pfälzer ist man diskussionsfest und gegen,<sup>23</sup> ich sage mal, <sup>24</sup>schwache Argumente resistent. Mich hat das nicht beeinflusst. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Das war aber der Einzige, der sich da gemeldet hat. Sonst war von Bundesseite auf sachlicher<sup>25</sup> Ebene wirklich eine absolut sachorientierte Diskussion. Der Einzige, der ständig in dem politischen Beritt gebohrt hat, das war der gesamtdeutsche Minister, der, ich sage mal, aus meiner Sicht Angst vor den Schlägen hatte. Der wollte nicht mit der DDR reden, aus Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann. Wir waren der Meinung: Es wird geredet, und dann sieht man, was passiert. Es ist ja dann auch nichts passiert.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Es ist natürlich dennoch interessant - wo ist denn diese Grill-Geschichte? -, festzustellen, dass auf der einen Seite auch in den Untersuchungen, die wir hier hatten, der Eindruck vermittelt worden ist, dass ein gewisser Zeitdruck oder der Aufbau eines Zeitdrucks entstanden ist gegenüber der niedersächsischen Landesregierung von der Bundesregierung, die also gesagt hat: So, Leute, jetzt müsst ihr mal in die Pötte kommen und müsst mal einen Standort beibringen. - Der Zeuge Grill hat zum Beispiel hier im Untersuchungsausschuss erklärt über das Ministergespräch am 11. November - ich zitiere jetzt aus dem Protokoll der 35. Sitzung, Seite 10 bzw. 35 -:

Ich hatte darauf hingewiesen, dass es fast einen Eklat, einen Rauschmiss gegeben hätte der drei Bundesminister, weil Ernst Albrecht darauf bestanden hat, dass die Prüfungen des Landes in der dafür notwendigen Zeit zu Ende geführt werden.

Und weiter:

Hintergrund ist diese Forderung, innerhalb von - ich lasse das jetzt mal stehen, ob das eine Woche oder 14 Tage sind ... - dass man gesagt hat, wir fordern die sofortige

<sup>22</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „werkeln Menschen, und“, Anlage

<sup>23</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „gegen“, Anlage

<sup>24</sup> Richtigstellung des Zeugen: setze „gegen“, Anlage

<sup>25</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „sachlicher“, setze „fachlicher“, Anlage

Entscheidung der Landesregierung ...

Also, können Sie das bestätigen sozusagen, dass es da schon einen gewissen Druck der Bundesregierung auf die Landesregierung gegeben hat, nun mal endlich eine Entscheidung zu fällen, und darüber hinaus dann aber nicht eben vonseiten der Bundesregierung nach dem, was ich bei Ihnen verstanden habe, versucht wurde, von der reinen Lehre der reinen geologischen Argumente, will ich mal sagen, wegzugehen und schon eine gewisse politische Implikation mit da reinzubringen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, der Druck vonseiten der Bundesregierung, insbesondere von dem Bundeskanzler, war enorm, dass Niedersachsen eine Entscheidung zu einem vorläufigen Standort trifft. Dahinter stand auch, dass, wenn ich mich recht erinnere, vonseiten des Bundesinnenministeriums eine Entscheidung gefallen war, dass keine weiteren Kernkraftwerke mehr genehmigt werden sollten, bevor die Endlagerung nicht geklärt ist. Es gab da einen Schriftwechsel zwischen Herrn Albrecht und Herrn Schmidt. Das war offensichtlich. Auch die drei Minister, die am 11.11. da waren, haben also gedrückt, dass wir schnellstmöglich eine Entscheidung treffen, während die Landesregierung, insbesondere der Ministerpräsident, denen klipp und klar gesagt hat: Wir werden die Entscheidung selbst treffen und werden eine eigene vorläufige Standortauswahl treffen, und wenn es so weit ist, dann werden wir euch informieren.

Es gab Ende Dezember noch mal Druck, weil bekannt war, dass eine Kabinettsvorlage vorliegt, die natürlich vorabgestimmt war mit dem Bund, mit den Bundesressorts, und dass wir dann denen mitgeteilt haben - das war mein Brief, glaube ich, vom 04.01.77 -: Ja, reduziert von sieben auf vier, und Gorleben ist der bestgeeignete. Bitte redet mit der DDR.

Danach gab es wieder Druck auf Herrn Albrecht, von Gorleben Abstand zu nehmen und schnellstmöglich eine Entscheidung zu treffen. Es gab dann im Niedersächsischen Landtag Interpellationen und Große Anfragen. Also, es war permanent was los. Und wir haben dann in aller Ruhe die Kabinettsvorlage vom 04.02. erarbeitet und haben dann den Standortvorschlag gemacht und haben gesagt: Entscheidung zwischen Gor-

leben und Lichtenhorst, wobei Lichtenhorst nur mit höheren Investitionen so gestrickt<sup>26</sup> werden könnte, <sup>27</sup>dass das Wasservorranggebiet, was für Hannover ausgewiesen war, durch Anschluss an eine überregionale Wasserversorgung unter Umständen - darauf hat der Landwirtschaftsminister wörtlich großen Wert darauf gelegt<sup>28</sup> in der Kabinettsvorlage: unter Umständen - möglich ist. Aber den Druck<sup>29</sup>, den kann ich bestätigen.

Es war aber auch so, dass eben auf Bundesseite Gorleben nicht total im Vorfeld der Kabinettsentscheidung verworfen worden ist, sondern der Bund hat ja dann dieses dreistufige Verfahren entwickelt, was ich vorgetragen habe, und, wenn ich mich recht erinnere - das muss auch irgendwo aktenkundig sein -, es wurden aufseiten des Bundes auch Überlegungen angestellt, Gorleben, wenn es denn zu Gorleben käme, auch ohne Information und Abstimmung mit der DDR zu realisieren. Auch das ist irgendwo aktenkundig. Das habe ich in den Akten gelesen.

Also, der Bund war nicht so eingestellt, dass er gesagt hat: „Gorleben kommt überhaupt nicht infrage; das könnt ihr vergessen“, sondern er hat gesagt: Wenn Ihr euch für Gorleben entscheidet, dann vorläufig - Dreistufenverfahren -, und dann müssen wir verhandeln, und dann sehen wir, was da rauskommt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Nachdem wir jetzt also dieses Verhältnis, dieses besondere, zwischen Bund und Land in dieser Situation herausgearbeitet haben, würde ich von Ihnen gerne noch mal wissen, inwiefern möglicherweise die Atomwirtschaft Einfluss genommen hat auf das Entscheidungsverfahren in Bezug darauf, dass die Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, also die PWK, 75 ja von den Energieversorgern gegründet worden ist und die Anteile der Unternehmen entsprechend ihrem Betrieb von Kernkraftwerken, wobei die RWE mit 30 Prozent der größte Anteilseigner war - - Gesellschaftszweck, das wissen wir, war ja insbesondere das Projektmanagement für die Wiederaufarbeitungsanlage.

<sup>26</sup> Richtigestellung des Zeugen: streiche „so gestrickt“, setze „standorttauglich“, Anlage

<sup>27</sup> Ergänzung des Zeugen: „dadurch“, Anlage

<sup>28</sup> Richtigestellung des Zeugen: setze in Anführungszeichen: „Wert darauf gelegt“, Anlage

<sup>29</sup> Ergänzung des Zeugen: „des Bundes“, Anlage

Der Zeuge Klaus Stuhr hat in einem Schreiben vom 15. Februar 1977 gesagt - ich zitiere -:

In den Muttergesellschaften der PWK sitzen folgende Vertreter der Landesregierung:  
RWE: Staatssekretär Dr. Röhler, Mitglied des Beirates  
NWK: Staatssekretär Dr. Röhler, Mitglied des Aufsichtsrates  
PREAG: Minister Kiep, Mitglied des Aufsichtsrats

Wir finden das unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 113.

Also, Herr Dr. Röhler, Sie waren offensichtlich Mitglied des Beirates bzw. Aufsichtsrats zweiter Mutterkonzerne der PWK, und deshalb meine Frage: Hat aus dieser internen Kenntnis heraus die Atomwirtschaft in dem Entscheidungsprozess, insbesondere in der Festlegung auf einen Standort, irgendwelche Interessen vertreten? Sind Sie sozusagen überzeugt worden, den einen Standort eher und den anderen Standort eventuell weniger zu präferieren? Wie hat die Atomwirtschaft sich in diesem Zusammenhang eingebracht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Atomwirtschaft, also PWK, war nur interessiert an einer schnellen Standortentscheidung, weil Druck bestand, ein Endlager zu installieren. Auf Standorte selbst hat PWK keinen Einfluss genommen. In den Vorabstimmungen zu den Kabinettsvorlagen haben die gesagt im Dezember: Wir akzeptieren alle sieben. Wir akzeptieren auch dann die vier, die da in der Kabinettsentscheidung herausgekommen sind.

Zu meiner Mitgliedschaft bei den Nordwestdeutschen Kraftwerken kann ich nur sagen: Ich habe mein Mandat niedergelegt wegen Interessenkollision. Ich war bei der Energiewirtschaft sehr unbeliebt, weil ich einen Antrag im Bundesrat eingebracht habe, dass die Demarkationsgebiete aufgehoben werden. Das war eine Todsünde gegenüber der Energiewirtschaft, und bei denen war ich durch. Bei mir ist niemand erschienen und hat auf mich Einfluss genommen.

Beirat RWE: Das war kein Entscheidungsgremium. Das war ein Informationsgremium. Da hat man erfahren: Was tut sich in der Energiewirtschaft?

Aber bei NWK: Die waren speziell in unserem Gebiet tätig. Da habe ich mein Mandat

niedergelegt, und nachgerückt ist dann Herr Schnipkoweit.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Aber der Punkt, dass auch die Energiewirtschaft sozusagen sehr interessiert daran war, eine zügige Entscheidung herbeizuführen, ich glaube, das kann man wohl sagen, dass - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das stimmt. Die waren interessiert an einer zügigen Entscheidung, weil sie unter Druck standen, die Wiederaufarbeitung in Gang zu kriegen, und insbesondere an der Errichtung eines - ja, wie soll ich sagen? - Eingangslagers für abgebrannte Kernelemente. Da bestand großer Druck, und von daher war - <sup>30</sup> Bei mir ist keiner erschienen, aber ich weiß, dass die in der Staatskanzlei und überall tätig waren, dass es zu einer Standortentscheidung kommt. Irgendwo war, glaube ich, auch Professor Mandel, der Vorsitzender irgendeines Forums war. Er hat sich dann also selbst bemüht, aber nicht im Wirtschaftsministerium, sondern, ich glaube, er war in der Staatskanzlei, um einfach zu erreichen, dass es zu einer schnellen Entscheidung kommt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Genau. Das ist durchaus ja auch noch mal ein interessanter Aspekt, also die Frage, inwiefern auch ein solcher Druck dazu geführt hat, dass möglicherweise „Schnelligkeit vor Sorgfalt“ gegolten haben könnte. Das ist eine Frage, die dieser Ausschuss aufzuklären hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also dazu kann ich sagen: Wir haben uns weder vom Bund noch von der Energiewirtschaft noch von irgendjemandem die Schnelligkeit vorschreiben lassen. Wir haben die Sache gründlich gemacht, weil wir genau wussten, dass wir die Entscheidung angesichts der politischen Virulenz anschließend vertreten müssen. Sorgfalt ging vor Schnelligkeit. Wir haben uns nicht von irgendjemandem unter Druck setzen lassen, weder wir im Wirtschaftsministerium noch die Landesregierung. Wir haben die Sache sorgfältig betrieben.

<sup>30</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „und von daher war --“, Anlage



**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich will da dennoch noch mal einhaken; denn ausweislich unseres Protokolls dieses Ausschusses der 7. Sitzung vom 17. Juni 2010, Seite 29, hat der Sachverständige Dr. Möller hier gesagt, Herr Kiep hätte in dem Gespräch am 11. November nach Absprache mit der Atomwirtschaft Gorleben gehandelt. Er hat nämlich gesagt - ich zitiere -:

Offensichtlich hat sich Kiep unmittelbar - ich betone: unmittelbar - vor der Besprechung - er eilt zu dieser Sitzung - mit Vertretern der Energieversorgungsunternehmen bzw. der Industrie getroffen. Mit „Professor Mandel“ ist Professor Heinrich Mandel gemeint, damals Vorstandsmitglied von RWE, der Verfechter der Kernenergie dort und zusätzlich Präsident des Deutschen Atomforums, der sich bereits am 8. November 1976 schriftlich an Albrecht gewandt hatte.

Als Staatssekretär damals von Minister Kiep können Sie diesen Vorwurf bestätigen, und wie würden Sie jetzt ganz explizit sozusagen mit dieser Aussage hier vor dem Untersuchungsausschuss des Zeugen Herrn Dr. Möller umgehen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann nur sagen: Wir haben uns nicht unter Druck setzen lassen. Wir haben sorgfältig gearbeitet und haben dann eine Entscheidung getroffen, zu einem Zeitpunkt, wo wir der Überzeugung waren, jetzt können wir eine vorläufige Standortentscheidung treffen. Natürlich gab es Druck. Am 11. November wären Herr Matthöfer und die Bundesminister am liebsten mit einer Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung abgereist, und in dem Gespräch haben die natürlich Druck ausgeübt. Da ging es, wie ich hinterher erfahren habe - ich war nicht dabei in dem geschlossenen Ministergespräch -, sehr handfest zu, weil der Bund eine Entscheidung haben wollte und wir in den Vorbesprechungen zu dem 11.11. dem Bund schon klipp und klar auf nachgeordneter Ebene unterhalb der Minister gesagt haben: Ihr könnt vergessen, dass ihr am 11.11. eine Entscheidung kriegt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Dr. Röhler, ich danke Ihnen herzlich und gebe das Fragerecht jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, vielen Dank für Ihre interessanten Informationen, die Sie uns heute Vormittag hier gegeben haben. Schade, dass wir Sie auch vorher nicht gehört haben. Dann hätte sich vielleicht das eine oder andere vorher auch mal geklärt.

Ich will aber noch mal zusammenfassen, was Sie uns eben gesagt haben, auch auf die Fragen der Frau Vorsitzenden. Das heißt also, dass Gorleben schon 1974 in einem Auswahlverfahren steckte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Gorleben kam nach meiner Erinnerung im Jahre 1976.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Oder 76, Entschuldigung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** 76.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** 76, ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das muss im ersten oder zweiten Quartal gewesen sein. Da sind der KEWA vonseiten des Wirtschaftsministeriums - legen Sie mich nicht fest - 20 oder 25 zusätzliche Standorte genannt worden, weil die drei, die sie vorgeschlagen hatten, problembehaftet waren.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Und Sie haben ja auch noch mal bestätigt - was ja auch hier in diesem Ausschuss immer wieder verneint wurde -, dass es eine KEWA-Nachbewertungsstudie gab, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gab eine Nachbewertungsstudie, ja.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** - in der Gorleben als bestgeeigneter Standort - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Als der bestgeeignete Standort mit Abstand vor Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ja, genau. Damit kann man also sagen, dass der Standort Gorleben, wie auch Frau Vorsitzende schon sagte, nicht einfach aus dem Hut gezaubert wurde, sondern in dem Auswahlverfahren gesteckt hat und sich dann auch als Favorit herausgestellt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dieser Standort Gorleben ist im interministeriellen Arbeitskreis unter Beachtung der Kriterien, wie ich sie dargelegt habe, vom Bundesinnenministerium - Kernkraftwerke - mit den Raumordnungsministern - die Empfehlungen - sorgfältig ausgewählt worden.

Interessant ist doch für mich rückschauend, dass in der Vereinbarung der Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen im Jahre 2001 ausdrücklich drinsteht - ich habe mir das noch mal aufgeschrieben -:

Somit stehen die bisher gewonnen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstocks zwar nicht entgegen. Allerdings sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der laufenden internationalen Diskussion die Notwendigkeit, die Eignungskriterien für ein Endlager fortzuentwickeln ...

Das heißt, bis zu der Vereinbarung, 11.06.2001, haben sich aufgrund der Untersuchungen

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sehr richtig!)

im Salzstock Gorleben keinerlei Befunde gegen die Eignungshöflichkeit ergeben, vorbehaltlich weiterer Untersuchungen.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ist klar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich wollte das nur noch mal hervorheben; denn wenn wir in die Luft geschossen hätten, ohne was zu denken, den Standort Gorleben ausgeguckt hätten, dann hätte die Untersuchung bis zum Jahre 2001 nicht zu dem Ergebnis führen können, dass bis zu dem Zeitpunkt keine geologischen Befunde gegen die Eignungshöflichkeit gesprochen haben.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Und dieses Ergebnis oder diese Bewertung war Bonn auch schon vor dem berühmten 22. Februar 77 bekannt? Es gibt ja auch - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Den Bundesministerien waren die Bewertungen des interministeriellen Arbeitskreises bekannt, und auf Fachbeamtenebene gab es keinerlei Widerspruch. Lediglich Grenznähe wurde vonseiten des Bundes als Mangel des Standorts Gorleben benannt.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Völlig richtig. - Und es gibt ein Schreiben - vielleicht wissen Sie es; Ich habe im Moment nicht die MAT-Nummer, aber die können wir nachreichen -, dass schon vor dem genannten Termin, als Gorleben benannt wurde von Albrecht, auch Bonn mitgeteilt wurde: Nehmt Gespräche mit der DDR auf. Gorleben könnte oder ist ein geeigneter Standort für ein Entsorgungszentrum.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das war mein Schreiben vom 04.01.1977 -

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Genau, ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - nach der Kabinettsitzung vom 21. oder 22.12.76.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ja. Und es wurden dann ja irgendwann auch Gespräche mit der DDR aufgenommen, und die DDR hat sich ja nach den Unterlagen relativ viel Zeit gelassen, zu antworten; es vergingen ja einige Monate. War der DDR das nicht wichtig, oder wie kann man das beurteilen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann das nicht beurteilen, weil das auf Bundesebene lief, und wer da mit wem gesprochen hat, weiß ich nicht. Ich weiß nur rückschauend, dass die DDR nach einem etwas längeren Zeitraum sich geäußert hat, bei Gorleben müssten aber die Interessen der Bevölkerung der DDR berücksichtigt werden. Herr Albrecht hat an dem Tag, an dem er die Kabinettsentscheidung bekannt gegeben hat, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Sicherheit der Bevölkerung der DDR bei den Untersuchungen, ob Gorleben geeignet ist, mit einbezogen wird. Die Formulierung war: Gorleben muss sicher sein für die westdeutsche und für die ostdeutsche Bevölkerung.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Okay, vielen Dank.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ich würde gerne eine Sache klären, Herr Röhler, weil das wichtig ist; denn Herr Kiep wird auch noch vor diesem Ausschuss erscheinen. Sie sind ja beide auch erschienen vor dem Asse-Ausschuss, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): - und auch dort hat Gorleben eine Rolle gespielt. Mir ist ein Punkt wichtig, den ich gerne mit Ihnen herausarbeiten würde. Die Vorsitzende hat bereits die Tagebucheintragung von Herrn Kiep angesprochen, auch die Bewertung dazu durch den Sachverständigen Möller.

Sie haben gesagt, Herr Kiep habe für die Kabinettsitzung einen Sprechzettel gehabt, und Sie haben gesagt, auf der Fachebene ist Gorleben immer Diskussionsthema gewesen, möglicherweise nicht auf der Ministerebene. Das Entscheidende ist ja die Frage: Wie kommt der Kiep darauf, Gorleben zu nennen? Da sagt Herr Möller: Die Atomlobby hat ihm das vorher mit auf den Weg gegeben.

Die Frage für mich ist: Ist es nach Ihrer Einschätzung nicht eher wahrscheinlich, dass er schlicht und ergreifend Gorleben im Sprechzettel hatte und aus diesem Sprechzettel vorgetragen und auf die Eignung von Gorleben hingewiesen hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, es ist so, dass wir für Ministergespräche und Kabinettsitzungen für den Minister jeweils einen Sprechzettel gefertigt haben, in dem die Argumente des Ministeriums dargestellt worden sind zu den aktuellen Themen. Ich habe mich bemüht, in den Unterlagen die Sprechzettel für die Minister Kiep und Küpker zu finden; ich habe sie nicht gefunden. Ich gehe davon aus, dass auf dem Sprechzettel von Herrn Kiep Gorleben als Standortalternative stand, vor dem Hintergrund, dass der Bund in den Vorgesprächen signalisiert hatte, die drei Standorte von der KEWA sind geeignet. Wie heißt es so schön? Bist du nicht willig, dann brauche ich Gewalt, dann leite ich einfach alle Verfahren an drei Standorten ein. Das war ja auch, wie ich hinterher festgestellt habe, die Marschrichtung von Herrn Matthöfer.

Ich gehe davon aus, dass Gorleben auf dem Sprechzettel stand. Das hat er nicht aus dem Hut gezaubert; das hat ihm keiner einge-redet. Das hat er aus dem Ministerium gehabt; denn wir selber hatten ja von der KEWA-Studie Kenntnis, wo Gorleben auf Platz eins stand. Deshalb gehe ich davon aus, dass der Einwurf, wenn er von Herrn Kiep kam und nicht von Herrn Stühr, auf dem Sprechzettel des Ministers stand.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich darf jetzt weitermachen. - Herr Dr. Röhler, ich habe jetzt die undankbare Aufgabe, Dinge, die Sie ansatzweise hier schon berichtet haben, noch mal im Detail aufzuarbeiten. Wir müssen in Kauf nehmen, dass Sie die Dinge schon beantwortet haben. Aber ich bitte um Nachsicht. Wir brauchen das für die Aufarbeitung, für den Abschlussbericht und für das Protokoll. Deswegen müssen wir einige Dinge noch mal intensiver herausarbeiten.

Ich darf mit dem ersten Komplex - Einsetzung und Vorgaben des IMAK - beginnen und Sie fragen: Warum hat Niedersachsen die Initiative gegenüber dem Bund ergriffen, ein Auswahlverfahren für einen möglichen Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum durchzuführen? Eigentlich stand ja der Bund in der Verantwortung, das zu tun.

Die Frage, die sich daran anschließt, wäre: Lag es vielleicht daran, dass Niedersachsen erkannt hat, dass es aufgrund seiner Salzvorkommen wahrscheinlich von dieser Situation betroffen gewesen ist und deshalb ein solches Auswahlverfahren in Gang gesetzt hat? Kann man das vielleicht mit der Überschrift „Niedersachsen wollte Herr des Verfahrens sein“ überschreiben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das würde ich so unterstreichen wollen. Der Bund war verantwortlich für die Entsorgung. Deshalb hat er ja auch die KEWA beauftragt - da waren wir gar nicht beteiligt -, und die KEWA hat ja auch sich beraten lassen von dem Vizepräsidenten des Landesamts für Bodenforschung als Privatmann, nicht in seiner amtlichen Eigenschaft - <sup>31</sup>Extrakapitel -, weil damals die herrschende Meinung war, das ist Sache des Bundes. Als wir dann dieses Theater mit den drei Standorten und mit den Konfrontationen hatten, da haben wir uns überlegt und haben gesagt: Moment, wer ist denn eigentlich hier Herr des Verfahrens, der Bund oder wir? Und dann haben wir gesagt: Moment, wir sind Herr des Verfahrens, und wir suchen ohne Vorgaben nach eigenen Kriterien den aus niedersächsischer Landessicht geeigneten Standort aus.

Das konnte sich nur auf Niedersachsen beziehen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir natürlich über das Landesamt für Bodenforschung auch versucht haben, andere Standorte ins Gespräch zu bringen,

---

<sup>31</sup> Ergänzung des Zeugen: „ein“, Anlage



in Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg. Deshalb haben wir uns auch da Papiere machen lassen, die alle zu dem Ergebnis kamen: Niedersachsen hat die am besten geeigneten Standorte. Ihr kommt, was die Salzstockqualität anbelangt, hier nicht aus dem Schneider, um das mal so zu formulieren. Deshalb haben wir gesagt: Okay, dann vertreten wir aber Dinge, die wir selbst ausgesucht haben, und lassen uns nicht Entscheidungen vorsetzen, von denen wir nicht überzeugt sind und die wir dann noch vertreten sollen.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Kann man das auch so zusammenfassen, dass aufgrund des Verfahrens des Bundes, also KEWA-Untersuchung und deren Scheitern, Niedersachsen selbst eine belastbare Prüfung durchführen wollte, dass das als Motivation auch noch über allem stand?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, wir wollten eine belastbare Prüfung durchführen, weil wir ja letztendlich in der öffentlichen Diskussion den Standort, den wir ausgewählt hatten, auch vertreten mussten, und da wollten wir einen Standort haben, den wir mit überzeugenden Argumenten vertreten konnten.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Ja, ich darf dann noch mal weiter zu sprechen kommen auf den Kabinettsbeschluss vom 17.08.76 - hier häufiger schon zitiert worden -, MAT A 102, Band 35, Blatt 10, und die Einsetzung des IMAK. Können Sie sich noch an die Situation erinnern? Können Sie uns vor allen Dingen sagen, welche Mitglieder in diesem Arbeitskreis saßen und welche Institutionen dort vertreten waren? Und letztlich die Frage, wie der verantwortliche Ministerialrat hieß. Haben Sie das noch in Erinnerung?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja. Also, ich habe die Kabinettsvorlage mir fotokopiert; die habe ich vor mir liegen. Ich habe schon mal darauf hingewiesen, wo es da heißt, dass aus Vertretern der durch das Vorhaben betroffenen Landesressorts - Staatskanzlei, Innenministerium, Landwirtschaftsministerium, Sozialministerium und Wirtschaftsministerium - eine Arbeitsgruppe gebildet worden ist. Ich meine, die hat schon vorher bestanden, aber wenn so etwas durch Kabinettsbeschluss abgesegnet ist, dann hat die einfach mehr Durchsetzungsvermögen.

Mitglieder waren, wie bereits geschildert, Staatskanzlei, Innenministerium, Landwirtschaftsministerium, Sozialministerium und Wirtschaftsministerium, und hinzu kamen noch das Landesamt für Bodenforschung und das Oberbergamt. Das war die Arbeitsgruppe. Vorsitzender war Ministerialrat Stuhr.

Das Kabinett hat akzeptiert, dass das Wirtschaftsministerium den Vorsitz führt. Das Sozialministerium sollte außen vor bleiben, um allen denkbaren Einwendungen in einem späteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zuvorzukommen oder auszuschließen, um alle<sup>32</sup> auszuschließen. Deshalb saßen die da drin, aber hatten nicht den Vorsitz. Der lag beim Wirtschaftsministerium, und das war Herr Stuhr.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Können Sie sich noch an die Namen der Beteiligten erinnern? Wir sind ja gezwungen, Zeugen zu vernehmen, und können jetzt nicht Fragen an Institutionen stellen. Deswegen wäre es wichtig, wenn Sie uns die beteiligten Personen, die - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn ich mich recht erinnere - schlagen Sie mich jetzt nicht ans Kreuz -:

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Das werde ich nicht tun; da müssen Sie keine Sorge haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Vom Sozialministerium waren Herr Sieber, dann Herr zur Horst, vom Landwirtschaftsministerium war meines Erinnerns Herr Krebs und vom Innenministerium - - Ich bin mir nicht sicher, ob Herr Masur dabei war; aber das ist jetzt also aus der Erinnerung reproduziert. Vom Landesamt für Bodenforschung waren die Professoren Preul und Hofrichter dabei, und vom Oberbergamt war - - Wie der Präsident hieß, das kann ich nicht mehr sagen. Aber da gab es Bergdirektoren.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Sagt Ihnen der Name Jürgen Schubert was?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, stimmt. Der war vom Oberbergamt, Schubert. Kann auch sein, da gab es noch einen mit Namen Fleisch. Aber an Schubert kann ich mich erinnern. Also, die haben natürlich

---

<sup>32</sup> Richtigstellung des Zeugen: ergänze „s“, Anlage

auch - - Ich glaube, in wechselnder Besetzung<sup>33</sup>, mal war Herr Sieber oder Herr zur Horst dabei, mal war der Präsident vom Oberbergamt dabei, mal war Herr Schubert dabei, je nachdem, was gefragt war.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Können Sie sich noch an den Teilnehmer aus der Staatskanzlei erinnern?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das war Herr Scholz.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Herr Dr. Scholz?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dr. Scholz, ja. Der war Regierungsdirektor in der Staatskanzlei. Der betreute das Wirtschaftsministerium.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Herr Dr. Röhler, welche Vorgaben bestanden seitens des Kabinetts für die Arbeit des IMAK? Wie lautete konkret der Auftrag? Sie haben das zwar schon angedeutet, aber ich muss das noch mal herausarbeiten. Wurde auf die Arbeit des IMAK politisch Einfluss genommen, und, wenn ja, welcher und von wem?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, Vorgaben gab es für diesen IMAK keine. Es wurden auch keine politischen Einflussnahmen ausgeübt. Der IMAK arbeitete nach den Kriterien, die er sich selbst gegeben hat, die Salzstöcke ab, von 140 auf 23 auf sieben. Das Kabinett hatte gesagt: Wir reduzieren auf vier. Da hat keiner sich eingemengt, weil die Kriterien - ich habe sie vorgetragen - festgelegt waren, und die kamen als Ergebnis, als sachorientiertes Ergebnis zu den Vorschlägen.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Das heißt - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da hat keiner den Beamten gesagt: „Hör mal zu, das lässt du, und das bleibt außen vor“, sondern das ist mein Wissen, weil vom Wirtschaftsministerium - das hatte ich unter Kontrolle -, da kam keinerlei Einfluss von außen. Ich habe schon darauf hingewiesen: Energiewirtschaft bei mir sowieso nicht, weil ich

gegen die Demarkationsgebiete war. Und PWK: Da will ich nicht ausschließen, dass da mal einer vorbeikam und gesagt hat: Wann kommt ihr in die Strümpfe? Dann kriegte er die Antwort: Wenn wir durch sind. Alles hat seine Zeit.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Das heißt, die Diskussionen liefen dann - so, wie ich Sie verstanden habe - auch fachlich und waren nicht politisch motiviert oder angereichert?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So ist es.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Ich habe noch mal eine Frage, weil Sie eben in einem Nebensatz gesagt haben, den Vorsitz beim interministeriellen Arbeitskreis führte Wirtschaft und bewusst nicht Soziales, die eigentlich ja fachlich damals zuständig gewesen wären, weil man im Hinblick auf mögliche gerichtliche Überprüfungsverfahren hier keine Schwierigkeiten schaffen wollte.

Ich sage Ihnen zum Hintergrund Folgendes: Wir hatten Herrn Schnipkoweit hier, der in einer fröhlichen Art uns vorgetragen hat, wie es so seiner menschlichen Natur entspricht, aber doch bei einer ganzen Reihe von Detailfragen nicht so schrecklich Bescheid wusste, was dazu geführt hat, dass die Opposition zum Teil in nicht so ganz schönen Pressemitteilungen ihm eigentlich eine große Interesselosigkeit an diesen ganzen Vorgängen damals vorgeworfen hat.

Kann Ihre Einlassung auch so verstanden werden, dass wegen der möglichen Überprüfungsverfahren, die in einem Planungsprozess ja möglich sind - auch, um nicht hier Befangenheiten zu schaffen -, bewusst das Sozialministerium zu dem Zeitpunkt gar nicht so im Mittelpunkt stand, sondern dass sich mehr im Wirtschaftsministerium abgespielt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann Ihnen aus der Kabinettsvorlage Ihre Ansicht bestätigen. Da heißt es:

Die Federführung in der Arbeitsgruppe sollte nach Ansicht der beteiligten Ressorts vorerst bei MW liegen. Als Alternative käme nur MS in Betracht. Um allen denkbaren Einwänden in einem späteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, MS sei aufgrund seiner Tätig-

---

<sup>33</sup> Ergänzung des Zeugen: „mitgewirkt“, Anlage

keit vor der Antragstellung befähigen, vorzubeugen, sollte MS jedoch erst ab Einleitung des Genehmigungsverfahrens die Federführung in der Arbeitsgruppe übernehmen.

Die waren Mitglied, aber das Wirtschaftsministerium hatte aus den Gründen, die da in der Kabinettsvorlage stehen, die Federführung.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Das heißt, wenn der Minister manches nicht erinnerte, dann hängt das nicht mit Interesselosigkeit an der Sache zusammen, sondern damit, dass man damals ganz bewusst gesagt hat, bei MW ist sozusagen der Schwerpunkt und nicht bei MS?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So kann man das sehen, wobei das MS selbstverständlich mit dem geballten Sachverstand<sup>34</sup> der Arbeitsgruppe vertreten war.

Der zweite Punkt, muss ich Ihnen sagen: Also, wenn Sie sich nach 35 Jahren an Vorgänge erinnern sollen, dann müssen Sie ein Gedächtnis haben wie ein Elefant, oder Sie müssen sich dann tagelang - was ich getan habe - durch die Akten im Umweltministerium durcharbeiten, um Linie reinzukriegen - was war denn da? -, damit man die Eckpunkte noch zu fassen kriegt, wobei die Unterlagen, wie ich schon gesagt habe, auch nicht vollständig sind.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Da haben Sie sehr recht.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Dann wissen Sie, Herr Doktor, wie erbaulich die Arbeit für uns hier im Ausschuss ist. Wir müssen das ja auch nachvollziehen und anlesen.

Frau Vorsitzende, jetzt habe ich noch eine Frage zum Zeitablauf. Ich würde einen Komplex zusammenhängend mit Vorhalt fragen wollen, und den würde ich ungern auseinanderreißen. Wie viele Minuten haben wir noch?

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Zweieinhalb Minuten.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Zweieinhalb? Dann gebe ich lieber das Fragerecht

an die SPD und würde das nachher im Komplex machen, bitte.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Röhler, Sie haben jetzt mehrfach von einem Sprechzettel von Herrn Leisler Kiep gesprochen. Haben Sie diesen Sprechzettel gesehen oder verfasst vielleicht sogar?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Minister kriegte für solche Dinge immer einen Sprechzettel. Ich bin<sup>35</sup> - - Wenn er einen Sprechzettel gekriegt hat, dann lief er über meinen Tisch. Ich selber kann mich an den Inhalt dieses Sprechzettels nicht erinnern, aber kein Minister ging, wenn er Wirtschaftsminister war, irgendwohin ohne einen Sprechzettel. Da habe ich wirklich darüber gewacht, und deshalb kann ich sagen, ich halte es für ausgeschlossen, dass er keinen Sprechzettel vom Wirtschaftsministerium hatte, ohne dass ich Ihnen jetzt sagen kann, was darin stand. In den Akten des Umweltministeriums sind die Sprechzettel sowohl für Kiep als auch für Küpker, der in der Sitzung<sup>36</sup> war, nicht aufzufinden, zumindest für mich.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, so geht es uns auch. - Aber das heißt, Sie können nicht sagen, ob das Stichwort Gorleben oder Lüchow-Dannenberg auf diesem Sprechzettel, so es ihn gegeben hat, vorhanden war?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur davon ausgehen, weil aufgrund des KEWA-Gutachtens - -

**Ute Vogt (SPD):** Die Frage war nicht, von was Sie ausgehen, sondern die Frage war, ob Sie uns definitiv sagen können, dass Sie sicher sind, dass dieses Stichwort auf diesem Sprechzettel sich befunden hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Zu 99 Prozent gehe ich davon aus, dass das Stichwort auf dem Zettel war, weil aufgrund des uns bekannten Gutachtens KEWA Gorleben auf Platz eins stand.

**Ute Vogt (SPD):** Das Bemerkenswerte - -

---

<sup>34</sup> Ergänzung des Zeugen: „in“, Anlage

<sup>35</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich bin“, Anlage

<sup>36</sup> Ergänzung des Zeugen: „v. 22.2.77“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und diese Kenntnis war vor dem 11.11.

**Ute Vogt (SPD):** Herr Dr. Röhler, bevor Sie sich da weiter verstricken: Das Problem ist doch aber, dass weder dieser Sprechzettel, der ominöse, auf dem das nach Ihrer Ansicht gestanden haben könnte, noch diese nachbereitende KEWA-Studie, auf der nach Ihrer Ansicht Gorleben schon lange erörtert worden ist, in irgendeinem dieser Hunderten von Aktenbänden aus verschiedensten Ministerien, die wir jetzt gewälzt haben, zu finden war.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt gar keine Sprechzettel!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Diese Auffassung kann ich Ihnen nicht bestätigen; denn es gibt Vermerke vom Wirtschaftsministerium, wo ausdrücklich drinsteht, dass die KEWA-Studie Gorleben auf Platz eins gesetzt hat. Das ist in den Akten im Umweltministerium.

**Ute Vogt (SPD):** Gibt es die KEWA-Studie, die KEWA - - Wir sind ja auf der Suche nach der Studie, die Sie jetzt als Vermerk zitieren. Aber haben Sie selbst eine Erinnerung daran, dass Sie diese Nachbewertungsstudie, die KEWA-Nachbewertung aus dem Jahre 1976, persönlich in der Hand gehalten haben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da kann mich nicht daran erinnern, ob ich diese Studie in der Hand gehalten habe, aber - -

**Ute Vogt (SPD):** Ich will Ihnen sagen, worauf ich hinaus will. Die Frage ist ja: Gab es diese Nachbewertungsstudie, die komischerweise nirgends zu finden ist, tatsächlich als Dokument, oder gibt es die nur als eine quasi Zusammenfassung, auf die in Vermerken verwiesen wird?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur sagen: Mir ist die KEWA-Studie - daran kann ich mich ganz genau erinnern - aus Vermerken von Herrn Stühr für mich als Sprechzettel bekannt.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, das ist klar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und das Ergebnis.

**Ute Vogt (SPD):** Aber Sie haben sie selbst nicht in der Hand gehabt, oder Sie können sich nicht erinnern?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann mich nicht erinnern nach 35 Jahren, ob ich diese Studie in der Hand hatte oder nicht.

**Ute Vogt (SPD):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da ich sehr gründlich bin, kann ich das nicht ausschließen; aber ich kann mich nicht erinnern.

**Ute Vogt (SPD):** Dann würde ich Sie trotzdem noch mal gerne fragen in Bezug auf das ja auch schon erwähnte Tagebuch von Herrn Dr. Leisler Kiep. In diesem Tagebuch - - Ich zitiere jetzt aus der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 17.06.2010, aus dem Protokoll, Seite 29, wo Herr Leisler Kiep selbst aufschreibt:

Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als vierte Möglichkeit aufnehmen zu lassen.

Und später schreibt er dann aber - - Also, Maihofer sichert zu, dass dann geprüft wird, und dann schreibt er:

Lüchow erweist sich zu meiner Überraschung als der Standort mit den besten Voraussetzungen!

Das spricht doch nicht dafür, dass Herr Leisler Kiep vorher schon wusste, dass das der beste Standort sein könnte. Sagen wir mal: Können Sie es nachvollziehen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein, ich kann das nicht nachvollziehen.

**Ute Vogt (SPD):** Wenn er selbst schreibt, es gelingt ihm, Lüchow-Dannenberg als vierte Möglichkeit aufnehmen zu lassen, und im gleichen Tagebucheintrag schreibt, dass sich zu seiner Überraschung erweist, dass der Standort die besten Voraussetzungen hat, dann muss ich doch davon ausgehen, dass er zu dem Zeitpunkt, als er ihn eingebracht hat, jedenfalls nicht die Kenntnis hatte, dass es eine Bewertung gegeben hat, die das schon als Bestes vorsieht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ich weiß nicht, wie der Zusammenhang zu sehen ist. Wenn er sagt, es gelingt mir, Gorleben einzubringen, und zu meiner Überraschung - wenn das unter dem gleichen Tag geschieht - erweist sich Gorleben als der bestgeeignete -, dann würde ich daraus ableiten, dass, nachdem er das genannt hat - - Den Bundesministern und ihrem Tross war ja die KEWA-Studie bekannt. Dort stand ja drin, Gorleben ist am besten geeignet. Dann schließe ich daraus vielmehr, dass dann wohl auf Bundesseite auf Beamtenebene - es war ein Ministergespräch, und dann war eines mit Fachbeamten - plötzlich eine Goutierung dieses Standorts stattfand, weil dem Bund die KEWA-Studie bekannt war.

**Ute Vogt (SPD):** Dann darf ich Ihnen das Zitat noch mal vorhalten aus dem Protokoll des Ministergesprächs, MAT A 64, Band 17, Paginierung 94229, in dem das Bundesministerium des Innern vermerkt zu dem Gesprächsprotokoll - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wer war das? Welcher Minister?

**Ute Vogt (SPD):** Das war ein Gesprächsprotokoll aus dem Bundesministerium des Innern, vom Abteilungsleiter gefertigt, und da wird gesagt - ich zitiere -:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gesprächs eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert schien.

Daraus geht ja eindeutig hervor, dass die Vertreter des Bundes vorher diesen Standort nicht kannten und somit auch keine Standortstudie gekannt haben können, in der der Standort vermerkt war. Sonst wäre ja der Stand nicht neu gewesen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, da würde ich Herrn Saal mal persönlich befragen, insbesondere weil die KEWA ja für den Bund gearbeitet hat und alle Ergebnisse der KEWA an den Bund gegangen sind.

Es gibt übrigens über dieses Ministergespräch verschiedene Protokolle. Es gibt kein gemeinsam abgestimmtes Protokoll. Insofern ist mir bekannt, dass da verschie-

dene Versionen über den Inhalt des Gesprächs im Umlauf sind.

**Ute Vogt (SPD):** Aber jedenfalls eine gemeinsame Überraschung der Beteiligten über diesen Standort. Ich will noch mal festhalten, dass Herr Kiep - wir werden ihn ja selbst dazu befragen - jedenfalls - - Einfach, damit Sie sich da auch nicht in Probleme bringen. Wenn es einen vorbereiteten Sprechzettel gegeben hätte, nachdem klar ist - - Ihre Version war ja, die KEWA hat Gorleben als den besten Standort gefunden, und deshalb hat Leisler Kiep genau diesen Standort auch ins Gespräch gebracht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Ute Vogt (SPD):** Er selbst hat aber offensichtlich gar nicht gewusst, dass es der beste Standort sein soll. Also kann er auch diese KEWA-Studie vorher nicht gekannt haben. Das ist mein Problem bei dem, was Sie versuchen hier zu suggerieren, was Sie aber an keiner Stelle mit Akten oder schriftlichen Belegen, sondern nur mit Ihrer Erinnerung bzw. mit Ihrer Vermutung hier einbringen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber Ihre Aktenkenntnis spricht auch nicht gegen meine Version, -

**Ute Vogt (SPD):** Na doch.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - weil es keinen Beweis für Akten gibt. Ich sage aus meiner Erinnerung: Jeder Minister kriegte einen Sprechzettel, und für den 11.11., bei dem Aufwand, gab es bestimmt einen Sprechzettel, ohne dass ich Ihnen jetzt sagen kann, ich habe den in der Hand gehabt, ich habe ihn gesehen.

**Ute Vogt (SPD):** Mich interessiert noch das Thema, warum überhaupt Niedersachsen. Es gab ja nun auch mal zehn andere Bundesländer zu der Zeit, und auch in diesem BMI-Protokoll findet sich der Hinweis - ich zitiere, Paginierung 94225 aus der gleichen MAT, die ich gerade zitiert habe -:

Vor dem Ministergespräch bestand auf Seiten des Bundes Anlass zur Skepsis darüber, ob sich die niedersächsische Seite überhaupt bereit finden würde, über die Erkundung eines Bedürfnisses nach aus-

fürlichen Informationen hinaus-  
zugehen.

Das heißt, der Bund war eigentlich ange-  
reist, zwar mit massiver Kraft vieler Minister,  
aber doch mit der Befürchtung, dass Nieder-  
sachsen sich gar nicht unbedingt sofort bereit  
erklärt, diesen Standort zu übernehmen.  
Können Sie erklären, warum ein Bundesland  
von sich aus auf einmal sagt: „Ja, wir sind  
bereit, diese Last zu tragen“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Erster  
Punkt: Natürlich ist der Bund angereist mit  
einer hohen Erwartung. Die Erwartung war  
aber nicht gerechtfertigt; denn aus den Vor-  
gesprächen war klar - das haben wir auch  
auf Fachebene den Herren klipp und klar<sup>37</sup> -,  
dass die vom Ministerpräsidenten erbetene  
vollständige Information nicht erfolgt war.

Zweiter Punkt: Warum Niedersachsen?  
Nach der herrschenden Meinung in Wissen-  
schaft und Technik war für ein Endlager das  
geeignetste Medium Salz. Salzstöcke in der  
Qualität, nämlich ohne Einschlüsse, die die  
Standfestigkeit eines Bergwerks beeinträch-  
tigen, gab es nur in Niedersachsen, und vor  
dem Hintergrund landete das Projekt nuklea-  
res Entsorgungszentrum, wo die Wiederauf-  
arbeitung direkt über einem dafür geeigneten  
Salzstock liegen sollte, in Niedersachsen;  
denn die KEWA hat ja die ganze Bundes-  
republik abgegrast und hat dabei eben nur  
niedersächsische Standorte für grundsätzlich  
geeignet gehalten, und damit hatten wir das  
Projekt am Hut. Nach unseren eigenen Un-  
tersuchungen war es so, dass es in der Bun-  
desrepublik eben keine Salzstöcke gab, die  
in der Qualität geeignet waren, außer den  
niedersächsischen. Das ist der Hintergrund.  
Dann können Sie die Bundesressorts noch  
mal fragen - und die KEWA -, warum, ob das  
so ist. So ist zumindest die Sache zu uns  
nach Niedersachsen gekommen.

**Ute Vogt (SPD):** Gab es interessierte  
Kreise in Niedersachsen, die auch daran  
Interesse hatten, dass es in Gorleben, im  
Landkreis Lüchow-Dannenberg so ein End-  
lager bzw. ein NEZ geben sollte, die aus-  
drücklich gewollt haben, dass es dahin  
kommt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also,  
wenn ich mich recht erinnere, war an allen  
Standorten großer Protest. Im Landtag gab  
es eine Auseinandersetzung zwischen zwei  
Abgeordneten, einer von der CDU und einer  
von der SPD. Der von der SPD hat gesagt -  
es war ja im Vorwahlkampf -: „Wenn ihr mich  
wählt, kriegt ihr nicht Gorleben, und wenn ihr  
die CDU wählt, den Abgeordneten, dann  
kriegt ihr Gorleben.“ Also, ausdrücklich - wie  
soll ich sagen? - der Wunsch, „Kommt nach  
Gorleben!“, ist mir nicht in Erinnerung, im  
Gegenteil. Es gab da immer heftige Aus-  
einandersetzungen, ob Gorleben oder nicht  
Gorleben.

**Ute Vogt (SPD):** Dann würde ich Ihnen  
gerne aus der Studie von Herrn Dr. Tigge-  
mann auf Seite 24, MAT A 93, zitieren, wo  
Herr Dr. Tiggemann erwähnt in einer Fuß-  
note:

Im Zeitzeugengespräch am  
24.3.2010 erwähnte Stühr ohne  
weitere genaue Zeitangabe, dass  
ihm die Kommunalpolitiker aus  
Lüchow-Dannenberg wegen der mit  
dem NEZ verbundenen Chancen  
„unablässig im Genick saßen“. Kurt-  
Dieter Grill bezeichnete der Beamte  
im Nachhinein als nachdrücklichen  
Befürworter der gesamten Anlage“.

Haben Sie eine Erinnerung daran, dass  
die Kommunalpolitiker durchaus Interesse  
hatten, nachdem Sie jetzt das Zitat kennen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da  
habe ich keine Erinnerungen dran. Ich kenne  
nur diese Auseinandersetzungen, dass im  
Grunde keiner wollte, und jeder hat das dann  
als Teufelszeug angesehen.

**Ute Vogt (SPD):** Danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Herzlichen Dank. Das Fragerecht geht jetzt  
an die FDP-Fraktion.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Herr  
Dr. Röhler, ich sitze auf Ihrer linken Seite. Ich  
würde Ihnen ja gerne eine Verschnaufpause  
gönnen, aber wir müssen hier ja auch voran-  
kommen.

Ich werde auch noch mal da einhaken, wo  
die Vorredner schon angesetzt haben, näm-  
lich diese doch widersprüchliche Einschät-  
zung, ob Herr Leisler Kiep vorher schon die,

---

<sup>37</sup> Ergänzung des Zeugen: „gesagt“, Anlage



sagen wir mal, geologischen Kenntnisse hatte oder ob er sozusagen aus anderen Motiven heraus vielleicht Gorleben ins Spiel gebracht hat. Ich gehe dabei auf eine Unterlage zurück, die sogenannte Tiggemann-Expertise, mit MAT A 93, Seite 42/43. Dort hat Herr Dr. Tiggemann aus handschriftlichen Aufzeichnungen von Matthöfer entnommen, dass ein Beamter namens Hagen darauf hingewiesen hätte, dass Lüchow wegen der Grenznähe ausgeschieden sei, also so ungefähr: Basta! Lüchow, der Standort ist gar nicht mehr in der Diskussion. - Daraufhin soll es wohl dazu gekommen sein, dass ein Mitarbeiter von Herrn Kiep - es lässt sich zurückverfolgen anhand der Teilnehmerliste, dass es sich offenbar um Herrn Stuhr handeln muss, der ja auch eben von Frau Vogt schon mal angesprochen wurde - gesagt hat, nein, Lüchow ist von der Geologie her an der Spitze, und weil es an der Spitze rangiert, wäre es also bei weitem nicht aus dem Rennen.

Könnten Sie sich aus dieser Information, die ich Ihnen jetzt gerade gegeben habe, vorstellen, dass Herr Kiep dann sehr wohl wissen musste, dass es wirklich von der fachlichen Expertise her auch so ist oder so war?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, Herr Hagen war ein sachkundiger Mann aus dem BMFT - denn ich habe mit ihm auch persönlich gesprochen; daher kenne ich ihn -, und Herr Stuhr war in der Materie. Es ist ja nicht ganz sicher, wer überhaupt das Stichwort Gorleben gegeben hat, ob das wirklich Herr Kiep war oder ob das nicht Herr Stuhr war. Und wenn Herr Stuhr das Stichwort gegeben hatte, dann war das aufgrund der Sachkunde. Auf Seiten des Bundes herrschte ja als Ausschlusskriterium - deshalb ist ja auch Lüttau rausgeflogen -, grenznahe Standorte kommen nicht in Frage.

Das heißt, natürlich war der Standort Gorleben bekannt. Er war Herrn Stuhr bekannt, und da er von der KEWA entwickelt worden ist, war er auf Bundesebene bekannt. Also, ich gehe davon aus - - Ich war<sup>38</sup> nicht<sup>39</sup> dabei, als<sup>40</sup> das Stichwort Gorleben gefallen ist, ob es Herr Kiep im reinen Ministergespräch gesagt hat oder ob es anschließend von

Herrn Stuhr in die Diskussion gebracht worden ist. Aber Gorleben war zu dem Zeitpunkt also bekannt auf Fachbeamtenebene.<sup>41</sup>

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Danke. - Ich habe hier jetzt noch ein weiteres Zitat, mit dem ich versuchen werde, das Ganze doch noch mal zu vertiefen, und zwar: Hier ist ein Ergebnisvermerk des Bundeskanzleramtes über diese Besprechung. Die hat die Bezeichnung MAT A 138, Band 18, Seite 79. Hier wird gesagt:

Vom Land ...

- in Klammern wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass vom Land Herr Kiep dann auch gesprochen hat -

wurde gefragt, ob es neben den 3 bisher ausgewählten Standorten Wahn, Lichtenhorst, Weesen-Lutterloh noch andere geeignete gibt, z. B. Gorleben/Lüchow-Dannenberg (unmittelbar an der Elbe). Vertreter des Landes betonten die aus ihrer Sicht hervorragende Eignung dieses Standortes. Seitens Bund wurde erläutert, dass er durch seine unmittelbare Lage an der innerdeutschen Grenze dieser nicht in Betracht gezogen wurde.

Es wurde vereinbart, dass diese Problematik kurzfristig nochmals geprüft wird.

Also, das ist ja noch etwas weitergehend. Ich interpretiere hieraus, dass Herr Kiep ja nun nicht - sagen wir mal - irgendwo eine Eingebung gehabt hat und gesagt hat, da gab es doch noch irgendwo so einen Ort namens Gorleben, und hat keine Kenntnis gehabt über die Geeignetheit dieses Standorts.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, die Auffassung teile ich, dass Herr Kiep nicht aus der Tiefe des Gemüts den Standort Gorleben in die Diskussion gebracht hat, sondern nach meiner Einschätzung aufgrund der Vorbereitung durch das Ministerium. Das, was Sie jetzt als Diskussion angesprochen

---

<sup>41</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Im übrigen machen die Aufzeichnungen von Herrn Matthöfer deutlich, dass dem Bund der Standort Gorleben bekannt und von ihm geprüft war, da Herr Hagen lt. Aufzeichnung sofort zu dem Standort Gorleben sprechbereit war, in dem er darauf hinwies, dass der Standort Gorleben wegen seiner Grenznähe nicht in Betracht kommt.“, Anlage

---

<sup>38</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „war“, setze „bin wirklich“, Anlage

<sup>39</sup> Ergänzung des Zeugen: „sicher, wann“, Anlage

<sup>40</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „dabei, als“, Anlage

haben, macht deutlich, dass der Standort sachlich vorbereitet war aufgrund der KEWA-Studie und deshalb auch in die Diskussion gekommen ist.<sup>42</sup>

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Ich habe jetzt noch einen anderen Fragenkomplex, und zwar: Es ist ja in den 70er-Jahren vom Zubau von bis zu 50 Kernkraftwerken ausgegangen worden. Dieses nationale Entsorgungszentrum, was Sie ja zu Eingang Ihrer Ausführungen auch als das größte Industrieprojekt jener Zeit bezeichnet haben, hatte ja eine ganz andere Dimension zunächst einmal als das, was wir heute diskutieren, nämlich eine reine Endlagerdiskussion. Es wurde in der vergangenen Befragung hier in diesem Ausschuss auch immer wieder beklagt, dass die Öffentlichkeit einfach nicht genügend einbezogen war.

Ich habe hier aus einem Vermerk der Abteilung 2 der Niedersächsischen Staatskanzlei - das ist MAT A 102, Band 25, Heft 2, Seite 205/206 - ein Zitat. Ich gehe jetzt fragmenthaft in diesen ganzen Abschnitt. Da wurde davon gesprochen, dass eine Genehmigung erst dann erteilt werden kann, wenn alle sicherheitstechnischen Fragen hinreichend geprüft und sicherheitstechnische Bedenken ausgeräumt sind, und dass der Ministerpräsident höchstpersönlich auch gesagt hat, dass für ihn die sicherheitstechnischen Fragen von ganz besonderer Bedeutung und dass eine breite und wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden solle.

Sind Sie mit den Fragen der - sagen wir mal - parallelen Öffentlichkeitsarbeit oder anschließenden Öffentlichkeitsarbeit oder der Aufbereitung von diesen geplanten Vorauswahlen befasst gewesen, und wenn ja, wie hat sich das für Sie dargestellt? War das für die damalige Zeit ein - sagen wir mal - moderates Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren, oder war man eher restriktiv?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Öffentlichkeitsarbeit zur vorläufigen Standortauswahl sollte verabschiedet werden,<sup>43</sup> das Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit,<sup>44</sup> mit

---

<sup>42</sup> Ergänzung des Zeugen: „Die sofortige Reaktion Ausschluß Grenznähe zeigt, dass die Bundesbeamten Gorleben auf dem Schirm hatten.“, Anlage

<sup>43</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „“, setze „-“, Anlage

<sup>44</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „“, setze „-“, Anlage

dem Beschluss, welcher Standort vorläufig ausgewählt wird. In der Kabinettsvorlage ist im Einzelnen - in der Kabinettsvorlage entweder für die Sitzung am 22. Dezember oder 22. Februar - ein detailliert ausgearbeitetes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit enthalten, wie im Einzelnen vorgegangen werden soll. Die Öffentlichkeitsarbeit war zu trennen von dem Genehmigungsverfahren. Es sollte erst eine breit gestreute Öffentlichkeitsarbeit stattfinden unter Einschaltung der Ministerien, der PWK, des Bundes - das war im Einzelnen genau detailliert dargelegt -, um die - ich sage mal - sehr emotionalen Argumente in ein sachlicheres Fahrwasser zu bringen. Ich selbst habe an solchen Diskussionen auch teilgenommen, um zu verdeutlichen<sup>45</sup>, um was es da geht. Aber das Konzept stand und wurde auch dann in der Folge, soweit ich das verfolgt habe, umgesetzt, seitenweise im Einzelnen, was da gemacht werden sollte<sup>46</sup>.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Vielen Dank. - Zuletzt noch eine Frage. Sie haben ja immer sehr eindeutig gesagt, es gab verschiedene Kriterienkataloge, einmal den der KEWA. Aber auch der IMAK hat sich ja Kriterien zugrunde gelegt. Gab es aus Ihrer Sicht absolute K.o.-Kriterien? Sie haben ja gesagt, in der ersten Runde der ersten drei Standorte, die vom Bund noch untersucht wurden, gab es ja dermaßen eine Gegenwehr. Das war also in dem Moment ein K.o.-Kriterium. Welche gab es aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für den Bund gab es nur als Ausschlusskriterium Grenznähe, ob<sup>47</sup> geologisch geeignet, das spielte keine Rolle. Der Bund hatte nur Grenznähe, während wir ganz konsequent sachorientiert vorgegangen sind und gesagt haben, wir wollen den - zum damaligen Erkenntnisstand - bestgeeigneten Standort, und das war eben Gorleben. Bei der Vorauswahl von 140 auf 23 sind natürlich Standorte rausgeflogen, wenn der Salzstock 1 200 Meter tief war, oder in der zweiten Runde, wenn er 800 Meter tief war, weil wir dann gesagt haben, 500 ist das K.o.-Kriterium. Solche Kriterien gab es. Es gab auch K.o.-Kriterien, wenn der Standort in einem

---

<sup>45</sup> Ergänzung des Zeugen: „seitenweise in der Kabinettsvorlage, was im einzelnen gemacht werden sollte“, Anlage

<sup>46</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „seitenweise im Einzelnen, was da gemacht werden sollte.“, Anlage

<sup>47</sup> Ergänzung des Zeugen: „trotzdem“, Anlage



Wassereinzugsgebiet lag. Das war ja der Fehler von der KEWA, dass die KEWA lediglich auf Salz geguckt hat und auf Nutzungskonkurrenzen überhaupt nicht geachtet hat. Es gab dann eine große Rechtfertigung - das findet man in den Akten von Herrn Professor Lüttig -, dass er dazu nicht die Möglichkeiten hatte, diese wasserwirtschaftlichen Nutzungskonkurrenzen abzuchecken, und dass deshalb letztlich - worüber die KEWA natürlich nicht erfreut war - die von ihr ausgewählten drei Standorte sehr, sehr problembehaftet waren und aus unserer Sicht deshalb auch nicht zum Zuge kamen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Damit ist das Fragerecht der FDP-Fraktion zunächst erschöpft und geht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön, Kollegin Menzner.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, Sie waren offensichtlich ja doch sehr intensiv mit der Gorleben-Frage beschäftigt als Staatssekretär. Da stellt sich mir jetzt die Frage: Wieso und zu wessen Gunsten haben Sie 1978 dann diesen Posten aufgegeben? Ich möchte einfach wissen: Wieso haben Sie als Staatssekretär aufgehört, und was haben Sie danach gemacht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, als Staatssekretär ist man politischer Beamter. Herr Heinemann, der Bundespräsident, hat mal gesagt, ein Staatssekretär oder ein politischer Beamter lebt im Kellnerverhältnis mit stündlicher Kündigung. 1978 gab es einen Regierungswechsel. Die CDU hatte die absolute Mehrheit, und dann wurde ich als politischer Beamter entlassen, in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Allerdings legte der Ministerpräsident - das hat er auch in einer Pressekonferenz dann erklärt - großen Wert darauf, dass ich weiterhin in Niedersachsen tätig bleiben sollte, allerdings nicht in den Landesministerien, sondern es war damals der Bau des Dollart-Hafens geplant. Ich hatte als Staatssekretär die Finanzierung dafür sichergestellt. Ausnahmsweise war das Geld schon da, bevor angefangen werden sollte. Aber unsere freundlichen Nachbarn, die Holländer, hatten ein Vetorecht gegen jede Wasserbaumaßnahme in der Ems-Mündung, und die haben dann von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, nach

meiner Einschätzung zur Sicherung des<sup>48</sup> Ems-Hafens<sup>49</sup>.

Ich bin dann kaufmännischer Geschäftsführer der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft geworden, die restaurierungsbedürftig<sup>50</sup> war, und ich habe dann diese Gesellschaft restrukturiert. Die ist dann auch mit entsprechendem Gewinn an die Norddeutsche Landesbank gegangen. Während der Zeit, da ich Geschäftsführer bei der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft war, ging zur allgemeinen Überraschung in Niedersachsen eine Spielbank in Konkurs, und da ich in den Augen des Ministerpräsidenten die nötige Kompetenz und das Durchsetzungsvermögen hatte, wurde schnell eine Auffanggesellschaft gegründet. Ich war parallel zu meiner Geschäftsführertätigkeit bei der NILEG - die war dann wieder restrukturiert - Geschäftsführer dieser Auffanggesellschaft, habe dann die Gesellschaft auf die Beine gestellt und ausgebaut und habe dann 1965 [sic!] <sup>51</sup> nach einem Regierungswechsel - wie heißt das so schön? - wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Geschäftspolitik meinen Hut genommen und bin dann etwas später in einen Maschinenbaukonzern nach Bayern als Vorstand gegangen. Dort habe ich gearbeitet, bis ich dann 66 war.

Und danach: Heute bin ich noch in der privaten Wirtschaft, in der Hafenwirtschaft tätig und Aufsichtsratsvorsitzender des größten Konzerns im Hafenumschlag in Europa.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Danke. - Sie haben vorhin sehr ausführlich dargestellt, dass dem niedersächsischen Kabinett die Gasvorkommen, die Bohrungen und die Aktivitäten auf DDR-Seite etc. alle bekannt waren vor der Entscheidungsfindung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Sie haben später dann gesagt, dass der Bund keine geologischen Bedenken hatte. Da stellt sich mir die Frage, ob der Bund überhaupt in Kenntnis gesetzt wurde von diesen Zusam-

---

<sup>48</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „des“, setze „von“, Anlage

<sup>49</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ems-Hafen“, setze „Emshaven“, Anlage

<sup>50</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „restaurierungsbedürftig“, setze „strukturierungsbedürftig“, Anlage

<sup>51</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „1965 [sic!]“, setze „1995“, Anlage

menhängen oder nicht oder ob es ihn vielleicht auch überhaupt nicht interessiert hat.

Des Weiteren stellt sich mir die Frage, wo Sie ja doch sehr genau wussten, was auf DDR-Seite alles an dem Salzstock vorgenommen wurde und dass es Tiefenbohrungen waren, dass man also nicht mehr wirklich von einer Unverritztheit des Salzstocks ausgehen konnte; denn Tiefenbohrungen sind ja auch eine Verritzung des Salzstocks, nicht nur das Auffahren von Bergwerken.

Zum Dritten möchte ich wissen, wie Sie es sich erklären: Es war ja wohl schon Konsens, dass man profunde Kenntnisse über den gesamten Salzstock haben müsste, geologische und die Frage Anhydrit etc., aber sich ja damals die Situation darstellte, dass man nur Teile des Salzstocks würde untersuchen können. Da musste man ja zumindest davon ausgehen, dass die DDR auf ihrem Territorium so eine Untersuchung nicht zulassen würde.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Erste Frage: Erdgas. Dem Bund war das bekannt. Der Bund hat selbst in Vorgesprächen darauf hingewiesen und hat gesagt, das muss geprüft werden.

Ich habe dargestellt, das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung ist eingeschaltet worden und hat festgestellt, es gab zwei Tiefbohrungen, die eingestellt worden sind. Es gab eine fündige Erdgasbohrung, die - sagen wir mal - explodiert ist, und es gab unter dem Salzstock ein Erdgasvorkommen. Nach der Aussage des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung bestand eine potenzielle Gefährdung des Salzstocks für ein Endlager nur dann, wenn in ihm auf niedersächsischer Seite Erdgas gefördert wird, was durch Kabinettsbeschluss schon ausgeschlossen war, und wenn auf DDR-Seite Erdgas erbohrt werden würde.

Deshalb hat der Bund darauf hingewiesen und hat gesagt: Wir müssen, bevor wir eine endgültige Entscheidung treffen, mit der DDR übereinkommen, dass die Unversehrtheit des Salzstocks gewährleistet bleibt. Das war ein Punkt, der in die Kabinettsvorlage ging, der dem Bund bekannt war und der nach unserer Auffassung in den Gesprächen mit der DDR abgeklärt werden sollte, ob die DDR, a) bevor wir eine Entscheidung treffen, anfängt zu bohren, bzw.<sup>52</sup> wenn wir die Entscheidung

getroffen haben, dass sie sagt: Wir bohren da drüben kein Erdgas mehr.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Darf ich gerade noch mal an der Stelle eine Nachfrage stellen? Das ist ja erst mal einleuchtend, aber wir reden ja bei einem Endlager für hochradioaktiven Abfall von Zeiträumen, die Jahrtausende übersteigen, sage ich mal. Wenn es so ein bilaterales Abkommen gibt, das kann man ja maximal - sage ich mal - für ein, zwei Generationen treffen. Man konnte doch sicherlich nicht davon ausgehen, dass für alle Zeiten alle zukünftigen Gesellschaften, die in der Region entstehen würden, auf so etwas verzichten würden. Hat das eine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das Kabinett hat beschlossen, auf niedersächsischer Seite wird nicht gebohrt. Damit war auf niedersächsischer Seite ausgeschlossen, dass gebohrt wird. Die Frage war eben: Kommt man mit der DDR zu einer Übereinkunft über die Unversehrtheit des Salzstocks? Wenn es eine Übereinkunft gibt, dann gehe ich mal davon aus, dass eine solche Übereinkunft auch Jahrhunderte überdauert. Wenn Sie an die Rheinschiffahrts-Akte denken: Die ist jetzt - was weiß ich - von 1824, glaube ich, irgendwo. Die wird beachtet. Auch wenn es manchen nicht gefällt, dass die Nutzung des Rheins abgabefrei ist, halten sich alle daran. Ich kann mir nicht vorstellen, dass, wenn es zu einer Übereinkunft gekommen wäre, die nicht dauerhaft gewesen wäre.

Der zweite Punkt war: Erdgasbohrungen. Das habe ich gesagt. Die Meinung der Fachleute war: nur potenziell gefährdet, wenn gebohrt wird. - Da die Bohrung ausgeschlossen war, war für uns das ein Punkt, der lediglich von der Übereinkunft mit der DDR abhing.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Weitere Fragen möglicherweise in der nächsten Runde. - Das Frage-recht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, es wechselt hier so. Tut mir leid.

Ich möchte mit Ihnen gerne noch einmal auf das Jahr 1976 zu sprechen kommen.

---

<sup>52</sup> Ergänzung des Zeugen: „b)“

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihr Eingangsstatement dazu so verstanden, stichpunktartig: Februar 76 Regierungswechsel.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): März/April 76 erste Gespräche MWi, also im Wirtschaftsministerium, bisherige Diskussion ausgewertet, die Argumente der KEWA für die drei Standorte schwach, deswegen Beschluss: alternative Suche, 20 bis 25 mögliche weitere Orte, darunter Gorkleben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu wollte ich Sie fragen: Gab es eine Liste der 20 bis 25 Orte? Wer hat diese Liste gemacht? Gab es einen Schriftverkehr mit der KEWA, dass sie diese 25 Orte untersuchen soll? Können wir irgendwo über diesen Vorgang - MWi diskutiert, findet KEWA schwach, bringt Alternativen ins Gespräch, fertigt eine Liste über 20, 25 neue Standorte an, schickt sie an die KEWA - - Gibt es dazu irgendetwas Schriftliches?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gibt einen Vermerk in den Akten vom Wirtschaftsministerium, in dem dieser Ablauf dargestellt worden ist und wo festgehalten ist, dass der KEWA - erschlagen Sie mich - 20 oder 25 Standorte übermittelt worden sind zur alternativen Prüfung. Das finden Sie in den Akten. Im Umweltministerium habe ich den Vermerk gesehen. Den gibt es. Die Standorte im Einzelnen sind in diesem Vermerk nicht festgehalten. Aber den Vermerk gibt es. So. Daraus muss ich entnehmen: Die sind überspielt worden.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und von wann datiert dieser Vermerk?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
09.03.77!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Vermerk müsste sein im - - Puh, der war sogar für mich bestimmt.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich höre vom Kollegen: 9. März 1977.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Kann sein.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bedeutet das, dass dieser ganze Vorgang - das ist ja dann ein Jahr früher gewesen, im März 76: Gespräche im MWi, KEWA zu schwach, Beschluss: wir machen neue Alternativen - - dass das alles ohne Akten und Schriftverkehr gelaufen ist, Herr Zeuge, dass es nur einen Vermerk gibt darüber, der ein Jahr später gefertigt worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Vermerk, der ja ein Jahr später gefertigt worden ist, kann aus meiner Sicht nur auf der Grundlage von Vorgängen aus dem Jahr 76 erstellt worden sein; denn dort hatte man - -

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Schlussfolgerung, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist eine Schlussfolgerung.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die ich nachvollziehen kann als Schlussfolgerung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur darauf hinweisen - -

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber meine Frage noch mal: Was ist mit den Unterlagen selber? Wissen Sie, ob es welche gegeben hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur vermuten. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Ich habe tagelang in den Akten im Umweltministerium gesucht, -

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nichts gefunden.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - weil ich manche Unterlagen, die in anderen Vermerken enthalten waren, haben wollte. Und dann ist mir Folgendes gesagt worden: Die Akten aus dem Wirtschaftsministerium zum Thema Gorleben sind ins Staatsarchiv gekommen. Das Staatsarchiv hat aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen diese Akten aussortiert und hat<sup>53</sup> aus Sicht des Staatsarchivs wesentliche Unterlagen ins Staatsarchiv genommen, und die anderen sind ausgeschieden worden. Das war der Grund, warum ich nichts gefunden habe, und die Akten sind<sup>54</sup> unvollständig<sup>55</sup>.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Dr. Röhler, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - meine Zeit läuft ab, und die Genese der Akten ist wahrscheinlich dem Ausschuss bekannt. Ich wollte von Ihnen nur wissen, ob Ihnen der doch notwendige Schriftverkehr aus dem Frühjahr 76 - dieser ganze Vorgang kann doch nicht mündlich erfolgt sein - - ob Ihnen da etwas noch bekannt ist, und Sie sagen Nein. Das nehme ich zur Kenntnis.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kenne keinen Schriftverkehr zwischen MW und KEWA.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In den Akten ist nichts.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann haben Sie gesagt: KEWA hat die 20 bis 25 Standorte abgearbeitet; dazu gebe es Unterlagen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir kennen keine Unterlagen zu der Abarbeitung dieser 20 bis 25 Standorte. Wissen Sie, wo wir sie finden können?

---

<sup>53</sup> Ergänzung des Zeugen: „nur die“, Anlage

<sup>54</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „sind“, Anlage

<sup>55</sup> Ergänzung des Zeugen: „sind“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann Ihnen nur die Empfehlung geben, bei der KEWA zu forschen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Wunderbar.

So, dann wollte ich Ihnen vorhalten, dass wir natürlich in den Akten aus dem Jahre 76 nicht alles, nehme ich an, aber einiges zur KEWA haben. Also, zum Beispiel haben wir vom September 76 einen Entwurf eines KEWA-Berichts, September 76, MAT A 83 - das ist September 76 -, Blatt 465 ff. Da wird gesprochen von der KEWA von drei Standorten, ohne Gorleben. Wir haben vom 20.10.76 eine Besprechung im Wirtschaftsministerium, bei Ihnen, über diesen KEWA-Bericht September 76 - - über diese Besprechung - MAT A 102. Da wird von drei Standorten gesprochen, Gorleben ist nicht dabei. Können Sie uns eine Erklärung abgeben, warum nach Ihrer Erinnerung zu diesem Zeitpunkt, September 76, die KEWA schon längst 20 bis 25 Orte bearbeitet hat und Gorleben auf Platz eins gesetzt hat, aber in den Unterlagen, die wir haben von der KEWA, immer nur von drei Standorten gesprochen wird? Haben Sie dafür eine Erklärung?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein.<sup>56</sup>

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Am 11. November gab es ja dieses Ministergespräch.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es gab am Vormittag - - Jedenfalls, es gab ein Gespräch mit Herrn Professor Mandel und anderen im Finanzministerium und dann ein Gespräch des Ministerpräsidenten Albrecht mit Bundesministern. Sie sprachen davon, dass der Minister sicherlich einen Sprechzettel hatte. Davon gehe ich auch aus. Hatte der den Sprechzettel für beide Gespräche oder nur für dieses Gespräch mit dem Ministerpräsidenten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, den Sprechzettel, den wir gemacht haben, hat er mit Sicherheit nur für das Gespräch mit den Bundesministern gehabt.

---

<sup>56</sup> Ergänzung des Zeugen: „, nur dass die Akten unvollständig sind.“, Anlage

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann habe ich - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ob er mit Herrn Mandel gesprochen hat, kann ich nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Montag, tut mir leid, Ihre Fragezeit ist jetzt abgelaufen. Wenn Herr Dr. Röhler dazu noch die Antworten gibt, ist es okay. Aber dann müssen wir auf die nächste Runde warten, bitte.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zerbricht es natürlich vollkommen. Ich habe eine letzte Frage.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das zerbricht gar nicht, sondern das, was zerbricht, ist die Art, wie Sie zitieren, Herr Montag!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Nein, wir führen jetzt keine interne Diskussion. Aber ich weiß nicht, ob Herr Dr. Röhler mit seiner Antwort fertig war. Haben Sie mit Ihrer Antwort das alles gesagt, was Sie dem Kollegen Montag sagen wollten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe gesagt: Er hatte mit Sicherheit einen Sprechzettel für das Ministergespräch. Ob er einen Sprechzettel für Herrn Mandel - ich wusste nicht, dass er mit Herrn Mandel gesprochen hat - - das weiß ich nicht. Und für das Gespräch Ministerpräsident mit Mandel haben wir keinen Sprechzettel gemacht; das macht die Staatskanzlei.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Vielen Dank. - Jetzt geht das Fragerecht tatsächlich an die CDU/CSU-Fraktion.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Das ist auch sehr schön, weil es mir Gelegenheit gibt, mal deutlich zu machen, wie Herr Montag arbeitet, indem er nämlich nur die Dinge zitiert, mit denen er eine Legende aufbauen kann.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Grindel!)

- Ja, das müssen Sie jetzt mal ertragen.

In MAT A 102, Band 7, findet sich nämlich vom 27. August 1976 - Herr Montag hat ja jetzt liebevoll vom September 1976 zitiert, obwohl er natürlich, oder diejenigen, die ihn vorbereitet haben, diese Unterlage auch im Zweifelsfall ja gesehen hat - ein Vermerk von Herrn Chojnacki, den wir nicht mehr fragen können, weil er verstorben ist, zum Thema. Ich könnte Ihnen das auch aushändigen; ich lese es vor:

Betr.: Entsorgungszentrum für bestrahlte Kernbrennstoffe

Bezug: Telefongespräch mit Dr. Hornke, KEWA, am 26.8.1976

Und da vermerkt Herr Chojnacki:

Nach Auskunft von Dr. Hornke werden im Augenblick folgende Standortalternativen näher untersucht:

August 1976, Standortalternativen werden untersucht.

Gorleben ...  
Ebstorf ...  
Zwischenahn ...  
Rhaude ...  
Bunde ...  
Börger ...  
Odisheim ...  
Stemmen ...

Und dann wird darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung der Standorte von den jeweiligen Salzstöcken abgeleitet wird.

Darunter befinden sich jetzt einzelne Orte, die sind, zumindest für mich, neu. Es sind acht. Können Sie einordnen - - Jedenfalls ist das ein Beleg dafür, dass im August 1976 die KEWA Gorleben als Standortalternative geprüft hat. Der Begriff „Alternative“, muss ich den so bewerten, als Alternative zu den drei, zu denen Herr Montag Ihnen Vorhaltungen gemacht hat? Und ist das Teil dieses Programms, also der Nachbewertungsstudie, die wir nicht haben? Aber würden Sie auch sagen: „Das ist ein Beleg dafür, dass Gorleben eben schon im August 76 untersucht worden ist“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das sehe ich so, dass Gorleben im August 76 untersucht worden ist. Und „alternativ“ bezog sich immer auf die drei, die die KEWA zunächst vorgeschlagen hatte, nämlich Lutterloh, Lichtenhorst und Wahn. Und man muss einfach hinzufügen: Der vierte bei der KEWA



war zunächst Lüttau noch, den sie wegen Grenznähe dann ausgeschieden haben.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Sie haben gerade zitiert, dass das Staatsarchiv diese Akten in einer für Sie nicht ganz nachvollziehbaren Weise behandelt hat. Hat man Ihnen im Staatsarchiv gesagt, zu welchem Zeitpunkt das gewesen ist, in welchem Jahr?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe diese Auskunft gekriegt, als ich die Akten im Umweltministerium durchgearbeitet habe. Und da ist mir aufgefallen, dass Vermerke andere Vermerke zitieren, und ich habe diese zitierten Vermerke nicht gefunden. Und da hat mir der zuständige Ministerialrat diese Erläuterung gegeben: Staatsarchiv, auswählen<sup>57</sup>, nach nicht nachvollziehbaren Kriterien<sup>58</sup>, Ablagen, und dann<sup>59</sup> kamen sie wieder zurück in das Umweltministerium.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ihnen ist vorhin vorgehalten worden aus der Studie von Herrn Tiggemann dieser Hinweis, dass die Kommunalpolitiker, bezogen auf Gorleben, dem Herrn Stuhr, wie es dort heißt, im Nacken saßen. Können Sie bestätigen als Wirtschaftsstaatssekretär, dass bereits im Jahr 1974, noch unter der Regierung Kubel, also der SPD-Landesregierung, es einen Landesentwicklungsplan gab, der gerade für die Region Lüchow-Dannenberg, für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, dringend die Ansiedlung von Unternehmen, von Einrichtungen mit industriellen Arbeitsplätzen gefordert hat, sodass man sagen kann: „Diesen Wunsch, dort Industriearbeitsplätze zu schaffen, den hat es auch im Grunde genommen schon unter der SPD-Landesregierung gegeben“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann mich jetzt an dieses Landesentwicklungsprogramm, das Sie gerade zitiert haben - <sup>60</sup> Das gab es. Aber den Inhalt kenne ich jetzt im Detail nicht. Aber es gab für die Industrieansiedlung - das war die Aufgaben-

stellung, die wir im Wirtschaftsministerium hatten - den Schwerpunkt Zonenrandgebiet - da war Lüchow-Dannenberg der ärmste Landkreis -, zweitens Emsland und drittens Ostfriesland. Und das Zonenrandgebiet mit Lüchow lag im Fokus. Wenn wir was zu fassen kriegen, was bereit ist, dahin zu gehen, was ja immer der Unternehmer entscheidet, dann wird Lüchow-Dannenberg angeboten genauso wie Emsland und Ostfriesland. Das war ein Schwerpunkt der Landesentwicklung, dass wir im Zonenrand insbesondere Industriearbeitsplätze dahin kriegen; denn der Harz war voll mit Tourismus, mit Dienstleistungen, das war saisonabhängig. Es fehlte aber in dieser Region eben an Industriearbeitsplätzen.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Damit wir ein Gefühl sozusagen für die Zeit auch von damals noch mal bekommen: Wir reden ja heute nur über das Endlager, weil das ist übrig geblieben sozusagen. Damals ging es ja vor allen Dingen um eine Wiederaufarbeitungsanlage - die hätte ja auch die rund 3 000 Arbeitsplätze gebracht -, die dann später auf Entscheidung von Herrn Albrecht hin aufgegeben wurde, diese Idee oder diese Planung. Über die Phase, über die wir jetzt reden, trotz der hohen Prozentansätze für Sicherheit und Umwelt, die Sie zitiert haben aus dem Punktekatalog - Ist es nicht auch richtig, in die Gesamtbewertung hineinzunehmen, dass damals bei diesem Projekt „nukleares Entsorgungszentrum“ ja vor allen Dingen auch das Thema Wiederaufarbeitungsanlage im Streit war und insofern, wenn darüber jetzt in der Nachschau diskutiert wird, sozusagen man immer sehen muss, dass das ja ein Projekt mit mehreren Alternativen war und die Frage Endlager selber, wenn sie damals isoliert betrachtet worden wäre, vielleicht gar nicht mal so diese Bedeutung hätte? Zumindest nicht, dass da Leute im Nacken waren; denn so viel Arbeitsplätze hätte das Endlager ja nicht gebracht. Also, worum ging es in der Diskussion damals, auch um die Frage der Wiederaufarbeitung?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In der Diskussion ging es um das nukleare Entsorgungszentrum global: Wiederaufarbeitung, Behandlung der Abfälle und Endlager, integriert an einem Standort der ganze Komplex. Insofern war das ein industriepolitisches Projekt für das Land Niedersachsen. Und

---

<sup>57</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „auswählen“, setze „hat“, Anlage

<sup>58</sup> Ergänzung des Zeugen: „die abgelegten Akten ausgewählt, dann“, Anlage

<sup>59</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ablagen, und dann“, Anlage

<sup>60</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „im einzelnen nicht erinnern.“, Anlage

aus der Zeit damals, wie Sie gefragt haben, war dieses das integrierte nukleare Entsorgungszentrum, nämlich Wiederaufarbeitung plus Endlager und Behandlung der Abfälle nach der Wiederaufarbeitung. Dieses war das, was auf dem Tisch des Hauses lag. Man hat nicht über das Endlager diskutiert, man hat über alles diskutiert, über das Gesamtprojekt.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Jetzt lassen Sie uns noch mal zu dem 11. November - Treffen Kabinettsmitglieder mit den drei Bundesministern - kommen. Da ist nach dem, was wir aus den Akten wissen, ja nicht nur dieses eine Gespräch von Herrn Mandel mit Herrn Kiep gewesen. Sondern ist es richtig, dass die Bundesminister auch noch mit der Fachebene hinterher gesprochen haben, wo also den Bundesministern das, was die Fachebene bis dato an, wenn man so will, Standortauswahlergebnissen zutage gefördert hat, noch mal besonders erwähnt oder erläutert worden ist? Wie war die Sitzungsfolge sozusagen an dem Tag?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Sitzungsfolge war die, dass die Minister zunächst ausschließlich unter sich getagt haben, die niedersächsischen Minister und die Bundesminister. Die Fachbeamten, also Staatssekretäre und Nachgeordnetes, waren ausgeschlossen. Das Gespräch hat sich - daran erinnere ich mich noch - sehr lange hingezogen, länger als geplant, und dann wurden die Fachbeamten, sprich: die Staatssekretäre, hinzugezogen und Ministerialbeamte. Dann wurde das Ergebnis des Gesprächs der Minister vorgestellt, kurz erörtert, kurz diskutiert, und dann war Ende. Herr Albrecht hat gesagt: Jawohl, ich bin bereit, einen vorläufigen Standort zu benennen, aber Niedersachsen wählt diesen vorläufigen Standort eigenständig aus. - Das war das Ergebnis, was der Bund dann auch akzeptiert hatte. Und dann wurden eben die Aufträge erteilt an die Staatssekretäre und an die Ministerialbeamten, was nun in Folge zu machen war. Und das Kabinett hat nach dem 11. dann noch mal ausdrücklich einen Kabinettsbeschluss gefasst, wo drinstand, dass der IMAK eigenständig und unabhängig von der Auswahl der KEWA oder den Vorlieben des Bundes eine sachorientierte Entscheidung zu treffen hatte.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ist denn in der Sitzungsphase, als die Fachebene mit dabei war, auch über Standorte gesprochen worden, die in Betracht kommen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nach meiner Erinnerung ist über Standorte gesprochen worden. Nach meiner Erinnerung ist überhaupt erst in diesem zweiten Teil das Stichwort Gorleben in die Diskussion - - also das Wort Gorleben oder Gorleben als Standort in die Diskussion gebracht worden. Ob Herr Kiep das in seinen Erinnerungen so richtig sieht? Ich will das nicht bestreiten, aber - -

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Mir geht es weniger um Herrn Kiep als um die Bundesseite, weil ja hier im Lichte des Protokolls des BMI - - wobei wir wissen: Es gibt vier Protokolle, glaube ich, von der Sitzung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Die Protokollage ist nicht eindeutig. Es ist ja vorgebracht worden, da habe man den Eindruck gewinnen können, das sei eine Überraschung gewesen, der Standort Gorleben. Sie haben ja gesagt, über die KEWA-Studien war der Bund informiert. Erinnern Sie denn aus dieser Sitzung, wo Sie dabei waren, dass dort auch Bundesbedienstete über Gorleben mit diskutiert haben, weil sie es wussten, dass das, gerade auch vor dem problematischen Hintergrund Grenzgebiet, einer der möglichen Standorte sein könnte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, in diesem Gespräch ist schon<sup>61</sup> von Bundesseite darauf hingewiesen worden nach meiner Erinnerung: Aber Gorleben liegt in Grenznähe. Das ist das, was ich noch an Erinnerung aus diesem Gespräch habe. Und für uns war einfach klar: Wir suchen den besten Standort und lassen uns nicht auf irgendwelche zweitbesten Lösungen aus politischen Gründen ein.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Ergänzung des Zeugen: „gleich“, Anlage

<sup>62</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Im übrigen spricht die sofortige Reaktion der Bundesseite zu Gorleben: Ausschlusskriterium Grenznähe, dass zumindest auf Fachbeamtenebene der Standort Gorleben bekannt, geprüft, aber wegen der politischen Vorgabe des Bundes: Kein Standort in Grenznähe deshalb schon auf Fachbeamten Ebenen verworfen worden ist.“, Anlage

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Sie haben gesagt: Das Ministergespräch dauerte länger als geplant.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Lässt das den Schluss zu, auch vor dem Hintergrund des Telefonats, das Sie mit Staatssekretär Baum gehabt haben, dass das im Ministergespräch auch schon eine Rolle gespielt hat, die politische Überlegung: „Kann man das machen überhaupt, einen solchen Standort in der Grenznähe“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, über den Inhalt des Ministergesprächs habe ich immer nur Informationen aus zweiter Hand. Ich weiß nur, dass es da zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist, weil der Bund die Linie hatte, ich sage mal, stoßtruppartig eine Entscheidung am 11.11. für einen Standort zu erreichen. Und da sind wohl auch ziemlich harte Daumenschrauben angelegt worden, und der Ministerpräsident hat dann also pariert und hat gesagt: Nein, nicht, es gibt keine Standortentscheidung am 11.11. - Und das hat natürlich eine gewisse Betroffenheit auf Bundesseite ausgelöst, obwohl die Bundesseite aufgrund der Vorgespräche - ich war auch an einem dabei - klar wusste, sie kriegen keine Entscheidung, egal wie hart sie die Landesregierung angehen, weil bestimmte Unterlagen, die wir haben wollten, nicht vollständig waren.

In den ausgesiebten Akten des Umweltministeriums fehlt die irgendwo zitierte Kabinettsvorlage vom 11.11., die ich gerne noch mal nachgelesen hätte. Die ist nicht da. Und in der Staatskanzlei, wo ich mehrfach interveniert habe, ist diese Kabinettsvorlage auch nicht auffindbar. Und in der Fußnote, die in der Tiggemann-Studie zitiert wird und wo auf diese Kabinettsvorlage hingewiesen wird, mit Fundstelle in irgendwelchen Unterlagen - Da habe ich nachgucken lassen durch den Referatsleiter aus der Staatskanzlei persönlich, und der hat dort keine Kabinettsvorlage gefunden, sondern lediglich eine Studie der KEWA oder PWK über das Entsorgungszentrum.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Darf ich mal nachfragen: Der 11.11., war das denn eine formale Kabinettsitzung, oder war das nicht ein Treffen der fachlich zuständigen Minister unter Einschluss von Fraktionsvorsitzenden?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Also insofern, wenn man eine Kabinettsvorlage sucht, muss es ja eine Kabinettsitzung gegeben haben. Am 11. hat es aber die nicht gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist der Punkt. Es war keine Kabinettsitzung. Es wird aber zitiert, es gebe eine Kabinettsvorlage vom 11.11. oder vom 08.11., und -

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Am 08.11. hat es eine Kabinettsitzung gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - in der Staatskanzlei gibt es nichts. Es gibt auch keine Unterlage über eine vorbereitende Kabinettsitzung für das Gespräch am 11.11., sondern es findet sich lediglich eine Notiz, dass bis zum, glaube ich, 08.11. von allen Ressorts die Unterlagen zur Vorbereitung des Gesprächs an die Staatskanzlei abzuliefern sind.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Wie gesagt, ich will Sie nicht zu irgendwelchen Einschätzungen bewegen, wir wollen auch nicht im Nebel herumstochern, aber ich möchte gern noch mal auf folgenden Punkt hinaus, weil der einen wundern muss. Sie sagen: Die Erwartung der drei Minister war, an diesem Tag, am 11.11., einen Standort zu hören. Eine Standortentscheidung, die wollten sie. Wenn ich als Minister mit der Erwartung zu einer so schwierigen Frage in ein Bundesland komme, dann muss ich ja aber doch irgendeine Vorstellung davon haben, welche Vorbereitungen getroffen worden sind, damit man überhaupt so eine Entscheidung treffen kann. Also, ich muss ja davon ausgehen dürfen: Die sind in Niedersachsen im Grunde genommen so weit, mir den Standort zu nennen.

Nun wird aber aus diesem BMI-Protokoll zitiert und aus anderen, dass im Grunde man über bestimmte Dinge ganz überrascht war. Wie passt das denn zusammen? Also wenn



ich keinen Standort benenne seitens der Landesregierung, dann heißt das doch: Ich brauche noch Zeit, um zu einer verantwortungsbewussten Entscheidung zu kommen. - Wenn ich vom Bund das verlange, dass jetzt der Standort genannt wird, müssen die doch den Eindruck haben: Man hat schon alles so weit untersucht, dass man einen solchen verantwortungsvollen Standort nennen kann.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Bund war der Meinung, dass alle Vorarbeiten geleistet sind in Bezug auf die drei Standorte Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wir haben in den Vorbesprechungen für den 11.11. sehr deutlich gemacht, dass diese Standorte aus unserer Sicht so mangelbehaftet sind, dass wir der Auffassung sind, dass sie ein Planfeststellungsverfahren nicht überstehen. Aber der Bund - ich habe das nur aus zweiter Hand - war der Meinung: „Die drei Standorte sind grundsätzlich geeignet“ und hat - ich habe das aus zweiter Hand - durch den Bundesminister Matthöfer kurzerhand das Gespräch eröffnet und hat gesagt: Also, da sind drei Standorte. Entweder ihr benennt einen, oder wir leiten an allen drei Standorten, was wir aus rechtlicher Sicht des Bundes können, gleichzeitig Genehmigungsverfahren ein, weil wir der Auffassung sind, dass die Voraussetzungen für die Einleitung eines Verfahrens vorhanden sind.

Und da hat der Ministerpräsident deutlich geblockt. Das war aber auch in den Vorgesprächen für den 11.11. dem Bund klar, dass er keine Entscheidung kriegt. Der Bund wollte aber. Ja, das ist Verhandlungsstrategie.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Okay.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Herr Dr. Röhler, ich darf dann mal weitermachen und noch mal zu sprechen kommen auf den Vermerk, den vorhin der Kollege Montag angesprochen hat, und zwar den vom 9. März 1977. - Vielleicht ist jemand so nett und gibt mal die Unterlage rüber.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück übergeben - Der Zeuge liest in diesem Schriftstück)

Für das Protokoll: MAT A 102, Band 8, Paginierung 186. Ich darf da - ich glaube, es ist

gelb markiert - dies zitieren, und zwar geht es mir da um die Nr. 2. Ich zitiere wie folgt:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiveren Recherchen herausgestellt hatte, dass bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz u. a. zu rechnen war, wurden im MW

- was wohl heißen soll:

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wirtschaftsministerium.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** - im Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, dass die Zahl der möglichen Standorte größer war als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben. Die Eignung der benannten Standorte wurde nicht näher erörtert.

Diesem Absatz ist zu entnehmen, dass das Wirtschaftsministerium bereits 75 der KEWA bzw. dem Bund den Standort Gorleben vorgeschlagen hat, also lange vor dem Auswahlverfahren des IMAK. Ich denke, Sie haben das mitgelesen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Können Sie sich an die Abläufe erinnern? Ist das aus Ihrer Sicht so richtig? Ist das der entsprechende Vermerk, und was können Sie uns hierzu berichten? Ich weiß, dass Sie das ansatzweise schon mal erläutert haben, aber wir müssen das leider im Zusammenhang noch mal darstellen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist mein Wissensstand, dass wir, nachdem wir die Diskussionen - Wahn, Lutterloh, Lichtenloh [sic!] - intern ausgewertet haben, darüber gesprochen haben. Wir haben gesagt: „Gibt es noch andere?“, weil diese Standorte in der öffentlichen Diskussion sehr schwer und nur eingeschränkt zu vertreten waren. Und da hat das Wirtschaftsministerium intern angefangen. Wir haben im Wirtschaftsministerium ein Referat für Bergrecht. Wir haben Zugriff auf das Niedersächsische

Landesamt für Bodenforschung. Wie im Einzelnen diese 20 oder 25 Standorte zustande gekommen sind, dazu kann ich nichts sagen. Aber ich war fuchsteufelswild, weil ich selber in Diskussionen wie ein Blöder dastand, weil man angegriffen wurde und hatte keine Sachargumente, weil die<sup>63</sup>, wie gesagt, Mängel hatten.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Ich darf jetzt zu Ziffer 3 dieses Vermerks kommen - die MAT-Nummer hatte ich bereits angegeben - und wie folgt zitieren:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diese Untersuchungen wurden neben den drei bis dahin bekannten Standorten 8 zusätzliche Standorte einbezogen. Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, dass von den 11 untersuchten Standorten auch bei Anlegung unterschiedlicher Gewichtungen Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war. Es folgten in einigem Abstand Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Können Sie sich an diese KEWA-Nachbewertung erinnern? Und ergänzend zu den Dingen, wenn Sie das jetzt lesen, was können Sie da im Zusammenhang berichten außer den Dingen, die wir ja schon gehört haben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann mich an das Ergebnis der KEWA-Studie erinnern. Das Ergebnis war mir - ich sage mal - im September/Oktobre bekannt. Das landete auf meinem Tisch, und daran kann mich sehr gut erinnern. Mehr kann ich eigentlich dazu nicht sagen. Ich habe auch in den Akten die Unterlage gefunden, die Ihr Kollege Grindel zitiert hat, wo diese elf Standorte, die die KEWA in die Nachuntersuchung einbezogen hatte, aufgeführt worden sind. - Das ist das, was ich zu der Sache sagen kann.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Gut. Wie viel Zeit haben wir jetzt noch?

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** 30 Sekunden.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): 30 Sekunden. Dann würde ich das Frage-recht weitergeben, weil ich den nächsten Komplex angehen möchte, den ich im Zusammenhang machen möchte.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gut. Dann geben wir das Fragerecht weiter an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Ute Vogt** (SPD): Vielen Dank. - Ich wollte die Gelegenheit nutzen, die Frage von Herrn Grindel noch zu beantworten: aus MAT A 102, Band 8, Paginierung 112 - kann man zitieren. Das ist ein Schreiben von MD Sahl an Herrn - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** BMI muss das sein.

**Ute Vogt** (SPD): Als Antwort auf ein Schreiben von MD Sahl, von Herrn Stuhr geschrieben, der da schreibt:

Den Akten des Referats 23 sind keine Anzeichen dafür zu entnehmen, dass der ehemalige Ministerpräsident Kubel sich für den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen eingesetzt hat. Es ist auch sonst kein Sachverhalt bekannt, der auf eine entsprechende Äußerung hinausläuft.

Im Grunde ist das für unseren Untersuchungsauftrag jetzt nicht ganz so wesentlich; aber weil Sie das immer wieder fragen, sollten Sie auch das zur Kenntnis nehmen.

Ich habe, Herr Dr. Röhler, an Sie noch mal die Frage. Sie haben vorhin gesagt: Keiner wollte das Lager. - Das kann man ja auch nachvollziehen, diese Aussage. Es gab ja nun aber im November 76 eine TÜV-Studie, die durchaus auch eine Alternative außerhalb von Niedersachsen ins Auge gefasst hat. Erinnern Sie sich an diese Studie?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Würden Sie mir die mal benennen?

**Ute Vogt** (SPD): Das war eine TÜV-Studie. Die hat eine Tabelle erstellt. Da ging es um Börger, Ahlden, Stüdtlo, Malloh, Lüttau, Friedrichskoog, Mariagluck, Gorleben, Nieby und irgendwas mit „...holz“.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Von wem war die denn?

---

<sup>63</sup> Ergänzung des Zeugen: „KEWA-Standorte“, Anlage

**Ute Vogt (SPD):** Vom TÜV.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Vom TÜV! Ach, die berühmte TÜV-Studie. Die TÜV-Studie hat lediglich oberirdisch abgeprüft. Sie hat keine Aussagen zu dem, was unterhalb der Erde ist. Diese TÜV-Studie wurde in unserer Kabinettsvorlage ausführlich abgehandelt. Sie kam in die Diskussion - ich glaube, im Januar 1977 - und war Bestandteil der Kabinettsvorlage vom 04.02. Und die Standorte, die dort genannt worden sind, die waren nicht geeignet - das hat der TÜV dann auch zugegeben -, weil man nur oberirdisch geprüft hat und nicht geprüft wurde: Ist ein Salzstock darunter, direkt unter dem Betriebsgelände? Und ist ein Salzstock in der Nähe? Wie weit ist der entfernt? - Wenn ich mich recht erinnere, war ein Salzstock dabei, der war sogar mit einer Ferienhaussiedlung bebaut. Und aus dem Grund war das Ergebnis der TÜV-Studie nicht zu verwerten.

**Ute Vogt (SPD):** Was ich nicht nachvollziehen kann, wenn man als niedersächsischer verantwortlicher Politiker tatsächlich, so wie Sie gesagt haben, davon ausgeht, dass eigentlich niemand so ein NEZ bei sich haben will, warum man dann nicht die Gelegenheit ergreift, wenn so ein Standort wie Nieby in Schleswig-Holstein als bester Standort herausgehoben wird, und warum man den dann nicht nachverfolgt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu Folgendes: Das war nicht der beste Standort, und in der Kabinettsvorlage - -

**Ute Vogt (SPD):** Doch, nach der TÜV-Studie, mit Verlaub.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In der Kabinettsvorlage ist ausdrücklich zu diesem Gutachten vom TÜV Stellung genommen worden, und zwar ist - - Moment, wo war das?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Eine vom MS beim TÜV Hannover in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass die in Schleswig-Holstein gelegenen Standorte Nieby und Friedrichskoog noch vor den niedersächsischen Standorten als die geeignetsten an-

zusehen sind. Diese Beurteilung ist nur unter sicherheitstechnischen Erwägungen im Hinblick auf die oberirdischen Anlagenteile zutreffend. Sie berücksichtigt keine anderen Belange wie zum Beispiel die Endlagermöglichkeit. Die beiden vorgenannten Standorte wurden bereits in den ersten Standortuntersuchungen, die von der KEWA durchgeführt wurden, aus Gründen der unzureichenden Endlagergeologie ausgeschieden.

Ergänzend wird vermerkt: Im engeren Bereich des in der Studie der KEWA ausgewiesenen Standorts Nieby befindet sich keine Möglichkeit zur Einrichtung eines Endlagers. Der nächste Salzstock ist der Salzstock Sterup. Er befindet sich in 20 Kilometer Entfernung. Im Bereich des Salzstocks Sterup selbst lässt sich nach hiesiger Kenntnis aufgrund einer relativ hohen Oberflächenbesiedlung kein Gelände ausweisen.

**Ute Vogt (SPD):** Okay. Dann kann man daraus schließen, dass - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und dann kommt - -

**Ute Vogt (SPD):** Ich habe nur eine beschränkte Zeit zu fragen, aber man kann daraus schließen, dass Sie als niedersächsische Landesregierung damals im Kabinett, in der Kabinettsvorlage, den Standort in Schleswig-Holstein jedenfalls als ungeeignet angesehen haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben uns die Standorte angesehen. Wenn Sie also noch weitere Informationen haben wollen, dann - -

**Ute Vogt (SPD):** Nein, es war ja in Ordnung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen noch sagen, welche Standorte wir im ganzen Bundesgebiet geprüft haben.

**Ute Vogt (SPD):** Sie fanden jedenfalls diesen als ungeeignet.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben intensiv geprüft.

**Ute Vogt (SPD):** Ich wollte noch mal auf die Geologie, weil das ja dann auch eine Rolle spielt bei Ihnen, speziell zu sprechen kommen. Sie haben ja mehrfach betont, dass die Geologie etwas gewesen wäre, wo es keine Einwände gegeben hat. Ich habe jetzt aber schon noch mal die Frage zu den Bewertungen. Der IMAK hat ja eine Bewertung vorgenommen; die haben Sie ja auch mehrfach zitiert. Und es gab am 09.12. diesen Bericht - den finden wir in MAT B 21 -, in dem tatsächlich die unterschiedlichen Kriterien aufgelegt worden sind. Wenn die Geologie so wichtig war, dass Sie Nieby ausschließen aufgrund der fehlenden geologischen Untersuchungen und dann bei Gorleben eine Eignung oder ein Punkt Endlagergeologie mit einem Anteil von 12,8 Prozent nur gewertet worden ist, halten Sie das dann für die ausreichende Überprüfung der Sicherheitskriterien für einen solchen Standort?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Endlagergeologie spielte eine Rolle im Rahmen Sicherheit und Umwelt und hatte -

**Ute Vogt (SPD):** 12,8 Prozent.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - 8 Punkte, Gewicht 4, 32 Punkte, 12,8 Prozent.

**Ute Vogt (SPD):** Und das halten Sie für ausreichend, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Ute Vogt (SPD):** - wenn man die Sicherheitskriterien eines Endlagers beurteilt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für die vorläufige Geeignetheit des Salzstocks, vorbehaltlich - laut Kabinett - hydrologischer, ingenieurgeologischer, geophysikalischer usw. Untersuchungen. Wir haben nie gesagt: Der Salzstock ist geeignet. Wir haben nur gesagt: Im Rahmen der Vorauswahl ist er der am besten geeignete, von der Größe, von der Tiefe und vom bisher bekannten substantiellen Gehalt, sprich: Zechgestein ohne Einschlüsse.

**Ute Vogt (SPD):** Aber können Sie, wenn man sich diese Kriterienliste anschaut, nachvollziehen, dass man zu dem Schluss kommen kann, dass die Geologie nicht der Hauptblickpunkt war, den man hatte, als man das Ganze beurteilt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Als wir das beurteilt haben, stand zur Diskussion ein nukleares Entsorgungszentrum.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, klar. Mit Endlager.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mit Endlager. So. Das heißt, es waren auch Strahlenschutz, Radiologie etc. mit einzubeziehen. Und hinzu kam: Unter den zur Diskussion stehenden Salzstöcken hatte der Salzstock Gorleben die höchste Bewertungsziffer.

**Ute Vogt (SPD):** Können Sie sich erinnern, wie das war nach Ihrer Amtszeit - ich frage Sie trotzdem noch mal -, wie sich die Beurteilung noch mal verändert hat oder was verändert worden ist, als klar war, dass es nicht mehr um ein NEZ geht, sondern um ein Endlager?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Was nach meiner Amtszeit im Einzelnen passiert ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie nicht mehr verfolgt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe das allenfalls aus der Zeitung verfolgt, aber interne Kenntnisse habe ich keine mehr.

**Ute Vogt (SPD):** Okay.

**Sebastian Edathy (SPD):** Herr Dr. Röhler, ich will daran gerne anschließen. Sie haben ja unter anderem gesagt, es hätten nur sachliche Kriterien eine Rolle gespielt bei der Vorentscheidung für Gorleben und es hätte auch keine Region bzw. keinen möglichen Standort gegeben, wo das Projekt nicht umstritten gewesen wäre. Deswegen möchte ich Ihnen gerne zwei Vorhalte machen. Wenn die Zeit nicht reicht, müssen wir das in der nächsten Runde fortsetzen.

Können Sie sich erinnern an ein Gespräch vom 20. - nein, Entschuldigung, jetzt habe ich die falsche Vorlage -, an ein Ge-

sprach über das Thema „Auswahl eines Standortes“ unter Beteiligung des Landtagsabgeordneten und späteren Ministers Remmers?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ich geführt haben soll?

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Herr Remmers mit mir über?

**Sebastian Edathy (SPD):** Über das Thema „Standort für das nukleare Entsorgungszentrum“.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wann soll das gewesen sein? Am 20. Januar - -

**Sebastian Edathy (SPD):** 18.02.1976.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** 18.02.1976. Also, an solche Detailgespräche - - Ich weiß, dass ich den Ministerpräsidenten persönlich über die Situation unterrichtet habe, aber ich kann nicht ausschließen, dass - -<sup>64</sup> Es haben mich viele Leute angesprochen; denn das Emsland war ja also im Aufstand.

**Sebastian Edathy (SPD):** Dann darf ich da vielleicht zitieren. Also, das ist ein Vermerk - das ist MAT B 21 - vom 19.02.1976. Der trägt den Titel „KEWA-Wiederaufarbeitungsanlage WAA, hier: Standort Wahn, Landkreis Aschaffendorf“ [sic!]. Dann will ich einige Zitate doch gerne bringen, an die Sie sich vielleicht, möglicherweise noch erinnern können. Herr Stuhr trägt in diesem Gespräch unter anderem Folgendes vor:

MR Stuhr erläuterte die wirtschaftliche und strukturelle Bedeutung der WAA. Aufgrund eingehend überprüfter Zahlen ist mit Investitionen von 3,8 Milliarden DM (Preisstand 1975) und 3 600 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen. Das für die Gemeinden zu erwartende Steueraufkommen (ohne Lohnsteuer) wurde mit annähernd 11 bis 20 Millionen DM jährlich in der Bauphase und 28 bis 50 Millionen DM im Betrieb ermittelt.

Können Sie sich erinnern, dass im Gespräch mit Vertretern aus dem Landkreis Aschaffendorf [sic!] unter anderem Herr Remmers, Herr Stuhr als einer Ihrer Mitarbeiter als Argument für den Standort Landkreis Aschaffendorf [sic!] - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aschendorf.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aschendorf. - Können Sie sich daran erinnern, dass Herr Stuhr als zentrales Argument die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung der Infrastruktur genannt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Als ein Argument, ja. Das spielte in der Diskussion im Emsland, die durchaus generell ansiedlungswillig war, schon eine Rolle; denn das Emsland war strukturalpolitisch zu entwickeln. Deshalb wurde auch die regionale wirtschaftspolitische Bedeutung dieses Objekts dargestellt.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das spielte in dem Gespräch offenkundig eine sehr dominante Rolle. Ich will mal im Kontext einige Zitate aus diesem Vermerk Ihnen vortragen und damit eine Frage verbinden. Staatssekretär Dr. Röhler:

Es wurde nochmals auf den strukturalpolitischen Effekt hingewiesen, der durch die Ansiedlung entstehen würde...

MdL Remmers stellte dazu fest, dass der Lk ASD

- also Aschendorf -

durch erbrachte Sonderopfer bereits belastet sei und dass ausgerechnet an diesem Standort die ersten Untersuchungen durchgeführt würden. ... Deshalb sollte erst an einem anderen Standort gebohrt werden. Wenn dort positive Voraussetzungen angetroffen würden, sollte auf den Standort in ASD verzichtet werden...

MdL Remmers vertrat die Auffassung, dass der angesprochene strukturalpolitische Nutzen nur vorübergehend für 20 Jahre eintrete. Er stellte die Frage, was aus dem Hümmling wird, wenn „die ganze Gegend verseucht ist“.

<sup>64</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „ich mit Herrn Remmers gesprochen habe“, Anlage



Staatssekretär Dr. Röhler:

Ausgehend von der Tatsache, dass im Lk ASD hinsichtlich der geplanten Bohrungen und einer damit verbundenen Prioritätssetzung ein falscher Eindruck entstanden ist, wurde ferner vorgeschlagen, dass die Standortuntersuchungen an allen Standorten gleichzeitig anlaufen sollten...

Landrat Stricker bekräftigte abschließend seine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt. Als Begründung wurden die bereits erbrachten Sonderopfer des Emslandes angeführt. Es sei im Übrigen davon auszugehen, dass die Bevölkerung Widerstand leisten wird.

StS Dr. Röhler forderte dazu auf, vor einer abschließenden Entscheidung über ein strukturell so bedeutsames Vorhaben gründlich abzuwägen.

Würden Sie sagen - und ich würde Ihnen dann in der nächsten Runde gerne einen Vorhalt aus der Befragung des Zeugen Grill machen -, dass das, was an Kritik an einer möglichen Standortfindung im Landkreis Aschendorf Ihnen damals, Anfang 1976, gegenüber geäußert worden ist, in vergleichbarer Form so auch im Wendland mit Blick auf den Standort Gorleben erfolgt ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** An dieses Gespräch - <sup>65</sup> Ich weiß nicht, dass Herr Remmers dabei war. Aber ich weiß, dass ich ein Gespräch mit Vertretern aus dem Emsland hatte, wo wir das Projekt vorgestellt haben und wo ich - das könnte zutreffen - gesagt habe: „Leute, guckt euch das mal genau an, prüft das, und verworft das nicht schon im Vorfeld“, weil das Emsland strukturell zu entwickeln war. Ob in gleicher Weise im Wendland die Argumente kamen, kann ich nur sagen: Es war emotional aufgeladen. Es kamen dann die Reizworte „Atomklo“ etc. Es wurde nicht mehr rational die Sache überprüft. Das war State of the Art, wie das so üblich ist.

Ich war etwas überrascht; denn ich hatte im Emsland zum Beispiel ein amerikanisches Unternehmen, Exxon Nuclear, angesiedelt, in

Meppen. Das wurde geprüft<sup>66</sup> ohne Vorurteil, Entscheidung gefallen<sup>67</sup>. <sup>68</sup>Baerlocher wurde aus München vertrieben. Ich habe mit denen im Emsland gesprochen und habe gesagt: Guckt euch das an! - Die haben sich das angeguckt, nicht gesagt: „Blei kommt überhaupt nicht infrage.“, sondern das ist alles nüchtern geprüft worden. Baerlocher sitzt heute neben dem Kernkraftwerk in Lingen.

Die Sache ist also nach meiner Meinung falsch eingetütet worden. Man kann zur Wiederaufarbeitung stehen, wie man will, aber mit Reizworten kann man die Diskussion nicht bestreiten. Und das war ein Thema, worum es mir ging, die Dinge mal sachlich zu würdigen.

Vorbelastung war richtig. Der Salzstock Wahn lag im Schießgebiet, im Tieffluggebiet. Da war eine Vorbelastung gegeben. Interessant war die Diskussion, ob, wenn die Schießstelle aufgegeben wird - ich weiß nicht, ich glaube es<sup>69</sup> -, 2 000 Arbeitsplätze wohl verloren gehen, und die Wiederaufarbeitung bringt möglicherweise mehr, aber nur zeitlich befristet. Und dann hat man sich entschieden und hat gesagt: „Nein, wir wollen unter allen Umständen die Erprobungsstelle haben“, und 25 Jahre später lese ich in der Zeitung, dass man sich mit Händen und Füßen gegen die Erprobungsstelle wehrt. Also, die Zeiten ändern sich.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Weitere Fragen sind in der nächsten Runde möglich. - Das Fragererecht geht jetzt zunächst an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Herr Dr. Röhler, ich möchte noch mal auf den Zeitpunkt kommen, wo die Landesregierung dann eigenständig gesagt hat: Gorleben ist es aus unserer Sicht, nämlich aufgrund der besten Geeignetheit. - Sie haben dann ja im Januar 77 als Staatssekretär an den Staatssekretär im BMI, an den Herrn Hartkopf - so, glaube ich, heißt er -, den Brief geschrieben, dass er doch nun bitte das, was der Bund vorgeschlagen hat, dann in die Konsultation mit der DDR einzutreten, zu tun, um dann in spätestens drei bis vier Monaten zu wissen,

---

<sup>65</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „An dieses Gespräch“, Anlage

<sup>66</sup> Ergänzung des Zeugen: setze „“, Anlage

<sup>67</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Entscheidung gefallen“, setze „entschieden“, Anlage

<sup>68</sup> Ergänzung des Zeugen: „Die Fa.“, Anlage

<sup>69</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „es“, Anlage

ob der Standort Gorleben sozusagen gehen könnte.

Da habe ich drei Fragen. Sie haben ja selbst so ein kleines Fragezeichen dann da mit rangehängt, wenn es denn gehen könnte. Sie hatten ja keinen Ausweichstandort benannt vom Land Niedersachsen. Gab es denn überhaupt Erwägungen, dass man gesagt hat, die drei anderen Standorte, die wir jetzt sozusagen in Reserve haben - - von den dreien gibt es also auch eine Priorisierung? Oder war das ein absolutes Tabuthema in dem Zeitraum?

Die zweite Frage, die ich habe, ist: Was wäre - - Ich meine, waren Sie sich so sicher, dass der Bund sagt: „Okay. Das Land Niedersachsen macht den Vorschlag, wir folgen dem sowieso“?

Und das Dritte wäre gewesen: Wie war denn die Einschätzung überhaupt, wie die DDR reagieren würde? Ich meine, Sie werden doch sicherlich auch durchgespielt haben, wie die Reaktionen hätten sein können.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Erste Frage: Wir hatten keinen Plan B. Wir haben uns für Gorleben entschieden, haben diesen Standort ins Rennen geschickt, weil wir der Meinung waren, die politischen Bedenken müssten ausgeräumt werden können oder auch nicht. Von daher keine Alternative. - Entschuldigung, die zweite Frage war?

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Wenn die Bundesregierung von vornherein gesagt hätte: Nein, wir sind damit nach wie vor nicht einverstanden aus den vorher auch genannten politischen Erwägungen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wenn die Bundesregierung definitiv gesagt hätte: „Ihr könnt Gorleben beschließen, aber wir sprechen nicht mit der DDR“, dann hätte sich für uns eine Situation ergeben, wo wir uns hätten überlegen müssen - ich kann Ihnen nicht sagen, was wir dann gemacht hätten -, uns möglicherweise für einen Standort zweiter Wahl zu entscheiden. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Wir haben es nicht geprüft, weil wir keinen Plan B hatten.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Die dritte Frage war noch: Wie war denn Ihre Einschätzung - sagen wir mal aus dem Land Niedersachsen heraus -, wie die DDR sich verhalten würde? Auch von Bundesseite war

ja eine sehr große Skepsis da, und Sie haben das wahrscheinlich anders eingestuft.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, unsere Einschätzung war, dass man mit der DDR reden kann - das wurde auch auf Bundesseite so gesehen, außer beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen - und dass man die Chance, mit der DDR zu reden, nutzen sollte, ausloten sollte, was passiert. Und je nach Ergebnis wäre es weitergegangen. Wir haben die Chance, mit der DDR klarzukommen, ich sage mal, mit über 50 Prozent eingeschätzt. Und aus den Erwägungen, die da vorgetragen worden sind, gab es doch also: Die NATO könnte beeinträchtigt werden, Vier-Mächte-Abkommen könnte beeinträchtigt werden.

Damals habe ich das nicht so gedacht, aber wenn ich das heute so lese, da habe ich mich an Tucholsky erinnert: Und hat der Beamte nichts, so hat er doch Bedenken.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Vielen Dank, Herr Dr. Röhler. Ich habe im Moment keine weitere Frage.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gut. Wenn das so ist, dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte erst mal, Herr Dr. Röhler, klarstellen: Es ging jetzt immer um eine Kabinettsvorlage für den 11.11.76. Aber nach allem, was ich weiß und den Akten entnehme, war das eine Ministerrunde und keine Kabinettsitzung, und ich finde in MAT A 102, Band 25, Paginierung 12 bis 14 den Hinweis, dass in einem Vorbereitungs-gespräch am 27.10.76 verabredet wurde, dass man nicht nur die wirtschafts- und strukturpolitischen Vorteile eines NEZ diskutieren möchte, sondern auch eine Darstellung der Nachteile erarbeiten möchte und das am 11.11. in der Ministerrunde zur Sprache bringen möchte.

In den Aufzeichnungen von diesem Spitzengespräch ist davon dann nicht mehr die Rede. Da würde mich dann schon interessieren: Sind die Nachteile mal aufgelistet worden? Wenn ja, welche, oder wenn nein, wieso ist das unterblieben?

Dann, wenn wir jetzt von Kabinettsvorlagen sprechen: Die Kabinettsitzung war dann am 14. Dezember 76. Und da haben wir na-

türlich eine Vorlage. Die datiert dann aber vom 09.12. und nicht aus dem November.

Aber erst mal bitte dann doch noch mal zu der Frage der Nachteile und dem 11.11.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Frage der Nachteile ist vor dem 11.11. in Vorgesprächen sehr intensiv diskutiert worden, und wir wollten von der Bundesregierung die Vorlage eines Sicherheitsberichts zu dem Gesamtprojekt, damit im Vorfeld Klarheit darüber gewonnen werden kann: Welche Risiken stecken in diesem Gesamtprojekt? Diese vollständige Information haben wir vor dem 11.11. nicht gekriegt.

Das ist - ich weiß nicht, ob hinterher oder schon im Gespräch - klipp und klar dem Bund gesagt worden: Wir werden keine Teilerrichtungsgenehmigung erteilen, sondern: Wenn es zu einer Genehmigung kommen sollte in einem Genehmigungsverfahren<sup>70</sup>, dann findet<sup>71</sup> im ersten Schritt eine sorgfältige Prüfung des gesamten Sicherheitskonzepts, also eine Konzeptprüfung, statt. Und erst wenn wir überzeugt sind, dass wir Sicherheit haben, sind wir bereit, eine erste Teilerrichtungsgenehmigung zu geben. - Das ist auch noch mal in dem Kabinettsbeschluss vom Februar sehr deutlich formuliert worden und dem Bund mitgeteilt worden. Konzeptprüfung, weil wir nicht sicher waren, dass der Bund uns eine vollständige Information über die Risiken des Gesamtkomplexes aus seiner Sicht gegeben hat.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Aber Sie hatten, wenn unsere Unterlagen da richtig sind, die Aufgabe übernommen, dieses vorbereitende Papier für den 11.11. zu verfassen. Aber wir finden das nicht, und wir finden halt keine Darstellung der Nachteile oder keine Liste, wo die aufgelistet wurden, oder dergleichen. Kennen wir da irgendwie die Akten nicht richtig?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe diese Papiere, die laut Staatskanzlei dort abgeliefert wurden zur Vorbereitung des Ministergesprächs, in den Akten nicht gefunden. Ich habe in der Staatskanzlei angerufen, habe gesagt: Wälzt eure Akten! Ich war dreimal

tätig, weil ich nicht zufrieden war. Und dann hat der Referatsleiter mir gesagt: Herr Röhler, wir finden nichts.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Also müssen wir davon ausgehen, dass die Akten unvollständig sind -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** - und in der Zwischenzeit in irgendeiner Form abhandeln gekommen sind.

Dann möchte ich auf die Kabinettsitzung, die dann am 14. Dezember 76 stattfand und wo es eine Vorlage vom 09.12.76 gibt, eingehen. Diese Vorlage hat die Nummer MAT E 1, Band 3, Paginierung 241 ff. Da geht es um die Frage „Standort NEZ“ und die Frage „Auswahl von möglichen Alternativstandorten“. Ich möchte mit Erlaubnis der Vorsitzenden zitieren. Da findet sich auf Paginierung 243 - Zitat -:

Die bisherigen Standortuntersuchungen für das Entsorgungszentrum waren vom Bund und der KEWA durchgeführt worden. Vom Bund und der KEWA sind die Standorte Wahn, Lutterloh ... und Lichtenhorst in die engere Wahl gezogen worden. Eine vorläufige Standortentscheidung der Landesregierung setzt eigene, unabhängige Standortuntersuchungen des Landes voraus.

- Das wäre dann die IMAK-Studie. Das war jetzt mein Einschub.

Ich zitiere weiter:

Die Arbeitsgruppe hat deshalb unabhängig von den bisherigen Standortuntersuchungen der Betreiber ihrerseits die Standortmöglichkeiten in Niedersachsen geprüft. In einer ersten Vorauswahl sind folgende Kriterien zugrunde gelegt worden ...

Und erst im Nachgang dann wird erstmalig laut unseren Akten Gorleben thematisiert als Standort, also nicht im November 76, sondern erstmalig nach unserer Kenntnislage am 9. Dezember 76 in der Vorlage für die Kabinettsitzung. Ist das nach Ihrer Erinnerung richtig?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Standort Gorleben war seit Sommer 1976 in

---

<sup>70</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „in einem Genehmigungsverfahren“, Anlage

<sup>71</sup> Ergänzung des Zeugen: „in einem Genehmigungsverfahren“, Anlage

der Diskussion. Er ist ja auch am 11.11. genannt worden. Und bei der Vorlage vom 09.12. - 09.12. ist das wohl - ging es ja darum, dem Kabinett das Ergebnis der Arbeit des IMAK, der unabhängig von der KEWA Standortalternativen suchen sollte, vorzulegen unter Einbeziehung der drei Standorte, die die KEWA auch ausgesucht hatte.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Ich verstehe die Vorlage also so, dass die IMAK an dem Datum sozusagen erst eingesetzt wurde, dass die IMAK vorher nicht gearbeitet hat oder gar einen Standortvergleich angestellt hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die IMAK ist laut Kabinettsbeschluss vom August eingesetzt worden. Da hieß es ja - - Wie hieß die Formulierung? Ich habe sie vorhin genannt. Daraus kann man schließen, dass es die IMAK schon vorher gab.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Es hieß da „ist gebildet worden“. Eine Arbeitsgruppe ist gebildet worden.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Aber den Auftrag hat sie dann - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Deshalb vermute ich, dass es die vorher schon gab. Und die war nicht aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom 14.11. eingesetzt, sondern die war schon seit August eingesetzt und kriegte in der Kabinettsitzung den Auftrag: Nun sucht mal alles durch.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Also Sie bestätigen, dass am - -

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Tut mir leid. Es ist schon wieder vorbei. Es ist so weit. - Ich gebe das Fragerecht jetzt weiter an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, danke schön. - Herr Dr. Röhler, noch mal zu dem Jahr 76. Also, ich gehe mal davon aus, von Ihrer Aussage: Ab März 76, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft bringt weitere Standorte in die Diskussion, darunter auch Gorleben; das geht an die KEWA, KEWA macht eine Nachunter-

suchung. - Sie sagen, ab September war Ihnen das Ergebnis auch bekannt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Und in einem anderen Zusammenhang haben Sie gesagt, Sie hätten bei der Vorbereitung auch diese Kabinettsvorlage vom 8. November gesucht, 76, aber nicht gefunden.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie ist bei den Akten, bei unseren Akten, MAT A 102, Blatt 25. Das ist eine Kabinettsvorlage, geschrieben vom Niedersächsischen Minister für Wirtschaft, gezeichnet von Kiep, gerichtet an den Ministerpräsidenten, zur Vorbereitung des 11.11., nehme ich an. Und dort heißt es - ich darf zitieren -:

Nach von den Betreibern der Planungen durchgeführten Voruntersuchungen erweisen sich drei in Niedersachsen liegende Standorte als die für die Verwirklichung des Entsorgungszentrums geeignetsten.

Wahn, Lichtermoor [sic!] und der dritte Standort.

Dann wird erzählt, dass Gutachter die drei Standorte untersuchen wollen, dass weitere Gutachten zu den drei Standorten zu erwarten sind. Kein einziges Wort davon, dass das Wirtschaftsministerium Weiteres gesucht hat. Kein Wort davon, dass KEWA eingeschaltet worden ist. Kein Wort davon, dass KEWA Gorleben inzwischen zum geeignetsten Standort gemacht hat. Können Sie mir erklären, wie das Ministerium für Wirtschaft am 8. November 76 den Ministerpräsidenten so unvollständig informieren kann?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Dr. Röhler, ich möchte auch noch mal ein bisschen auf Spurensuche gehen, weil chronologisch ergibt sich bisher keine Logik aus dem, was wir in den Akten finden, und dem, was Sie uns sagen. Also, wenn ich noch mal anfangs Ihre Aussage

nehme: Ende des ersten, Anfang des zweiten Quartals 76 war die Erörterung im Wirtschaftsministerium über diese drei Standorte, und danach begannen dann weitere Prüfungen durch die KEWA, also März, April, Mai - dann muss die KEWA ja langsam mal angefangen haben.

Ich gehe mal davon aus, dass die KEWA, wenn sie etwas untersucht hat, geprüft hat, davon auch selber wusste. Also muss sich das irgendwo niederschlagen. Jetzt gab es zum Beispiel am 05.08. die KEWA-Besprechung in Frankfurt-Höchst zum Projektstand; dazu gibt es mehrere Vermerke. Herr Tigge-mann bezieht sich auf einen anonymen undatierten Vermerk aus der Akte der Niedersächsischen Staatskanzlei; das ist MAT B 10 und MAT A 102 aus Band 7, Paginierung 94 bis 95. Da sei Gorleben sehr günstig. Das ist aber das Einzige, was es angeblich gibt, was Gorleben bei dieser Besprechung auftauchen lässt.

Es gibt drei andere Vermerke, einmal einen handschriftlichen Vermerk von der PTB - ich gebe Ihnen die Nummer nachher durch; das dauert sonst zu lange -, zum Zweiten den offiziellen Vermerk der PTB von Herrn Viehl und zum Dritten - und das ist besonders wichtig - das eigentliche KEWA-Protokoll von Herrn Hornke, den wir ja nun leider nicht vermerken [sic!] können; und darin wird festgehalten drei Standorte, bzw. in dem KEWA-Protokoll ist auch von einem vierten die Rede. Der vierte ist aber keineswegs Gorleben, sondern dieser in Ostholstein, Lütow.

Erklären Sie mir mal bitte, wieso, wenn die KEWA März, April, Mai - spätestens im Juni, würde ich mal sagen - angefangen hat, andere Standorte zu prüfen, sie hier das mit keinem Wort erwähnt in dieser Besprechung zum Projektstand, mit keinem Wort die Rede ist von einem Standort Gorleben, sondern als vierter ein ganz anderer noch mal ins Spiel kommt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Über die Interna von der KEWA kann ich Ihnen keine Angaben machen. Was da intern besprochen, festgehalten worden ist, kann ich nicht sagen.<sup>72</sup> Für mich ist nur interessant,

---

<sup>72</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Bei meiner Vernehmung ist es meiner Aufmerksamkeit entgangen, dass der Vermerk vom 5.8. über die KEWA-Besprechung in Frankfurt-Höchst zum Projektstand aus den Akten der Nds.St.K. entstammt. Dies ist mir erst beim Durchlesen des Protokolls bewusst geworden.

dass der Vermerk, der von dem Abgeordneten Grindel zitiert worden ist, offenlegt, dass die KEWA acht plus drei Standorte untersucht hat. Wo das Gutachten von der KEWA ist, das weiß ich nicht. Ich habe diese Darstellung nicht erfunden, -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ein - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - sondern die ist aktenkundig.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Frau Kollegin Kotting-Uhl, darf ich - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nur, wo das Gutachten von der KEWA ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Wir haben gerade die Zeit angehalten, Frau Kotting-Uhl. Sie müssen keine Sorge haben, dass das jetzt auch von Ihrer Redezeit abgeht. Aber ich möchte Sie bitten, tatsächlich vollständig zu zitieren, also unter Angabe der MAT. Das lassen wir jetzt hier gar nicht einreißen. Wir haben genug Zeit, wirklich genug Zeit.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ich nicht, leider.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ja, liebe Frau Kotting-Uhl, ich weiß, dass in der jeweiligen Fragerunde selbstverständlich die Oppositionsfraktionen wesentlich weniger Zeit haben oder die kleinen Fraktionen noch mal wesentlich weniger Zeit haben. Aber wir machen so viele Berliner Runden, wie wir

---

Wäre mir das zum Zeitpunkt meiner Vernehmung bewusst gewesen, hätte ich wie folgt geantwortet:

„Da der Vermerk der KEWA in den Akten der Staatskanzlei enthalten war, ist der Inhalt des Vermerks - Gorleben ist der günstigste Standort - als Wissen der Staatskanzlei zuzurechnen. Offen bleibt, wie der Vermerk in die Staatskanzlei gelangt ist. Den Kontakt zur KEWA hielt das MW, dies rechtfertigt den Schluss, dass der Vermerk über das MW an die Staatskanzlei gelangt ist, so dass auch das MW aktenkundig über Platz 1 von Gorleben informiert war. Dass der Vermerk über das Gespräch v. 5.8. auch dem MW (Ref 23) bekannt war, entnehme ich den Akten des Hauptstaatsarchivs Nds. 500 Acc 2002/138 Nr. 1 S. 94/95, bei denen es sich nach meiner Auffassung um Vorgänge aus dem MW/Ref 23 handelt.“

Meine Aussage „Über die Interna ... kann ich nicht sagen“ halte ich nicht aufrecht, da sie von falschen Voraussetzungen ausging.“



das immer machen, bis alle Fragen gestellt sind. Und von daher möchte ich herzlich darum bitten, dass wir nicht nachträglich jetzt irgendwelche MAT zitieren. Sonst kommen wir nämlich völlig durcheinander.

Ich möchte Sie jetzt bitten, für die Fragen, die Sie soeben gestellt haben, die MAT nachzutragen, und dann würden wir das im Weiteren so machen, wie wir es jetzt immer in diesem Ausschuss machen, nämlich dass wir vollständig zitieren.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, der Vermerk der PTB von Herrn Viehl ist MAT A 83, Band 8, Seiten 346 bis 350, und das KEWA-Protokoll von Herrn Hornke ist MAT A 83, Band 8, die Seiten 351 bis 358.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Bitte schön. Sie sind dran. Sie dürfen noch fragen.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, weiter mit der KEWA. Ich meine, es gab ja einen Austausch. Die KEWA hat ja da begutachtet, geprüft, Vorschläge gemacht. Dann gibt es ja irgendwie auch einen Austausch darüber. Also, wenn Sie jetzt diese Besprechung in Frankfurt vom 05.08. als Interna bezeichnen, dann meine nächste Frage, wieso, wenn die KEWA prüft und zu Gorleben kommt irgendwann im Sommer des Jahres 76, sie am 05.11. ein ausführliches Bohrprogramm mit Zeitschiene, mit den Geräten, die man braucht, usw. für drei Standorte vorlegt. Am 05.11., also kurz vor der entscheidenden Besprechung, legt die KEWA Ihnen ein Bohrprogramm vor für drei Standorte, ohne Gorleben, obwohl nach Ihrer Aussage Gorleben von der KEWA bereits als bester Standort ausgeguckt war. Das erschließt sich mir logisch nicht. Vielleicht können Sie mir da helfen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich auch nichts sagen. Ich kenne diese Unterlage nicht. Was mich überrascht: dass die KEWA ein Bohrprogramm vorlegt. Denn am 8. oder 10. August ist eine Vereinbarung getroffen worden -

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist so.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - zwischen Herrn Kiep und Herrn Matthöfer, dass nicht mehr weitergebohrt wird. Das passt dann nicht mit dieser Absprache zusammen, wenn die dann dennoch ein Bohrprogramm uns vorlegen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann frage ich noch mal was, was sich jetzt auf eine Aussage von Ihnen bezieht. Sie sagten vorhin, es hätte sein können, dass bei diesem Ministergespräch am 11.11. Albrecht die Pistole auf die Brust gesetzt wurde - dann bohren wir eben an allen drei Standorten - und deshalb dann der vierte Standort benannt wurde. Jetzt frage ich Sie: Welche drei Standorte? Die KEWA hat für die Bundesseite gearbeitet. Die KEWA hat nach Ihrer Aussage im zweiten Quartal 76 Gorleben als bestgeeigneten Standort benannt; das muss die Bundesseite gewusst haben. Warum kommt die Bundesseite an diesem 11.11. dann und setzt Herrn Albrecht die Pistole auf die Brust und sagt: „An diesen drei Standorten werden wir anfangen zu bohren“, wenn sie doch wissen, dass ein vierter Standort, nämlich Gorleben, der viel bessere ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann in das Herz der Bundesminister nicht gucken. Ich weiß nur, dass die Bundesregierung Standorte in Grenznähe grundsätzlich abgelehnt hat; die waren überhaupt nicht diskussionsfähig. Warum die dann mit den dreien gekommen sind und nicht mit dem vierten, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, was die gedacht haben. Ich habe nur nachträglich aus zweiter Hand die Strategie des Gesprächs mitgekriegt: Stoßtrupp, wir wollen eine Entscheidung haben, wollen einen Standort mitnehmen, und wenn nicht, leiten wir an allen drei Standorten das Verfahren ein.

Der vierte war eben für die Bundesregierung politisch nicht anfassbar, weil er in Grenznähe war. Deshalb ist ja auch Lüttau rausgeflogen - das war ja der erste, der da rausgeflogen ist -: wegen Grenznähe. Und wir haben uns um die Grenznähe eben nicht gekümmert und haben gesagt: Der optimale wird auf den Tisch gelegt, und dann wird geguckt, was da rauskommt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhler. - Wir sind

jetzt am Ende der zweiten Berliner Runde und würden in die dritte Fragerunde einsteigen, die die CDU/CSU-Fraktion eröffnet.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Ich darf dann weiter fragen, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, in einer Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie „Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland - Das Endlagerprojekt Gorleben“ vom Oktober 2008 heißt es - ich zitiere Seite 19, Beweisbeschluss 17-198; wörtliches Zitat -:

Entgegen vielfältigen und ständig wiederholten Behauptungen ist die Entscheidung vom Februar 1977, ein NEZ einschließlich Endlager am Standort Gorleben im Land Niedersachsen einzurichten, konsequent auf der Grundlage eines auf sachlichen Kriterien gestützten Auswahlverfahrens getroffen worden. Der Vorwurf der politischen Einflussnahme auf das Auswahlverfahren, die zu einer „Vorfestlegung“ auf Gorleben geführt haben könnte, ist nicht gerechtfertigt.

Ist diese Feststellung aus Ihrer Sicht richtig?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Diese Feststellung ist aus meiner Sicht richtig.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Gut. - Nach der Begründung möchte ich jetzt nicht fragen. Das haben wir umfassend erörtert.

Dann schließt sich für mich eine letzte Frage an. Von den Gorleben-Gegnern wird auch immer im Zusammenhang mit der Benennung des Standorts Gorleben der Vorwurf erhoben, der Standort sei aus dem Hut gezaubert und rein politisch festgelegt worden. Wie sehen Sie diese Kritik vor dem Hintergrund des damals durchgeführten Auswahlverfahrens und natürlich auch Ihrer heutigen Ausführungen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich halte die Kritik für absolut ungerechtfertigt. Ich habe Ihnen dargelegt, wie der Prozess gelaufen ist, welche Kriterien Einfluss auf die Bewertung genommen haben, und auf diesen Prozess gab es keinerlei politische Vorgaben bzw. Einflussnahme. Gorleben hat sich aus dem System heraus als der vorläufig bestgeeignete Standort ergeben, vorbehaltlich - das hat das Kabinett auch aus-

drücklich festgestellt - weiterer ingenieur-geologischer, geologischer, hydrologischer usw. Untersuchungen, um deutlich zu machen, dass ein ergebnisoffenes Verfahren durchgeführt wird, dessen Ergebnis offen ist und auch mit einem negativen Ergebnis enden kann.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Ich darf mich jetzt erst mal bedanken und das Frage-recht an meinen Kollegen Pols abgeben.

**Eckhard Pols** (CDU/CSU): Herr Dr. Röhler, ich habe auch noch eine Frage zu einem Schreiben von Ihnen vom 23.02.1977 an den Staatssekretär Hartkopf im Bundesinnenministerium. Dort schreiben Sie zur Entscheidung vom 22.02., also vom Tag vorher:

Das Niedersächsische Landesministerium hat eine Standort...auswahl ... zugunsten des Standortes Gorleben getroffen und keinen Ausweichstandort beschlossen. Sollte sich im Verlauf des weiteren Verfahrens wider Erwarten herausstellen, dass eine Realisierung des Vorhabens am Standort Gorleben nicht möglich sein sollte, müsste die niedersächsische Landesregierung erneute Standortüberlegungen anstellen.

Hiernach wäre also dann Niedersachsen bereit gewesen, einen weiteren Standort zu benennen, falls Gorleben eben ungeeignet sein würde. War das damals so die Haltung Niedersachsens, dass wir dann - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das war die Haltung Niedersachsens: Wenn Gorleben nicht geeignet ist, dann muss das Kabinett neu beschließen über einen anderen Standort.

**Eckhard Pols** (CDU/CSU): Ich reiche noch mal eben die MAT-Nummer nach. Das ist MAT A 102, Band 31, Blatt 0049 bis 0050. - Vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gibt es keine weiteren Fragen der Unionsfraktion mehr? - Gut. Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Sebastian Edathy** (SPD): Herr Dr. Röhler, ich hatte ja vorhin zunächst Bezug genommen auf ein Gespräch von Anfang

76, an dem unter anderem Sie, Herr Stuhr, Herr Remmers, der Landrat des Kreises Aschendorf aus dem Emsland beteiligt waren, wo man den Eindruck ja gewinnen kann, Sie hätten unter anderem auch mit strukturellen politischen Argumenten die Vertreter der Region dazu bewegen wollen, sich der Idee, dass auch bei ihnen Erkundungen und entsprechende Probebohrungen vorgenommen werden, nicht zu verschließen. Das ist eine zutreffende Interpretation, oder ist das falsch?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Zielsetzung war, diese Vertreter zu einer sachlichen, unvoreingenommenen Prüfung zu veranlassen. Das steht auch irgendwo. Es wird da zitiert, ich hätte die Herren aufgefordert oder gebeten, sachlich die Dinge mal zu prüfen, auch unter strukturellen Erwägungen. Dazu stehe ich.

**Sebastian Edathy (SPD):** Sie hatten vorhin im Rahmen Ihrer Ausführungen bzw. im Rahmen der Beantwortung von Fragen von Kollegen ausgeführt, dass an allen ins Auge gefassten potenziellen Standorten es erheblichen Widerstand gegeben habe.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich daran erinnern, dass es auch Standorte gegeben hat, wo sich Kommunalpolitiker aktiv werbend an Vertreter der Landesregierung Niedersachsen gewandt haben, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie ja als Standort vielleicht besonders gut geeignet sein könnten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, nachdem vorhin aus Vermerken von Herrn Stuhr zitiert worden ist, dass Vertreter von Kommunen bei ihm waren oder Landtagsabgeordnete, kann ich das nicht ausschließen. Herr Stuhr ist ein sehr seriöser Mann. Wenn der das festhält, dann waren Abgeordnete bei ihm oder kommunale Vertreter und haben gesagt: Wie sieht das aus? Können wir das bei uns machen?

**Sebastian Edathy (SPD):** Ist Ihnen - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mir ist - - Bei mir - - Ich kann mich nicht erinnern,

dass bei mir jemand war und gesagt hat: Sorgt dafür, dass das da hinkommt!

**Sebastian Edathy (SPD):** Ist Ihnen der damalige Landtagsabgeordnete und spätere Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill persönlich bekannt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, der Name ist mir bekannt. Ich habe mit dem auch schon gesprochen. Der war Mitglied, glaube ich, sogar im Wirtschaftsausschuss des Landtags.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. - Haben Sie mit ihm auch über Gorleben gesprochen, und wann war das?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht. Wissen Sie, in der Situation ist man ja überrannt worden von Gesprächen, von Telefonaten und Briefen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. - Aber ja offenkundig eher im Einzelfall, wenn denn überhaupt, überrannt worden von Leuten, die gesagt haben: Ich hebe den Finger hoch, ich möchte gerne das nukleare Entsorgungszentrum haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich muss Ihnen sagen: An diese vielen Gespräche, die ich da geführt habe, und vor allem auch die Diskussionen im Einzelnen kann ich mich nicht mehr erinnern. Wenn Herr Grill bei Herrn Stuhr war und dafür geworben hat, dann kann ich nicht ausschließen, dass er mich anlässlich einer Landtags-sitzung angesprochen hat. Aber da habe ich keine Erinnerung. Dazu kann ich nichts sagen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Hätte denn Herr Stuhr nicht eine derart wichtige Information an Sie weiterleiten müssen? Also, wenn Sie Anfang 76 unter anderem mit MdL Remmers sprechen und darauf hinweisen, strukturell könnte das doch eine gute Nummer sein mit dem nuklearen Entsorgungszentrum, dann aber aus dem Wendland wenig später ein Landtagsabgeordneter kommt und sagt: „Warum macht ihr das denn nicht in Gorleben?“, das ist doch eine wichtige Information.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da muss man gucken, wann Herr Grill kam. Herr Grill kam, <sup>73</sup>als das Stichwort, also der Standort Gorleben in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ich glaube nicht, dass Herr Grill vorher war. Da will ich mal bitten, nachzugucken, wann der Vermerk über das Gespräch mit Herrn Grill war. Denn - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, Herr Grill hat in seiner Zeugenaussage hier im Ausschuss am 24. Februar 2011 ausgeführt, er hätte interveniert, als noch mehrere Standorte zur Debatte gestanden hätten.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wann?

**Sebastian Edathy (SPD):** Das müsste man dann noch mal nachgucken.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das wäre nämlich interessant.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aber offenkundig vor dem Kabinettsbeschluss. Ansonsten hätte er das nicht bezogen auf andere Standorte.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich gehe davon aus, Gorleben ist durchgesiekt - das muss über Bundesebene passiert sein - und war dann Gegenstand einer heftigen Landtagsauseinandersetzung, wo der Abgeordnete Bruns eine sehr emotionale Rede gehalten hat, der frühere Landwirtschaftsminister. Wenn Herr Grill hier interveniert hat, dann kann das nach meiner Meinung erst zu einem Zeitpunkt gewesen sein, nachdem Gorleben in der Diskussion war.

**Sebastian Edathy (SPD):** 15.06.76.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dann muss das - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Vor dem Kabinettsbeschluss. Ich darf kurz zitieren, damit vielleicht das Bild auch deutlicher wird, aus der Vernehmung von Herrn Grill. Das ist das Protokoll Nr. 35, Seite 30. Da sagt Herr Grill:

Weder ich noch irgendein Kommunalpolitiker, mit dem ich in den 30 Jahren zusammengearbeitet ha-

be, würde je bestreiten, dass er sich von Anfang an positiv zu der Durchführung der Standortprüfung geäußert hat.

Herr Grill weiter - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für Gorleben? Oder für Niedersachsen? Oder für das Projekt insgesamt?

**Sebastian Edathy (SPD):** Standortprüfung in Gorleben. - Herr Grill weiter auf Seite 60 unseres Protokolls mir gegenüber:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole noch einmal: Ich habe mich generell interessiert, und ich habe mich auch über die Anlagen informiert im Hinblick auf die Frage meines eigenen Landkreises. Das habe ich doch nie bestritten. Sie selber schreiben doch in Ihrer Presseerklärung, was ich für ein toller Befürworter gewesen bin. Warum fragen Sie dann noch ...?

Würden Sie mir zustimmen, dass das einen anderen Eindruck erweckt als die Aussagen des Landrates und von Herrn Remmers aus dem Landkreis Aschendorf von Anfang 76, dass man den Eindruck haben könnte, da haben sich Kommunalpolitiker aus dem Wendland eher verbend an die Staatskanzlei bzw. an das zuständige Ministerium oder mit zuständige Ministerium in Hannover gewandt und haben darauf aufmerksam gemacht, sie hätten nichts dagegen, wenn in Gorleben untersucht werden würde?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn das auch aktenkundig festgehalten ist, dann wird das so gewesen sein.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich wundere mich nur, weil Sie vorhin relativ apodiktisch hier erklärt haben, alle potenziellen Standorte, die jemals ins Gespräch gebracht wurden, seien höchst umstritten gewesen, mit viel, viel Widerstand aus der Region.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe extra darauf hingewiesen vorhin, dass mir in Erinnerung ist, dass im Vorwahlkampf der Abgeordnete Drechsler und, ich glaube, Herr Grill - - Das ist auch im Landtag ausgetragen worden, vor der Kabinettsentscheidung vom Februar. Der eine hat erklärt:

---

<sup>73</sup> Ergänzung des Zeugen: „wahrscheinlich“, Anlage

„Wenn ihr mich wählt, kommt kein Gorleben da hin“, und der andere hat gesagt: Wenn ihr mich wählt, dann bin ich dafür. - Das ist im Januar in einer Riesendebatte - Januar 77 muss das gewesen sein - da ausgetragen worden.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ja. Sie haben ja vorhin, Herr Dr. Röhler - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich sage mal - -

**Sebastian Edathy** (SPD): Mir geht es ja nur darum, dass offenkundig es damals - - Ich bin damals sozusagen nicht direkter Zeitzeuge der Debatten gewesen. Aber ich habe schon den Eindruck, dass es potenzielle Standorte, die im Gespräch waren, gegeben hat, die deutlich umstrittener waren, auch was die Äußerungen von Kommunalpolitikern betrifft, als der Standort Gorleben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich bin mir nicht sicher, wie der Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg dazu stand und wie bestimmte Gemeinderäte - das ist eine Samtgemeinde gewesen - dazu standen. Wenn ich sage: „Es war eine Front“, dann gab es dort in diesem Landkreis - ich weiß es nicht mehr - aber ganz bestimmt auch scharfe Gegner.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich will gerne da anschließen, weil mich Folgendes wundert: Sie hatten ja eben auch gerade in der letzten Runde bzw., ich glaube, in der Beantwortung von Fragen von Kollegen der Union ausgeführt, die Haltung der Landesregierung sei gewesen: Wir schauen mal, ob Gorleben geeignet ist. Wenn Gorleben nicht geeignet sein sollte, schauen wir nach anderen Standorten.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sebastian Edathy** (SPD): Es gibt einen Vermerk aus der Staatskanzlei - das ist MAT B 21, Paginierung 23 - vom 14.04.77, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wann war das?

**Sebastian Edathy** (SPD): - 14. April 1977 -, verfasst von einem Referenten in der Staatskanzlei, Herrn Schwöpe oder Frau

Schwöpe. Der bezieht sich auf eine Landespressekonferenz vom 01.04. und führt dazu aus, Ministerpräsident Dr. Albrecht habe „erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut“. Können Sie sich das erklären? Weil das steht ja im Widerspruch zu Ihrer Aussage, man sei da ergebnisoffen ans Werk gegangen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß nicht, ob Herr Albrecht sich so ausgedrückt hat. Ich war nicht dabei. Deshalb kann ich das nicht kommentieren.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ja. Aber es ist doch erstaunlich, dass Sie als fachlich einer der am engsten mit der Materie befassten Mitarbeiter uns hier berichten und die Auskunft geben, man sei ergebnisoffen an Gorleben herangegangen, mit der Variante, wenn man denn schon nicht zeitgleich mehrere Standorte untersucht, im Falle der Untauglichkeit von Gorleben andere Standorte zumindest ins Visier zu nehmen, und ein Referent der Staatskanzlei im April 1977 zu Papier bringt, die Haltung des damaligen Ministerpräsidenten Albrecht sei gewesen, wenn denn Gorleben ungeeignet sei, dann käme in Niedersachsen überhaupt nichts in Betracht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich nichts sagen. Denn das Projekt ist ja weiterverfolgt worden, bis Herr Albrecht zwei Jahre, glaube ich, nach der Kabinettsentscheidung erklärt hat: Das Projekt Wiederaufarbeitung ist in Niedersachsen nicht realisierbar.

**Sebastian Edathy** (SPD): Können Sie sich an - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bis zu dem Zeitpunkt ist das vom Kabinett ja verfolgt worden. Insofern bin ich mir nicht ganz sicher, ob Herr Albrecht das so gesagt hat. Es gibt verschiedene - - Also, wissen Sie, ich bin im Laufe meines Lebens jetzt schon mit verschiedenen Aussagen von Herrn Albrecht konfrontiert worden, die Herr Albrecht, solange er noch reaktionsfähig war, dementiert hat - und die sind weiter in der Welt. Deshalb bin ich da sehr vorsichtig zu dem, was Herr Albrecht erklärt hat.



**Sebastian Edathy** (SPD): Dann darf ich vielleicht Folgendes fragen: Können Sie sich erinnern an einen damaligen Bediensteten der Staatskanzlei, an Ministerialdirektor Klaus Otto Naß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ministerialdirektoren gab es nicht in der Staatskanzlei, maximal Ministerialdirigenten.

**Sebastian Edathy** (SPD): Aha. Dann steht das hier vielleicht falsch drauf. Aber können Sie sich an Klaus Otto Naß erinnern? Der war - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, Herr Naß, das ist mein Nachfolger gewesen im Wirtschaftsministerium.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ja. Vorher war er ja in der Staatskanzlei.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der war in der Staatskanzlei. Der war Leiter der Politischen Abteilung.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ja. - Ist Ihnen bekannt, dass im Nachgang zu dem sogenannten Ministergespräch in Hannover - das war ja am 11.11.1976; Sie waren ja zumindest zeitweise selber beteiligt an den Gesprächen - Herr Naß als Beamter aus der Staatskanzlei an den Ministerpräsidenten einen ausgesprochen kritischen Vermerk über das Gesprächsergebnis verfasst hat?

Ich darf Ihnen Folgendes vorhalten, weil das auch interessant ist. Sie hatten ja gesagt, der Bund habe gedrängt und Niedersachsen habe souverän reagiert und deutlich gemacht, dass man in Niedersachsen da Herr der eigenen Dinge bleiben wolle. Herr Naß schreibt aber Folgendes am 11.11.76; es ist auch handschriftlich. Das ist MAT A 102, Band 25, Heft 2. Das muss also offenkundig direkt nach dieser Besprechung entstanden sein, und ich finde das - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber an Herrn Albrecht.

**Sebastian Edathy** (SPD): Sehr exakt.

Herr Ministerpräsident! Herr Staatssekretär!

Bei „Staatssekretär“ ist jetzt nicht genau bezeichnet, welcher damit gemeint sein könnte.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mohrhoff; das war der Chef der Staatskanzlei.

**Sebastian Edathy** (SPD): Das steht hier nicht; aber auf jeden Fall an Albrecht mindestens.

1. Das Ergebnis Ihrer Besprechung hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort - unter der Voraussetzung: Sicherheit - zur Verfügung zu stellen, weil bei jedem der drei Standorte noch weitere Untersuchungen, einschl. Bohrungen erforderlich sind, ehe die Eignung feststeht.

2. Ich halte die Entscheidung für verfrüht, weil viele offene wissenschaftlich-technische Fragen nicht vom Standort abhängen, sondern auch ohne Standortvorentscheidung weitergetrieben werden können, weil diese Fragen auch außerhalb eines Genehmigungsverfahrens weiter geklärt werden müssen - es handelt sich nämlich um Grundlagenforschung für technische Entwicklung -, weil dadurch der Standort vorentschieden wird, obwohl die Entscheidung darüber die vergleichsweise größten politischen Probleme aufwirft.

Also offenkundig ein Mitarbeiter der Staatskanzlei, der einigermaßen entsetzt ist über die Zugeständnisse, die Niedersachsen gemacht hat.

Wenn man das vergleicht mit einem Vermerk Ihres damaligen Mitarbeiters über die Haltung des immerhin ja bis 76, bis zur Amtsübernahme durch Albrecht, amtierenden Ministerpräsidenten Kubel, der überhaupt keine derartigen Zugeständnisse an den Bund gemacht haben soll nach diesem Aktenvermerk, dann fragt man sich schon: Wieso hat eigentlich Niedersachsen in so kurzer Zeit sich dermaßen unter Druck setzen lassen und sich selber so kurze Fristen gesetzt? Hatte man da möglicherweise schon Zusagen aus der Region Wendland, aus dem Umfeld von Gorleben, dass man bereit wäre, dort zielgerichtete Untersuchungen zu akzeptieren, ohne großen Widerstand zu leisten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, Herr Naß war der Chefberater von Herrn Albrecht. Die beiden kannten sich von der Kommission, wo sie beide tätig waren. Die waren persönlich sehr eng verbunden, und Herr Naß konnte sich also auch gegenüber Herrn Albrecht kritisch äußern. Herr Naß - das ist mir bekannt - hat sich über die Entscheidung des Ministerpräsidenten am 11.11. geärgert, weil er die aus den dargestellten Gründen für verfrüht hielt, weil die Wiederaufarbeitung aus seiner Sicht noch nicht wissenschaftlich durchdrungen war und er, insbesondere wenn er da die technologischen Dinge anspricht, dem Gedanken der Transmutation anhing. Transmutation ist jetzt gerade in - <sup>74</sup> Dieses Jahr geht eine Versuchsanlage in Belgien in Betrieb.

Das war eine persönliche Kritik an Herrn Albrecht. Als Berater steht ihm das zu. Aber dass daraus abgeleitet werden kann, wir hätten dann in der Folge unter politischen Aspekten Gorleben ausgewählt - nein. Herr Naß hatte seine Meinung, der konnte die dem Herrn Albrecht gegenüber äußern - das war so -, und Herr Albrecht hat das zur Kenntnis genommen und hat sie eben nicht befolgt. Punkt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank.

(Sebastian Edathy (SPD): „Unter den Beamten“, nicht „bei mir“!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

(Sebastian Edathy (SPD): „Unter den Beamten Überraschung“, nicht „bei mir Überraschung“ hat er geschrieben!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. In der Vorbesprechung zum 11.11. waren noch so viele offene Fragen, dass wir wohl votiert haben. In dieser Kabinettsvorlage vom 08.11. steht sicher eine Empfehlung drin, was beschlossen werden soll. Ich weiß es nicht, was da drin steht, weil ich die Kabinettsvorlage nicht zu fassen gekriegt habe. Wenn Herr Naß sagt, die Beamten waren überrascht - - Ich weiß es nicht, welche Beamten: ob das die Staatskanzlei war, die er als Leiter der Politischen Abteilung, ich sage mal, im Griff

hatte, oder ob das also meine Leute waren oder der ML oder wer auch immer. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Vielen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt die 14-Uhr-Grenze erreicht. Wir haben vereinbart, dass wir um 14 Uhr jeweils für eine Stunde eine Pause einlegen und dann die Sitzung um 15 Uhr fortsetzen.

Herr Dr. Röhler, das bietet auch Ihnen die Gelegenheit einer kurzen Pause. Vielleicht mögen Sie auch einen Happen essen, um uns dann wieder zur Verfügung zu stehen.

Herzlichen Dank. Ich schließe die Sitzung bis um 15 Uhr.

(Unterbrechung von  
14.01 bis 15.06 Uhr)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Nachdem, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mir der zarte Hinweis zuteil wurde: „Wer früher beginnt, kann später aufhören“, wollen wir nach diesem Motto verfahren.

(Heiterkeit)

Ich eröffne unsere Nachmittagssitzung und erteile der FDP das Wort zu weiteren Fragen. Bitte, Herr Kollege Buschmann.

**Marco Buschmann (FDP):** Wir haben keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Keine weiteren Fragen. - Dann geht das Fragerecht sofort weiter an die Linken. Bitte schön, Frau Kollegin Voß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Professor Röhler, ich wollte Sie noch mal so in diese Zeit versetzen, damals 76, und habe hier - jetzt für den Ausschuss: aus MAT B 30 - aus dem Asse-PUA vom 4. März 2010 - - Da hat Herr Leisler Kiep vorgelesen aus seinem Tagebuch, und das ist doch ganz spannend, wenn man sich das mal so anhört. Er schreibt da vom 10. November 1976; das ist Seite 8 bis Seite 24 ungefähr.

Erst im Finanzministerium, dann Darlegung der Haushaltsdinge durch mich im Haushaltsausschuss von 10 bis 13 Uhr...

<sup>74</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „in --“, setze „in der Diskussion“, Anlage

Und dann sagt er:

Im Finanzministerium Professor  
Mandel ...

Eine Frage: Kennen Sie Professor Mandel?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Wissen Sie, welche Funktion der - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Entweder war er Vorstandsvorsitzender von RWE oder Mitglied des Vorstands von RWE. Das war ein sehr bekannter Mann in der Energiewirtschaft.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja. Er war der Vorstandsvorsitzende.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wenn der bei Herrn Kiep war im Finanzministerium - - Herr Kiep war zu der Zeit Wirtschafts- und Finanzminister. Der war Doppelminister.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Also, er hat dort Professor Mandel empfangen.

..., die wegen der Entsorgungsanlage vorsprechen.

Also: Im Finanzministerium Professor Mandel empfangen, die wegen der Entsorgungsanlage vorsprechen. So schreibt Herr Leisler Kiep in seinem Tagebuch.

Neu ist, dass keine Probebohrungen nötig sind, da Wahn (Emsland) eindeutig als günstigster Standort feststünde.

Das war jetzt der Stand vom 10. November. - Und dann schreibt Herr Kiep:

Als ich meine Gedanken Lüchow-Dannenberg ins Gespräch bringe, höre ich zu meinem Erstaunen, dass dieser Ort in der Tat auch überprüft wurde, aber wegen der Nähe der Zonengrenze nicht in Frage käme.

Das war so der Stand am 10. November.

Wie kommt Herr Leisler Kiep darauf - - Also, er hat in seinem Hinterkopf Lüchow-Dannenberg und hört von der RWE: Es ist alles in Ordnung. Probebohrungen sind nicht nötig. Wahn ist der ausgewählte Standort.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dazu kann ich nichts sagen, welche Vorstellungen die Energiewirtschaft hatte. Ich weiß nur, dass die zu einer schnellen Standortentscheidung gedrängt haben. Ob die Energiewirtschaft der Meinung war, Wahn ist der günstigste Standort, das weiß ich nicht. Also, an mich ist nach meiner Erinnerung so was nicht herangetragen worden. Aber die Notiz in dem Tagebuch spricht dafür, dass damals Gorleben schon in der Diskussion war.<sup>75</sup>

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Aber weder der RWE bekannt noch in Berlin bekannt noch in den Vorlagen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht, ob das in Berlin bekannt war; denn die KEWA arbeitete ja für den Bund, und alle Untersuchungsergebnisse sind an den Bund weitergeleitet worden. An RWE, das weiß ich nicht. Es ist sicher mit PWK besprochen worden. Ob Gorleben dann von PWK weitergeleitet worden ist an RWE, das weiß ich nicht.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Dann frage ich noch mal ein bisschen weiter zum 22.11.76, MAT E, Band 19, die Seiten 138 bis 139. Da ist ein Gesprächsvermerk, vermutlich von Herrn Stuhr an Sie, über die IMAK-Sitzung vom 22.11.76 [sic!], bei der das weitere Verfahren für die Standortauswahl vereinbart wurde:

Danach verbleiben ... 12 Standorte,  
...

aus denen bis zum 29. November die vorläufige Standortauswahl erfolgen sollte. Dabei wird vorgeschlagen -

den Standort Börger

- sagt der Ihnen noch was? -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Börger ist Wahn.

---

<sup>75</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Wenn Herr Prof. Mandel den Standort Wahn favorisiert hat, dann mag das damals die Linie des Bundes gewesen sein. Dafür, dass er auf der Linie des Bundes war, spricht auch sein Hinweis, dass Gorleben wegen der Grenznähe nicht in Betracht kommt. Seine diesbezügliche Aussage spricht aber auch dafür, dass dem Bund der Standort Gorleben vor dem 11.11.76 bekannt war. Denn das Ausschlusskriterium Grenznähe konnte er, so wie ich das sehe, nur vom Bund haben.“

**Johanna Voß (DIE LINKE):** - Börger ist Wahn, ja -,

aufgrund seiner Lage ... (Erholungs-, Landschaftsschutzgebiet und Wassergewinnungsgebiet); ...

vorab auszuschließen. Dies ist erstaunlich, da bei Gorleben die gleichen Tatbestände - Erholungs-, Landschaftsschutzgebiet und Wassergewinnungsgebiet - nicht zum Ausscheiden führten.

Können Sie sagen, warum die Kriterien so willkürlich angewendet wurden?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In dem Kriterienraster, das ich vorhin vorgelesen habe, war Landschaftsschutz, Naturpark ein Kriterium, das in die Bewertung eingeht. Und, ich sage mal, rückschauend betrachtet, in der entscheidenden Kabinettsvorlage hat das Landwirtschaftsministerium seinen Beitrag geleistet und gesagt, Gorleben liegt am Rande. Ursprünglich war mal behauptet worden, es liegt mittendrin. Dieses habe ich also nicht geprüft, wobei nach der Kabinettsvorlage Wahn ausgeschieden ist, weil der Bund keine Teilverzichtserklärung abgegeben hat zum Schießplatz, wegen des Tieffluggebiets etc. und man nicht wusste: Welches ist das Zielgebiet? Welche Granaten werden geschossen? Wie viele Irrläufer gibt es da? Das waren eigentlich die Ausschlusskriterien plus Sonderwaffendepot mit Schusswaffengebrauch. Das überrascht mich, dass da also Wahn jetzt aus Naturschutzgründen ausgeschlossen worden ist; denn Wahn, wenn ich da noch mal nachgucke - - <sup>76</sup>Meines Wissens hatte Wahn mit Naturschutz - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Hier steht:

... aufgrund seiner Lage ... (Erholungs-, Landschaftsschutzgebiet und Wassergewinnungsgebiet); ...

vorab auszuschließen. Bei Gorleben sind, wie gesagt, die gleichen Tatbestände, und das hat da nicht zum Ausschließen geführt. Es hatte ja mal ganz am Anfang zum Ausschließen geführt, weil es ja in der ursprünglichen Studie auch gar nicht auftauchte.

Dann haben wir ja das gleiche Phänomen: Das gilt auch für die Teufenlage. Das ist eines der fünf wichtigsten Vorauswahlkriterien. Da in Gorleben ja die höchste Erhebung des Salzstocks bis 133 Meter unter

die Erdoberfläche aufragt, hätte eigentlich keines der geologischen Auswahlverfahren auf die Idee kommen können, Gorleben auszuwählen. Denn alle anderen Salzstöcke, die eine geringere Teufenlage als 250 oder 300 Meter hatten, wurden vorab aussortiert. Hat man diese geologischen Eckdaten nicht gekannt, oder hat man die ignoriert?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die geologischen Eckdaten sind festgelegt worden mit dem Landesamt für Bodenforschung, mit der BGR und mit dem Oberbergamt, und da war die Ansage: Bergwerke unter 500 Meter sind problematisch. Und Gorleben liegt meines Wissens 300 Meter unter der Erdoberfläche.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): 133!)

- Ja, also. Dann liegt es also günstig. Bis zu 500 Meter alles günstig, unter 500 Meter ungünstig.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Noch mal eine Frage zu Wahn. Ich habe das gerade hier in der Kabinettsvorlage:

#### 4. Landespflege/ Erholung

Belange der Landespflege sind nicht betroffen. Rd. 5 km westlich in der Emsniederung befinden sich Erholungsorte.

Das ist der Beitrag vom Landwirtschaftsministerium zu dem Thema Landespflege und Erholung.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, wer hat denn damals, im Frühjahr 76, die KEWA zu weiteren Untersuchungen beauftragt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben nach meiner Erinnerung -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Bundesebene oder die Landesebene?

<sup>76</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „nichts zu tun.“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - die Standorte überspielt.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bundesebene oder die Landesebene?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Auftrag an die KEWA ging von der Bundesregierung.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von der Bundesregierung. - Warum hat die Bundesregierung das gemacht, obwohl sie dann anschließend mit drei Standorten wieder kommt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, die KEWA sollte ja das ganze Bundesgebiet abgrasen und aus dem Bundesgebiet die aus der Sicht der KEWA optimalen Standorte - -

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das hatte sie ja schon gemacht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das hatte sie gemacht.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der eigentlichen KEWA-Studie.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So. Die drei Standorte hatten, auf Deutsch gesagt, Mängel,<sup>77</sup> und deshalb haben wir gesagt: Gibt es vielleicht noch bessere? Und dann sind die überspielt worden, und die KEWA hat die dann untersucht. Wir haben der KEWA keinen Auftrag gegeben, sondern wir haben gesagt - -<sup>78</sup>

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das habe ich. - Herr Dr. Röhler, mir fehlt die logische Klammer. Die Bundesebene hat aufgrund der umfassenden KEWA-Studie drei Standorte, die sie für in Ordnung hält. Die Landesebene sagt: Nein, nein, wollen wir nicht. Guckt mal wie-

ter. - Dann guckt die Bundesebene, gibt den Auftrag an die KEWA, nach Ihren Worten, weiter zu schauen. Die KEWA schaut und bringt was, was die Bundesebene aber völlig ignoriert. Also die Bundesebene hat sich auf diese drei Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh festgelegt. Warum beauftragt sie dann die KEWA, noch mal weiter zu suchen, und ignoriert das Ergebnis aber dann?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob die KEWA dann aus eigenem Antrieb die Untersuchung vorgenommen hat, um Standorte zu präsentieren, die besser sind. Von uns, von Landesseite, gab es jedenfalls schon vorher<sup>79</sup> diese drei Standorte.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Wenn es die KEWA aus eigenem Antrieb gemacht hat, um noch mal was zu präsentieren, dann muss ich noch mal auf das vorhin schon angesprochene Bohrprogramm kommen - das ist übrigens, für das Protokoll, MAT A 99, Band 20, Paginierung 72 bis 76 -, wo die KEWA dem Forschungsministerium ein ausführlich ausgearbeitetes, dargestelltes Bohrprogramm für die drei Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh vorlegt, mit Zeitplan, mit „Da brauchen wir so und so viele Geräte“. Warum? Wenn sie vorher aus eigenem Antrieb sagt: „Jetzt untersuchen wir noch mal, wir finden nach diesen Untersuchungen einen neuen Standort; der ist viel besser als die anderen drei“, warum legt sie dann, und zwar kurz vor dem 11.11., nämlich am 05.11., dem Bundesforschungsministerium ein Bohrprogramm für die drei gerade von ihr selber als schlechter titulierte Standorte vor?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wobei ich vorhin schon gesagt habe: Das Ganze überrascht mich, weil im August, am 8. oder 10. August, Herr Kiep und Herr Matthöfer einig waren, es wird nicht mehr gebohrt, und auf Fachbeamtenebene dann in der Folge auch vereinbart worden ist, dass vor Antragstellung keinerlei Bohrungen mehr stattfinden, sondern die Erkenntnisse, die ohne Bohrung

---

<sup>77</sup> Ergänzung des Zeugen:

„... insbesondere, weil Nutzungskonkurrenzen in Bezug auf die Standorte, wie Wassereinzugsgebiete, nicht geprüft oder ungenügend geprüft waren.“, Anlage

<sup>78</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „untersucht noch andere Standorte auch unter Prüfung von Nutzungskonkurrenzen“, Anlage

---

<sup>79</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „schon vorher“, setze „mehr als“, Anlage



vorliegen, in den Entscheidungsprozess eingehen. Mir ist das völlig unverständlich.<sup>80</sup>

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Dr. Röhler, Sie haben vorhin selber was anderes dargestellt, nämlich dass die drei Minister zu dieser Besprechung am 11.11. kamen, mit der Pistole, der indirekten - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So habe ich das gehört. Ich war nicht dabei.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht mit der indirekten, sondern - wie sagt man? - mit der symbolischen Pistole auf die Brust von Albrecht und sagten: Wir bohren an allen drei Standorten, legen da los. - Dazu würde ja passen, dass sie sich ein Bohrprogramm machen lassen, damit sie wissen, wie man dann auch wirklich loslegen kann, sozusagen die Munition für die Pistole.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann sein, dass das in die Strategie von Herrn Matthöfer, der vorgeschlagen hatte: „Wir machen das im Stoßtrupunternehmen“, reinpasste, um die Landesregierung richtig zu überrollen. Die Strategie ging nicht auf, weil die Landesregierung nicht mitgespielt hat.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was noch weniger aufgeht, ist irgendeine Logik, dass die KEWA eine Nachbetrachtung angestellt hätte, eine weitere Untersuchung, aus der anschließend Gorleben herauskam, wenn sie dann mit diesem Bohrprogramm für die drei Standorte kommt und sich ja auch diese angeblich - ich sage es jetzt mal so - fortführende KEWA-Studie nirgendwo niederschlägt. Ich meine, dieser Auftrag muss ja auch irgendwo - - Der muss ja bezahlt worden sein. Da müsste es doch irgendetwas - - Wenn schon kein Bericht, den man irgendwo finden kann - - Da müsste sich doch irgendetwas wie ein Auftrag, eine Rechnung in diesen umfangreichen Akten finden lassen. Stimmen Sie mir da zu?

---

<sup>80</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Es sei denn, dies war Teil der Strategie des Bundes: am 11.11. durchzusetzen, dass an allen 3 Standorten ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird.“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen nur zustimmen in der Richtung, dass diese Unterlagen in den KEWA-Akten sein müssen; denn die KEWA hat ja gearbeitet; da muss es Unterlagen bei der KEWA geben. Ich weiß nicht. Ich habe in Niedersachsen in den Unterlagen von der KEWA nichts gefunden. Deshalb kann ich nur sagen: In den KEWA-Unterlagen nachgucken. Da muss was sein.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie teilen das mit uns. Wir finden auch nichts trotz heftigen Suchens. Viele Leute sitzen da dran.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Haben Sie denn die KEWA-Akten?

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich sage jetzt mal: Sie haben sich ja aus den Akten der niedersächsischen Landesregierung jetzt vorbereitet. Das haben Sie zu Beginn gesagt. Ich meine, da wird wahrscheinlich auch die Studie von Herrn Tiggemann drin gewesen sein. Das ist ja das erste Mal, dass wir eigentlich konfrontiert wurden, so die Bürgerin und der Bürger oder auch wir Abgeordnete, dass es diese Nachbetrachtung gegeben hätte.

Nun haben Sie ja damals im Asse-PUA, als Sie als Zeuge vernommen wurden, ausgesagt, dass Sie sich nun gar nicht erinnern können an die Umstände von Gorleben. Darauf hätten Sie sich jetzt auch nicht vorbereitet, es sei ja auch lange her. Das verstehen wir auch alles. Nicht, dass ich da falsch verstanden werde. Es ist völlig klar. Ich möchte auch nicht gezwungen werden, mich an jede Einzelheit von vor 33 Jahren zu erinnern.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wenn ich anmerken darf: Ich war geladen zu Asse und nicht zu Gorleben.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz genau. Das sage ich ja gerade.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Deshalb war ich a) nicht vorbereitet, und b) hatte ich zu Gorleben keine Aussagegenehmigung. Das habe ich dann gesagt.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das Protokoll nachgelesen. Da haben Sie sich nur darauf bezogen, dass Sie sich darauf ja jetzt nicht vorbereitet haben. Sie haben nicht gesagt, Sie dürfen nicht aussagen, sondern, Sie können sich da an nichts erinnern.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich meine, ich hätte da auch noch den Hinweis gegeben.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre es denn nicht vorstellbar, dass Sie die Darlegungen in der Studie von Dr. Tiggemann irgendwie so überzeugend fanden, dass Sie dachten: „Ja, so wird es wohl gewesen sein“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Nein, nein, nein, nein. Ich habe mich sehr genau in die Akten eingearbeitet, und das, was ich hier vorgetragen habe, aus Erinnerung plus Aktenunterlagen - - Das, was ich Ihnen gesagt habe, das ergibt sich aus den Akten, die im niedersächsischen Umweltministerium sind. Die Studie von Herrn Tiggemann hat mich nicht beeindruckt. Ich bin selbst mal Richter gewesen, und ich habe gelernt: Tatbestand, Tatbestand, Tatbestand, und alles andere ist uninteressant. Und deshalb bin ich in die Akten eingestiegen -

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So geht es uns auch.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - und habe deshalb mich auch vorbereitet auf heute anhand der Akten, die ich vorgefunden habe, und habe auch moniert, dass Akten fehlen. Und ich werde weiter monieren, nachdem ich also hier gesehen habe, es gibt eine Kabinettsvorlage. Da fühle ich mich nicht gut unterstützt bei der Aktensuche.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhler. - Damit sind wir am Ende der dritten Runde, steigen ein in die vierte Berliner Runde. Das Wort geht wieder an die Unionsfraktion. Bitte schön.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Ich habe nur eine kurze Frage. Es gibt hier - die Zitierstelle ist MAT A 95, Band 10, Blatt 175 ff. - einen, wenn man so will, zusammenfassenden Vermerk von Herrn Ollig „Hintergrundinformationen zur Auswahl von Salzstöcken zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“. Da findet sich auf Seite 180 ein Hinweis, dass die Bedingungen für die KEWA-Studie sich offenbar auch geändert haben, einmal hinsichtlich der Bevölkerungsdichte und dann aber auch hinsichtlich der Einführung von Jodfiltern und Aerosolfiltern. Das kann ich nun fachlich nicht bewerten.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Das ist MAT A 95, Band 10, Seite 175 ff., und ich habe von Seite 180 zitiert.

(Ute Vogt (SPD): Ich wollte das Datum wissen!)

- Das ist aus dem Jahre 1981. Das ist aber völlig irrelevant, weil das ist eine Darstellung, wie ich sagte, des Auswahlprozesses. Hat sich denn Ihrer Kenntnis nach - - Das kann man daraus ja entnehmen, weil eben gesagt wurde, die 1976 durchgeführten Untersuchungen beinhalteten unter anderem eine Prüfung der Vorgaben und der Eingabedaten. Kann es sein, dass die KEWA auch deswegen eine solche zusätzliche Studie gemacht hat, weil sich einfach auch die Bedingungen geändert haben, die verlangt waren, sodass der Kreis der infrage kommenden Standorte auch anders zu ziehen war?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, nach meiner Erinnerung hatte die KEWA zwei Bewertungssysteme. Das zweite ist entwickelt worden, nachdem die drei Standorte bekannt waren, und dann, bei der Bewertung dieser elf Standorte, sind die Standorte nach meiner Erinnerung durch beide Bewertungsfilter gelaufen. Deshalb gibt es auch in den Akten einen Hinweis, dass Gorleben auch nach beiden -<sup>81</sup> Bewertungsverfahren 1<sup>82</sup> zu den drei Standorten, ein, ich

<sup>81</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „“, Anlage

<sup>82</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „1“, Anlage

weiß, nicht<sup>83</sup> optimiertes Verfahren<sup>84</sup> - Verfahren<sup>85</sup> auf Platz 1 liegt.

Inwieweit dieses Bewertungsverfahren geändert worden ist, in welchen Einzelheiten, das kann ich Ihnen im Moment jetzt nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Keine weiteren Fragen bei der Union?

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Nein, keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Gut. - Dann geht das Fragerecht an die SPD. Bitte schön.

**Ute Vogt (SPD):** Ich muss da auch noch mal nachhaken. Für Ihre These, die Sie ja nun mehrfach vorgetragen haben, dass es im Grunde schon lange vor November 76 eine Untersuchung von Gorleben gegeben habe, gibt es ja im Grunde in den Akten einen einzigen Hinweis, will ich mal sagen. Das war die vorhin von Kollege Grill [sic!] zitierte Telefonnotiz.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel  
(CDU/CSU) - Heiterkeit)

- Ach so, Grill. Natürlich Grindel. Das gibt sich aber, glaube ich, nicht so viel. - Jedenfalls ging es mir um den zitierten Vermerk. Mir geht es darum - - Jetzt haben Sie mich ganz herausgebracht vor lauter „Herr Grill“.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie  
haben angefangen!)

Also noch einmal: Es gibt praktisch nur diesen Vermerk zur Telefonnotiz, und ansonsten gibt es in keinem offiziellen Vermerk und auch gar nicht in irgendeiner Untersuchungsakte einen Hinweis, dass Gorleben untersucht worden ist. Selbst die KEWA und andere amtliche Vermerke sind im Grunde bis kurz vor dem Ministergespräch immer ohne Gorleben vorgelegt worden. Also alles, was vorliegt in den Akten - das haben Sie ja selbst auch beklagt -, da findet man das Stichwort Gorleben nicht. Könnte es sein, dass man bewusst darauf verzichtet hat,

diese zusätzliche Untersuchung von Gorleben zu dokumentieren?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das halte ich für ausgeschlossen; denn wenn die KEWA sagt, Gorleben ist auf Platz 1 nach zwei verschiedenen Bewertungsverfahren, dann muss bei der KEWA ein Papier vorhanden gewesen sein, das dieses ausweist.

Der zweite Punkt: Ich habe in der Mittagszeit wirklich darüber nachgedacht, nachdem ich die Kabinettsvorlage vom 08.11. gesehen habe, die eine reine Sachverhaltsdarstellung ist, wie Gorleben da eingespielt worden ist. Ich weiß es nicht, aber ich könnte mir eine Vermutung vorstellen dergestalt: da wir im Vorfeld wussten, dass das ein Stoßtrupunternehmen werden sollte, dass möglicherweise, um dieses Stoßtrupunternehmen zu stoppen, der Bund kalt konfrontiert worden ist - Verhandlungstaktik - mit Gorleben, um dem Bund deutlich zu machen: Wenn du mit den drei Standorten kommst, benennen wir Gorleben, das nach deiner eigenen Auswahl, nach deinem eigenen Unternehmen oder nach dem von dir beauftragten Unternehmen einen Spitzenplatz hat, um Luft zu kriegen, unsere eigenen Untersuchungen, die wir mit dem IMAK dann in der Folge durchgeführt haben, in Ruhe durchführen zu können.

Das ist eine Vermutung. Da war irgendwas. Es geht mir im<sup>86</sup> Kopf, aber ich kriege es nicht mehr zusammen, dass da noch was war. Es war keine Kabinettsitzung. Dann war ein Ministergespräch, und in der Staatskanzlei rumorte es. Sie haben auf den Vermerk von Herrn Naß hingewiesen. Herr Naß war sehr vertraut mit dem Ministerpräsidenten. Da ist irgendwas gewesen, dass Gorleben als Überraschungsmoment gegenüber dem Bund ausgespielt werden sollte. Aber ich kriege das einfach nicht mehr zusammen.

**Ute Vogt (SPD):** Aber das würde doch meine Vermutung unterstützen, dass man möglicherweise bewusst das Stichwort Gorleben lange Zeit nicht in den Akten vermerkt hat; denn eine Telefonnotiz ist ja kein richtig amtlicher Nachweis.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, gut; es ist aber namentlich in den Akten.

---

<sup>83</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein, ich weiß, nicht“, setze „ein“, Anlage

<sup>84</sup> Ergänzung des Zeugen: „zu den 11 Standorten“, Anlage

<sup>85</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Verfahren“, Anlage

---

<sup>86</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „im“, setze „durch den“, Anlage

**Ute Vogt (SPD):** Ja, gut.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur sagen: Die Akten sind nicht vollständig. Deshalb kann ich nicht sagen: „Es ist in den Akten kein Hinweis auf Gorleben“, weil die Akten nicht vollständig sind. Ich habe selber Notizen, wo Gorleben angesprochen worden ist.

Das ist jetzt eine Einschätzung - ich kriege das aus der Erinnerung nicht zusammen -: Wir hätten Gorleben mit Sicherheit nicht in die Diskussion gebracht, wenn das eine Platzpatrone gewesen wäre. Da steckte schon mehr dahinter; denn einfach nur zum Bluffen - bei dem Sachverstand vom BMFT und vom BMI - brauchten wir nicht anzutreten. Die waren international vernetzt. Die hatten ihre sachverständigen Gutachter. Da wäre über meinen Tisch keine Platzpatrone gelaufen; denn - ich habe Ihnen vorhin gesagt, ich war Richter: also Tatbestand, Tatbestand - ich lasse mich nicht vorführen.

**Ute Vogt (SPD):** Sie nannten vorhin das Wort „Stoßtruppvorfahren“. Wenn Sie mir erläutern könnten, was Sie damit meinen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Da geht man mit einem klaren Ziel hin, und dann wird einfach umgerannt und gesagt: Das ist es, und wir gehen nicht raus, bevor hier die Entscheidung gefallen ist.

**Ute Vogt (SPD):** Halten Sie es für denkbar, dass, weil ja bekannt war, dass grenznahe Anlagen auf Bedenken stoßen, man gehofft hat, dass, wenn man sagt: „Gorleben oder sonst keinen“, möglicherweise der Bund sagt: „Da sind unsere Vorbehalte wegen der Grenznähe so groß, dass dann eben keiner in Niedersachsen infrage kommt“, dass man also versucht hat, zu sagen - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir hatten gewusst, dass das<sup>87</sup> grenznah ist. Die Geschichte in Lüttau war uns bekannt.

**Ute Vogt (SPD):** Ja. Ich meine nur: Wenn Sie sagen - wofür ja manches spricht -, dass man einen Überraschungsmoment gegenüber dem Bund wollte und sagte: „Da habt ihr jetzt was; das bieten wir euch an“, war möglicherweise die Überlegung, dass man sagt:

„Wir haben hier was angeboten“, wissend oder hoffend, dass der Bund genau diesen Standort nicht möchte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Für uns war entscheidend: Es war der geeignetste Standort. Und deshalb ist der auf den Tisch des Hauses gelegt worden; weil wir der Meinung waren: Das, was politisch vom Bund kam, das ist regelbar, besprechbar. Und das ist eine Einschätzung, wie man mit den Leuten von der DDR verhandeln kann. Wir waren nicht ganz unerfahren. Wir hatten jedes Jahr die Messe. Da kamen die ganzen Leicht-, Schwerbau- und Energie- und sonstige Minister. Man kannte sich. Und da ist auch manches en passant, außerhalb der üblichen Kanäle geregelt worden. Von daher waren wir, ohne dass wir mit denen Vorbesprechungen hatten, mit mehr als 50 Prozent der Einschätzung, dass das, was da ansteht, mit der DDR geregelt werden kann.

**Ute Vogt (SPD):** Nun war ja die Beauftragung der KEWA offiziell eine Sache des Bundes. Können Sie beschreiben, wie die Landesministerien mit der KEWA zusammengearbeitet haben? Also, da muss es ja auch Kontakte gegeben haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Man hat sich getroffen. Man hat sich besprochen. Da gab es Kontakte. Die kamen primär zu uns ins Ministerium und haben sich da mit Herrn Stühr, mit Herrn Chojnacki oder mit den Leuten vom Landesamt für Bodenforschung ausgetauscht. Also, ich sage mal: Das lief auf einer informellen Besprechungsebene. Es muss da auch Papiere geben. Man muss da bei der KEWA - - Ich weiß nicht, ob Sie die Möglichkeit haben, bei der KEWA mal einfach abzuräumen.

**Ute Vogt (SPD):** Wir haben es versucht. - Danke schön. Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich will daran gerne anknüpfen. Dieses Gespräch vom 11.11.76 hat ja in demselben Jahr stattgefunden, in dem Ernst Albrecht als CDU-Ministerpräsident Alfred Kubel abgelöst hat, der vorher eine SPD-geführte Regierung geleitet hatte. Können Sie sich noch erinnern, wann die Wahl von Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten stattgefunden hatte?

---

<sup>87</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, setze „Gorleben“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die muss im Januar oder Februar gewesen sein. Ich meine, Anfang Februar. Nein, Moment.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ist korrekt, der 6. Februar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der dritte Wahlgang war Ende Januar, Anfang Februar.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das war am 6. Februar 1976.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sebastian Edathy (SPD):** Es findet sich in den Akten - das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 112 ff. - ein Text von Herrn Stühr aus Ihrem damaligen Ministerium, der Folgendes besagt - ich zitiere aus der ersten Seite -:

Den Akten des Ref. 23 sind keine Anzeichen dafür zu entnehmen, dass der ehemalige Ministerpräsident Kubel sich für den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen eingesetzt hat. Es ist auch sonst kein Sachverhalt bekannt, der auf eine entsprechende Äußerung hinausläuft.

Entspricht das Ihrer Erinnerung?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Diesen Aktenvermerk kenne ich, weil ich gesagt habe: Bevor ich daherkomme, gucke ich alles durch. - Den kenne ich. Dies kam hoch, weil Herr Matthöfer sich gegenüber Herrn Albrecht darauf berufen hat, dass Herr Kubel eine Zusage gegeben habe, in Niedersachsen ein nukleares Entsorgungszentrum zu errichten.

**Sebastian Edathy (SPD):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gab aber in der Regierungszeit SPD/FDP unter Ministerpräsident Kubel keinerlei Stopp, dass das Projekt auf Fachebene nicht angefasst werden dürfe, sondern das ist auf Fachebene das ganze Jahr 75 durchgelaufen. Aber: Diesen Vermerk kenne ich. Und es wurde in den Unterlagen des Wirtschaftsministeriums nichts gefunden. Ich gehe davon aus, dass man in der Staatskanzlei auch nichts gefunden hat.

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, ich meine: Wenn ich den Vermerk für bare Münze nehme, sagt er ja aus, dass es in der Regierungszeit von Kubel - in Klammern: SPD - bis einschließlich 5. Februar 1976 keine Zusage gegeben hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Keine Unterlagen für eine Zusage.

**Sebastian Edathy (SPD):** Da muss ich doch noch mal sagen:

Den Akten ... sind keine Anzeichen dafür zu entnehmen, dass der ... Ministerpräsident Kubel sich für den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen eingesetzt hat. Es ist auch sonst kein Sachverhalt bekannt, der auf eine entsprechende Äußerung hinausläuft.

Das ist ja eine relativ klare Aussage.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, den Akten sind keine Anhaltspunkte zu entnehmen. Okay.<sup>88</sup>

**Sebastian Edathy (SPD):** Dann haben wir also den 6. Februar 76. Und dann wird alles plötzlich anders - bis eben zum 11.11.76, wo Niedersachsen plötzlich eine Kehrtwende macht und nicht nur sagt, man ist bereit, darüber zu reden, sondern auch noch konkrete Vorschläge macht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dem mit der Kehrtwende nach dem 06. widerspreche ich; denn auf Beamtenebene ist das Projekt weitergelaufen.<sup>89</sup>

**Sebastian Edathy (SPD):** Nein, ich will das kurz im Zusammenhang darstellen. Dann können Sie sich auch im Zusammenhang dazu äußern. Ich finde es nämlich relativ interessant, das wir in den Akten - MAT A 64, Band 17, Paginierung 214 - diesen Vermerk vom Abteilungsleiter Reaktorsicherheit aus Bonn vom 15. November 76 über das Gespräch vom 11. November 76 in Hannover finden. In diesem Verkehr aus den

---

<sup>88</sup> Ergänzung des Zeugen: „In der Politik gibt es aber auch mündliche Zusagen.“, Anlage

<sup>89</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „“, setze „wie vor dem 6.2. Schon 1975 ist das Personal im MS [?] wegen dem NEZ aufgestockt worden.“, Anlage



Reihen der Bundesregierung heißt es - das ist Paginierung 215 -:

Alles deutete darauf hin, dass nicht einmal die Bekundung einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Aufnahme des Entsorgungszentrums in Niedersachsen zu erwarten war. Dieser Eindruck war noch am letzten Tag vor dem Ministergespräch durch den Text eines von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Naß aus der Staatskanzlei entworfenen Beschlussvorschlages bekräftigt worden.

Ministerialdirigent war er. - Also: Die Überraschung war also sehr groß.

Und dann heißt es in diesem Vermerk - Abteilungsleiter Reaktorsicherheit - zudem:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gespräches

- also später in der Unterredung -

eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt,

- Gorleben taucht also nicht mehr als Begriff auf; offenbar war die Überraschung wirklich sehr ausgeprägt -,

an der Niedersachsen sehr interessiert erschien.

Wie kam es zu dieser plötzlichen, offenkundig mindestens aus Sicht des Bundesinnenministeriums überraschenden Positionsveränderung in Niedersachsen zwischen dem 6. Februar 1976 und dem 11. November 1976?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dass zwischen dem 6. Februar 76 und dem 11.11. ein Zusammenhang besteht, bestreite ich; denn wir haben vor dem 06.02. an der Sache gearbeitet, und nach dem 06.02. ging es nur darum: Hat Herr Kubel eine Zusage gegeben, wie Herr Matthöfer behauptet hat, ja oder nein? Das war ein völlig losgelöster Komplex. Das, was Sie angesprochen haben - - Ich habe darauf hingewiesen: Herr Naß hat dem Ministerpräsidenten seine Meinung vorgetragen. Wer Herrn Naß kennt, weiß: Der hat das mit Intensität vorgetragen. Das konnte er. Und der Ministerpräsident hat eben dann anders entschieden als sein Berater Naß. Kommt vor.

**Sebastian Edathy (SPD):** Warum?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Weil er aus anderen Gründen, die ich nicht kenne - ich war nicht dabei - zu dem Ergebnis gekommen ist, möglicherweise auch in der zweistündigen Besprechung mit den Ministern, sodass er gesagt hat: Okay, dann mache ich, dann macht das Land Niedersachsen einen Vorschlag. Diese Diskussion, die unterschiedlichen Meinungen in der Staatskanzlei, die halte ich für normal. Das kommt vor, dass man mit seinen Beratern unterschiedlicher Meinung ist. Und wenn Herr Naß den Ministerpräsidenten anschließend wegen seiner Entscheidung kritisiert hat, dann ist das eine Meinung von Herrn Naß. Der Ministerpräsident hat eben anders entschieden und hat Herrn Naß zu verstehen gegeben: Ich bin anderer Meinung. Das ist sein gutes Recht.<sup>90</sup>

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich kann leider nicht nachfragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Genau.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ansonsten mutmaßt der Zeuge ja auch ganz gerne, was Motivlagen betrifft. In dem Fall wohl nicht.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** In der nächsten Runde, Herr Edathy, haben Sie ja sicherlich noch mal Gelegenheit. - Das Fragerecht geht jetzt zunächst an die FDP-Fraktion.

(Angelika Brunkhorst (FDP): Keine weiteren Fragen!)

- Keine weiteren Fragen. - Dann geht es weiter an die Linken. Frau Voß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön. - Ich will Sie noch mal zu dem Sommer befragen. Im August 1976 haben Sie einen Brief geschrieben. Das ist eine Kabinettsvorlage. Fürs Protokoll: MAT A 102, Band 26, Seiten 75 und 76. Sie haben da geschrieben:

<sup>90</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Im übrigen bin ich sehr verwundert, dass Herr Naß seinen offenbar mit dem Ministerpräsidenten nicht abgestimmten Beschlussvorschlag vor dem 11.11. dem Abteilungsleiter RS im BMI vorab zur Kenntnis gegeben hat.“, Anlage



Ich bitte das Kabinett, folgender Vorlage zuzustimmen:

Und dann haben Sie den Projektstand Gorleben, also das Projekt „Entsorgungszentrum für Kernbrennstoffe“ erläutert. Da steht jetzt:

1. Projektstand

Mit Schreiben vom 1. März 76 hat Herr Staatssekretär Dr. Röhler die Mitglieder der Landesregierung über Planungen unterrichtet, in Niedersachsen eine Entsorgungsanlage für Kernkraftwerke zu errichten. Einzelheiten des Projektes hat die Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (PWK) in einer Broschüre dargestellt, die in Fotokopie beigelegt ist.

Nach in den letzten zwei Jahren für die gesamte Bundesrepublik durchgeführten Voruntersuchungen kommen aufgrund erwarteter Salzvorkommen drei Standorte für den Bau der Anlage in Betracht, die sämtlich in Niedersachsen liegen: Börger im Landkreis Aschendorf, Lichtenhorst im Landkreis Nienburg und Fallingb. sowie Stütlohe im Landkreis Celle, auch Lutterloh genannt. Die genauere Begutachtung dieser Standorte kann nur auf der Basis umfangreicher Bodenbohrungen erfolgen, die zurzeit durchgeführt werden.

Das heißt also: Im August 76 wurden an diesen drei Standorten bereits Bohrungen durchgeführt. Das können Sie so bestätigen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann nur bestätigen: In Wahn ist gebohrt worden. Ob in Lutterloh gebohrt worden ist, das weiß ich nicht. Eine Bohrstelle ist besetzt worden. Da konnte nicht mehr gebohrt werden. Und an einem anderen Standort sollte gebohrt werden. Ich kann aber nicht genau sagen, ob dort gebohrt worden ist. Nach meiner Erinnerung haben die ein bisschen gebohrt, aber nicht viel, und dann mussten sie das Feld räumen, weil die Bürgerinitiativen tätig geworden sind und Bohrungen blockiert haben. Es gab Bohrungen, aber meines Wissens nicht überall. Und in welchem Umfang die vorgenommen worden sind, das weiß ich auch nicht.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ich kann mal weiter von dieser Vorlage vorlesen. Die haben Sie damals gezeichnet:

i. V. gez. Dr. Röhler.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist vom 11. August?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja. - Und:

Bohrungen sollen dagegen nur die Klärung ermöglichen, inwieweit drei näher ins Auge gefasste Standorte tatsächlich die geologischen Voraussetzungen für die geplanten Anlagen bieten. Die Bohrarbeiten werden circa vier Monate in Anspruch nehmen.

Das heißt, da waren in den betroffenen Kreisen auch schon Informationen gegeben worden. Es war ein Prozess in Gang gesetzt worden. „Aber verschiedene Bürgerinitiativen agieren inzwischen gegen das Projekt“, lese ich hier. - Und dann:

Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung wird angestrebt, die atomrechtlichen Genehmigungen spätestens im Frühjahr 77 zu beantragen, um bis 82 dann die erforderlichen Brennelemente-Lagerbecken errichten zu können.

Da war ja noch an Nasslager gedacht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja, da war noch - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Und wann haben Sie dann - - Also, jetzt haben wir diesen Punkt, den Sommer 76 und Bohrungen, und man meint, so ans Ziel zu kommen. Heftigste Proteste. Man bricht die Bohrungen ab. Das Gutachten gibt nichts anderes her als diese Standorte. Wie kommt jetzt Gorleben - - Wie haben Sie von Gorleben gehört?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das muss nach der Kabinettsvorlage gewesen sein, nach dem 11.08. Entweder Ende August oder September ist Gorleben mir bekannt geworden als -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Idee.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - Platz eins bei der KEWA. Die Kabinettsvorlage

vom 11.08. war infolge eines Informationslecks<sup>91</sup> im Grunde überflüssig geworden zum Punkt eins, dass gebohrt wird, weil am 10.08. Herr Kiep mit Herrn Matthöfer einen Bohrstopp vereinbart hatte: Es wird nicht mehr gebohrt. Der Rest war dann die Einsetzung der interministeriellen Arbeitsgruppe. Das lief. Aber die Bohrungen, das war durch die Entscheidung oder die Vereinbarung 10.08. erledigt.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Es war ja jetzt so, dass man an diesen drei Standorten an die Bürger herangegangen ist mit dem Plan, dort wird ein NEZ und ein Endlager errichtet werden. Und da waren sofort diese massiven Proteste da. Hat man sich dann für den neuen Standort, der dann ja ins Spiel kam, also sich in der Hinterhand aufatet, ein anderes Vorgehen - - Genau das Gleiche sollte wieder versucht werden, und man hat in Gorleben keinen Protest erwartet?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Doch, doch, doch. Wir hatten an den Standorten überall Proteste, wobei nicht gesagt worden ist: „Da wird das errichtet“, sondern: Es laufen Bohrungen zur Voruntersuchung, ob der Standort geeignet ist.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja, auf dem Standort sind - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben dann diese - - Sagen wir mal: Der interministerielle Arbeitskreis, der hat absolut vertraulich getagt, weil in Niedersachsen die Ministerialbürokratie zum Teil durchlässig ist wie ein Schweizer Käse; alle<sup>92</sup> gerne Beamte<sup>93</sup>, aber von der Amtsverschwiegenheit wollen sie nichts wissen. Teile früherer Kabinettsvorlagen sind in der Zeitung veröffentlicht worden. Dann gab es diesen berühmten Herrn Rieger, der die Leute irgendwie an der Leine hatte, sodass Interna - -<sup>94</sup> Wenn man nur anfangen zu denken, hat er es zu Papier gebracht. Man konnte davon ausgehen, irgendeiner hat das entweder über seine Ortsgruppe an seine Partei geleitet oder es stand bei Herrn Rieger. Deshalb ist auch - - Ich bin im Ausschuss für Asse attackiert worden,

---

<sup>91</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „lecks“, setze „gaps“, Anlage

<sup>92</sup> Ergänzung des Zeugen: „wollen“, Anlage

<sup>93</sup> Ergänzung des Zeugen: „sein“, Anlage

<sup>94</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „sofort bei ihm landeten“, Anlage

warum ich<sup>95</sup> das alles für streng geheim erklärt habe<sup>96</sup>. Weil ich diese Zwischenschüsse los sein wollte, damit man in Ruhe arbeiten konnte.

Allerdings muss ich sagen: Gorleben ist auch irgendwie durchgesickert, aber nach meiner Einschätzung über den Bund zu Herrn Bruns, der früher Landwirtschaftsminister war; denn der erschien plötzlich im Landtag, und dann brach die Debatte über Gorleben los. Aber Gorleben ist, ich sage mal, in der interministeriellen Arbeitsgruppe erarbeitet worden. Wir sind auch nicht mit den sieben Standorten, die zum Schluss in die Kabinettsvorlage im Dezember reingegangen sind, an die Öffentlichkeit gegangen, sondern es sollte in Ruhe interministeriell gearbeitet werden, unter Ausschluss nachgeordneter Behörden. Dann hat sich das auf vier reduziert. Und da durften nachgeordnete Behörden eingeschaltet werden, aber auf streng vertraulicher Basis.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich sage auch Danke schön und gebe das Rederecht an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Frau Vorsitzende. - Dr. Röhler, Sie haben erwähnt, dass Sie früher Richter waren.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wir sitzen jetzt hier als Abgeordnete im Untersuchungsausschuss in so einer ähnlichen Position und haben eine ähnliche Aufgabe. Ich muss Ihnen sagen: Ich persönlich gehe in dieser Funktion davon aus, dass die Zeugen bis zum Beweis des Gegenteils die Wahrheit sagen - Sie selbstverständlich auch -, dass die Aktenvermerke aus deutschen Ministerien bis zum Beweis des Gegenteils richtig sind und dass die Akten von deutschen Behörden der Aktenintegrität folgend - da können vielleicht mal zufällig ein oder zwei Blatt verloren gehen - nicht systematisch verändert worden sind.

---

<sup>95</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „warum ich“, setze „von mir“, Anlage

<sup>96</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „habe“, setze „worden“, Anlage

Bei diesen positiven Unterstellungen versuche ich jetzt, alles so zusammenzubringen, dass es passt. Und dann stelle ich fest: Sie erzählen uns, ab Februar/März 76 habe das Wirtschaftsministerium auf eine Erweiterung der Untersuchungen hingewirkt. Dazu gibt es keinerlei Akten. Sie hätten 20 bis 25 Orte gesucht. Dazu gibt es keine Unterlagen. Sie hätten den Bund gebeten, die KEWA zu beauftragen, die zu untersuchen. Dazu gibt es keine Unterlagen, weder bei der KEWA noch beim Bund. Es gibt, sagen Sie, ein Ergebnis mit Gorleben als besonders günstig, das wir nicht haben und nicht kennen. Es gibt aus dieser Zeit nur einen Aktenvermerk über ein Telefongespräch. Deswegen drängt sich für mich, gerade nachdem Sie zum Schluss gesagt haben, bei Ihnen in Niedersachsen, in den Ministerien durfte man nichts niederschreiben, wenn man es geheim halten wollte, weil es sonst rausgegangen ist - - Wenn man Ihnen glauben will - und ich will Ihnen glauben, aber auch den Akten und den Unterlagen -, dann drängt es sich auf, dass im Wirtschaftsministerium die Entscheidung getroffen worden ist, nachdem Sie das Amt im Februar mit der neuen Regierung übernommen haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich war vorher schon dort.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage es mal mit meinen Worten: Wir werden unter der Hand und ohne Akten mal prüfen lassen, ob es nicht noch andere Standorte gibt. - Und deswegen sollte - - und ist alles ohne Unterlagen gelaufen. Und dieser Aktenvermerk über das eine Telefongespräch war irgendwie ein Betriebsunfall. Er ist sicherlich wahr, aber es ist ein Betriebsunfall, dass es ihn überhaupt gibt.

Ich sage Ihnen auch, warum ich den Verdacht habe, dass das so ist - das ist hochinteressant -: Der Ministerpräsident Albrecht ist am 08.11. über diese ganzen Aktivitäten von Ihrem Ministerium mit dem angeblichen Ergebnis, Gorleben ist günstig, nicht informiert worden. Sie sagen: eine reine Sachverhaltsdarstellung. Da steht drin: Es gibt nur drei Orte, und nur an drei Orten wird untersucht. Am 08.11. wussten Sie seit zwei Monaten - nach Ihrer Aussage -, dass es nicht stimmt, weil Sie ja die KEWA-Untersuchung angeblich hatten und schon ein anderes

Ergebnis hatten, wenn es stimmt, was Sie sagen.

Und der Minister Leisler Kiep - das ist MAT B 30, Protokoll des Untersuchungsausschusses, Seite 8 und 7 - war zweimal überrascht. Er sagt:

Als ich meinen Gedanken zu Lüchow-Dannenberg ins Gespräch bringe, höre ich zu meinem Erstaunen, dass dieser Ort in der Tat

geprüft worden ist. - Das wusste der gar nicht.

Und eine Seite später schreibt Leisler Kiep:

Dann haben wir am 11.11. mit Albrecht und den Bundesministern geredet, und dann gingen wir vor die Presse und haben Gorleben aus dem Hut gezogen.

So hat er es nicht gesagt; das sage ich.

Und dann schreibt er:

Dann ziehen wir unsere Experten zu. Lüchow erweist sich zu meiner Überraschung als der Standort mit den besten Voraussetzungen.

Sie haben den gar nicht informiert, dass Sie von der KEWA angeblich schon etwas hatten, wo Gorleben an erster Stelle ist. Das wusste der überhaupt nicht.

Deswegen bitte ich Sie noch mal, um Gottes willen: Wenn man alles zusammenbringen will - die Aktenvermerke sollen richtig sein, die Aussagen des Ministers sollen richtig sein, Ihre auch -, dann drängt sich auf, dass im Wirtschaftsministerium beschlossen worden ist, ohne Akten, mündlich, unter der Hand mal nach anderen Sachen zu suchen. War es so oder nicht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie die Integrität der Aktenvermerke von Beamten hochhalten.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zum Beweis des Gegenteils.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bis zum Beweis des Gegenteils. Es gibt einen Aktenvermerk - ich glaube, der ist von Herrn Stuhr -, in dem dieses alles festgehalten ist, als Ergebnis. Und jetzt kommt die Frage: Wenn Sie das, was Herr Stuhr in einem Aktenvermerk festhält - wir haben intern darüber nachgedacht, wir haben Standorte

überspielt - in Zweifel ziehen, müssen Sie sagen: „Herr Stuhr hat einen Vermerk gemacht, für den es keine Realität gibt“, das heißt: Er hat gelogen. Herr Stuhr hat in diesem Vermerk klipp und klar die Entwicklungslinie dargelegt. Er hat auch festgehalten, dass die KEWA - nach ihren Kriterien - Gorleben als den geeignetsten Standort ausgewählt hat. Dieser Vermerk ist da. Dann kann man nur sagen: Zerreißen; er gilt nicht. - Aber er ist da. Dagegen steht nichts.

Jetzt kommt der nächste Punkt, das Gespräch von Herrn Kiep mit Herrn Mandel. Ich verstehe das so, dass Herr Kiep Herrn Mandel Gorleben genannt hat und dann überrascht war, dass der Mandel das schon wusste.

(Zuruf des Abg. Jerzy Montag  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Doch. Der Kiep hat doch Gorleben genannt; nach seiner eigenen Notiz. So. Und dann war er überrascht, wenn ich das recht verstanden habe, dass der Mandel das wusste.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht dass er das wusste, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Sondern?

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern dass der Ort untersucht worden ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dass der Ort untersucht worden ist? Ja, wie kommt er denn dazu, Gorleben zu nennen? Da muss doch was vorher gewesen sein.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ihm, wie Sie sagen, dazu einen Zettel gemacht haben. - Ich habe noch eine Frage.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ihre Fragezeit ist leider Gottes schon wieder rum. Von daher müssen Sie die für die nächste Runde noch mal aufbewahren.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir kommen gleich wieder darauf zurück. Das ist hochspannend.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Jetzt geht das Fragerecht wieder an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Ich will nur eins sagen, weil Herr Montag ja nun in Wahrheit keine Frage gestellt hat, sondern eine Inszenierung gemacht hat, was ich auch schon aus dem Visa-Ausschuss kenne - das ist auch in Ordnung; das muss auch zwischendurch mal sein -: Was Sie hier abliefern und unsere Zeit kostet, Herr Montag, ist deshalb völlig abwegig, weil Ihre eigene Bundesregierung, wie der Zeuge bereits betont hat, im Jahre 2001 noch die Eignungshöflichkeit von Gorleben bestätigt hat.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Oh!)

- Und da brauchen Sie nicht „Oh“ zu sagen, sondern das zeigt: Das ist doch Dünnpfiff.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Meine Güte!)

Wenn Sie im Jahre 2001 nach obertägigen Erkundungen die Eignungshöflichkeit eines Salzstockes bestätigen, dann kann doch denklogisch die Auswahl 1977 nicht falsch gewesen sein. Alles, was Sie hier inszenieren, ist eine Verdummung der Bevölkerung.

(Zurufe)

Und damit wir ein bisschen Abstand davon gewinnen, könnten wir jetzt langsam, finde ich, die Befragung auch in eine Schlussrunde bringen; denn das alles langweilt, und es ist alles ein Widerspruch zu dem, was Sie 2001 selbst noch betont haben.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Kollege Grindel!

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Damit wollte ich begründen, weshalb wir keine weiteren Fragen haben.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Wunderbar. - Nach diesen Feststellungen ist zu sagen, dass alle Fragen, sofern das Gesetz nicht ausdrücklich sagt, dass sie nicht zulässig seien, zulässig sind, auch wenn sie den einen oder anderen von uns schon längst nicht mehr amüsieren, sondern möglicherweise sogar langweilen. Das kann sein. Aber all das gilt es hier überhaupt nicht zu beurteilen.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Richtig! Danke!)

Von daher geht das Fragerecht - - Es sei denn, Frau Möller, Sie wollten jetzt noch irgendwas anderes dazu sagen.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Nein! Danke!)

Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Sebastian Edathy** (SPD): Herr Dr. Röhler, ich will noch mal auf den 11.11.76 zurückkommen. Ich hatte ja vorhin schon vorgetragen aus dem Vermerk Abteilungsleiter Reaktorsicherheit Bundesministerium des Innern, der sich auf einen von Herrn Dr. Naß, Ministerialdirigent in der Staatskanzlei, offenbar schriftlich verfassten Beschlussvorschlag bezogen hat. Er sagt:

Dieser Eindruck

- dass es bei dem Gespräch in Hannover nicht zu einem konkreten Ergebnis kommen würde -

war noch am letzten Tage vor dem Ministergespräch durch den Text eines von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Naß aus der Staatskanzlei entworfenen Beschlussvorschlages bekräftigt worden.

Können Sie sich an diesen Beschlussvorschlag erinnern, bzw. haben Sie den bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich war bei der Vorbereitung sicher dabei. Aber wenn Herr Naß dem Ministerpräsident etwas vorgeschlagen hat oder den beraten hat, dann war ich nicht dabei. Die beiden hatten ein sehr enges persönliches Verhältnis. Soweit ich weiß, war Herr Albrecht Patenonkel eines der Kinder von Herrn Naß. Und das war eine sehr enge Arbeitsbeziehung und auch persönliche Beziehung. Und von daher war das ein Gespräch unter Männern unter vier Augen.

**Sebastian Edathy** (SPD): Nein, das war kein Gespräch unter Männern unter vier Augen. Es war eine schriftliche Vorlage mit dem Briefkopf der Staatskanzlei.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** An wen? An den Ministerpräsidenten.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich mache Ihnen den Vorhalt gleich, wenn die Datei vorliegt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** An wen? An wen war die gerichtet?

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich weiß nicht, ob wir kurz die Zeit anhalten können oder ob wir auf die nächste Runde warten wollen. Dann will ich das gerne nachlegen. Wir haben das gerade erst in elektronischer Form gefunden. - Also, es ist ein schriftlicher Vermerk für den Ministerpräsidenten - vom 10.11.1976.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dann ist das eine persönliche Beratung des Ministerpräsidenten.

**Sebastian Edathy** (SPD): MAT 102, Band 65, Paginierung 185 ff. - Sie können sich also nicht an diese Vorlage erinnern?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Die kenne ich nicht. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich die zur Kenntnis gekriegt habe, weil das ein Internum in der Staatskanzlei war. Die zwei haben miteinander die Sache ausdiskutiert. Er hat da schriftlich niedergelegt, was seine Meinung war, und der Ministerpräsident hat sich nicht daran gehalten. So. Soll vorkommen. Es ist auch das gute Recht des Ministerpräsidenten, souverän zu entscheiden. Er muss nicht seinen Beratern folgen.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich gehe mal davon aus, dass Herr Naß sich - gerade, wenn das zwischen Herrn Naß und Herrn Albrecht so eng und so vertrauensvoll war mit der Arbeitsbeziehung und auch darüber hinaus, was die familiären Bindungen betrifft - nicht im luftleeren Raum auf einen solch wichtigen Gesprächstermin vorbereitet hat und dass er auch nicht im luftleeren Raum Vermerke für den Ministerpräsidenten fertigte, sondern er möglicherweise auch im Vorfeld Kontakte zu den Fachleuten aus dem Wirtschaftsministerium, aus dem Sozialministerium hatte. War das alles nicht der Fall?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Herr Naß hatte Kontakte zu den Leuten im Sozialministerium, im Wirtschaftsministerium.

Herr Naß hatte Kontakte zu den Leuten in den Bundesministerien. Herr Naß hatte Beziehungen zur Europäischen Kommission, und Herr Naß war derjenige, der darauf gedrängt hat, dass, bevor in Niedersachsen was passiert, wenn ich das recht in Erinnerung habe, internationale Lösungen gesucht werden - Aussage von Herrn Kader (?)<sup>97</sup> im Wahlkampf -: ob in England, ob in Frankreich endgelagert werden kann, ob Transmutation stattfinden kann. Die Zielrichtung von Herrn Naß war: Sucht internationale Regelungen, damit Wiederaufarbeitung und Endlager aus Niedersachsen wegkommen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Nicht nur; wir müssen ja nicht spekulieren, wir haben das ja schriftlich vorliegen. Ich habe da schon die Quelle genannt. Also, Herr Naß hat vorgeschlagen, dass Ergebnis des Gespräches Folgendes sein sollte - das war am 10.11.1976 -:

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit der Industrie die organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen für ein Entsorgungszentrum fortführen. Die Klärung der offenen technologischen Fragen ist Voraussetzung für die Beurteilung etwaiger Risiken. Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung bzw. der Industrie ...

Usw. usf.

Und dann heißt es unter 3:

Das Land ist bereit, in weiteren Expertengesprächen Auflagen zu präzisieren, die bei einer etwaigen Genehmigung auf jeden Fall eingehalten werden müssen. Die Standortfrage wird dadurch nicht präjudiziert.

Usw. usf.

Und am 11.11.76, also am Tag nach diesem schriftlichen Vermerk von Herrn Naß für den Ministerpräsidenten, ist Herr Naß so entsetzt, dass er handschriftlich Herrn Albrecht aufschreibt als letzten Punkt, als Fazit des Gespräches aus seiner Sicht:

Die Bundesregierung hat weniger Anlass denn je, Alternativen zu suchen.

Was, um Himmels willen, war denn das Interesse von Ernst Albrecht, zu sagen: „Wir

machen das mit dem nuklearen Entsorgungszentrum hier in Niedersachsen“ - offenkundig entgegen der fachkundigen Beratung eines seiner engsten Mitarbeiter? Was könnte Herrn Albrecht motiviert haben, in diesem Gespräch mehrere Standorte zu nennen - offenkundig einen Standort, bei dem die Bundesregierung damals noch gar nicht registriert hatte, dass der infrage kommen könnte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Warum Herr Albrecht Herrn Naß nicht gefolgt ist, das weiß ich nicht. Herr Albrecht wird seine Gründe gehabt haben,<sup>98</sup> und ich kann nur betonen: Wenn ich eine Entscheidung zu treffen habe und ich werde beraten, dann kann ich meinem Berater folgen, oder ich kann meinem Berater nicht folgen. Und das ist hier passiert. Herr Naß hat sich darüber aufgeregt und hat anschließend dem Ministerpräsidenten noch mal seine persönliche Meinung geschrieben. Ob das die Meinung aller Fachleute war, das weiß ich nicht. Aber es war seine persönliche Meinung. Herr Naß war eine eigenständige Persönlichkeit in der Staatskanzlei. Herr Naß hatte eben seine eigenen Vorstellungen, und die hat der Ministerpräsident nicht akzeptiert. Das ist in einer Regierung so, -

**Sebastian Edathy (SPD):** Nein, ich sage es noch mal: Das Ergebnis Ihrer Besprechung - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - dass der Ministerpräsident sagt: „Ich entscheide“, und der Minister sagt: „Ich entscheide“.

**Sebastian Edathy (SPD):** Waren Sie denn überrascht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Waren Sie denn überrascht? Sie haben doch an dem Gespräch teilgenommen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Im zweiten Teil des Gesprächs war ich dabei.

---

<sup>98</sup> Ergänzung des Zeugen:

„zumal er seine Entscheidung nach einer Diskussion mit den 3 Bundesministern und den beteiligten Landesministern getroffen hat.“, Anlage

<sup>97</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Kader (?)“ setze „Präsident Carter“, Anlage



**Sebastian Edathy (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da mir Gorleben bekannt war, hat mich das nicht überrascht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Dass Gorleben genannt worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Hat mich nicht überrascht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Hat Sie auch nicht überrascht, dass überhaupt über konkrete Standorte gesprochen worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Das hat Sie auch nicht überrascht, dass überhaupt über konkrete Standorte gesprochen worden ist, wenn der zuständige Mitarbeiter der Staatskanzlei - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dass über konkrete Standorte gesprochen werden sollte, war mir aus den Vorbesprechungen klar. Und der Verfasser dieses Vermerkes hat ja offenbar einen Tag vor dem 11.11. mit Herrn Naß telefoniert. Sonst hätte er nicht hier dargestellt, dass er im Vertrauen auf das, was Herr Naß da dem Ministerpräsidenten vorschlägt, dahin geht und dann rauskommt mit was ganz anderem. Dass das so war, geht auch daraus hervor, dass Herr Naß anschließend den Ministerpräsidenten noch mal, auf Deutsch gesagt, gerüffelt hat.

**Sebastian Edathy (SPD):** Na ja, aber es geht doch aus dem Vermerk des Abteilungsleiter Reaktorsicherheit des Bundesinnenministeriums hervor, dass ihm - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gibt mehrere Vermerke über das Gespräch.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ah ja. Wie viele kennen Sie denn?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Oh, da gibt es eins, ich glaube, von Herrn Sahl. Dann gibt es eins vom Bundeskanzleramt. Also, es gibt eine - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich meine jetzt den Beschlussvorschlag. Gab es mehrere Beschlussvorschläge?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für mich war entscheidend bei der Aktensuche: Gibt es einen abgestimmten Vermerk<sup>99</sup>? Den gibt es nicht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, wenn der Abteilungsleiter aus dem BMI - ich frage das noch mal - erwähnt - ich zitiere -: „Text eines von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Naß aus der Staatskanzlei entworfenen Beschlussvorschlages“, dann kann er doch nur den Vermerk vom 10.11. meinen, in dem genau das vorgeschlagen wird, wovon auch die Bundesregierung ausgegangen ist, dass es das Ergebnis sein würde, nämlich: Niedersachsen verweigert sich nicht, aber man vereinbart, im Gespräch zu bleiben, und man kommt nicht zu der Diskussion über konkrete Standorte. Das heißt, dieser Text von Naß muss doch dem BMI bekannt gewesen sein und kann nicht nur Herrn Albrecht bekannt gewesen sein.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, nach dem, was Sie vorlesen, muss der Vorschlag dem BMI bekannt gewesen sein. Wie der dahin gekommen ist, kann ich Ihnen nicht sagen - ob das, ich sage mal, eigenmächtig von Herrn Naß inszeniert worden ist. Ich kann dazu nichts sagen. Da müssen Sie Herrn Naß fragen. Den gibt es noch.

(Ute Vogt (SPD): Der erinnert sich an nichts mehr!)

- Der erinnert sich an nichts mehr?

(Ute Vogt (SPD): Nein!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne diesen Vermerk nicht. Der war persönlich für den Ministerpräsidenten,<sup>100</sup> -

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich denn erinnern - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - liest man ja auch.<sup>101</sup> Und ob er über die Bande

---

<sup>99</sup> Ergänzung des Zeugen: „über das Gespräch v. 11.11.“, Anlage

<sup>100</sup> Ergänzung des Zeugen:  
„Im übrigen ist es üblich, dass die Staatskanzlei für den Ministerpräsidenten zu Besprechungen und Kabinettsvorlagen eigenständige Vermerke schreibt, die den Ressorts nicht bekannt gegeben werden.“, Anlage

gespielt hat? Bitte - ich weiß es nicht. Ich will da keine Verdächtigungen aussprechen. Es ist merkwürdig, dass ein Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium den Vorschlag von Herrn Naß an den Ministerpräsidenten einen Tag vor dem Gespräch mit den Ministern kennt. Das überrascht mich.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ein Abteilungsleiter.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Abteilungsleiter?

**Sebastian Edathy (SPD):** RS, Reaktorsicherheit.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß nicht. Herr Sahl oder wer war das? Oder Herr Dr. Büchler?

**Sebastian Edathy (SPD):** Kein Name; es ist nicht gezeichnet. Also, es ist halt der Briefbogen Abteilungsleiter RS.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, vom Bundesinnenministerium war da meines Wissens als Abteilungsleiter der Ministerialdirektor Dr. Sahl dabei. Das könnte von dem sein.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja, das ist denkbar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich kann dazu nichts sagen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aber das bedeutet ja, zumindest die Aktenlage deutet ja darauf hin, dass das jetzt nicht ein Privatvermerk von Herrn Naß für Herrn Albrecht gewesen ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, es war ein persönlicher Vermerk von Herrn Naß für Herrn Albrecht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja, aber offenkundig ist er der Bundesregierung zugeleitet worden.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das überrascht mich auch. Ich weiß nicht, wie.

<sup>101</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“ liest man ja auch.“, Anlage

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich aus Ihrer aktiven Zeit damals im Rahmen der niedersächsischen Landesregierung an vergleichbare Fälle erinnern, wo Herr Naß als enger Vertrauter von Herrn Albrecht Herrn Albrecht Vorschläge macht und Herr Albrecht genau das Gegenteil macht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann mich an eigene Vorschläge von Herrn Naß erinnern,<sup>102</sup> als es darum ging,<sup>103</sup> bei Dömitz eine Brücke über die Elbe zu bauen. Und das war eines seiner Lieblingsprojekte. Wir haben ihm dringend abgeraten. Dann hat er also als Berater von Herrn Ministerpräsident Albrecht die Bundesministerien abgegrast und abverhandelt und kam mit null zurück, was sehr peinlich war, weil wir ihm im Vorfeld gesagt haben: Das geht<sup>104</sup> nicht. - So. Herr Naß war<sup>105</sup> durchaus -<sup>106</sup> Er hatte eigenständige Ideen und hat also ab und zu mal - in Führungszeichen; wie soll ich sagen? - so eine Art „Nebenministerpräsident“ versucht zu imitieren. Aber das Heft hatte Herr Albrecht in der Hand. Der sagte, das ist längst -<sup>107</sup>

**Sebastian Edathy (SPD):** Die Bewertung, er hat versucht, den Ministerpräsidenten zu imitieren, finde ich schon relativ weitgehend. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum ein offenkundig nicht ganz berechenbarer Mitarbeiter trotzdem von Herrn Albrecht als enger Berater gehalten worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da habe ich keine Erklärung. Die zwei haben zusammengearbeitet. Herr Albrecht -<sup>108 109</sup>

**Sebastian Edathy (SPD):** Ach so. Wahrscheinlich wegen der ausgewiesenen Inkompetenz von Herrn Naß ist er engster Berater von Herrn Albrecht gewesen.

<sup>102</sup> Ergänzung des Zeugen: „die mein Ressort betrafen“, Anlage

<sup>103</sup> Ergänzung des Zeugen: „zu DDR-Zeiten“, Anlage

<sup>104</sup> Ergänzung des Zeugen: „so“, Anlage

<sup>105</sup> Ergänzung des Zeugen: „ein“, Anlage

<sup>106</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „eigenständiger Denker“, Anlage

<sup>107</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „das ist längst -“ setze „da geht's längs“, Anlage

<sup>108</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Herr Albrecht -“, Anlage

<sup>109</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Unterschiedliche Meinungen können ein Arbeitsergebnis positiv befruchten.“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe nicht gesagt, dass er inkompetent ist.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Kollege.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe mich nur gewundert, dass ein Vorschlag ans Innenministerium geht, einen Tag - -<sup>110</sup> Und als Zweites haben Sie mich gefragt, wo er schon mal also versucht hat, -

**Sebastian Edathy (SPD):** Aber Sie können sich nicht erinnern, dass - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - eigenständig Dinge zu erledigen. Da habe ich nicht gesagt, dass er inkompetent ist. Vielleicht war er beratungsresistent. So was gibt es. Das hat aber mit Inkompetenz nichts zu tun.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das scheint ja eher Herr Albrecht dann gewesen zu sein nach Ihrer Interpretation.

Also, dieser Vermerk ist Ihnen jedenfalls selber nicht Erinnerung oder auch nicht bekannt gewesen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein, der ist nicht auf meinem Tisch gelandet.<sup>111</sup>

**Sebastian Edathy (SPD):** Mit welcher Erwartung sind Sie denn in das Gespräch gegangen, was dabei herauskommt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Mit welcher Erwartung, was das Ergebnis des Gesprächs am 11.11.76 betrifft, sind Sie denn in die Runde gegangen? Waren Sie auch überrascht, oder waren Sie nicht überrascht? Hatten Sie mit Herrn Naß vorher darüber gesprochen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn ich jetzt mich zurückerinnern soll, mit welchen Erwartungen ich dahin gegangen bin: Ich bin nach dem, was im Vorfeld alles diskutiert worden ist, und im Hinblick darauf,

dass der Bund nicht vollständig geliefert hatte, was wir haben wollten, davon ausgegangen, dass in der Besprechung noch mal genau festgelegt wird, exakt, was der Bund zu liefern hat, bis wann, und dass wir dann in einen neuen Entscheidungsprozess eintreten. So. Da die Ministerrunde souverän ist und situationsorientiert entscheiden kann, ist es nicht unerwartet, dass ab und zu aus Ministergesprächen oder Staatssekretärgesprächen, um das nicht zu fokussieren, Ergebnisse rauskommen, mit denen die Mitarbeiter zu dem Zeitpunkt nicht rechnen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, Sie haben auch nicht damit gerechnet?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Sie haben auch nicht mit dem Ergebnis gerechnet, nicht nur Herr Naß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe, wenn Sie mich fragen - - Rückwirkend fällt es mir schwer; aber ich würde mal einschätzen, dass ich davon ausgegangen bin, dass der Bund noch mal zu liefern hat, aber wir dann in die Strümpfe kommen und einen Vorschlag machen müssen, weil der Bund rechtlich in der Lage war, Niedersachsen zu stellen, weil er das Recht hatte, Anträge für die Untersuchung oder Genehmigungsverfahren für ein nukleares Entsorgungszentrum zu stellen, und da hatte er die Vorhand.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Vielen Dank. - Die Redezeit der SPD ist nun wieder rum. Das Rederecht geht wieder an die FDP. - Ich sehe Kopfschütteln. Dann sind wir wieder bei den Linken.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön, Frau Flachsbarth. - Ich will Sie noch mal nach Sachen aus der KEWA-Studie fragen. Die liegt mir hier vor; MAT A 173. Das ist der Zwischenbericht der KEWA-Studie vom Februar 1977 zu den Untersuchungen von Januar bis 31. - - zum ganzen Jahr 75. Und da finden wir auf Seite 17 eine Anmerkung zu dem Vorgehen. Und da schreiben die:

Im Verlaufe der Arbeiten hatten wir - inzwischen bestätigte - Informationen erhalten, dass an dem Standort „Faßberg“ größere Erd-

---

<sup>110</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „vor der Ministerbesprechung.“, Anlage

<sup>111</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Die Bemerkung in Bezug auf Herrn Albrecht weise ich als ungerechtfertigt und ungehörig zurück.“, Anlage

gasvorkommen gefunden wurden, die mit anderen Erdgasfeldern zu einem Erdgasverbund zusammengeschlossen werden sollen.

Die zur Gewinnung des Erdgases erforderlichen Produktionsbohrungen sollten durch den Salzstock „Dethlingen“ niedergebracht werden, der als Endlager für diesen Standort vorgesehen war. Da es sich um einen verhältnismäßig kleinen Salzstock handelt, muß angenommen werden, dass die verbleibenden unberührten Salzstockzonen zur Anlage eines Endlagers mit genügend großen Sicherheitsabständen nicht mehr ausreichen. Darüber hinaus wurde uns das Ergebnis einer Tiefbohrung auf diesem Salzstock bekannt. Demnach handelt es sich um Zechsteinsalz in Wechsellagerung mit Anhydrit, dessen Anteil zur Teufe hin zunahm.

Aus diesen Gründen wurde beschlossen, diesen Standort nicht weiter zu untersuchen.

Das ist Ihnen ja aus der Studie sicherlich bekannt. Also, hier ist ein Salzstock mit Gas drunter, der mit anderen Salzstöcken in der Gasebene unten zusammenhängt, und der hat deswegen den Auswahlkriterien nicht entsprechen können.

Nun war bei Gorleben bekannt, dass dort auch Gas ist, dass auch dieses Gasfeld womöglich zusammenhängt. Es war ja auf der Ostseite bekannt, dass dort Gasbohrungen waren. Es war die Gasbohrung selber auf dem Salzstock bekannt, und es gab das Gasbohrungsgebiet in Wustrow, das es ja auch immer noch gibt - Wustrow -, und bei Salzwedel. Gleich wie bei diesem aus dem Auswahlverfahren ausgeschiedenen Salzstock war bei Gorleben auch das Vorkommen von Anhydrit bekannt. Wie kam es, dass dann nichtsdestotrotz das gleiche Kriterium hier nicht zur Anwendung kam?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann jetzt zu Faßberg nichts sagen, weil ich mich nicht darauf vorbereitet habe. Faßberg ist ja dann ausgeschieden. Aber ich kann Ihnen nur sagen, dass uns das Landesamt für Bodenforschung, das Oberbergamt, also die Leute für die Beratung unter Tage, gesagt haben:

Durch das Vorhandensein eines Gasfeldes unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstätte nur im Falle einer Erdgasförderung gegeben.

So. Und da wir auf westlicher Seite keine Genehmigung gegeben hätten, stand nur zur Diskussion: Was passiert auf der Ostseite? Und dazu sollten die Gespräche führen a) zur Unversehrtheit des Zipfels, der da drüber liegt, über die Grenze, 1 Kilometer, und <sup>112</sup>zur Klärung der Frage - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** 15 Kilometer sind das. Das ist nicht nur - - Also, die ganze, die zweite Hälfte des Salzstocks liegt jenseits der Grenze.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein, nein. 1 Kilometer reicht über die Grenze; -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ach so. Das reicht als Untersuchungsgebiet, meinen Sie.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - so die Unterlagen. Der Salzstock ist ja wahnsinnig groß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Warten Sie mal. - Der Salzstock hat 40 Quadratkilometer Größe, Salztiefe 300 Meter; reicht bis 3 500 Meter; Salz ist unverletzt, unverritzt - einer der größten Salzstöcke.

Die Geologen haben uns gesagt: nur wenn gebohrt wird. Und auf der Ostseite sollte einmal sichergestellt werden, dass der Zipfel nicht berührt wird, und es sollte sichergestellt werden im Rahmen der Informations- oder Konsultationsgespräche, ob die bohren oder ob sie nicht bohren, weil der Salzstock potenziell gefährdet war, wenn Erdgas gebohrt werden wird. Und der Vorschlag war dann: Sollten die bohren, dann müssten wir bei Gorleben einfach weiter untersuchen:

Ob die Gefährdung durch Einrichtung des Endlagers in einem geologisch stabilen Teil des Salzstockes umgangen werden könnte, müßte durch entsprechende Untersuchungsarbeiten geklärt werden.

<sup>112</sup> Ergänzung des Zeugen: „b“, Anlage

Das war die Beratung, die wir von den Wissenschaftlern zu dem Zeitpunkt erfahren haben. Und das haben wir auch in der Kabinettsvorlage dargestellt, und das wusste auch der Bund, weil der Bund uns darauf hingewiesen hat: Da geht ein Zipfel über die Grenze; die Unversehrtheit muss garantiert werden.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Die Hälfte geht über die Grenze. Die Hälfte ist - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Also - -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen - Ein Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE legt dem Zeugen Karten vor - Kornelia Möller (DIE LINKE): Schauen Sie es sich einfach auf der Karte an!)

1 Kilometer geht er über die Grenze. So ist das, was ich von den Geologen zur Kenntnis gekriegt habe.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** 15. Das ist auf der Karte zu sehen: 15. Es sind 15 Kilometer, die da über die Grenze sind. Der ganze See dort oben gehört mit - - liegt über dem Salzstock und ist ein Hinweis auf - - Das Salz kommt dort ja auf der gegenüberliegenden Seite bis an die Oberfläche, und das tut es im Gorlebener Raum auch schon. Und es war auch bekannt, dass dort salzige Brunnen waren, Brunnen mit Salzwasser, dass versucht worden war, Trinkwasser zu gewinnen, und man sehr leicht auf Salzwasser stieß.

(Ein Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE legt dem Zeugen Karten und Unterlagen vor und spricht mit diesem - Der Zeuge blättert und liest in dem ihm vorgelegten Material)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, hier nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen und die auch in die Kabinettsvorlage eingegangen sind, ist mir bekannt, dass ein Zipfel des Salzstocks am nordöstlichen Rand 1 Kilometer über die Grenze ragt. Wenn dem nicht so sein sollte, dann bin ich falsch informiert.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Okay. - Wissen Sie, welche Gespräche da geführt worden sind? Sind dann zeitnah Gespräche mit

der DDR geführt worden? Hatte man eine Sicherheit, dass dort nicht gebohrt wird?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Bundesregierung hat uns gesagt, wenn Informationsgespräche bzw. Konsultationsgespräche stattfinden müssten, dann wäre dafür ein Zeitraum von vier bis fünf Monaten notwendig, um zu einem Ergebnis zu kommen,<sup>113</sup> dass<sup>114</sup> Basis<sup>115</sup> ist: Geht es, oder geht es nicht?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich bedanke mich auch und gebe das Fragerecht an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. - Ich fange da an, wo ich leider von der Zeit unterbrochen worden bin: bei den langweiligen Fragen zum Jahr 76. Mir geht es noch einmal um diese Gesamtkonstellation, Herr Zeuge. Sie haben mir - jedenfalls so, dass ich es verstehen und nachvollziehen konnte - noch nicht beantwortet: Warum ist der Ministerpräsident am 08.11. - - Und diese Kabinettsvorlage ist eine Vorlage, wie es hier ausdrücklich steht: Besprechung mit den Bundesministern Maihofer, Friderichs und Matthöfer. - Der ist da vorbereitet worden mit diesem Aktenvermerk, und der Ministerpräsident ist über die gesamte Aktivität des Wirtschaftsministeriums aus dem Jahre 76, von Februar bis November, was Sie alles erzählt haben, mit keinem Wort informiert worden. Die Antwort sind Sie mir noch schuldig, warum der Ministerpräsident nicht informiert worden ist.

Die zweite Frage: Das ist ja vom Minister unterschrieben. Wenn man jetzt nicht sagen will, der Minister hat den Ministerpräsidenten belogen, dann hat es auch der Minister nicht gewusst. Und dass es der Minister in den Einzelheiten auch nicht gewusst hat, das ergibt sich aus seiner Vernehmung - und das will ich Ihnen noch mal vorhalten - beim Niedersächsischen Landtag; MAT B 30. Da schildert Herr Kiep das Gespräch mit den Bundesministern auf Seite 9. Und da sagt er: Der Matthöfer, der war ganz widerlich. Der hat einfach auf den Tisch gehauen und hat

<sup>113</sup> Ergänzung des Zeugen: „und“, Anlage

<sup>114</sup> Ergänzung des Zeugen: „das“, Anlage

<sup>115</sup> Ergänzung des Zeugen: „dafür“, Anlage



gesagt: Jetzt wird gebohrt. Und dann Zitat weiter:

Maihofer und Friderichs, unterstützt von mir, bringen ihn auf eine andere Linie ... Wir

- die Niedersachsen -

erklären uns einverstanden, dass die Bundesregierung einen Antrag stellt, nachdem wir in Kürze einen Standort zuweisen. Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als 4. Möglichkeit aufnehmen zu lassen.

Und dann sagt er: Dann ziehen wir uns mit den Experten zurück, und ich bin überrascht - sagt Herr Kiep -, dass Gorleben der geeignetste Standort ist. - Das wusste der überhaupt gar nicht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Moment! Aus der Vernehmung geht doch hervor - wenn ich das verstanden habe -: Und dann bringe ich einen vierten - oder er, -

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - einen vierten Standort, nämlich Gorleben, in die Diskussion.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Aber er wusste außer dem Namen Gorleben nichts.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Moment, „den bringe ich in die Diskussion“, und dann geht es weiter: „Ich bin überrascht, dass ...“, oder wie?

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... dass meine Fachleute. „Zu meiner Überraschung“ ist Gorleben „der Standort mit den besten Voraussetzungen“. Der ist also über das, was Sie erzählen, dass die KEWA ihn nachuntersucht hat und so - - Das wusste der überhaupt gar nicht.

Ich will Ihnen einen weiteren Vorhalt machen -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich also nichts sagen.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aus der gleichen Vernehmung.

Das ist auch den Landtagsabgeordneten aufgefallen. Und dann hat eine Landtagsabgeordnete den Herrn Leisler Kiep gefragt: Wie sind Sie denn auf Gorleben überhaupt gekommen, dass Sie das plötzlich den Bundesministern gesagt haben? Dann sagt die Landtagsabgeordnete - Zitat -:

Sie beschreiben hier ja selbst, dass es eine Überraschung war, dass Gorleben auf einmal ins Spiel kam. Es wäre ja möglich ..., dass es in irgendeinem Zusammenhang auch Erkenntnisse gab - meinerwegen aus der Asse, wo es Gorleben-relevante Forschung gab, auch was die geologischen Formationen ... anging -, aus denen man Rückschlüsse gezogen hat ... auf Gorleben.

Antwort des Ministers:

Ich glaube, dass es genauso war, wie Sie es eben beschrieben haben.

Zitat Minister:

Es war eine rettende Insel, die auf einmal ins Blickfeld kam.

Und jetzt möchte ich gerne wissen: Nach dem Aktenvermerk Ministerpräsident und nach den Aussagen Minister waren beide bis zum 11.11. völlig blank über all das, was Sie erzählt haben, was im Wirtschaftsministerium hinsichtlich Gorleben geschehen ist. Wie erklären Sie das?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich habe vorhin schon gesagt: Ich kriege das nicht zusammen, die Kabinettsvorlage vom 08.11. und die Benennung von Gorleben.

Zu der blumigen Sprache von Herrn Kiep - eine rettende Insel - äußere ich mich nicht. Das ist nicht die Sprache, die wir im Ministerium pflegen.

Wenn er den Namen „Gorleben“ in die Diskussion gebracht hat, dann hat er den von uns gehabt, aus dem Wirtschaftsministerium. Und das habe ich ja vorhin gesagt: Ich habe verzweifelt einen Sprechzettel gesucht für das Gespräch zum 11.11., weil möglicherweise eine Verhandlungsstrategie drinstand: Wenn die uns überrollen wollen, dann legen wir denen noch einen vierten Standort auf den Tisch des Hauses, und dann ist erst mal der Ansturm gestoppt.



Und das, was er gesagt hat, Herr Matt-  
höfer sei sehr aggressiv aufgetreten, das ist  
mir auch überliefert worden.

Ich kriege den Zusammenhang nicht hin,  
woher Herr Kiep das Stichwort „Gorleben“  
hatte. Und dass er sagt, das war eine Über-  
raschung - - Ob das für ihn eine Über-  
raschung war, wenn er selber das Stichwort  
„Gorleben“ gibt, oder ob das für die anderen  
eine Überraschung war - das weiß ich nicht,  
was er damit ausdrücken wollte.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Die Sprache ist eindeutig. Er  
sagt: Ich war überrascht, dass in meinem  
Ministerium Gorleben als die beste Lösung  
angesprochen wurde. Er spricht: Dann zogen  
wir unsere Experten hinzu, und zu meiner  
Überraschung höre ich jetzt, dass Gorleben  
auch noch der beste Platz ist.

Und dann sagt er - ich bitte Sie, das noch  
zu bewerten - zwei, drei Minuten später auf  
den Vorhalt: „Wie kam es zu Gorleben?“: Ja,  
es war genau so, wie Sie das sagen, Frau  
Landtagsabgeordnete. Wir haben uns das  
sozusagen durch Rückschlüsse aus anderen  
Dingen so zusammengereimt. Genau so war  
es; sagt er.

Das kann er doch nicht gesagt haben,  
wenn er von Ihnen informiert worden wäre.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wer  
hat dem denn das Stichwort „Gorleben“ ge-  
geben? Das kann er doch nur entweder von  
mir oder von Herrn Stühr gehabt haben.  
Oder dass wir ein Gespräch mit ihm hatten -

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Richtig. Aber nicht mehr.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - und  
im Vorfeld gesagt haben: Gorleben ist noch  
eine Alternative. - So. Und wenn wir ihm das  
gesagt haben, dann haben wir nicht gesagt:  
„Da fliegt ein Spatz in der Luft“, und das war  
es. Wir haben ihm mit Sicherheit auch die  
Gründe dafür genannt.

Also, ich war nicht dabei, was Herr Kiep  
gesagt hat. Vielleicht hätte man durch ent-  
sprechende Fragen, nachdem man die Akten  
studiert hat, eine andere Antwort gekriegt.  
Ich kommentiere die nicht. Für mich passt sie  
nicht ganz zusammen mit dem Sachverhalt.  
Ich bleibe bei dem, was ich Ihnen gesagt  
habe.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Der  
Ausschuss wird ja auch noch Herrn Kiep  
hören. Von daher wird das sicherlich auch  
noch mal eine spannende Runde werden. -  
Herr Grindel, die CDU/CSU-Fraktion ist wie-  
der dran.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Weil der  
Ausschuss noch Herrn Kiep hört: Ich will Sie  
nicht zur Illoyalität im Nachhinein bewegen.  
Ich will mal Folgendes sagen: Ich habe 1982  
mit Walther Leisler Kiep Wahlkampf in Ham-  
burg gemacht. Und ich habe eine gewisse  
Vorstellung - wie soll ich das mal ausdrü-  
cken? -, wie intensiv Herr Kiep Akten liest  
und wie intensiv er sich mit Detailsachver-  
halten beschäftigt. Das war auch ein Pro-  
blem, weshalb er bei der zweiten Hamburg-  
Wahl sechs Monate später nicht ganz so  
erfolgreich abgeschnitten hat, weil er sich  
doch mit Fragen der amerikanischen Außen-  
politik lieber als mit Hamburger Landespolitik  
beschäftigen wollte. Er war damals Wirt-  
schafts- und Finanzminister und war ja auch  
schon damals viel in aller Welt unterwegs.

Schließen Sie es denn ganz aus, dass er  
deshalb überrascht war, weil er sich einfach  
mit diesen Details gar nicht so beschäftigt  
hat, sondern zum ersten Mal wegen der drei  
Bundesminister - das war ja eher so seine  
Liga: Bundesminister - sich überhaupt mit  
dem Sachverhalt beschäftigt hat und eben  
dann durch den Sprechzettel das zur Kennt-  
nis genommen hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also,  
jetzt bringen Sie mich wirklich in einen sehr  
schwierigen Loyalitätskonflikt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
Müssen Sie nicht!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Müssen Sie nicht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich  
kann Ihnen nur sagen: Die Einschätzung - -  
Oder sagen wir mal: Das, was Sie festgestellt  
haben, das habe ich ab und zu auch festge-  
stellt. Und es gab deshalb die Regelung -  
ohne Herrn Kiep zu nahe zu treten, weil er  
sehr viel anderweitig beschäftigt war -, dass,  
obwohl Kabinettsitzungen nur mit Ministern  
stattfanden, ausnahmsweise Herr Röhler zu  
den Kabinettsitzungen hinzugezogen wur-  
de. Und wenn Herr Albrecht Nachbarländer  
besuchte, dann war ich derjenige, der mit

dabei war für Wirtschaft und Verkehr. Damit will ich Herrn Kiep nicht zu nahe treten. Herr Kiep hatte, wie Sie zu Recht geschildert haben, außenpolitische Interessen, sehr vielfältige Interessen.

Bei der Vorbereitung von Kabinettsitzungen bestand er darauf, dass alles auf einer DIN-A4-Seite zusammengefasst wird. Wer in der Praxis steht, der weiß: Auf einer DIN-A4-Seite kann man nicht alles zusammenfassen. Da will ich nicht ausschließen, dass in der Situation, wo er vielfältig in Bonn war, er zu Hause möglicherweise das, was ihm da alles auf den Tisch kam, nicht mit der Intensität wahrgenommen hat, wie man das eigentlich erwarten könnte.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat also nichts gelesen, was man ihm geschrieben hat!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gibt es weitere Fragen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
Nein, das war es!)

- Nein, das war es. - Gut. Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD. Bitte.

**Ute Vogt (SPD):** Sie waren ja der Staatssekretär bei Minister Kiep.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie mit ihm nie persönlich über dieses Thema gesprochen, über das Thema Gorleben oder über das Thema Standortsuche? Also, ging das immer nur mit Vermerken?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da gab es sicher ab und zu mal ein Gespräch. Aber Herr Kiep hatte einen sehr stramm terminierten Kalender. Und dann gab es ein Gespräch, das dauerte vielleicht eine Viertelstunde oder 20 Minuten, und dann war halt irgendwas anderes. Ich habe mit ihm darüber gesprochen. Aber in welcher Intensität und wie lange zu welchen Themen, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Können Sie sagen, ob Sie vor dem - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Er kam oft vor den Kabinettsitzungen eben, ich

sage mal, eingeflogen. Und da war die Zeit manchmal kurz. Aber Herr Kiep hatte - das muss ich sagen - auch eine sehr gute Auffassungsgabe und war, ich sage mal, situationsorientiert. Und da ist vieles in die richtige Richtung gelaufen.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie mit ihm vor diesem Ministergespräch zur Vorbereitung gesprochen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Können Sie mir sagen, mit wem Sie Kontakt hatten in der Frage „zusätzliche Untersuchung von Gorleben“ vor dem 11. November?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Kontakt? Sagen wir mal, mein Ansprechpartner, das war Herr Stuhr. Mit dem ist das laufende Geschäft, darunter auch Gorleben, besprochen worden. Es war einmal wöchentlich Abteilungsleiterbesprechung. Die Protokolle finde ich auch nicht. Da ist mit Sicherheit darüber gesprochen worden. Und wenn Herr Kiep da war, hat er an den Abteilungsleiterbesprechungen teilgenommen. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten, ob und wie lange und mit welchem Inhalt ich mit Herrn Kiep vor dem 11.11. gesprochen habe.

**Ute Vogt (SPD):** Wissen Sie, woher Professor Mandel über die Untersuchungen in Lüchow-Dannenberg Bescheid wusste?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß es nicht. Ich kann mir das nur so erklären, da die KEWA für den Bund arbeitete und hinter der KEWA auch die Energieversorger standen, dass sowohl ein Informationsfluss zum Bund bestand als auch ein Informationsfluss zu den Gesellschaftern. Dazu gehörte die Energieversorgung.

**Ute Vogt (SPD):** Jetzt haben wir doch aber - - Vorhin hatten Sie doch gesagt, dass es vorstellbar war, dass Sie in einer Art Stoßtrupppaktion das Stichwort „Gorleben“ bei diesem Gespräch bringen wollten. Dann können Sie doch jetzt nichts - - Wie stimmt das überein mit der Aussage, dass Sie jetzt sagen, möglicherweise hat der Bund das alles gewusst und Herrn Mandel erzählt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dass Gorleben in der Diskussion war und dass KEWA zu dem Ergebnis gekommen ist, Gorleben hat Platz eins - -

**Ute Vogt (SPD):** Steht nirgends.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da bin ich davon ausgegangen - das weiß ich nicht genau -, dass das auf Bundesebene durchgesickert war und auch an die Gesellschafter, wenn Herr Mandel - ich war bei dem Gespräch nicht dabei - sich nicht überrascht zeigte, als Herr Kiep das Stichwort „Gorleben“ gab.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Der war überrascht!)

**Ute Vogt (SPD):** Nein, Herr Mandel war nicht überrascht. Herr Kiep war überrascht, dass Herr Mandel Bescheid wusste.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Sie sagten: Herr Mandel war nicht überrascht, als Herr Kiep das Stichwort „Gorleben“ gab.

**Ute Vogt (SPD):** Genau. Aber Herr Kiep wiederum war überrascht, dass Herr Mandel das alles wusste.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Das könnte dazu passen, dass wieder irgendwo ein Leck war.

**Ute Vogt (SPD):** Ist es normal, dass ein Minister, auch wenn er sich vielleicht nicht so tiefgehend informiert, bei so einer schwerwiegenden Entscheidung nur so oberflächlich über eine Sache Bescheid weiß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich würde jetzt nicht sagen, dass Herr Kiep oberflächlich war. Der Ausgangspunkt war der: Herr Kiep war überrascht, dass Herr Mandel von Gorleben wusste.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, genau.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Das wäre ich auch gewesen, wenn Herr Mandel bei mir gewesen wäre -

**Ute Vogt (SPD):** Und Herr Kiep war überrascht, dass es eine Standortuntersuchung gab.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - und ich hätte das Stichwort „Gorleben“ gebracht.

(Unruhe)

**Ute Vogt (SPD):** Vielleicht könnte Herr Buschmann leiser flüstern. Dann wäre es hier leichter.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dann wäre ich also auch an die Decke gegangen und hätte gesagt: Wo ist das Leck?

**Ute Vogt (SPD):** Es geht ja nicht um das Leck.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und es muss ein Leck gewesen sein von der KEWA Richtung Herrn Mandel. Denn Herr Kiep sagt: Herr Mandel war überrascht, als er, Kiep, das Stichwort „Gorleben“ gab.

**Ute Vogt (SPD):** Ja. Herr Kiep sagt: Ich höre zu meinem Erstaunen, dass dieser Ort in der Tat auch überprüft wurde. - Das heißt: Er hat von Herrn Mandel erfahren, also nicht von seiner Fachabteilung offensichtlich, sondern von Herrn Mandel - - In einem Gespräch unmittelbar vor dem entscheidenden Ministergespräch erzählt der Herr Mandel - - Herr Kiep erläutert Herrn Mandel das Stichwort „Gorleben“ und muss sich dann überrascht zeigen, dass der Herr Professor Mandel ihm jedenfalls erzählt, es sei ja schon geprüft worden.

Ich frage trotzdem noch, ob Sie das für normal halten, dass ein Minister in so einer schwerwiegenden Frage das nicht weiß zu dem Zeitpunkt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß nicht, wann das Gespräch mit Herrn Mandel war.

**Ute Vogt (SPD):** Unmittelbar am 11. November, praktisch davor. Er hatte das Gespräch mit Professor Mandel und eilte von dort zum Landtag zu diesem Gespräch mit den Bundesministern.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dazu kann ich nichts sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Dann würde ich Sie gerne fragen - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich bin überrascht über das, was Herr Kiep da gesagt hat.

**Ute Vogt (SPD):** Es ist ein Tagebucheintrag. Insofern kann man davon ausgehen, dass er ja auch zeitnah getätigt wurde. - Ich wollte Sie noch mal fragen: Er hat ja dann auch in seinem Tagebuch vermerkt, dass die Experten ihm noch mal erläutert haben, dass das Ganze geprüft worden ist. Sie waren ja einer dieser Experten, die praktisch im zweiten Teil des Gesprächs dabei waren. Haben Sie eine Erinnerung, wie das im zweiten Teil dieses Gesprächs diskutiert worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe eine schwache Erinnerung, also die Erinnerung, wo ich genau weiß, dass da das Stichwort „Gorleben“ gefallen ist und über Gorleben in dem zweiten Teil des Gesprächs gesprochen worden ist und dass es da nach meiner Erinnerung - - Also, „Gorleben“ ist bestimmt gefallen; das weiß ich. Nach meiner Erinnerung gab es dann Reaktionen auf Bundesseite: Grenznähe. Die wussten also schon, wo Gorleben lag. Denn die Reaktion war: Grenznähe. - Wenn mich einer vorher gefragt hätte, wo Gorleben ist, dann hätte ich gesagt: keine Ahnung. - Die wussten, wo Gorleben lag, und wussten, dass es grenznah ist. Und da - -

**Ute Vogt (SPD):** Erinnern Sie sich, ob Sie etwas dazu erläutert haben über die Untersuchungen, die es dazu gab?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen beim besten Willen nicht mehr sagen, ob das Gespräch - ich weiß nicht, wie lange das gedauert hat - dann zu einer vertieften Diskussion in Richtung Gorleben führte. Das weiß ich nicht mehr. Der Bund hat jedenfalls Gorleben mitgenommen. Vielleicht war auch das Thema, was da vorhin angesprochen worden ist, dass die Ministerialbürokratie<sup>116</sup> die Minister nicht informiert hatte. Und es gab ja auch Minister, die mit so einem Küchenkabinett regiert haben, wo der Sachverstand des Hauses nicht so gefragt war. Und die kriegten ihre Zettel - -<sup>117</sup>

**Ute Vogt (SPD):** War das bei Herrn Kiep der Fall?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht.<sup>118</sup> Und wo die Sprechzettel<sup>119</sup> aus dem Küchenkabinett kamen<sup>120</sup>. Eins kann ich Ihnen sagen: Herr Kiep hatte kein Küchenkabinett. Denn bei aller Freundschaft: Das hätte ich als Staatssekretär nicht hingenommen.

**Ute Vogt (SPD):** Jetzt ist vorhin schon mal der Name Ihres Nachfolgers, Herrn Naß, gefallen. Haben Sie heute noch persönlichen Kontakt zu Herrn Naß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wenn wir uns sehen, sagen wir uns Guten Tag. Das kommt vor, wenn ich mal in der Stadt bin. Ich bin selten in Hannover. Aber es ist schon vorgekommen, dass wir uns da begegnet sind. Dann unterhalten wir uns, wie es geht und was man macht, und er hebt den Finger und sagt: „Arbeiten Sie nicht so viel!“, und erzählt mir dann, dass er, glaube ich, noch einen Lehrauftrag hat oder hatte. Ich habe ihn jetzt mindestens vier, fünf Jahre nicht mehr gesehen. Es gibt noch so einen Stammtisch aus dem Wirtschaftsministerium. Da gehe ich aber nicht hin. Da habe ich gehört, dass er da ab und zu hinget.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie eine Idee, können Sie uns einen Hinweis geben, warum sich Herr Naß an gar nichts mehr erinnern kann?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das letzte Mal, als ich ihn gesehen habe, hatte ich den Eindruck, dass er gealtert ist, um das mal vorsichtig auszudrücken. Die Haltung ist sehr gebeugt gewesen. Das ist jetzt eine Geschmackssache. Auch sein Äußeres war nicht mehr so akkurat wie früher. Ich könnte mir also vorstellen, nach dem letzten Eindruck, den ich hatte, dass er gesundheitlich Probleme hat.

**Ute Vogt (SPD):** Okay. Das müssen wir nicht vertiefen. - Danke.

---

<sup>116</sup> Ergänzung des Zeugen: „auf Bundesebene“, Anlage

<sup>117</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „-“, setze „von dort“, Anlage

<sup>118</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das weiß ich nicht.“, Anlage

<sup>119</sup> Ergänzung des Zeugen: „beim Bund“, Anlage

<sup>120</sup> Ergänzung des Zeugen: „weiß ich nicht“, Anlage

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich bin aber kein Sachverständiger auf dem Gebiet.

**Ute Vogt (SPD):** Okay. - Danke. Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Keine weiteren Fragen der SPD-Fraktion. Dann ist das Fragerecht wieder bei der FDP-Fraktion. - Keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht über an die Linken. Frau Voß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön. - Herr Professor Röhler, Sie haben ja eben erklärt, wie der Wissensstand 77 war. Und das entspricht ja auch den Unterlagen aus dem Bundeskanzleramt. Ich habe MAT A 138, Band 29, PTB, vom 27.10.77, diese schöne Zeichnung, die Sie da auch vorliegen haben. Tatsächlich ist da mit einem Salzstock gearbeitet worden oder sich für einen Salzstock entschieden worden, der mit der Elbe quasi aufhört, wo die Elbe die Grenze bildet.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, der ging etwas darüber in die DDR - nach der Kabinettsvorlage 1 Kilometer.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Also, der geht nicht mal hier auf dieser Karte so weit, dass er die bekannten Bohrungen in Lenzen, wo es ja einen großen Unfall gegeben hatte, mit einschließt. Also, es war bekannt: 64 die Bohrung in Lenzen; eine Woche hat es gebrannt; fürchterlicher Unfall; Tote. Das war alles auch im Bundeskanzleramt bekannt. Aber diese Karte hier weist noch nicht mal die Punkte aus, wo damals gebohrt worden war. Und der Salzstock, über dem gebohrt worden war, endet auf dieser Zeichnung vor den Bohrungen. Das heißt, diese Karte hier entspricht heute und entsprach auch damals kein bisschen der Wirklichkeit. Und jeder, der es wissen wollte, hätte das wissen können.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nur aus der Kabinettsvorlage, von den Fachleuten zugearbeitet - - Und der Bund hat auch den Finger gehoben und hat gesagt: Der Salzstock geht 1 Kilometer über die Grenze. - Und dann hat in 10 Kilometer Entfernung von dem vorgesehenen Standort,

Betriebsgelände, diese Bohrung stattgefunden, die dann in die Luft gegangen ist. Und danach sind alle Aktivitäten eingestellt worden. Und unsere Fachleute - ich kann das nur wiederholen - haben uns gesagt: Wenn nicht gebohrt wird, dann gibt es keine potenzielle Gefahr für den Salzstock. - Wobei das noch keine endgültige Entscheidung für den Salzstock war, sondern - ich kann es nur wiederholen - das Kabinett hat ausdrücklich gesagt: Es müssen noch weitere - geologische, geophysikalische, ingenieurgeologische, hydrologische etc. - Untersuchungen durchgeführt werden.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Den Stand haben wir ja heute immer noch. Es wird heute ja lediglich erkundet. Es traut sich ja niemand, zu sagen - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur sagen - ich bin kein Fachmann -: Erkundung ist abgebrochen worden. Und nach dem, was in dieser Vereinbarung da steht, ist also die Situation die, dass nach den - - Es heißt da:

Die analytisch bestimmten Hebungsraten des Salzstockes lassen erwarten, dass im Hinblick auf mögliche Hebungen auch in sehr langen Zeithorizonten (größenordnungsmäßig 1 Mio. Jahre) nicht mit hierdurch verursachten Gefährdungen zu rechnen ist. Es wurden keine nennenswerten Lösungs-, Gas- und Kondensateinschlüsse im Älteren Steinsalz gefunden. Die bisherigen Erkenntnisse über ein dichtes Gebirge und damit die Barrierefunktion des Salzes wurden positiv bestätigt. Somit stehen die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstockes zwar nicht entgegen.

Dann kommt:

Allerdings sieht die Bundesregierung ... die Notwendigkeit, die Eignungskriterien für ein Endlager fortzuentwickeln ...

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Die Lyrik kennen wir.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Aber die Frage ist ja: Wenn es jetzt angeblich so eine

KEWA-Nachbewertung gegeben hat, wo angeblich Gorleben an erster Stelle gewesen ist, und es bekannt war, dass der Salzstock auch in die DDR hineinragt, dann muss es doch auch zu dem Zeitpunkt für die Bewertung schon eine Aussage gegeben haben, wie sich die DDR-Seite verhält. Hat es da bei der KEWA konkret Nachfragen gegeben? Gab es da eine Zusage, dass die DDR-Seite - - Also, man kann doch nicht ernsthaft sagen - - Also, entweder ist es so, dass bei der KEWA-Studie Gorleben ausgeschieden ist, weil dort ein Salzstock ist, der bis in die DDR und weit in die DDR hineinragt, weil man da im Rahmen der Voruntersuchung keine Aussage machen kann, weil diese - - Oder gab es da schon eine Zusage von der DDR, nicht zu bohren, die dann dazu führte, dass Gorleben zu den besten Salzstöcken gehörte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Unsere Untersuchung war darauf gerichtet, den bestgeeigneten Salzstock zu finden, egal wo er liegt. Wir haben uns im Gegensatz zum Bund nicht auf das Ausschlusskriterium „grenznah“ eingelassen und haben dann den Salzstock ausgesucht. Und nachdem wir gesagt haben, das ist der bestgeeignete, kam die Diskussion, er geht 1 Kilometer darüber, der Hinweis: Da ist mal nach Gas gebohrt worden; das muss geprüft werden. - Dann haben wir die Geologen zurate gezogen, und die haben gesagt: Eine potenzielle Gefährdung könnte nur erfolgen, wenn weiter Gas gebohrt wird da drüben und Gas gebohrt wird bei uns. - Bei uns haben wir das ausgeschlossen. Da drüben, das war<sup>121</sup>: Weil er<sup>122</sup> geeignet war, sollten dann die Gespräche mit der DDR geführt werden, ob die DDR sagt: Jawohl, diesen Zipfel von 1 Kilometer beschädigen wir nicht. Zweiter Punkt: Wir bohren da Gas, oder wir lassen es. - Und wenn sie nicht Gas bohren, dann war der Salzstock nicht potenziell gefährdet durch Erdgasbohrungen.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Wobei man dann die negativen Erfahrungen in der DDR außen vor gelassen hat, weil es dort ja zu Explosionen gekommen war. Und in der

Folge gab es dann ja in Gorleben auch Unfälle.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dazu Folgendes: Man soll nicht glauben, dass die Grenze da nach drüben undurchlässig war. Wir wussten genau, was da passiert war - die Geologen. Die Geologen treffen sich bekanntlich auf internationalen Kongressen, die auch von der DDR besucht werden. Und gehen Sie mal davon aus, dass da auch ein Meinungsaustausch stattgefunden hat. Und wir haben uns durch diesen Beobachtungsflug des Bundesgrenzschutzes, 31. Januar 77, noch mal vergewissert, dass da drüben keine Aktivitäten sind. Und da haben auch Fachleute hingeguckt. Und damit war für uns das Problem nur noch, mit der DDR darüber zu reden, ob die auf der anderen Seite neu Gas bohren oder nicht. Und das ist eine Verhandlungsfrage. Sagen die Ja, dann ist eine Gefährdung. Sagen sie Nein, kein Thema.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ist das aus dem Wirtschaftsministerium heraus abgefragt worden?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist in der Kabinettsvorlage dargestellt worden. Der Bund kennt den Inhalt der Kabinettsvorlage. Und der Bund wusste, dass er mit der DDR über diesen Kilometer reden muss und über die Frage: Bohren die, oder bohren die nicht?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht an die Grünen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön. - Unsere letzten Fragen als Grüne: Noch mal zurück zu der Frage, Herr Dr. Röhler, wie Gorleben ausgewählt wurde. Wenn ich mir jetzt noch mal Ihre vorherigen Aussagen rückerinnere - das erwartete Stoßtruppvorfahren von Bundesebene, das Sie abwehren wollten mit Gorleben am 11.11.; Zitat von Ihnen: Gorleben sollte als Überraschungsmoment gegenüber dem Bund ausgespielt werden -, dann passt mir das besser zu so einer Aussage, wie sie der Zeuge Ollig hier im Untersuchungsausschuss gemacht hat, dass Gorleben aus dem

---

<sup>121</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „das war:“, Anlage

<sup>122</sup> Richtigstellung des Zeugen: streiche „er“, setze „der Salzstock“, Anlage



Hut gezaubert wurde, als zu der - wie auch immer, ob oder ob nicht - vorhandenen sogenannten Nachbetrachtung der KEWA, an der ich große Zweifel habe. Und die Menschen, die diese KEWA-Studie kennen, sind gering. Sie sind hier jetzt der erste Zeuge, der sagt, er kennt sie.

Also, der von Ihnen sehr geschätzte Herr Stuhr hat, als ich ihm das beschrieben habe, gesagt: „Das ist mir neu, ... Ich kenne die Studie nicht.“ Aus dem Protokoll seiner Vernehmung, Seite 25. - Und auch auf Nachfrage: „Sie wissen auch nicht, ob eine zweite KEWA-Studie existiert?“, hat er Nein gesagt.

Und auch der von Ihnen geschätzte Professor Gerd Lüttig vom NfB, der in dem Interview vom 13. April 2010 in *Frontal 21*, das wir hier zu den Akten genommen haben, sagte:

Dr. Albrecht sagte mir: „Ich habe die Auswahl getroffen. Ich habe Gorleben ausgewählt.“ Worauf ich sagte: „Herr Dr. Albrecht, Sie wissen doch genau, dass Gorleben gar nicht auf meiner Liste steht, auf der Liste der vordringlichen oder besonders gut geeigneten Salzstöcke.“ „Ja, das macht nichts, das ist jetzt eine politische Entscheidung“.

Haben Sie sich darüber mit Herrn Lüttig ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich habe mich mit Herrn Lüttig nicht ausgetauscht. Ich habe die Aussage gelesen. Ich habe aber auch gelesen, dass Herr Albrecht diese Aussage von Herrn Lüttig energisch dementiert hat. Zweiter Punkt - -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Darf ich nachfragen? - War Herr Albrecht dazu noch in der Lage, 2010?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, das war 78. - Moment. 78/79 ist Herr Lüttig schon mit dieser Behauptung an die Welt gegangen. Herr Albrecht hat das energisch dementiert.

Zweiter Punkt: Herr Lüttig hat Vorher-sagen gemacht, die durch die Untersuchung in Gorleben überholt sind. Deshalb meine Meinung zu Herrn Lüttig: Herr Lüttig maß sich mehr Kompetenz an, als er möglicherweise hat.

Dritter Punkt: Herr Stuhr hat mir ja den Vermerk geschrieben, dass die KEWA-Stu-

die Platz eins unter den untersuchten Stand-orten ausweist. Das ist ja aktenkundig. Wenn Herr Stuhr sich nicht mehr erinnern kann, okay. Aber aktenkundig ist, dass er mir das geschrieben hat.

Nächster Punkt: Unabhängig von der KEWA-Studie hat der interministerielle Ausschuss auch Gorleben als den bestgeeigneten Standort ermittelt. Der Salzstock selber hatte die höchste Bewertungszahl als Salzstock. Und ich selbst habe mit Herrn Professor Bender dies alles durchgesprochen - Herr Bender war der Präsident von der BGR -, um sicher zu sein, -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Röhler, das haben Sie heute schon mal dargestellt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - dass ich wirklich hier einen guten Vorschlag mache.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber danach hatte ich jetzt nicht gefragt, und das haben wir ja schon gehört.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich wollte das nur noch mal zusammenfassen, dass das okay war.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe nur sehr wenig Fragezeit. Deswegen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Herr Bender ist dabei.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Röhler, es passt einfach nicht zu dem, was wir in den Akten finden. Und deswegen will ich Sie jetzt als Letztes - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich weiß nicht, was Sie wollen!)

- Ich weiß manchmal auch nicht, was Sie wollen, Herr Grindel. Jetzt halten Sie sich einfach mal aus meiner Befragung raus! - Herr Röhler, ich will Sie jetzt noch mit einem, was wir gefunden haben, konfrontieren. Da muss ich ein bisschen länger zitieren. Das ist aus den Akten, IMAK-Unterlagen. Es steht keine Unterschrift darunter. Es ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 103 bis 109. Und da zitiere ich jetzt einen Teil daraus. Überschrift:

## 1. Auftrag an Ressorts:

Erarbeitung einer Kabinettsvorlage zur Herbeiführung einer vorläufigen Standortentscheidung

Darlegung des Kabinettsbeschlusses vom 16.11.76:

Also nach dem 11.11.

1.1 Gegenüberstellung der aus Sicht des Landes in Betracht kommenden Standorte unter Einbeziehung der bisherigen 3 zuzüglich Lüchow-Dannenberg zuzüglich weiterer.

1.2 Hierzu erforderliche Vorprüfung streng vertraulich.

- unterstrichen -

nur ressortintern, ohne Kommunen.

1.3 Kabinettsvorlage soll keinen Entscheidungsvorschlag, vielmehr eine objektive, synoptische Gegenüberstellung der Voraussetzungen enthalten.

1.4 Kabinett wird politisch

- „politisch“ unterstrichen -

Vorentscheidung treffen.

1.5 Gespräche vor Ort erst nach

- unterstrichen -

Kabinettsentscheidung, nicht von Bürokratie.

1.6 Strengste Vertraulichkeit

1.7 Drei Wochen Zeit

Dann kommt unter Zweitens ein Zeitplan.  
Dann kommt:

3. Vorschlag MW für Vorgehen:

Jetzt geht es also um die Sprachregelung.

3.1 KEWA hat aus großer Zahl von Standorten aus ihrer Sicht

- unterstrichen -

3 ausgewählt (L., St., W.).

Wissen wir, die drei bekannten.

3.2 Landesinterne Prüfung hat ergeben, dass hiervon 2 problematisch (Wasser).

3.3 Deshalb hat MW unverbindlich überlegt und vorgeschlagen, zu den 3 weitere Standorte zu untersuchen (17).

Immer noch von drei die Rede.

3.4 KEWA hat diesen Gedanken aufgegriffen, aus ihrer Sicht

- unterstrichen -

untersucht und einige, vor allem Lüchow-Dannenberg.

- auch das wieder unterstrichen -,

für gut befunden.

3.5 Vorschlag:

MW ermittelt rein theoretisch weitere Standorte (3 + L/D + X) auf der Basis folgender Grunddaten:

Die sind jetzt nicht so wichtig, sondern für mich ist wichtig: Hier geht es um eine Sprachregelung. Wie geht man mit der ganzen Sache um? Wie vertritt man die, auch nach außen? Und dann ein Vorschlag: „MW ermittelt rein theoretisch weitere Standorte“. Das klingt nicht nach einer vorhandenen Bewertung, in der Gorleben bereits als bester Standort herausgekommen ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Von Landesseite noch nicht. Der IMAK hat ja danach erst gearbeitet, nach diesen Vorgaben, nach dem Kabinettsbeschluss. Da hat er dann also 140, 23, sieben, vier ermittelt.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wenn Sie sich an dem Wort „theoretisch“ stören, dann ist das nach meiner Meinung so zu verstehen, dass das intern gemacht wird - ohne Bohrungen. Das war die Vorgabe.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist dann theoretisch?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Theoretisch. Man kann sich dann nur mit den vorliegenden Ergebnissen, soweit sie beim Landesamt sind - Messungen und weiß ich was, Untersuchungen -, also papiermäßig mit den Standorten befassen. Und da keiner raus sollte und auch nicht irgendwo stochern sollte, war das Ganze auf einer, ich sage mal,

Papiergrundlage und theoretisch ohne Bohrungen.

Und die Entscheidung hebt ja auch ausdrücklich ab, dass nach der Standortvorauswahl im Rahmen, nachdem das Sicherheitskonzept geprüft ist, Bohrungen stattfinden, weil wir festgestellt haben: Bohrungen erzeugen große Unruhe, und das muss alles sehr sorgfältig vorbereitet werden.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Auftrag an die Ressorts hier klingt anders. Aber danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Ich muss jetzt qua Amt einfach noch mal fragen, ob es denn weitere Fragen in einer weiteren Berliner Runde gibt. - Die Union schüttelt den Kopf. Die SPD schüttelt auch den Kopf. Die FDP ist gar nicht mehr da, kommt aber sicherlich noch mal wieder. Die Linken? - Frau Voß hat noch mal eine Frage.

**Johanna Voß** (DIE LINKE): Sie kennen den Herrn Jaritz?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Johanna Voß** (DIE LINKE): Herrn Jaritz?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Darunter kann ich mir im Moment nichts vorstellen, Entschuldigung.

**Johanna Voß** (DIE LINKE): Jaritz und Hürtig. Das sind Geologen. Die haben gezeichnet. Und da gab es auch schon - MAT A 72, Band 17, BMU - - Also, das Bundesministerium wusste, wie der Salzstock Gorleben und Rambow aussehen, wie die miteinander zusammenhängen, dass da der Rambower See dazugehört. Das war bekannt vor 77, vor 76; das war bereits 74 bekannt und lag vor. Es gab also das korrekte Wissen in den Ministerien, wie dieser Salzstock aussieht und dass er ganz erheblich auf der Seite der DDR auch vorhanden ist - halbe-halbe, kann man sagen.

(Ein Mitarbeiter der Fraktion  
DIE LINKE legt dem Zeugen Unterlagen vor)

Es muss dann eine Sprachregelung gegeben haben. Und es gibt eine Zeichnung, die sich dann in den Akten findet; da hört dieser Salzstock abrupt auf. Kein Geologe

kann diese Einzeichnung unterschreiben oder gemacht haben. Aber das wurde der Sprachgebrauch. So wurde begründet, dass man zunächst nur auf der westlichen Seite zu untersuchen braucht. Und so konnte Gorleben irgendwie ausgewählt werden. Aber das beruht doch dann auf einer groben, großen Täuschung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich glaube kaum, dass uns unsere Geologen eine falsche Karte vorgelegt haben.

**Johanna Voß** (DIE LINKE): Nein, die Geologen haben es ja richtig gemacht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich suche gerade die Kabinettsvorlage, wo deutlich dargestellt ist, dass Gorleben 1 Kilometer über die Grenze ragt, mit all den Bohrungen, die ich vorhin dargestellt habe.

Und zu einer Karte - - Da bin ich nicht vorbereitet. Dazu kann ich nichts sagen.

**Johanna Voß** (DIE LINKE): Diese Karte hier vom 27.10.1977 ist in der Akte vom Bundeskanzleramt.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Die hat er!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann Ihnen zu der Karte nichts sagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Zum Zeitpunkt der Entscheidung war bekannt, dass der Salzstock über die Grenze ragt, dass da drüben drei Bohrungen waren - zwei ohne Erfolg, eine mit einem Blow-up, einer Erdgasexplosion -, und dass nach der Beratung durch unsere Fachleute gesagt worden ist: Wenn nicht gebohrt wird, ist der Salzstock als Endlager potenziell nicht gefährdet - vorbehaltlich der näheren Untersuchungen. Wenn jemand behauptet, ohne da reingeguckt zu haben, das Innere des Salzstocks zu kennen, kann ich nur sagen: Nach dem, was ich von den Fachleuten gelernt habe, mit dem Grundsatz „Vor der Hacke ist es duster“, ist das ein Fachmann, der, ich sage mal, etwas in den Wolken schwebt.

**Johanna Voß** (DIE LINKE): Also, Geologen können etwas mehr, als jeder Gemeinsterbliche kann. Jedenfalls wissen die was über Geologie, was uns gemeinhin so nicht auffällt. Ich selbst habe einen Geologen kennengelernt, der mir anhand der Pflanzen, die

er über Gorleben gesehen hat, schon sagen konnte, dass das Salz bis an die Oberfläche kommt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist eine Fachfrage, zu der ich mich nicht äußern kann. Da können Sie dann das Landesamt für Bodenforschung fragen. Da hatten wir zwei Professoren. Wir hatten die Bundesanstalt für Geowissenschaften. Die haben uns beraten und haben gesagt: Ihr könnt den als vorläufigen Standort auswählen, weil er die beste Eignung ausweist, vorbehaltlich näherer Untersuchungen.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und ich kann nur sagen, wenn jemand durch Inaugenscheinnahme von oben sagen kann, wie der Salzstock innen aussieht: Wenn der das für sich in Anspruch nimmt, dann ist das so. Aber ob er damit Erfolg hat? Nach meinen Erfahrungen muss man bohren; man muss vor Ort gucken. Hat Herr Schnipkoweit sicher auch zum Besten gegeben: Vor der Hacke ist es duster.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Herr Professor Röhler, ich habe noch eine Frage. Mich wundert, dass die KEWA Platz eins für Gorleben vergeben konnte, obgleich Sie ja selber gesagt haben, es würde sehr gefährlich sein, wenn dort nach Gas gebohrt würde. Hat denn die KEWA zu dem Zeitpunkt von der DDR die Zusage bekommen, dass dort nicht gebohrt wird? Oder wie kamen Sie, wenn das nicht gegeben war, ansonsten zu diesem Kriterium? Denn Sie selber sagen ja, der Salzstock wäre nicht geeignet, wenn dort gebohrt würde. Dann bestünde ja eine Gefährdung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe gesagt: Eine potenzielle Gefährdung des Salzstocks ergibt sich, wenn auf DDR-Seite gebohrt werden würde - wenn gebohrt werden würde. Da haben unsere Geologen gesagt - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Meine Frage war, ob die KEWA schon eine verbindliche Auskunft von der DDR bekommen hat. Das war meine Frage.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu sage ich: Das weiß ich nicht. Wir hatten keine Aussage der DDR. Der Salzstock war aber aus unserer Sicht geeignet. Und deshalb haben wir gesagt: Bund, rede du mit der DDR.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Wie kann die KEWA Platz eins vergeben, wenn nicht gewährleistet ist, dass dort nicht gebohrt wird, obgleich damals bekannt war, dass bei einer Bohrung eine Gefährdung bestehen würde? Das wüsste ich gern. Aus meiner Sicht kann das nur bedeuten: a) Sie hat diese rechtsverbindliche Auskunft bekommen. Davon kann man eher nicht ausgehen. Punkt zwei war: Es gibt vielleicht diese Studie gar nicht, die ja überhaupt nicht allgemein bekannt ist und auch nicht zugänglich ist. Und Punkt drei oder die dritte Variante wäre: Sie haben bewusst grob fahrlässig gehandelt. Dann ist für mich die Frage: Warum? Hat es dann vielleicht politische Erwägungen gegeben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Politische Erwägungen gab es nur: Ausschließlichkeitskriterium „Grenznähe“. Das war politisch. Der Salzstock selbst war nach den vorliegenden Erkenntnissen der Geologen grundsätzlich geeignet. Die KEWA konnte das Ausschließlichkeitskriterium „grenznah“ beiseitelassen, so wie wir das auch gemacht haben, weil wir gesagt haben: Der Salzstock ist geeignet. Jetzt muss man mit der DDR darüber reden und - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Sie beantworten meine Frage nicht, weil Sie nicht sagen, wie es dazu kommen kann, dass es Platz eins bekommt, wo es verschiedene Ausschlusskriterien gegeben hat. Mich interessiert, wie es zu dieser Entscheidung kommen kann. Und das haben Sie bisher nicht beantwortet.

(Zurufe der Abg. Dietrich Monstadt  
(CDU/CSU) und Reinhard Grindel  
(CDU/CSU))

- Herr Grindel, Sie sind wirklich nicht dran.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, da kann ich Ihnen nur sagen: Was Sie jetzt da loslassen, das ist eine Unterstellung.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Nein, es ist eine Frage. Und Sie beantworten meine Frage nicht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Salzstock ist vom Landesamt für Bodenforschung geprüft worden, ist beschrieben worden, und in den Akten finden Sie eine Beschreibung exakt dieses Salzstocks mit der Ansage: Der Salzstock ist grundsätzlich geeignet.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Nein!  
Das ist nicht korrekt!)

Und ich weise darauf hin, dass wir uns auf politische Kriterien nicht eingelassen haben. Wir wussten, dass man mit der DDR reden muss, weil der Salzstock da überragte. Und dieses war für uns kein Ausschließlichkeitskriterium, weil wir davon ausgegangen sind: Unter vernünftigen Menschen kann man reden. - So.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Dr. Röhler, es bietet sich zum einen an, dass man nacheinander redet, einander ausreden lässt.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Und  
Fragen beantwortet, Frau Vorsitzende! Dafür ist der Zeuge hier!)

Auch die Tonart, die schärfer wird, führt nicht automatisch zur Wahrheitsfindung. Von daher: Es bietet sich wirklich an, dass erst der eine redet und dann der andere. Das gilt auch für die Vorsitzende; sonst geht das ja nicht. Wenn man parallel redet, versteht man einander auch gar nicht. Das ist auch so.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Es  
wäre schön, wenn Sie das Ihrem  
Kollegen auch sagen würden! -  
Gegenruf des Abg. Reinhard  
Grindel (CDU/CSU): Waren Sie es  
nicht, die hier mal den Begriff „Kin-  
derstube“ eingeführt hat?)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verhandlungsführung habe ich hier. - Von daher will ich sagen, dass ich absolut verstehe, dass die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch der Zeuge, jetzt nach fast siebenstündigen Beratungen einfach ermüdet sind. Das ist so.

Von daher haben wir jetzt in dieser Berliner Runde ja noch Bündnis 90/Die Grünen mit einem Fragerecht. Und selbstverständlich - wir wissen das - können wir weiter fragen, solange noch Fragen da sind. Ich fände es aber gut, wenn Fragen gestellt werden, die auch versprechen, dass sie zu einer Wahrheitsfindung beitragen. Wenn wir immer

und immer wieder dieselben Fragen stellen, die der Zeuge immer und immer wieder mit denselben Antworten beantwortet, so ist auch das stringent, aber bringt uns in dem Erkenntnisprozess nicht unbedingt weiter. Ich würde Sie herzlich bitten, dahin gehend jetzt Ihre Fragen weiter fortzuführen. - Ich erteile jetzt Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Dr. Röhler, eine einzige Frage hat sich jetzt gerade eben doch noch ergeben. Sie sagten eben: „Vor der Hacke ist es duster“, und dann sagten Sie: Das hat ja auch Herr Schnipkoweit hier zum Besten gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Denke ich. Ich weiß es nicht. Er ist Bergmann.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Woher wissen Sie das? Sie haben das sehr explizit gesagt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ich möchte Sie fragen: Haben Sie das Protokoll gelesen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Aber ich kenne Herrn Schnipkoweit aus der Zusammenarbeit. Und als Bergmann hat er den Spruch öfters draufgehabt. Und der ist hängen geblieben.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben nicht gesagt: „Das hat auch sicher Herr Schnipkoweit hier zum Besten gegeben“,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
Doch! Genau das hat er gesagt!)

sondern sehr deutlich: Das hat ja auch Herr Schnipkoweit hier zum Besten gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Okay. Und das sagen Ihnen alle Bergleute,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vor  
allem in Niedersachsen!)

der Präsident Oberbergamt abwärts.<sup>123</sup>

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen wir es dabei. - Frau Vorsitzende, vielleicht erteilen Sie dem Kollegen Grindel einfach noch mal das Wort - bei seinem ungeheuren Redebedürfnis. Dann muss er vielleicht nicht immer allen anderen ins Wort fallen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist einfach der Stil!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Lieber Herr Kollege Grindel, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde vorschlagen, dass wir uns über Stilfragen außerhalb der Sitzung dieses Ausschusses noch mal unterhalten. Das ist sicherlich auch sehr schön.

Ich würde gerne wissen: Gibt es weitere Fragen in der Sache? - Ich sehe allgemeines Kopfschütteln. Auch bei den Linken gibt es keine Fragen mehr in der Sache.

Lieber Herr Dr. Röhler, es ist kaum zu erwarten gewesen, aber dann nähert sich die Befragung tatsächlich einem Ende. Ich möchte das Ganze noch mal formal abschließen und will Ihnen mitteilen, dass Ihnen das Sekretariat das Protokoll, sobald es denn fertiggestellt ist, übermitteln wird. Sie haben anschließend dann zwei Wochen lang Zeit, möglicherweise etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss formal feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch weitere Fragen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Nein. - Dann möchte ich mich sehr, sehr herzlich bedanken, insbesondere natürlich

bei Ihnen, Herr Dr. Röhler, aber auch bei den Stenografen und bei dem einen letzten Zuhörer, der hier bis zum Schluss durchgehalten hat. Uns und Ihnen allen wünsche ich noch einen fröhlichen weiteren Tag. - Herzlichen Dank.

(Schluss: 17.09 Uhr)

---

<sup>123</sup> Ergänzung des Zeugen:

„Im übrigen halte ich fest, dass ich gesagt habe: „Hat Herr Schnipkoweit sicher auch zum Besten gegeben.““, Anlage



Deutscher Bundestag  
17. Wahlperiode  
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 51  
(Sitzungsteil Zeugen-  
vernehmung, I: Öffentlich)  
14. September 2011

**Stenografisches Protokoll**  
- Vorläufige Fassung\* -

der 51. Sitzung  
des 1. Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag, dem 8. September 2011, 10.00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

1 - 82

Herr Dr. Hans-Joachim Röhler  
gemäß Beweisbeschluss 17-197

---

\* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

(Beginn: 10.08 Uhr)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere Sitzung des Untersuchungsausschusses mit dem **einzigen Tagesordnungspunkt:**

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Dr. Hans-Joachim Röhler  
gemäß Beweisbeschluss 17-197

Ich begrüße unseren Zeugen Herrn Dr. Hans-Joachim Röhler sehr herzlich in unserer Mitte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich, wie jedes Mal, darauf hinweisen, dass die Vertreter der Medien, die ich gar nicht sehe --

(Auf der Tribüne meldet sich eine  
Vertreterin der Presse)

- Doch, es wird gewunken. Entschuldigung. Guten Tag! Wie schön! Herzlich Willkommen in unserer Mitte! Wenn Sie auf die Idee gekommen sein sollten, Ton-, Film- oder Bildaufnahmen anzufertigen, dann müssten Sie das jetzt beenden. Das ist nämlich während der öffentlichen Beweisaufnahme ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig. Wenn Sie dagegen verstoßen würden, dann könnte der Ausschuss Sie dauernd ausschließen oder auch strafrechtlich belangen.

Unsere Zuhörerinnen und Zuhörer erinnere ich daran, dass es nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen. Auch die Benutzung von Mobiltelefonen ist aus diesem genannten Grunde unzulässig.

**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Hans-Joachim Röhler**

Herr Dr. Röhler, ich begrüße Sie herzlich in dieser Ausschusssitzung und darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zwecke dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-197, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungs-

ausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Darüber hinaus liegt uns eine Aussagegenehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit Schreiben vom 1. Juni 2011 vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie bis hierher Fragen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Herzlichen Dank. - Dann können wir nach diesen notwendigen Vorbemerkungen mit der Vernehmung zur Person beginnen.

Ich möchte Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und darüber hinaus möchte ich Sie fragen, ob Ihre Anschrift, die wir für Ihre Ladung verwandt haben, noch korrekt ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Zur Person: Dr. Hans-Joachim Röhler, 77 Jahre alt, wohnhaft: [REDACTED]

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhler. - Die Angaben zu Ihrem Wohnort werden wir dann schwärzen, weil die Protokolle nach Beendigung und Abschluss des Ausschusses auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Umgang mit den Mikrofonen in diesem Saal ist ein Problem. Sie müssen versuchen, das Mikrofon noch etwas höher zu ziehen, damit wir uns gut verstehen, weil die Akustik in diesem Raum ein bisschen gewöhnungsbedürftig ist.

Bevor wir mit der Vernehmung in der Sache beginnen, möchte ich noch einmal einleitend sagen, dass es dem Ausschuss darum geht, ob es auf dem Wege zu einer zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen anderen Standort daneben alternativ zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern und uns einführend zu erläutern, inwiefern Sie mit diesem Sachverhalt im Rahmen Ihres Dienstgeschäftes beschäftigt waren. Wenn Sie das nicht möchten, dann fangen wir gleich mit den Fragen an. Das ist auch in Ordnung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich würde mich ganz gern im Zusammenhang äußern. Meine Aussage basiert auf meiner Erinnerung, die ich aufgefrischt habe durch Einsichtnahme in Akten zu dem Komplex Gorleben, die beim niedersächsischen Umweltministerium liegen.

Ich war von August 1974 bis Juli 1978 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Das heißt, meine Aussagen beschränken sich auf diesen Zeitraum.

Im Zusammenhang kann ich Folgendes sagen: Das nukleare Entsorgungszentrum wurde nach meiner Erinnerung im Jahre 1974, vermutlich Ende 74, dem Ansiedlungsreferat im Wirtschaftsministerium als industriepolitisches Projekt bekannt. Das nukleare Entsorgungszentrum sollte alle Anlagen der

nuklearen Entsorgung als ein integriertes Gesamtsystem an einem Standort zusammenfassen, das heißt, Brennelemente-wiederaufarbeitung, Behandlung und Lagerung der radioaktiven Abfälle sollte an einem Standort stattfinden.

Für das Endlager war nach dem damaligen Stand der Wissenschaft 1975/76 ein unverritzter, das heißt jungfräulicher Salzstock vorgesehen, der unterhalb der Anlage liegen sollte. Der Salzstock sollte eine horizontale und vertikale Mächtigkeit aufweisen. Ein Salzstock deshalb, weil nach dem damaligen Erkenntnistand Salz eine hohe Wärmeleitfähigkeit besaß sowie eine hohe Dichte und undurchlässig für Flüssigkeiten und Gase war. Ferner besaß Salz feinmechanische Eigenschaften wie Plastizität. Der Salzstock sollte aus homogenem Salz bestehen, das keine die Standfestigkeit beeinträchtigenden Einschüsse wie Ton oder Anhydrid aufwies.

Nach meiner Erinnerung wurden der Minister und ich Anfang 1975 über den Komplex nukleares Entsorgungszentrum insgesamt unterrichtet. Das Industriereferat hatte im Laufe des Jahres 1975 ein besonderes Augenmerk auf das Projekt, das zunächst auf Fachbeamtenebene - Sozialministerium, Wirtschaftsministerium, Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung und Oberbergamt - betrieben wurde.

Das Projekt nukleares Entsorgungszentrum wurde nach meiner Erinnerung Ende 75, Anfang 1976 politisch relevant, das heißt öffentlichkeitswirksam, und kam in die Diskussion, ausgelöst durch Presseveröffentlichungen in emsländischen Zeitungen und durch die Bohrungen auf dem Grundstück der Witwe Frericks. Dazu muss man vorausschicken, die KEWA war vom Bund beauftragt worden, im Bundesgebiet Standorte für dieses nukleare Entsorgungszentrum zu suchen. Die KEWA hatte, nachdem sie das Bundesgebiet - in Anführungszeichen - abgegrast hatte, drei Standorte ausgeguckt, die nach ihrer Auffassung grundsätzlich geeignet waren. Das waren Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Auf dem Grundstück der Witwe Frericks wurde im Auftrag der KEWA gebohrt, und zwar ging es da um den Salzstock Wahn, wobei der Witwe Frericks durch Vorspiegelung falscher Tatsachen die Zustimmung zur Bohrung - ich sage mal - abgefragt wurde. In der Zustimmungserklärung stand nämlich drin, es würde nach Erdgas gebohrt, und

hinterher ergab sich - das hat die Witwe Frericks rausgekriegt -, dass es um Probebohrungen für ein Endlager ging.

Das Ganze löste einen Sturm der Entzündung im Emsland aus. In der Folge kam es zu Protesten vonseiten der Abgeordneten der kommunalen Parlamente, des Landvolks insbesondere. Danach fand eine Besprechung des Wirtschaftsministeriums mit den Vertretern des Emslandes statt.

Nach meiner Erinnerung wurde dann beschlossen, um dem Salzstock Wahn die Ausschließlichkeit für das nukleare Entsorgungszentrum zu nehmen, dass alle drei Standorte, nämlich Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh, gleichzeitig untersucht und als gleichrangig behandelt werden sollten. Infolge dieser Entscheidung bildeten sich an den Standorten Lutterloh und Lichtenhorst ebenfalls Protestbewegungen. Ob und in welchem Umfang an diesen beiden Standorten noch Probebohrungen stattgefunden haben, kann ich heute nicht mehr sagen.

Nach meiner Erinnerung sollte das Thema nukleares Entsorgungszentrum im Februar in einer Kabinettsitzung erörtert werden. Es kam aber dann im Februar zu einem Regierungswechsel, und es wurde im Februar nicht wie vorgesehen im Kabinett behandelt. Ich selbst habe dann den Ministerpräsidenten Dr. Albrecht, der neu ins Amt gekommen war, unterrichtet und habe dann auch die Kabinettsmitglieder schriftlich mit einem Schreiben vom 1. März, das in den Akten nicht auffindbar ist, über den Sachstand unterrichtet.

Nach meiner Erinnerung haben wir intern im Wirtschaftsministerium Ende des ersten Quartals 1976 - es kann auch zu Beginn des zweiten Quartals 1976 gewesen sein - die Diskussion um die Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh ausgewertet, weil wir bei den Diskussionen festgestellt hatten, dass die Argumente der KEWA in Bezug auf diese drei Standorte Argumentationsschwächen auswiesen. Dies führte dazu, dass im Wirtschaftsministerium intern weitere Standortmöglichkeiten geprüft wurden. Und dabei stellte sich auf Fachebene heraus, dass die Zahl der möglichen Standorte größer war als die drei von der KEWA ursprünglich vorgesehenen. Es handelte sich um eine größere Zahl. In den Akten ist mal die Rede von 20, mal von 25. Da kann ich mich nicht festlegen. Aber darunter war auch Gorleben, das von der KEWA nicht in das Untersuchungsprogramm aufgenommen worden war. Ich bin

mir nicht sicher, aus welchen Gründen Gorleben damals nicht aufgenommen worden ist. Ich will nicht ausschließen, dass es politische Gründe waren, nämlich Grenznähe; denn ich erinnere mich noch sehr gut, weil ich daran Anstoß genommen hatte, dass die KEWA Lüttau auch als grundsätzlich geeigneten Standort vorgesehen hatte, aber den Standort Lüttau aus der weiteren Untersuchung herausgenommen hatte aufgrund des Ausschlusskriteriums Grenznähe.

Wir selbst im Wirtschaftsministerium waren der Meinung, wenn wir einen Standort auswählen sollten, dann sollte der am besten geeignete zum Zug kommen, unabhängig von der Lage, und wenn die Lage festgestellt wird, dann wird man weitersehen.

Die KEWA hat dann in der Folge diese Standorte abgearbeitet. Ich kann nicht mehr exakt sagen, wie diese 20 oder 25 Standorte, die der KEWA übermittelt worden sind, zustande gekommen sind. Ob dies im Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Landesamt für Bodenforschung und Oberbergamt allein geschehen ist oder in Abstimmung mit dem Sozialministerium oder in einem de facto interministeriellen Arbeitskreis, das weiß ich nicht mehr so genau. Aber damals bestand schon ein interministerieller Arbeitskreis, fachübergreifend, zu Standorten für Kernkraftwerke. Ich will nicht ausschließen, dass in diesem Arbeitskreis diese Standorte ausgeguckt worden sind. Ich kann dazu nicht mehr sagen.

Die KEWA hat dann in der Folge ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diese hat sie neben den bisherigen drei Standorten Lichtenhorst, Lutterloh und Wahn weitere Standorte einbezogen. Das Ergebnis der KEWA, das wohl Ende des zweiten, Anfang des dritten Quartals vorlag, war, dass Gorleben nach den Kriterien der KEWA der geeignetste Standort war, ~~ein grundsätzlich geeigneter Standort war~~, gefolgt von Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Im dritten Quartal hat die Bundesregierung, insbesondere der damalige Bundeskanzler Schmidt, die Landesregierung, also Herrn Ministerpräsident Dr. Albrecht, auf die Festlegung eines Standorts gedrängt. Im Rahmen dieser Diskussionen kam es am 11.11.1976 zu einem Gespräch zwischen der Landesregierung, an dem teilgenommen haben: von Landesseite der Ministerpräsident, die Minister Schnipkoweit, Bosselmann, und Hasselmann und auf Bundesseite die Minister Friderichs, Matthöfer und Maihofer

zu dem Thema „Standortauswahl, Standortbestimmung für ein nukleares Entsorgungszentrum in Niedersachsen“.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass der Ministerpräsident Dr. Albrecht den Bundesministern zusagte, eigene niedersächsische Standortüberlegungen anzustellen und einen eigenen vorläufigen Standortvorschlag zu machen; vorläufig deshalb, weil die Untersuchungen im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens ein positives oder negatives Ergebnis bringen konnten. Das Ganze war deshalb, weil es ergebnisoffen war, als vorläufig bezeichnet worden.

Im Verlauf des Gesprächs am 11.11. - ich kann nicht sagen, ob das in dem Ministergespräch stattgefunden hat, dass Herr Kiep den Standort Gorleben genannt hat -- In jedem Fall ist entweder in dem Ministergespräch oder in dem anschließenden Gespräch mit den Fachbeamten von niedersächsischer Seite der Standort Gorleben in die Diskussion gebracht worden und war damit auch dem Bund bekannt.

In Verfolg der Besprechung am 11.11.1976 hat das Kabinett, um die Zusage gegenüber der Bundesregierung, eine vorläufige Standortauswahl zu treffen -- den interministeriellen Arbeitskreis T beauftragt, dem die Ressorts Wirtschaftsministerium, Sozialministerium, Innenministerium, Landwirtschaftsministerium, Landesamt für Bodenforschung, Oberbergamt und ein Vertreter der Staatskanzlei angehörten. Der Arbeitskreis wurde geleitet von Ministerialrat Stuhr aus dem Wirtschaftsministerium. Dieser IMAK wurde beauftragt - nach meiner Erinnerung unabhängig und ohne politische Vorgaben und unabhängig von den durchgeführten Untersuchungen der KEWA -, Kriterien und Grundlagen für eine vorläufige Standortentscheidung in einer Kabinettsvorlage zu erarbeiten, unter folgenden Aspekten: Die Kabinettsvorlage sollte eine Gegenüberstellung der aus der Sicht Niedersachsens für das nukleare Entsorgungszentrum in Betracht kommenden Standorte enthalten. In die Gegenüberstellung sollten die Standorte Wahn, Lichtenhorst, Lutterloh und Gorleben sowie eventuell weitere bei der Untersuchung sich ergebende Standorte einbezogen werden. Die für die synoptische Gegenüberstellung der infrage kommenden Standorte erforderliche Vorprüfung sollte streng vertraulich und interministeriell ohne Hinzuziehung nachgeordneter Dienststellen oder Kommunen durchgeführt werden. In der Ka-

binettsvorlage sollte kein Vorschlag zugunsten eines Standortes enthalten sein. Mit der vorläufigen Standortentscheidung wollte die Landesregierung auch die weiteren Schritte, zum Beispiel Information der Kommunalinstanzen, festlegen.

Ob der IMAK erst durch die Kabinettsvorlage vom 11.08.76 gegründet worden ist oder nicht schon vorher bestand, kann ich nicht genau sagen. Ich habe die Kabinettsvorlage vom 11.08. noch mal durchgelesen und da heißt es: Aus Vertretern der durch das Vorhaben NEZ betroffenen Landesressorts ist eine Arbeitsgruppe gegründet worden. Das deutet darauf hin, dass der IMAK schon vorher bestand und lediglich den Segen des Kabinetts erhalten sollte.

Der IMAK hat dann in vier Phasen Grundlagen und Kriterien für eine grundsätzliche Vorauswahl der Landesregierung entwickelt. Im ersten Durchgang hat der IMAK eine erste Vorauswahl getroffen und dieser Vorauswahl folgende Kriterien zugrunde gelegt: Vorhandensein eines Salzstocks, weitestgehend besiedlungsfreies Betriebsgelände in einer Größenordnung von drei mal vier Kilometern, keine Ausweisung von Erholung und Landschaftsschutz und Naturschutzgebieten im Bereich des vorgesehenen Betriebsgeländes. Unter diesen Aspekten sind 140 Salzstöcke untersucht worden.

Für den zweiten Durchgang blieben 23 mögliche Salzstöcke, inklusive der Salzstöcke Wahn, Lichtenhorst, Gorleben und Lutterloh, übrig. In der zweiten Phase hat die Projektgruppe diese 23 Standorte nochmals konkreter unter den Gesichtspunkten Lage des drei mal vier Kilometer Geländes auf dem Salzstock, Tiefenlage des Salzstocks - er sollte nach Möglichkeit nicht tiefer als 800 Meter unter der Erdoberfläche liegen -, Größe des Salzstocks, Besiedlung im vorgesehenen Standortbereich, Bestehen konkurrierender Nutzungsansprüche auf einem solch angenommenen Betriebsgelände -- Unter diesen Aspekten blieben schließlich 14 mögliche Standorte übrig, einschließlich Mariagluck, das auf Anraten des Landesamts für Bodenforschung in die nähere Betrachtung mit einbezogen wurde.

In der dritten Phase sind diese 14 Standorte anhand eines umfassenden Kriterien- und Bewertungskatalogs auf ihre Standort-eignung überprüft worden. Der Kriterien- und Bewertungskatalog wurde anhand der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Bewertungsdaten für die Eigenschaften von

im 2. pp. =  
hatten  
H. mit  
den Vor-  
arbeiten  
0.12.11

stöcke

*Kernkraftwerkstandorten aus der Sicht von Reaktorsicherheit und Strahlenschutz* und des Entwurfs einer Empfehlung der Ministerkonferenz für Raumordnung zu den Zielen und Kriterien für die Standortauswahl bei Kernenergieanlagen erarbeitet.

Untersucht wurden folgende Kriterien-  
gruppen: Sicherheit, Umwelt, wirtschaftliche  
Aspekte mit verschiedenen Untergruppen.  
Unter dem Aspekt Reaktorsicherheit und  
Strahlenschutz sind untersucht worden: die  
Siedlungsdichte im Bereich des Salzstocks  
und im Bereich des drei mal vier Kilometer  
großen Betriebsgeländes, die Beschaffenheit  
des Baugrundes, die Art der Oberflächennut-  
zung, Erdbebengefährdung, Flugverkehrs-  
dichte, Aspekt des Lagerns und des Trans-  
ports von explosiven Stoffen, die Hochwas-  
sergefährdung, meteorologische Gegeben-  
heiten, letztlich die radiologische Vorbelas-  
tung.

In der Kriteriengruppe Endlagergeologie,  
einer entscheidenden Kriteriengruppe, wurde  
untersucht: die Lage des Betriebsgeländes  
über dem Salzstocks, die Tiefenlage des  
Salzstocks. Das Betriebsgelände sollte mög-  
lichst zentral, das heißt über der Spitze des  
Salzstocks liegen, da Bohrungen vor Antrag-  
stellung nicht durchgeführt werden sollten.  
Hinsichtlich der Tiefenlage wurden die Salz-  
stöcke negativ bewertet, die tiefer als 500  
Meter liegen, da in dieser Tiefe die Anlage  
eines Bergwerks auf Schwierigkeiten stößt.

Es wurden dann weitere Aspekte - Siche-  
rung der öffentlichen Trinkwasserversorgung,  
Kriteriengruppe Landespflanze und Erholung,  
Kriteriengruppe Verkehr, Kriteriengruppe  
Oberflächennutzung, Kriteriengruppe Was-  
serversorgung - bewertet, einschließlich der  
Kriteriengruppe Strukturpolitik.

Je nach dem Grad der Erfüllung der ein-  
zelnen Kriterien wurden Punkte von null bis  
vier vergeben. Entsprechend der Werte der  
einzelnen Kriterien wurden diese unter-  
schiedlich gewichtet. Auf dieser Grundlage  
waren maximal 250 Punkte erreichbar. Bei  
den wirtschaftlichen Kriterien waren maximal  
44 Punkte erreichbar, Verkehr 12, Oberflä-  
chennutzung 16, Wasserversorgung 16, bei  
Strukturpolitik waren maximal 24 Punkte  
erreichbar, und bei Sicherheit und Umwelt  
waren maximal 182 Punkte erreichbar. Da-  
raus wird ersichtlich, dass der Aspekt der  
Sicherheit und Umwelt mit 72,8 Prozent den  
entscheidenden Kriterienanteil an der Be-  
wertung hatte.

Auf der Grundlage dieser Bewertung  
wurde dem niedersächsischen Kabinett mit  
der Kabinettsvorlage vom 09.12. für die Sit-  
zung am 14.12.76 unter Beschreibung des  
Auswahlprozesses, wie ich ihn im Moment  
kurz umrissen habe, und der vorgenannten  
Bewertungstabelle, wie die prozentualen  
Anteile waren, ohne Ausweisung der sich  
daraus ergebenden Punktzahl für die nach-  
geannten Standorte als Basis für die vor-  
läufige Standortentscheidung folgende  
Standortmöglichkeiten in alphabetischer Rei-  
henfolge vorgeschlagen: einmal Gorleben,  
Langenmoor, Lichtenhorst, Lutterloh, Maria-  
glück, Wahn und Westervesede. Jeder  
Standort wurde einzeln beschrieben und zu  
seiner Eignung unter den vorgenannten Kri-  
terien des IMAK Stellung genommen, ohne  
dass ein Direktvergleich stattfand. In Bezug  
auf Langenmoor, Lutterloh, Westervesede  
wurde die Errichtung eines nuklearen Ent-  
sorgungszentrums als außerordentlich pro-  
blematisch ~~gesehen~~ *gesehen*. Nach Auffassung  
der Mitglieder des IMAK erschien die Errich-  
tung des nuklearen Entsorgungszentrums an  
den Standorten Gorleben, Lichtenhorst,  
Mariagluck und Wahn im Grundsatz möglich.  
Es wurde allerdings empfohlen, eine Ent-  
scheidung für einen dieser Standorte noch  
nicht zu treffen, da noch wesentliche Einzel-  
fragen abzuklären waren, die sich in den  
letzten Tagen vor der Kabinettsitzung erge-  
ben hatten.

Zu Gorleben war aufgekommen: Dort  
sollte sich auf dem nordöstlichen Rand des  
Salzstocks auf DDR-Gebiet eine fündige  
Gasbohrung befinden. Auf niedersächsischer  
Seite sei noch zu prüfen, ob hier ~~noch~~ *noch* Gas-  
vorkommen im Bereich des Salzstocks Gor-  
leben vorhanden seien.

Bei Lichtenhorst: Lichtenhorst lag im  
Grundwasservorranggebiet für die Stadt-  
werke Hannover. Es musste überprüft wer-  
den, ob der Vorrang Grundwassergewinnung  
aufrechterhalten bleiben soll.

Zu Mariagluck sollte geprüft, ob der un-  
verritzte Salzstock - Mariagluck war schon  
ein Bergwerk - für die Lagerung von hoch-  
radioaktiven Abfällen ausreichte.

In Bezug auf Wahn war die Problematik  
die, dass der Salzstock innerhalb des nörd-  
lichen Teils des Schießplatzes der Erpro-  
bungsstelle Meppen, und zwar in der Nähe  
des Zielgebiets und unterhalb eines Tiefflug-  
gebiets lag. Dieses Nebeneinander erschien  
problematisch. Es war abzuklären, inwieweit  
der Bund seine Aktivitäten reduziert.



WDR  
Zu diesem Zeitpunkt lag in der internen Punktbewertung des IMAK, die nicht in die Kabinettsvorlage aufgenommen worden war, Gorleben an der Spitze. Gorleben hatte nach der Punktbewertung des IMAK Platz eins und ~~schien~~ unter den grundsätzlich geeigneten Standorten der Standort mit der höchsten Bewertung.

Im Vorfeld der Kabinettsvorlage vom 09.12. fand eine Abstimmung mit den beteiligten Ressorts der Bundesregierung statt, ebenso mit der PWK; das war die Projektgesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen. Diese Vorabstimmung sollte sicherstellen, dass die in das Blickfeld genommenen sieben Standorte nicht auf Bedenken der Bundesregierung stoßen unter dem Aspekt der Geologie, der Hydrologie, der Technik.

Im Rahmen dieser Vorabstimmung hat das Bundesministerium, das BMFT, erklärt, dass es eine vorläufige Standortentscheidung jeweils für alle Standorte außer Gorleben akzeptiere. Gegenüber Gorleben gab es keinerlei technische Einschränkungen, sondern ausschließlich politische wegen der Grenznähe. Zum Standort Gorleben haben dann das Bundesinnenministerium, BMFT, das Bundesministerium für gesamtdeutsche Beziehungen, das Auswärtige Amt, das Bundeswirtschaftsministerium, das Bundeskanzleramt in - ich glaube, es waren drei - Vorbesprechungen vor der Fertigstellung der Kabinettsvorlage Erwägungen angestellt, ob die Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums in vier Kilometer Entfernung zur Zonengrenze Schwierigkeiten für die Beziehungen zur DDR aufwerfen könnten.

Die Bundesressorts hielten folgende Gründe für bedenklich: Der Salzstock ragte mit einem kleinen Zipfel - ein Kilometer - in das Gebiet der DDR. Die Bundesressorts befürchteten zwar keine absichtliche Gefährdung des Endlagers durch die DDR. Sie wünschten aber eine garantierte Unversehrtheit dieses Zipfels, um gezielte vorherige Maßnahmen der DDR zu verhindern, die den Salzstock beeinträchtigen könnten. Es wurde eine Prüfung für geboten erachtet, ob jenseits der Grenze Trinkwassereinzugsgebiete, Erdgas- und Erdölbohrungen liegen. Das nukleare Entsorgungszentrum könnte in einer Handstreichaktion unterhalb der Schwelle kriegerischer Auseinandersetzungen in Besitz genommen werden. Damit sei die Sicherstellung der Entsorgung gefährdet. Die Einschaltung der NATO wegen strate-

gisch bedeutsamen Materials sei zu prüfen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob durch das nukleare Entsorgungszentrum in Grenznähe Vier-Mächte-Interessen berührt werden können. Ein lückenloses Überwachungssystem erfordert natürlich Messdaten aus der DDR, die kontinuierlich zur Verfügung stehen müssten. Hieraus ergebe sich - das war insbesondere der Punkt des gesamtdeutschen Ministeriums - der Zwang zu vertraglichen Vereinbarungen einschließlich finanzieller Konsequenzen. Für den Notfall könnten grenzüberschreitende Planungen notwendig werden. Aufgrund einer bereits bestehenden Vereinbarung zur Schadensbekämpfung im Grenzbereich, in der die Strahlengefahr als ein denkbarer Schadensfall ausführlich genannt wurde, könnten Vereinbarungen zur Umgebungsüberwachung mit der DDR notwendig werden.

Die Bundesressorts wiesen darauf hin, dass im Interesse einer frühzeitigen Information die DDR recht bald über das Vorhaben für den Fall, dass die Entscheidung für Gorleben fallen sollte, in Kenntnis gesetzt werden müsse, um dem Vorwurf der mangelnden Information zu entgehen. Zudem sei zu beachten, dass nach den bisherigen Erfahrungen die Aufnahme von Gesprächen vor dem Hintergrund bereits gefällter Entscheidungen abgelehnt wurde. Die Bundesregierung, die Ressorts hielten für den Fall einer Vorauswahl von Gorleben ein mehrstufiges Verfahren für erforderlich, nämlich: Vor der Aufnahme der Informationsgespräche mit der DDR müsste die Landesregierung eine deutlich vorläufige Entscheidung treffen und damit grünes Licht für den Beginn der Gespräche geben. Die Entscheidung muss neben dem vorläufigen Charakter möglichst mehrere Standorte für das NEZ einbeziehen. Nach der vorläufigen Standortentscheidung werden die Informationsgespräche mit der DDR aufgenommen. Die gegebenenfalls notwendig werdenden vertraglichen Regelungen bezüglich Umgebungsüberwachungen, Notfallschutz könnten auch dazu führen, dass über Informationsgespräche hinaus Konsultationen erforderlich werden würden. Erst nach Abschluss der Informationsgespräche bzw. der Konsultationsgespräche mit der DDR sei eine vorläufige Entscheidung für den Standort Gorleben möglich. Die Gesprächsdauer der Bundesregierung mit der DDR wurde auf einen Zeitraum von etwa vier bis fünf Monaten eingeschätzt.

Das PWK hat erklärt, dass sie die vorläufige Standortentscheidung der Landesregierung für alle sieben Standorte akzeptieren würde.

Das Kabinett beschloss in seiner Sitzung am 21.12., die Zahl der möglichen Standorte von sieben auf vier zu begrenzen, nämlich auf Gorleben, Wahn, Lichtenhorst und Mariagluck, und weitere Untersuchungen unter Heranziehung der nachgeordneten Behörden durchzuführen, um eine Standortvorauswahl zu ermöglichen. Ferner sollte die Bundesregierung veranlasst werden, unverzüglich Gespräche mit der DDR in Bezug auf Gorleben aufzunehmen. Denn die Bedenken des Bundes bezogen sich nicht auf die geologische Geeignetheit des Standorts, sondern resultierten aus politischen Erwägungen.

Ich habe daraufhin mit Schreiben vom 4. Januar 1977 die Staatssekretäre im BMI, BMFT und BMWi von dem Ergebnis der Kabinettsitzung am 21.12.76 dahin gehend informiert, dass das Kabinett die Zahl der möglichen Standorte auf vier eingegrenzt hat, und darauf hingewiesen, dass der Standort Gorleben im Vergleich zu den anderen Standorten bevorzugt geeignet erscheint und das Kabinett deshalb der Auffassung sei, dass entsprechend dem Vorschlag des Bundes eine unverzügliche Aufnahme der Gespräche mit der DDR durch den Bund erforderlich sei.

Die Reaktion daraufhin war eine Intervention des damaligen Bundeskanzlers Schmidt bei dem Ministerpräsidenten Dr. Albrecht des Inhalts, von der Benennung Gorlebens Abstand zu nehmen.

In der Folge liefen die Gespräche auf Fachbeamtenebene weiter. Es wurden spezielle Arbeitsaufträge abgearbeitet, ob Niedersachsen überhaupt der geeignete Standort sei, ob es nicht noch geeignetere Standorte im Bundesgebiet gebe. Ich komme noch darauf zurück, was alles abgearbeitet werden musste.

Auf der Ebene der Landesregierung fand Mitte Januar 77 eine Kabinettsneubildung statt. Die vorläufige Standortentscheidung sollte nach Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU zu dem Thema „nukleares Entsorgungszentrum“ stattfinden.

Es wurde mit der Kabinettsvorlage vom 04.02.1977 eine Kabinettsentscheidung zur Vorauswahl eines Standortes für das NEZ vorbereitet, und darüber sollte in der Kabinettsitzung am 22.02.77 entschieden werden.

In der Kabinettsvorlage vom 04.02.77 wurden die vier verbliebenen Standorte abgearbeitet, insbesondere die offenen Fragen. Im Bereich des Salzstocks Gorleben wurden auf der DDR-Seite drei Bohrungen festgestellt, die 1969 niedergebracht worden waren. Zwei davon wurden nach Abteufen auf rund 2 000 Meter eingestellt. An der dritten Bohrstelle, zehn Kilometer nordöstlich des vorgesehenen Standortbereichs, fanden am 26.07.69 mehrere Explosionen - vermutlich durch ausströmendes Erdgas - statt, durch die das Bohrgestänge zerstört wurde. Nachdem es gelungen war, den Brand unter Kontrolle zu bringen, sind keine weiteren Aktivitäten im Bereich der Bohrstelle beobachtet worden. Ein Beobachtungsflug des Bundesgrenzschutzes am 31.01.77 ergab keinerlei Anzeichen, dass Erdgas gefördert wurde.

Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung und der Konzessionsinhaberin Preussag/BEB sei mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von 3 500 Meter Erdgas befindet. Es war jedoch nicht vorgesehen, dieses Erdgasvorkommen zu erschließen, zumal das Kabinett in seiner Sitzung am 21.12.76 beschlossen hatte, dass das nukleare Entsorgungszentrum Vorrang hat. Eine potenzielle Gefährdung des Salzstocks als Endlager war jedoch nach Auffassung des Landesamts für Bodenforschung nur im Falle einer Erdgasförderung gegeben, die auf niedersächsischer Seite ausgeschlossen war. Sollte die DDR zu einem späteren Zeitpunkt mit der Gasförderung beginnen, war zu klären, ob eine Gefährdung des Endlagers dadurch umgangen werden kann, dass das Endlager in einem geologisch stabilen Teil des Salzstocks untergebracht werden kann. Als vorteilhaft wurde darauf hingewiesen, dass Gorleben, das Betriebsgelände, im Wesentlichen im Eigentum eines Eigentümers steht. Dies war aber kein spezieller Hinweis; denn bei den Vorauswahlkriterien des Bundesinnenministeriums und der Raumordnung war bei jedem Standort zu prüfen: die Eigentumsverhältnisse, wie viele Eigentümer und ob das Grundstückseigentum in der öffentlichen Hand ist.

Zu Lichtenhorst wurde aus der Sicht des Landwirtschaftsministeriums erläutert, dass die Wasservorkommen zwar regional bedeutsam seien. Es sei jedoch bei entsprechenden Investitionen durch Anschluss an ein überregionales Wasserversorgungssystem

tem möglich, die wasserwirtschaftlichen Bedenken unter Umständen auszuräumen.

Bei Mariagluck wurde festgestellt, dass der unverritzte Salzstock für die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen zu klein war und außerdem auch wasserwirtschaftliche Bedenken bestanden.

Bei Wahn ergab sich folgende Situation: Das Bundesverteidigungsministerium hatte erklärt, dass ein Verzicht auf einen Teil des Schießplatzes nicht in Betracht kommt. Das hätte bedeutet, dass das Endlager an den Rand des Salzstocks verschoben werden müsste. Ferner hätte der Schießplatz zur Anlage eines Bergwerks unterfahren werden müssen. Dazu kam die Lage im Tieffliegergebiet. Das heißt, der Standort hatte erhebliche Einschränkungen, die noch durch den Schießplatz erhöht wurden, nämlich die geforderten Angaben des Bundesverteidigungsministeriums über Art und Umfang des Schießbetriebs, über die Wirkung der Geschosse, der Wahrscheinlichkeit von Irrläufen. ~~Dazu~~ wurden uns keine Angaben gemacht, und wir befürchteten, dass sich in einem Planfeststellungsverfahren hier das Bundesverteidigungsministerium mit hoher Wahrscheinlichkeit auf militärische Geheimhaltungspflichten zurückziehen wird. Das war ein weiterer Malus für den Standort Wahn. Außerdem lag in 16 Kilometer Entfernung vom Standort Wahn ein Sonderwaffendepot, das scharf bewacht war und bei dem Schusswaffengebrauch zu befürchten war. Bei Demonstrationen war nicht auszuschließen, dass sich die Demonstrationen ~~von~~ dem Standort Wahn ~~in~~ auch in Richtung dieses Sonderwaffendepots bewegen, und da war Schusswaffengebrauch zu befürchten.

In der Zusammenfassung der Kabinettsvorlage wurde festgestellt, dass beim gegenwärtigen Kenntnisstand im Hinblick auf den Ausschluss von Mariagluck und des Nichtvorliegens der vom Bund geforderten Informationen zu Wahn eine Standortvorauswahl zwischen Gorleben und Lichtenhorst getroffen werden könnte.

Das Kabinett hat dann in seiner Sitzung aufgrund der Kabinettsvorlage, an der nicht ich, sondern Herr Minister Küpker teilgenommen hat, Gorleben im Rahmen einer Standortvorauswahl als vorläufigen Standort benannt. Dazu ist festzuhalten, dass nach der Untersuchung der KEWA Gorleben Platz eins in dem Ranking der KEWA hatte. Dazu ist festzuhalten, dass nach dem Ranking des IMAK Gorleben die höchste Punktzahl hatte

und dass der Salzstock Gorleben im Verhältnis zu den in die Bewertung einbezogenen Salzstöcken vom IMAK die höchste Bewertung erhalten hatte.

Die Entscheidung für Gorleben war deshalb vorläufig, weil damit lediglich dem Bund und der Industrie die Vorbereitung und Einleitung der zur Genehmigung erforderlichen Verfahren unter Konzentration auf einen Standort ermöglichen sollte, wobei im Rahmen dieses ergebnisoffenen Verfahrens geologische Untersuchungen des Salzstocks zur Beurteilung der Eignung des Salzstocks - ingenieurgeologische, geophysikalische Untersuchungen, hydrologische Untersuchungen und meteorologische Untersuchungen - durchgeführt werden müssen, deren Ergebnis - das ist ausdrücklich festgehalten - auch zu einer Ungeeignetheit des Salzstocks führen können.

Die Landesregierung legte auch aus einem weiteren Grund Wert auf eine vorläufige Entscheidung: weil die Wiederaufarbeitung oder Endlagerung an einem Standort nach Meinung der Landesregierung durchaus noch nicht endgültig abgeklärt war. Es ging darum, ob man - ich komme darauf noch zu sprechen - die Endlagerung und Wiederaufarbeitung in Amerika machen könnte etc., oder in Europa oder in Ländern, die dünn besiedelt sind. Mal waren Pakistan und Afrika im Gespräch. Das wurde alles später verworfen.

Im Rahmen der Kabinettsvorlage vom 04.02.77 wurden auch folgende Alternativen abgehandelt und als technisch nicht machbar verworfen: ob ein Entsorgungszentrum auf einer künstlichen Insel in der Nordsee über einem Salzstock realisiert werden kann, ob eine Endlagerung unter dem Meeresboden im Grundgestein unter den Sedimenten möglich ist, ob eine Entsorgung in den USA möglich ist, ob eine Endlagerung in Frankreich und England in granitischen Formationen möglich ist; die haben keine Salzstöcke. Das wurde aber verworfen, weil Granit eine schlechtere Wärmeleitfähigkeit, eine größere Porosität hat und klüftig ist. Es wurde ferner diskutiert, ob auch ein Endlager in Schleswig-Holstein möglich war. Aber die Qualität des Salzstocks Gorleben war höher. Außerhalb des Kabinetts im Vorfeld dieser Kabinettsentscheidung wurde noch sehr intensiv diskutiert, ob Granit, Ton, Salz, Anhydrit, ~~Welcher~~ im Vergleich besser geeignet ist. Es wurden diskutiert Endlagerung im Tiefseegraben an der Grenze tektonischer Platten,

in den Eismassen der Antarktis in Grönland, ein Raketenabschuss in das Weltall und die Transmutation. Darüber hinaus wurde vom Landesamt für Bodenforschung eine Untersuchung gefordert ~~und gegeben~~, ob es in Deutschland geeignetere Salzstöcke als in Gorleben gibt. Die Antwort war: Nein. Es wurden Hessen, Bayern und Baden-Württemberg unter die Lupe genommen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die vorläufige Standortauswahl von Gorleben für ein nukleares Entsorgungszentrum ausschließlich auf fachlichen Erwägungen beruhte und frei von sachfremden Erwägungen getroffen wurde. Gorleben hatte im internen Ranking des IMAK die höchste Punktzahl. Bei der KEWA stand Gorleben auf Platz eins, und der Salzstock selbst hatte beim IMAK die höchste Bewertungsziffer.

Das Kabinett hat sich nach meiner Einschätzung - ich war nicht dabei in der Sitzung - für Gorleben aus diesen Gründen entschlossen, aber auch deshalb, weil der Bund gegen Gorleben keine gegen die geologische Geeignetheit des Standorts sprechenden Erwägungen vorgetragen hat, sondern lediglich politische, und weil nach der eigenen Darstellung des Bundes diese politischen Erwägungen in Informationsgesprächen bzw. Konsultationen mit der DDR abgearbeitet werden konnten - völlig ergebnisoffen -, und nach seiner eigenen Darstellung dazu einen Zeitraum von vier bis fünf Monaten erforderlich war. Da nach diesem Zeitraum das Ergebnis vorliegen konnte, ob die DDR Ja oder Nein sagt bzw. mit welchen Konsequenzen zu rechnen war, erschien uns dieser Zeitraum angesichts der besonderen Geeignetheit des Standorts Gorleben als hinnehmbar.

Das ist das, was ich dazu sagen kann aus meiner Amtszeit im niedersächsischen Wirtschaftsministerium, die im Juli 1978 geendet hat.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Lieber Herr Dr. Röhler, herzlichen Dank für diesen sehr ausführlichen Beitrag zu den Verläufen, die es damals, vor fast 30 Jahren, gegeben hat in Bezug auf die Entscheidung für den Salzstock Gorleben.

Ich erlaube mir, im Anschluss noch einige Fragen, ins Detail gehend, zu stellen. Mag sein, dass Sie dadurch einiges wiederholen müssen, was Sie schon gesagt haben. Aber ich möchte gerne einsteigen bezüglich der Untersuchungen der KEWA. Uns liegen un-

terschiedliche KEWA-Studien vor. Möglicherweise fehlt uns auch noch eine dieser Studien, auf die dann aber verwiesen wird.

Insgesamt - so haben wir in unseren Akten gefunden - gab es für die Standortauswahl in Niedersachsen drei relevante KEWA-Studien und offensichtlich wohl eine von der KEWA angefertigte Nachbewertung. Einmal ist das die KEWA-Studie KWA 1224 für den Untersuchungszeitraum 02 bis 12/74. Diese untersuchte den Salzstock in Gorleben nicht. Das ist - für das Protokoll - MAT A 102, Band 24, Paginierung 000003 ff.

Auch die KEWA-Studie KWA 1225 für den Untersuchungszeitraum 01 bis 12/75, erschienen im Februar 1977, untersuchte Gorleben nicht. Das ist MAT A 173.

Eine wohl von der KEWA angefertigte Nachbewertung im Jahre 1976 untersuchte dann elf alternative Standorte, also acht weitere neben Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh, darunter auch Gorleben; Gorleben erhielt da die beste Platzziffer. Das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 10 und 12. Das lässt sich entnehmen einem Schreiben der PWK an Herrn Stühr vom 16. November 1976. Hierzu gab es auch bereits im August 1976 eine Korrespondenz mit dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium, nämlich einen Vermerk vom 27. August 76 eines Mitarbeiters im Ministerium an Ministerialrat Stühr. Das ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 2.

In der KEWA-Studie KWA 1225, also für den Untersuchungszeitraum von 01 bis 12/1976, veröffentlicht im Oktober 1977, wird Gorleben dann als geeignetster Standort genannt, ohne aber dass die zugrunde liegenden Untersuchungen erläutert werden. Ich darf da zitieren:

Diese Untersuchung wurde durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die ursprünglich ausgewählten Standorte ... lediglich vom Standort „Gorleben“ übertroffen werden. Dieser Standort war bei der Untersuchung im Jahre 1974 ausgeschieden, weil er nach den damals zugänglichen Planungsunterlagen in einer Erholungs- bzw. Ferienzone lag.

Das ist MAT B 33, Seite 10.

Jetzt meine Frage: Aufgrund welcher dieser drei KEWA-Untersuchungen hat sich denn nun Niedersachsen letztendlich für Gorleben als geeignetsten Standort entschieden? Und gleich anschließend: Warum werden denn im KEWA-Bericht KWA 1225

mit dem Untersuchungszeitraum 01 bis 12/76 diese Kriterien nicht offengelegt, nach denen Gorleben der beste Standort sein soll?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Zu den KEWA-Studien im Einzelnen kann ich nichts sagen. Die KEWA-Studie, in der Gorleben auf Platz eins stand, das muss die Nachbewertung gewesen sein, in der die ursprünglichen drei und acht weitere Standorte untersucht worden sind nach den Kriterien der KEWA. Die bin ich nicht in der Lage, jetzt im Einzelnen zu reproduzieren. Da gibt es aber auch in den Akten Unterlagen, wie die KEWA an die Bewertung der einzelnen Standorte herangegangen ist. Ich weiß nur, dass die KEWA in dieser Studie drei plus acht, nämlich elf, zu dem Ergebnis gekommen ist, Gorleben hat Platz eins unter den untersuchten Standorten, mit Abstand vor den zunächst vorgeschlagenen Standorten Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh. - Das dazu.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Das Problem bei der ganzen Sache ist ja, dass es Behauptungen gibt, dass Gorleben sozusagen aus dem Hut gezaubert worden sei, dass es also keiner regulären Untersuchung zugänglich gewesen sei, sondern dass das so ein politischer Joker gewesen sei, abseits von irgendwelchen tatsächlich angelegten Kriterien. So hat Greenpeace ja den Vorwurf geäußert, der Standort Gorleben sei erst im November 76 aufgetaucht. Wir entnehmen das dem sogenannten Greenpeace-Dossier „Die Akte Gorleben“. Das ist in unseren Akten unter MAT B 21, Paginierung 16.

Auf der andere Seite finden wir aber in einem Schreiben von Herrn Ministerialrat Stuhr an Sie unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 186 - ich zitiere -:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. ... Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, daß ... Gorleben der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war.

Und weiter - eine zweite Fundstelle, wo ich Sie bitten würde, das in Übereinstimmung mit der Behauptung von Greenpeace zu bringen - hat Ministerialrat Stuhr in einem Schreiben an Sie, dass Gorleben bereits 1975 auf Vorschlag des niedersächsischen

Wirtschaftsministeriums in die weiteren Untersuchungen der KEWA aufgenommen wurde, geäußert - und auch da zitiere ich wieder -:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiven Recherchen herausgestellt hatte, daß bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz u. a.) zu rechnen war, wurden im MW

- also niedersächsisches Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Zahl der möglichen Standorte größer war, als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeit (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben.

Das finden wir unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 186.

Also, ich bitte Sie einfach noch mal, aus Ihrer Erinnerung zu sagen: Dieser Vorwurf, dieser gravierende Vorwurf, den wir zum Beispiel von Greenpeace haben und dem wir in diesem Untersuchungsausschuss nachgehen müssen, Gorleben ist einfach ja noch mal aus dem Hut gezaubert worden, könnten Sie dazu freundlicherweise noch mal Stellung nehmen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, dazu kann ich nur sagen: Aus meiner Sicht ist das eine Behauptung, die einfach sachlich nicht unterlegt werden kann; denn wir hatten einmal die KEWA-Studie, die unabhängig von den Überlegungen der Landesregierung lief und die zu dem Ergebnis kam: Gorleben ist der geeignetste Standort. - Die KEWA-Studie muss es irgendwo geben. Ich habe sie in den Unterlagen nicht gefunden.

Wir selber haben aufgrund der KEWA-Studie und wohl auch durch Vorüberlegungen interministerieller Art in dem Gespräch am 11.11. mit den Bundesministern den Standort Gorleben erstmals genannt, nicht aus dem Hut gezaubert; der war schon sachlich unterlegt. Und der IMAK hatte dann in der Folgezeit, losgelöst von allen politischen Vorgaben - so, wie ich das vorgetragen habe -, unter sachlichen Kriterien erst 140 Salzstöcke durch die Mangel gedreht, dann sind das 23 geworden, dann wurden das 7, Gorleben war immer dabei.

In der internen Bewertung des IMAK - in den Akten in Hannover - gibt es Tapeten - ich habe die eingesehen -, wo die Standorte im Einzelnen bewertet worden sind. Ich sage deshalb „Tapeten“, weil ich vermute, dass das Original irgendwo in den Akten ist, und dort sind Fotokopien, die dann also aus größeren Papieren gefertigt worden sind. Daraus geht klar hervor, dass der IMAK mit dem interministeriellen Sachverstand zu Werke gegangen ist und unter Darlegung der Kriterien vom Bundesinnenministerium und den Empfehlungen der Minister für Raumordnung sämtliche Standorte dann durch dieses Raster durchgedreht hat, mit dem Ergebnis, dass Gorleben herausgekommen ist.

Ich selber stand in einer sehr guten Arbeitsbeziehung - das fällt mir gerade noch ein - zu dem Präsidenten der Bundesanstalt, dem Professor Bender. Wenn ich irgendwelche Zweifel hatte, habe ich Herrn Bender angerufen, und Herr Bender hat mir persönlich bestätigt: Herr Röhler, Gorleben ist auch aus der Sicht der Bundesanstalt für Geowissenschaften der nach dem damaligen Erkenntnisstand bestgeeignete Standort.

Auf Fachbeamtenebene in den Bundesressorts gab es gegen den Standort Gorleben keine Einwendungen aus fachlich-geologischer, ingenieurgeologischer, hydraulischer Sicht, lediglich Grenznähe und die damit verbundenen Implikationen mit der DDR, die insbesondere vom gesamtdeutschen Ministerium artikuliert worden sind.

Ich persönlich - ich sage das jetzt mal; ich komme aus der Pfalz; da sind wir vielleicht etwas unhöflich - würde diese Haltung bezeichnen: Man heult nicht vor den Schlägen, sondern man redet und guckt: Was kann man ausloten? Was kommt raus? Und wenn die Nein sagen, dann müssen wir auf den zweitbesten Standort zurück. - Da wir die Unterlagen erarbeitet hatten, dass Gorleben der bestgeeignete Standort war, wollten wir uns auch nicht im Nachhinein - es war völlig klar, dass hier investigatorische Untersuchungen vom *Spiegel* etc. stattfinden - um die Ohren hauen lassen, dass wir den bestgeeigneten Standort außen vor gelassen habe, ohne auszuloten, ob der nicht doch realisierbar war.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich habe das verstanden, frage aber noch mal nach, aus einer anderen Richtung: Dass der Eindruck entstehen kann, dass Gorleben sozusagen plötzlich und unerwartet aufge-

taucht ist, lässt sich ja auch untermauern unter anderem anhand einer Zusammenfassung des Gesprächs vom 11. November, also dieses berühmten Ministergesprächs von Bundesministern und Landesministern, aus Bonner Sicht damals erstellt, unseren Akten beigelegt als MAT A 64, Band 17, Paginierung 0490224, wo nachzulesen ist:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gesprächs eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert erschien. Es wurde beschlossen, die wegen der Nähe zur Zonengrenze auftretenden besonderen Fragen einer raschen Klärung zuzuführen.

Sollen wir die Mikrofonanlage ein bisschen lauter stellen? Ist das für Sie besser?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, da wäre ich Ihnen dankbar.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gerne. Wir versuchen das mal. - Haben Sie das verstanden, was ich eben gesagt habe?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gehe ich recht in der Annahme, dass es sich bei diesem Standort, der hier genannt wird - in der Nähe der Zonengrenze -, um Gorleben handelt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Warum ist Gorleben denn da erst ins Gespräch gebracht worden, wenn ich derselben Vorlage entnehmen darf - ich zitiere da wieder -:

Dem Gespräch zwischen den Ministern

- also diesem am 11.11.76 -

waren zwei Informationsgespräche zwischen Bund und Land auf Fachebene vorangegangen.

Also, wenn es da doch vorher Gespräche gegeben hat und Niedersachsen über den Standort Gorleben vorher sozusagen Bescheid wusste und vorher über den Standort Gorleben intensiv nachgedacht hat, warum hat man dann nicht vorher auf Fachebene diesen Standort Gorleben ins Gespräch ge-



bracht, sondern warum hat man das denn dem Ministerpräsidenten in dieser besonderen Gesprächssituation vorbehalten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich Folgendes sagen: Das Gutachten der KEWA mit Platz eins für Gorleben war dem Auftraggeber, nämlich dem Bund, bekannt, vor dem 11.11. Dieses Gutachten war für uns auch Anlass, Gorleben ins Gespräch zu bringen. Warum in den Vorbesprechungen vor dem 11.11. Gorleben nicht genannt worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nach Unterlagen sogar in einer Sitzung den Vorsitz gehabt. In diesen Diskussionen ging es in erster Linie darum, dass die Landesregierung sämtliche Unterlagen der Bundesregierung zu dem Thema „nukleares Entsorgungszentrum“ haben wollte, alle Risikobewertungen, die Möglichkeit, kann in den USA gelagert werden, weil Präsident Carter im Wahlkampf irgendeine Aussage gemacht hat, dass das möglich wäre. Das war nach meinen Erinnerungen der Schwerpunkt der Diskussion.

Ich selber habe an dem Ministergespräch nicht teilgenommen. Ich weiß nicht: Hat es Herr Kiep im Ministergespräch gesagt, dass das auf dem Sprechzettel stand, oder ist das in der Diskussion anschließend erwähnt worden? Es könnte sein, dass Gorleben deshalb auf den Tisch kam, weil in dem Gespräch, wie mir berichtet worden ist, der Bundesminister Matthöfer Herrn Albrecht die Pistole auf die Brust gesetzt hat und gesagt hat: Hin oder her, wir werden gleichzeitig an allen drei Standorten einen Antrag stellen, weil wir der Meinung sind, wir können das nach der Rechtslage, und dann muss Niedersachsen reagieren. - Dass dann vor diesem Druck möglicherweise der Standort Gorleben genannt worden ist mit dem Hinweis „Da gibt es noch andere Standorte“: Ich kann Ihnen nicht sagen, warum in der Vorbesprechung Gorleben nicht genannt worden ist. Ich gehe aber davon aus, dass Gorleben auf Fachebene, auf Beamtenebene dem Bund bekannt war, weil das KEWA-Gutachten nicht nur uns bekannt war, sondern auch den Auftraggebern, und Auftraggeber war primär das BMFT. - So viel dazu.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Das lässt sich zumindest der Unterlage, die mir hier vorliegt, nicht wirklich entnehmen: dass dem Bund Gorleben tatsächlich bekannt gewesen sei. Wollte Niedersachsen damit

möglicherweise irgendeinen politischen Effekt erzielen, dass man Gorleben ins Gespräch gebracht hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Position von Niedersachsen war die: Wir sahen uns nicht voll in der Lage, von anderen getroffene Entscheidungen, die aus unserer Sicht mit Mängeln behaftet waren, zu vertreten, und deshalb die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, eine eigene Standortvorauswahl zu treffen. Wenn man an den Diskussionen am Standort Wahn teilgenommen hat, mit der Problematik „Schießplatz, Tieffluggebiet, Sonderwaffen-depot nebendran“, dann hat einem - ich sage das mal ganz locker - die Spucke gefehlt, warum man da unbedingt bohren musste, bei dieser Gemengelage. Und das Land sollte den Kopf dafür hinhalten.

Lichtenhorst, Lutterloh: Bei näherer Diskussion stellte sich heraus, dass es dort wasserwirtschaftliche Bedenken gab. Das Land sollte den Kopf hinhalten für eine Entscheidung, die nach eigener Erkenntnis mangelbehaftet war. Und das war der Ausgangspunkt dafür, dass das Wirtschaftsministerium und die Landesregierung gesagt haben: Moment, wenn wir Entscheidungen vertreten sollen, dann eigene Entscheidungen, die wir selbst bis zu Ende durchgedacht haben und die wir auch argumentativ, sachlich überzeugend vertreten können. Das war bei den drei Standorten, die die KEWA ausgeguckt hatte, aus unserer Sicht nicht der Fall.

Ich war selbst in vielen Diskussionen, ob das im *Monitor* oder sonst irgendwo war. Diese Diskussionen zu den drei Standorten, das waren hinkende Standorte, die man überzeugend - bei aller Problematik und Emotionalität der Diskussion - nicht mit sachlichen Gründen vertreten konnte. Und Gorleben konnten wir aufgrund der Arbeitsunterlagen des IMAK mit gutem Gewissen vertreten, weil das der Salzstock mit der höchsten Bewertung IMAK war und weil das der Standort insgesamt für das nukleare Entsorgungszentrum - da spielen dann ja auch noch meteorologische und ~~hydro~~-Gründe eine Rolle - mit der höchsten Punktbewertung war. *das etc.*

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich habe Ihren Ausführungen jetzt noch mal entnehmen dürfen, der IMAK war im Prinzip ein Instrument: Wir machen uns unabhängig als

Land und bilden uns eine eigene Meinung auf fundierter Grundlage.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Dazu möchte ich dann fragen: Es ist zu entnehmen einem Schreiben von Ministerialrat Stuhr an Sie - ich zitiere jetzt -:

Von der Arbeitsgruppe Entsorgungszentrum wurden die in der Kabinettsvorlage für die Sitzung am 21.12.1976 (Zwischenbericht) enthaltenen 7 Standorte vorab mit dem Bund und der PWK abgestimmt.

Das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 187.

Da frage ich mich jetzt: Wenn das auf der einen Seite abgestimmt wurde, wenn Sie auf der anderen Seite großen Wert darauf legen und sagen: „Wir wollten uns eine unabhängige Meinung“ - also unabhängig vom Bund - „bilden“, gab es da denn doch eine Einflussnahme des Bundes sozusagen auf die Entscheidung, auf die Arbeit des IMAK, oder wie war das mit dieser Unabhängigkeit zu verstehen, auf die Sie gerade so großen Wert legen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der IMAK hat unabhängig eine Standortvorauswahl getroffen, und wir haben das auch in der Kabinettsvorlage dargestellt, dass wir diese sieben Standorte, die da in die Kabinettsvorlage eingegangen sind, mit dem Bund -- Wenn da steht „abgestimmt“: Wir haben die dem Bund zur Kenntnis gegeben, um vonseiten des Bundes eventuelle Hinweise zu kriegen, die der IMAK möglicherweise übersehen hatte, die verhindert hätten, dass die sieben Standorte grundsätzlich geeignet waren; denn das BMFT war wissenschaftlich bestückt. Ich selber hatte da keine großen Probleme, weil ich Herrn Professor Bender, wenn irgendetwas unklar war, angerufen habe in geologischen Fragen, und Herr Professor Bender hat mich also stets beraten und hat mich auf bestimmte Dinge hingewiesen.

Es gab vonseiten des Bundes auf, ich sage mal, Fachbeamtenebene, wo der Sachverstand dominierte und diese Grenznähe außer Diskussion war, Übereinstimmung hinsichtlich der Geeignetheit von Gorleben. Aber „Abstimmung“ ist so zu verstehen, dass wir einfach sichergehen wollten, dass nicht

irgendwo aufseiten des Bundes ein geologisches Argument oder ingenieurgeologisches Argument vorhanden war, das der IMAK im Rahmen seiner Vorauswahl übersehen hatte.

Ich selbst erinnere mich, dass ich nach meinem Schreiben vom 04.01. einen, ich sage mal, empörten Anruf des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium gekriegt habe - ich sage das mal etwas schnoddrig -, der mich der politischen Ahnungslosigkeit und Dummheit beschimpfte und Gorleben als politische Dummheit bezeichnete. Ich habe ihn dann darauf hingewiesen, dass auch nach dem Urteil der Bundesanstalt, der BGR, in Hannover Gorleben der optimal geeignete Standort sei. Das hat er vom Tisch gewischt. Ich selber habe dann im Anschluss daran den beamteten Staatssekretär, Herrn Hartkopf, angerufen und habe dem, jetzt mal verkürzt, gesagt: Setzen Sie den Herrn mal auf die richtige Rille. Bevor er solche Erklärungen da abgibt, soll er sich mal sachkundig machen zur Geeignetheit des Salzstocks Gorleben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): War das von Schoeler, der Parlamentarische?)

- Bitte?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wer war der Parlamentarische?)

- Das war Herr Baum.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Baum?)

- Ja. Innenminister war Herr Maihofer, und Herr Baum war Parlamentarischer Staatssekretär. Herr Hartkopf war beamteter Staatssekretär. Herr Hartkopf war auch voll im Bild, kannte die Stellungnahme der BGR, und da gab es keinen Dissens.

Ich kann nur sagen: Wir haben das nicht dergestalt abgestimmt, dass wir gesagt haben: „Wir brauchen die Zustimmung“, sondern wir wollten einfach abchecken: Gibt es Argumente, was den geologischen Teil, den meteorologischen Teil des Standorts anbelangt, die wir im interministeriellen Arbeitskreis vielleicht übersehen haben? Überall wo Menschen werken, ~~verleben Menschen~~, und da kann auch mal was übersehen werden. Und das wollten wir ausschließen, damit es zumindest bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen zu Gorleben - das waren politische Gründe - in der Sache selbst keine

Differenzen gab, die uns hätten vorgehalten werden können, dass nicht gründlich geprüft worden sei.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Aber ich kann jetzt diesen Ausführungen, die interessant sind und die auch neu für uns sind, doch entnehmen, dass der Bund versucht hat, politisch Einfluss zu nehmen auf die Meinungsfindung, die in Niedersachsen stattgefunden hat; denn das Argument „politische Ahnungslosigkeit“, das ist ja genau das, oder?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, gut. Als Pfälzer ist man diskussionsfest und gegen schwache Argumente resistent. Mich hat das nicht beeinflusst. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Das war aber der Einzige, der sich da gemeldet hat. Sonst war von Bundesseite auf fachlicher Ebene wirklich eine absolut sachorientierte Diskussion. Der Einzige, der ständig in dem politischen Beritt gebohrt hat, das war der gesamtdeutsche Minister, der, ich sage mal, aus meiner Sicht Angst vor den Schlägen hatte. Der wollte nicht mit der DDR reden, aus Gründen, die ich nicht nachvollziehen kann. Wir waren der Meinung: Es wird geredet, und dann sieht man, was passiert. Es ist ja dann auch nichts passiert.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Es ist natürlich dennoch interessant - wo ist denn diese Grill-Geschichte? -, festzustellen, dass auf der einen Seite auch in den Untersuchungen, die wir hier hatten, der Eindruck vermittelt worden ist, dass ein gewisser Zeitdruck oder der Aufbau eines Zeitdrucks entstanden ist gegenüber der niedersächsischen Landesregierung von der Bundesregierung, die also gesagt hat: So, Leute, jetzt müsst ihr mal in die Pötte kommen und müsst mal einen Standort beibringen. - Der Zeuge Grill hat zum Beispiel hier im Untersuchungsausschuss erklärt über das Ministergespräch am 11. November - ich zitiere jetzt aus dem Protokoll der 35. Sitzung, Seite 10 bzw. 35 -:

Ich hatte darauf hingewiesen, dass es fast einen Eklat, einen Rauschmiss gegeben hätte der drei Bundesminister, weil Ernst Albrecht darauf bestanden hat, dass die Prüfungen des Landes in der dafür notwendigen Zeit zu Ende geführt werden.

Und weiter:

Hintergrund ist diese Forderung, innerhalb von - ich lasse das jetzt mal stehen, ob das eine Woche oder 14 Tage sind ... - dass man gesagt hat, wir fordern die sofortige Entscheidung der Landesregierung ...

Also, können Sie das bestätigen sozusagen, dass es da schon einen gewissen Druck der Bundesregierung auf die Landesregierung gegeben hat, nun mal endlich eine Entscheidung zu fällen, und darüber hinaus dann aber nicht eben vonseiten der Bundesregierung nach dem, was ich bei Ihnen verstanden habe, versucht wurde, von der reinen Lehre der reinen geologischen Argumente, will ich mal sagen, wegzugehen und schon eine gewisse politische Implikation mit da reinzubringen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, der Druck vonseiten der Bundesregierung, insbesondere von dem Bundeskanzler, war enorm, dass Niedersachsen eine Entscheidung zu einem vorläufigen Standort trifft. Dahinter stand auch, dass, wenn ich mich recht erinnere, vonseiten des Bundesinnenministeriums eine Entscheidung gefallen war, dass keine weiteren Kernkraftwerke mehr genehmigt werden sollten, bevor die Endlagerung nicht geklärt ist. Es gab da einen Schriftwechsel zwischen Herrn Albrecht und Herrn Schmidt. Das war offensichtlich. Auch die drei Minister, die am 11.11. da waren, haben also gedrückt, dass wir schnellstmöglich eine Entscheidung treffen, während die Landesregierung, insbesondere der Ministerpräsident, denen klipp und klar gesagt hat: Wir werden die Entscheidung selbst treffen und werden eine eigene vorläufige Standortauswahl treffen, und wenn es so weit ist, dann werden wir euch informieren.

Es gab Ende Dezember noch mal Druck, weil bekannt war, dass eine Kabinettsvorlage vorliegt, die natürlich vorabgestimmt war mit dem Bund, mit den Bundesressorts, und dass wir dann denen mitgeteilt haben - das war mein Brief, glaube ich, vom 04.01.77 -: Ja, reduziert von sieben auf vier, und Gorleben ist der bestgeeignete. Bitte redet mit der DDR.

Danach gab es wieder Druck auf Herrn Albrecht, von Gorleben Abstand zu nehmen und schnellstmöglich eine Entscheidung zu treffen. Es gab dann im Niedersächsischen

Landtag Interpellationen und Große Anfragen. Also, es war permanent was los. Und wir haben dann in aller Ruhe die Kabinettsvorlage vom 04.02. erarbeitet und haben dann den Standortvorschlag gemacht und haben gesagt: Entscheidung zwischen Gorleben und Lichtenhorst, wobei Lichtenhorst nur mit höheren Investitionen ~~be-gestrickt~~ werden könnte, dass das Wasservorranggebiet, was für Hannover ausgewiesen war, durch Anschluss an eine überregionale Wasserversorgung unter Umständen - darauf hat der Landwirtschaftsminister wörtlich großen Wert darauf gelegt in der Kabinettsvorlage: unter Umständen - möglich ist. Aber den Druck, den kann ich bestätigen.

Es war aber auch so, dass eben auf Bundesseite Gorleben nicht total im Vorfeld der Kabinettsentscheidung verworfen worden ist, sondern der Bund hat ja dann dieses dreistufige Verfahren entwickelt, was ich vorgetragen habe, und, wenn ich mich recht erinnere - das muss auch irgendwo aktenkundig sein -, es wurden aufseiten des Bundes auch Überlegungen angestellt, Gorleben, wenn es denn zu Gorleben käme, auch ohne Information und Abstimmung mit der DDR zu realisieren. Auch das ist irgendwo aktenkundig. Das habe ich in den Akten gelesen.

Also, der Bund war nicht so eingestellt, dass er gesagt hat: „Gorleben kommt überhaupt nicht infrage; das könnt ihr vergessen“, sondern er hat gesagt: Wenn Ihr euch für Gorleben entscheidet, dann vorläufig - Dreistufenverfahren -, und dann müssen wir verhandeln, und dann sehen wir, was da rauskommt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Nachdem wir jetzt also dieses Verhältnis, dieses besondere, zwischen Bund und Land in dieser Situation herausgearbeitet haben, würde ich von Ihnen gerne noch mal wissen, inwiefern möglicherweise die Atomwirtschaft Einfluss genommen hat auf das Entscheidungsverfahren in Bezug darauf, dass die Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, also die PWK, 75 ja von den Energieversorgern gegründet worden ist und die Anteile der Unternehmen entsprechend ihrem Betrieb von Kernkraftwerken, wobei die RWE mit 30 Prozent der größte Anteilseigner war -- Gesellschaftszweck, das wissen wir, war ja insbesondere das Projektmanagement für die Wiederaufarbeitungsanlage.

Der Zeuge Klaus Stuhr hat in einem Schreiben vom 15. Februar 1977 gesagt - ich zitiere -:

In den Muttergesellschaften der PWK sitzen folgende Vertreter der Landesregierung:  
RWE: Staatssekretär Dr. Röhler, Mitglied des Beirates  
NWK: Staatssekretär Dr. Röhler, Mitglied des Aufsichtsrates  
PREAG: Minister Kiep, Mitglied des Aufsichtsrates

Wir finden das unter MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 113.

Also, Herr Dr. Röhler, Sie waren offensichtlich Mitglied des Beirats bzw. Aufsichtsrats zweiter Mutterkonzerne der PWK, und deshalb meine Frage: Hat aus dieser internen Kenntnis heraus die Atomwirtschaft in dem Entscheidungsprozess, insbesondere in der Festlegung auf einen Standort, irgendwelche Interessen vertreten? Sind Sie sozusagen überzeugt worden, den einen Standort eher und den anderen Standort eventuell weniger zu präferieren? Wie hat die Atomwirtschaft sich in diesem Zusammenhang eingebracht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Atomwirtschaft, also PWK, war nur interessiert an einer schnellen Standortentscheidung, weil Druck bestand, ein Endlager zu installieren. Auf Standorte selbst hat PWK keinen Einfluss genommen. In den Vorabstimmungen zu den Kabinettsvorlagen haben die gesagt im Dezember: Wir akzeptieren alle sieben. Wir akzeptieren auch dann die vier, die da in der Kabinettsentscheidung herausgekommen sind.

Zu meiner Mitgliedschaft bei den Nordwestdeutschen Kraftwerken kann ich nur sagen: Ich habe mein Mandat niedergelegt wegen Interessenkollision. Ich war bei der Energiewirtschaft sehr unbeliebt, weil ich einen Antrag im Bundesrat eingebracht habe, dass die Demarkationsgebiete aufgehoben werden. Das war eine Todsünde gegenüber der Energiewirtschaft, und bei denen war ich durch. Bei mir ist niemand erschienen und hat auf mich Einfluss genommen.

Beirat RWE: Das war kein Entscheidungsgremium. Das war ein Informationsgremium. Da hat man erfahren: Was tut sich in der Energiewirtschaft?

Aber bei NWK: Die waren speziell in unserem Gebiet tätig. Da habe ich mein Mandat

niedergelegt, und nachgerückt ist dann Herr Schnipkoweit.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Aber der Punkt, dass auch die Energiewirtschaft sozusagen sehr interessiert daran war, eine zügige Entscheidung herbeizuführen, ich glaube, das kann man wohl sagen, dass --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das stimmt. Die waren interessiert an einer zügigen Entscheidung, weil sie unter Druck standen, die Wiederaufarbeitung in Gang zu kriegen, und insbesondere an der Errichtung eines - ja, wie soll ich sagen? - Eingangslagers für abgebrannte Kernelemente. Da bestand großer Druck, ~~und von daher war~~. Bei mir ist keiner erschienen, aber ich weiß, dass die in der Staatskanzlei und überall tätig waren, dass es zu einer Standortentscheidung kommt. Irgendwo war, glaube ich, auch Professor Mandel, der Vorsitzender irgendeines Forums war. Er hat sich dann also selbst bemüht, aber nicht im Wirtschaftsministerium, sondern, ich glaube, er war in der Staatskanzlei, um einfach zu erreichen, dass es zu einer schnellen Entscheidung kommt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Genau. Das ist durchaus ja auch noch mal ein interessanter Aspekt, also die Frage, inwiefern auch ein solcher Druck dazu geführt hat, dass möglicherweise „Schnelligkeit vor Sorgfalt“ gegolten haben könnte. Das ist eine Frage, die dieser Ausschuss aufzuklären hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also dazu kann ich sagen: Wir haben uns weder vom Bund noch von der Energiewirtschaft noch von irgendjemandem die Schnelligkeit vorschreiben lassen. Wir haben die Sache gründlich gemacht, weil wir genau wussten, dass wir die Entscheidung angesichts der politischen Virulenz anschließend vertreten müssen. Sorgfalt ging vor Schnelligkeit. Wir haben uns nicht von irgendjemandem unter Druck setzen lassen, weder wir im Wirtschaftsministerium noch die Landesregierung. Wir haben die Sache sorgfältig betrieben.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich will da dennoch noch mal einhaken; denn ausweislich unseres Protokolls dieses Aus-

schusses der 7. Sitzung vom 17. Juni 2010, Seite 29, hat der Sachverständige Dr. Möller hier gesagt, Herr Kiep hätte in dem Gespräch am 11. November nach Absprache mit der Atomwirtschaft Gorleben gehandelt. Er hat nämlich gesagt - ich zitiere -:

Offensichtlich hat sich Kiep unmittelbar - ich betone: unmittelbar - vor der Besprechung - er eilt zu dieser Sitzung - mit Vertretern der Energieversorgungsunternehmen bzw. der Industrie getroffen. Mit „Professor Mandel“ ist Professor Heinrich Mandel gemeint, damals Vorstandsmitglied von RWE, der Verfechter der Kernenergie dort und zusätzlich Präsident des Deutschen Atomforums, der sich bereits am 8. November 1976 schriftlich an Albrecht gewandt hatte.

Als Staatssekretär damals von Minister Kiep können Sie diesen Vorwurf bestätigen, und wie würden Sie jetzt ganz explizit sozusagen mit dieser Aussage hier vor dem Untersuchungsausschuss des Zeugen Herrn Dr. Möller umgehen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann nur sagen: Wir haben uns nicht unter Druck setzen lassen. Wir haben sorgfältig gearbeitet und haben dann eine Entscheidung getroffen, zu einem Zeitpunkt, wo wir der Überzeugung waren, jetzt können wir eine vorläufige Standortentscheidung treffen. Natürlich gab es Druck. Am 11. November wären Herr Matthöfer und die Bundesminister am liebsten mit einer Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung abgereist, und in dem Gespräch haben die natürlich Druck ausgeübt. Da ging es, wie ich hinterher erfahren habe - ich war nicht dabei in dem geschlossenen Ministergespräch -, sehr handfest zu, weil der Bund eine Entscheidung haben wollte und wir in den Vorbesprechungen zu dem 11.11. dem Bund schon klipp und klar auf nachgeordneter Ebene unterhalb der Minister gesagt haben: Ihr könnt vergessen, dass ihr am 11.11. eine Entscheidung kriegt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Dr. Röhler, ich danke Ihnen herzlich und gebe das Fragerecht jetzt weiter an die CDU/CSU-Fraktion.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, vielen

Dank für Ihre interessanten Informationen, die Sie uns heute Vormittag hier gegeben haben. Schade, dass wir Sie auch vorher nicht gehört haben. Dann hätte sich vielleicht das eine oder andere vorher auch mal geklärt.

Ich will aber noch mal zusammenfassen, was Sie uns eben gesagt haben, auch auf die Fragen der Frau Vorsitzenden. Das heißt also, dass Gorleben schon 1974 in einem Auswahlverfahren steckte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Gorleben kam nach meiner Erinnerung im Jahre 1976.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Oder 76, Entschuldigung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** 76.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** 76, ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das muss im ersten oder zweiten Quartal gewesen sein. Da sind der KEWA vonseiten des Wirtschaftsministeriums - legen Sie mich nicht fest - 20 oder 25 zusätzliche Standorte genannt worden, weil die drei, die sie vorgeschlagen hatten, problembehaftet waren.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Und Sie haben ja auch noch mal bestätigt - was ja auch hier in diesem Ausschuss immer wieder verneint wurde -, dass es eine KEWA-Nachbewertungsstudie gab, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gab eine Nachbewertungsstudie, ja.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** - in der Gorleben als bestgeeigneter Standort - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Als der bestgeeignete Standort mit Abstand vor Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ja, genau. Damit kann man also sagen, dass der Standort Gorleben, wie auch Frau Vorsitzende schon sagte, nicht einfach aus dem Hut gezaubert wurde, sondern in dem Auswahlverfahren gesteckt hat und sich dann auch als Favorit herausgestellt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dieser Standort Gorleben ist im interministeriellen Arbeitskreis unter Beachtung der Kriterien, wie ich sie dargelegt habe, vom Bundesinnenministerium - Kernkraftwerke - mit den Raumordnungsministern - die Empfehlungen - sorgfältig ausgewählt worden.

Interessant ist doch für mich rückschauend, dass in der Vereinbarung der Bundesregierung mit den Energieversorgungsunternehmen im Jahre 2001 ausdrücklich drinsteht - ich habe mir das noch mal aufgeschrieben -:

Somit stehen die bisher gewonnen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstocks zwar nicht entgegen. Allerdings sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der laufenden internationalen Diskussion die Notwendigkeit, die Eignungskriterien für ein Endlager fortzuentwickeln ...

Das heißt, bis zu der Vereinbarung, 11.06.2001, haben sich aufgrund der Untersuchungen

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sehr richtig!)

im Salzstock Gorleben keinerlei Befunde gegen die Eignungshöflichkeit ergeben, vorbehaltlich weiterer Untersuchungen.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ist klar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich wollte das nur noch mal hervorheben; denn wenn wir in die Luft geschossen hätten, ohne was zu denken, den Standort Gorleben ausgeguckt hätten, dann hätte die Untersuchung bis zum Jahre 2001 nicht zu dem Ergebnis führen können, dass bis zu dem Zeitpunkt keine geologischen Befunde gegen die Eignungshöflichkeit gesprochen haben.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Und dieses Ergebnis oder diese Bewertung war Bonn auch schon vor dem berühmten 22. Februar 77 bekannt? Es gibt ja auch - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Den Bundesministerien waren die Bewertungen des interministeriellen Arbeitskreises bekannt, und auf Fachbeamtenebene gab es keinerlei Widerspruch. Lediglich Grenznähe wurde vonseiten des Bundes als Mangel des Standorts Gorleben benannt.



**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Völlig richtig. - Und es gibt ein Schreiben - vielleicht wissen Sie es; Ich habe im Moment nicht die MAT-Nummer, aber die können wir nachreichen -, dass schon vor dem genannten Termin, als Gorleben benannt wurde von Albrecht, auch Bonn mitgeteilt wurde: Nehmt Gespräche mit der DDR auf. Gorleben könnte oder ist ein geeigneter Standort für ein Entsorgungszentrum.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das war mein Schreiben vom 04.01.1977 -

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Genau, ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - nach der Kabinettsitzung vom 21. oder 22.12.76.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ja. Und es wurden dann ja irgendwann auch Gespräche mit der DDR aufgenommen, und die DDR hat sich ja nach den Unterlagen relativ viel Zeit gelassen, zu antworten; es vergingen ja einige Monate. War der DDR das nicht wichtig, oder wie kann man das beurteilen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann das nicht beurteilen, weil das auf Bundesebene lief, und wer da mit wem gesprochen hat, weiß ich nicht. Ich weiß nur rückschauend, dass die DDR nach einem etwas längeren Zeitraum sich geäußert hat, bei Gorleben müssten aber die Interessen der Bevölkerung der DDR berücksichtigt werden. Herr Albrecht hat an dem Tag, an dem er die Kabinettsentscheidung bekannt gegeben hat, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Sicherheit der Bevölkerung der DDR bei den Untersuchungen, ob Gorleben geeignet ist, mit einbezogen wird. Die Formulierung war: Gorleben muss sicher sein für die westdeutsche und für die ostdeutsche Bevölkerung.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Okay, vielen Dank.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ich würde gerne eine Sache klären, Herr Röhler, weil das wichtig ist; denn Herr Kiep wird auch noch vor diesem Ausschuss erscheinen. Sie sind ja beide auch erschienen vor dem Asse-Ausschuss, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** - und auch dort hat Gorleben eine Rolle gespielt. Mir ist ein Punkt wichtig, den ich gerne mit Ihnen herausarbeiten würde. Die Vorsitzende hat bereits die Tagebucheintragung von Herrn Kiep angesprochen, auch die Bewertung dazu durch den Sachverständigen Möller.

Sie haben gesagt, Herr Kiep habe für die Kabinettsitzung einen Sprechzettel gehabt, und Sie haben gesagt, auf der Fachebene ist Gorleben immer Diskussionsthema gewesen, möglicherweise nicht auf der Ministerebene. Das Entscheidende ist ja die Frage: Wie kommt der Kiep darauf, Gorleben zu nennen? Da sagt Herr Möller: Die Atomlobby hat ihm das vorher mit auf den Weg gegeben.

Die Frage für mich ist: Ist es nach Ihrer Einschätzung nicht eher wahrscheinlich, dass er schlicht und ergreifend Gorleben im Sprechzettel hatte und aus diesem Sprechzettel vorgetragen und auf die Eignung von Gorleben hingewiesen hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, es ist so, dass wir für Ministergespräche und Kabinettsitzungen für den Minister jeweils einen Sprechzettel gefertigt haben, in dem die Argumente des Ministeriums dargestellt worden sind zu den aktuellen Themen. Ich habe mich bemüht, in den Unterlagen die Sprechzettel für die Minister Kiep und Küpker zu finden; ich habe sie nicht gefunden. Ich gehe davon aus, dass auf dem Sprechzettel von Herrn Kiep Gorleben als Standortalternative stand, vor dem Hintergrund, dass der Bund in den Vorgesprächen signalisiert hatte, die drei Standorte von der KEWA sind geeignet. Wie heißt es so schön? Bist du nicht willig, dann brauche ich Gewalt, dann leite ich einfach alle Verfahren an drei Standorten ein. Das war ja auch, wie ich hinterher festgestellt habe, die Marschrichtung von Herrn Matthöfer.

Ich gehe davon aus, dass Gorleben auf dem Sprechzettel stand. Das hat er nicht aus dem Hut gezaubert; das hat ihm keiner eingegeben. Das hat er aus dem Ministerium gehabt; denn wir selber hatten ja von der KEWA-Studie Kenntnis, wo Gorleben auf Platz eins stand. Deshalb gehe ich davon aus, dass der Einwurf, wenn er von Herrn Kiep kam und nicht von Herrn Stühr, auf dem Sprechzettel des Ministers stand.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich darf jetzt weitermachen. - Herr Dr. Röhler, ich habe jetzt die undankbare Aufgabe, Dinge, die Sie ansatzweise hier schon berichtet haben, noch mal im Detail aufzuarbeiten. Wir müssen in Kauf nehmen, dass Sie die Dinge schon beantwortet haben. Aber ich bitte um Nachsicht. Wir brauchen das für die Aufarbeitung, für den Abschlussbericht und für das Protokoll. Deswegen müssen wir einige Dinge noch mal intensiver herausarbeiten.

Ich darf mit dem ersten Komplex - Einsetzung und Vorgaben des IMAK - beginnen und Sie fragen: Warum hat Niedersachsen die Initiative gegenüber dem Bund ergriffen, ein Auswahlverfahren für einen möglichen Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum durchzuführen? Eigentlich stand ja der Bund in der Verantwortung, das zu tun.

Die Frage, die sich daran anschließt, wäre: Lag es vielleicht daran, dass Niedersachsen erkannt hat, dass es aufgrund seiner Salzvorkommen wahrscheinlich von dieser Situation betroffen gewesen ist und deshalb ein solches Auswahlverfahren in Gang gesetzt hat? Kann man das vielleicht mit der Überschrift „Niedersachsen wollte Herr des Verfahrens sein“ überschreiben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das würde ich so unterstreichen wollen. Der Bund war verantwortlich für die Entsorgung. Deshalb hat er ja auch die KEWA beauftragt - da waren wir gar nicht beteiligt -, und die KEWA hat ja auch sich beraten lassen von dem Vizepräsidenten des Landesamts für Bodenforschung als Privatmann, nicht in seiner amtlichen Eigenschaft - Extrakapitel -, weil damals die herrschende Meinung war, das ist Sache des Bundes. Als wir dann dieses Theater mit den drei Standorten und mit den Konfrontationen hatten, da haben wir uns überlegt und haben gesagt: Moment, wer ist denn eigentlich hier Herr des Verfahrens, der Bund oder wir? Und dann haben wir gesagt: Moment, wir sind Herr des Verfahrens, und wir suchen ohne Vorgaben nach eigenen Kriterien den aus niedersächsischer Landessicht geeigneten Standort aus.

Das konnte sich nur auf Niedersachsen beziehen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir natürlich über das Landesamt für Bodenforschung auch versucht haben, andere Standorte ins Gespräch zu bringen, in Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg. Deshalb haben wir uns auch da Papiere ma-

chen lassen, die alle zu dem Ergebnis kamen: Niedersachsen hat die am besten geeigneten Standorte. Ihr kommt, was die Salzstockqualität anbelangt, hier nicht aus dem Schneider, um das mal so zu formulieren. Deshalb haben wir gesagt: Okay, dann vertreten wir aber Dinge, die wir selbst ausgesucht haben, und lassen uns nicht Entscheidungen vorsetzen, von denen wir nicht überzeugt sind und die wir dann noch vertreten sollen.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Kann man das auch so zusammenfassen, dass aufgrund des Verfahrens des Bundes, also KEWA-Untersuchung und deren Scheitern, Niedersachsen selbst eine belastbare Prüfung durchführen wollte, dass das als Motivation auch noch über allem stand?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, wir wollten eine belastbare Prüfung durchführen, weil wir ja letztendlich in der öffentlichen Diskussion den Standort, den wir ausgewählt hatten, auch vertreten mussten, und da wollten wir einen Standort haben, den wir mit überzeugenden Argumenten vertreten konnten.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Ja, ich darf dann noch mal weiter zu sprechen kommen auf den Kabinettsbeschluss vom 17.08.76 - hier häufiger schon zitiert worden -, MAT A 102, Band 35, Blatt 10, und die Einsetzung des IMAK. Können Sie sich noch an die Situation erinnern? Können Sie uns vor allen Dingen sagen, welche Mitglieder in diesem Arbeitskreis saßen und welche Institutionen dort vertreten waren? Und letztlich die Frage, wie der verantwortliche Ministerialrat hieß. Haben Sie das noch in Erinnerung?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja. Also, ich habe die Kabinettsvorlage mir fotokopiert; die habe ich vor mir liegen. Ich habe schon mal darauf hingewiesen, wo es da heißt, dass aus Vertretern der durch das Vorhaben betroffenen Landesressorts - Staatskanzlei, Innenministerium, Landwirtschaftsministerium, Sozialministerium und Wirtschaftsministerium - eine Arbeitsgruppe gebildet worden ist. Ich meine, die hat schon vorher bestanden, aber wenn so etwas durch Kabinettsbeschluss abgesegnet ist, dann hat die einfach mehr Durchsetzungsvermögen. Mitglieder waren, wie bereits geschildert, Staatskanzlei, Innenministerium, Landwirt-

schaftsministerium, Sozialministerium und Wirtschaftsministerium, und hinzu kamen noch das Landesamt für Bodenforschung und das Oberbergamt. Das war die Arbeitsgruppe. Vorsitzender war Ministerialrat Stuhr.

Das Kabinett hat akzeptiert, dass das Wirtschaftsministerium den Vorsitz führt. Das Sozialministerium sollte außen vor bleiben, um allen denkbaren Einwendungen in einem späteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zu vorzukommen oder auszuschließen, um alle auszuschließen. Deshalb saßen die da drin, aber hatten nicht den Vorsitz. Der lag beim Wirtschaftsministerium, und das war Herr Stuhr.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Können Sie sich noch an die Namen der Beteiligten erinnern? Wir sind ja gezwungen, Zeugen zu vernehmen, und können jetzt nicht Fragen an Institutionen stellen. Deswegen wäre es wichtig, wenn Sie uns die beteiligten Personen, die --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn ich mich recht erinnere - schlagen Sie mich jetzt nicht ans Kreuz -:

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Das werde ich nicht tun; da müssen Sie keine Sorge haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Vom Sozialministerium waren Herr Sieber, dann Herr zur Horst, vom Landwirtschaftsministerium war meines Erinnerns Herr Krebs und vom Innenministerium -- Ich bin mir nicht sicher, ob Herr Masur dabei war; aber das ist jetzt also aus der Erinnerung reproduziert. Vom Landesamt für Bodenforschung waren die Professoren Preul und Hofrichter dabei, und vom Oberbergamt war -- Wie der Präsident hieß, das kann ich nicht mehr sagen. Aber da gab es Bergdirektoren.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Sagt Ihnen der Name Jürgen Schubert was?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, stimmt. Der war vom Oberbergamt, Schubert. Kann auch sein, da gab es noch einen mit Namen Fleisch. Aber an Schubert kann ich mich erinnern. Also, die haben natürlich auch -- Ich glaube, in wechselnder Besetzung mal war Herr Sieber oder Herr zur Horst dabei, mal war der Präsident vom

Oberbergamt dabei, mal war Herr Schubert dabei, je nachdem, was gefragt war.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Können Sie sich noch an den Teilnehmer aus der Staatskanzlei erinnern?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das war Herr Scholz.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Herr Dr. Scholz?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dr. Scholz, ja. Der war Regierungsdirektor in der Staatskanzlei. Der betreute das Wirtschaftsministerium.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Herr Dr. Röhler, welche Vorgaben bestanden seitens des Kabinetts für die Arbeit des IMAK? Wie lautete konkret der Auftrag? Sie haben das zwar schon angedeutet, aber ich muss das noch mal herausarbeiten. Wurde auf die Arbeit des IMAK politisch Einfluss genommen, und, wenn ja, welcher und von wem?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, Vorgaben gab es für diesen IMAK keine. Es wurden auch keine politischen Einflussnahmen ausgeübt. Der IMAK arbeitete nach den Kriterien, die er sich selbst gegeben hat, die Salzstöcke ab, von 140 auf 23 auf sieben. Das Kabinett hatte gesagt: Wir reduzieren auf vier. Da hat keiner sich eingemischt, weil die Kriterien - ich habe sie vorgetragen - festgelegt waren, und die kamen als Ergebnis, als sachorientiertes Ergebnis zu den Vorschlägen.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Das heißt --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da hat keiner den Beamten gesagt: „Hör mal zu, das lässt du, und das bleibt außen vor“, sondern das ist mein Wissen, weil vom Wirtschaftsministerium - das hatte ich unter Kontrolle -, da kam keinerlei Einfluss von außen. Ich habe schon darauf hingewiesen: Energiewirtschaft bei mir sowieso nicht, weil ich gegen die Demarkationsgebiete war. Und PWK: Da will ich nicht ausschließen, dass da mal einer vorbeikam und gesagt hat: Wann kommt ihr in die Strümpfe? Dann kriegte er

die Antwort: Wenn wir durch sind. Alles hat seine Zeit.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Das heißt, die Diskussionen liefen dann - so, wie ich Sie verstanden habe - auch fachlich und waren nicht politisch motiviert oder angereichert?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So ist es.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ich habe noch mal eine Frage, weil Sie eben in einem Nebensatz gesagt haben, den Vorsitz beim interministeriellen Arbeitskreis führte Wirtschaft und bewusst nicht Soziales, die eigentlich ja fachlich damals zuständig gewesen wären, weil man im Hinblick auf mögliche gerichtliche Überprüfungsverfahren hier keine Schwierigkeiten schaffen wollte.

Ich sage Ihnen zum Hintergrund Folgendes: Wir hatten Herrn Schnipkoweit hier, der in einer fröhlichen Art uns vorgetragen hat, wie es so seiner menschlichen Natur entspricht, aber doch bei einer ganzen Reihe von Detailfragen nicht so schrecklich Bescheid wusste, was dazu geführt hat, dass die Opposition zum Teil in nicht so ganz schönen Pressemitteilungen ihm eigentlich eine große Interesslosigkeit an diesen ganzen Vorgängen damals vorgeworfen hat.

Kann Ihre Einlassung auch so verstanden werden, dass wegen der möglichen Überprüfungsverfahren, die in einem Planungsprozess ja möglich sind - auch, um nicht hier Befangenheiten zu schaffen -, bewusst das Sozialministerium zu dem Zeitpunkt gar nicht so im Mittelpunkt stand, sondern dass sich mehr im Wirtschaftsministerium abgespielt hat?


**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann Ihnen aus der Kabinettsvorlage Ihre Ansicht bestätigen. Da heißt es:

Die Federführung in der Arbeitsgruppe sollte nach Ansicht der beteiligten Ressorts vorerst bei MW liegen. Als Alternative käme nur MS in Betracht. Um allen denkbaren Einwänden in einem späteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, MS sei aufgrund seiner Tätigkeit vor der Antragstellung befangen, vorzubeugen, sollte MS jedoch erst ab Einleitung des Genehmi-

gungsverfahrens die Federführung in der Arbeitsgruppe übernehmen.

Die waren Mitglied, aber das Wirtschaftsministerium hatte aus den Gründen, die da in der Kabinettsvorlage stehen, die Federführung.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Das heißt, wenn der Minister manches nicht erinnerte, dann hängt das nicht mit Interesslosigkeit an der Sache zusammen, sondern damit, dass man damals ganz bewusst gesagt hat, bei MW ist sozusagen der Schwerpunkt und nicht bei MS?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So kann man das sehen, wobei das MS selbstverständlich mit dem geballten Sachverstand der Arbeitsgruppe vertreten war. 

Der zweite Punkt, muss ich Ihnen sagen: Also, wenn Sie sich nach 35 Jahren an Vorgänge erinnern sollen, dann müssen Sie ein Gedächtnis haben wie ein Elefant, oder Sie müssen sich dann tagelang - was ich getan habe - durch die Akten im Umweltministerium durcharbeiten, um Linie reinzukriegen - was war denn da? -, damit man die Eckpunkte noch zu fassen kriegt, wobei die Unterlagen, wie ich schon gesagt habe, auch nicht vollständig sind.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Da haben Sie sehr recht.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Dann wissen Sie, Herr Doktor, wie erbaulich die Arbeit für uns hier im Ausschuss ist. Wir müssen das ja auch nachvollziehen und anlesen.

Frau Vorsitzende, jetzt habe ich noch eine Frage zum Zeitablauf. Ich würde einen Komplex zusammenhängend mit Vorhalt fragen wollen, und den würde ich ungern auseinanderreißen. Wie viele Minuten haben wir noch?

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Zweieinhalb Minuten.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Zweieinhalb? Dann gebe ich lieber das Fragerecht an die SPD und würde das nachher im Komplex machen, bitte.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Röhler, Sie haben jetzt mehrfach von einem Sprechzettel von Herrn Leisler Kiep gesprochen. Haben Sie diesen Sprechzettel gesehen oder verfasst vielleicht sogar?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Minister kriegte für solche Dinge immer einen Sprechzettel. ~~Ich bin~~ - Wenn er einen Sprechzettel gekriegt hat, dann lief er über meinen Tisch. Ich selber kann mich an den Inhalt dieses Sprechzettels nicht erinnern, aber kein Minister ging, wenn er Wirtschaftsminister war, irgendwohin ohne einen Sprechzettel. Da habe ich wirklich darüber gewacht, und deshalb kann ich sagen, ich halte es für ausgeschlossen, dass er keinen Sprechzettel vom Wirtschaftsministerium hatte, ohne dass ich Ihnen jetzt sagen kann, was darin stand. In den Akten des Umweltministeriums sind die Sprechzettel sowohl für Kiep als auch für Kiepker, der in der Sitzung war, nicht aufzufinden, zumindest für mich.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, so geht es uns auch. - Aber das heißt, Sie können nicht sagen, ob das Stichwort Gorleben oder Lüchow-Dannenberg auf diesem Sprechzettel, so es ihn gegeben hat, vorhanden war?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur davon ausgehen, weil aufgrund des KEWA-Gutachtens - -

**Ute Vogt (SPD):** Die Frage war nicht, von was Sie ausgehen, sondern die Frage war, ob Sie uns definitiv sagen können, dass Sie sicher sind, dass dieses Stichwort auf diesem Sprechzettel sich befunden hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Zu 99 Prozent gehe ich davon aus, dass das Stichwort auf dem Zettel war, weil aufgrund des uns bekannten Gutachtens KEWA Gorleben auf Platz eins stand.

**Ute Vogt (SPD):** Das Bemerkenswerte - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und diese Kenntnis war vor dem 11.11.

**Ute Vogt (SPD):** Herr Dr. Röhler, bevor Sie sich da weiter verstricken: Das Problem ist doch aber, dass weder dieser Sprechzettel, der ominöse, auf dem das nach Ihrer Ansicht gestanden haben könnte, noch diese nachbereitende KEWA-Studie, auf der nach Ihrer Ansicht Gorleben schon lange erörtert worden ist, in irgendeinem dieser Hunderten von Aktenbänden aus verschiedensten Ministerien, die wir jetzt gewälzt haben, zu finden war.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt gar keine Sprechzettel!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Diese Auffassung kann ich Ihnen nicht bestätigen; denn es gibt Vermerke vom Wirtschaftsministerium, wo ausdrücklich drinsteht, dass die KEWA-Studie Gorleben auf Platz eins gesetzt hat. Das ist in den Akten im Umweltministerium.

**Ute Vogt (SPD):** Gibt es die KEWA-Studie, die KEWA - - Wir sind ja auf der Suche nach der Studie, die Sie jetzt als Vermerk zitieren. Aber haben Sie selbst eine Erinnerung daran, dass Sie diese Nachbewertungsstudie, die KEWA-Nachbewertung aus dem Jahre 1976, persönlich in der Hand gehalten haben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da kann mich nicht daran erinnern, ob ich diese Studie in der Hand gehalten habe, aber - -

**Ute Vogt (SPD):** Ich will Ihnen sagen, worauf ich hinaus will. Die Frage ist ja: Gab es diese Nachbewertungsstudie, die komischerweise nirgends zu finden ist, tatsächlich als Dokument, oder gibt es die nur als eine quasi Zusammenfassung, auf die in Vermerken verwiesen wird?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur sagen: Mir ist die KEWA-Studie - daran kann ich mich ganz genau erinnern - aus Vermerken von Herrn Stühr für mich als Sprechzettel bekannt.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, das ist klar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und das Ergebnis.

**Ute Vogt (SPD):** Aber Sie haben sie selbst nicht in der Hand gehabt, oder Sie können sich nicht erinnern?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann mich nicht erinnern nach 35 Jahren, ob ich diese Studie in der Hand hatte oder nicht.

**Ute Vogt (SPD):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da ich sehr gründlich bin, kann ich das nicht ausschließen; aber ich kann mich nicht erinnern.

**Ute Vogt (SPD):** Dann würde ich Sie trotzdem noch mal gerne fragen in Bezug auf das ja auch schon erwähnte Tagebuch von Herrn Dr. Leisler Kiep. In diesem Tagebuch -- Ich zitiere jetzt aus der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 17.06.2010, aus dem Protokoll, Seite 29, wo Herr Leisler Kiep selbst aufschreibt:

Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als vierte Möglichkeit aufnehmen zu lassen.

Und später schreibt er dann aber -- Also, Maihofer sichert zu, dass dann geprüft wird, und dann schreibt er:

Lüchow erweist sich zu meiner Überraschung als der Standort mit den besten Voraussetzungen!

Das spricht doch nicht dafür, dass Herr Leisler Kiep vorher schon wusste, dass das der beste Standort sein könnte. Sagen wir mal: Können Sie es nachvollziehen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein, ich kann das nicht nachvollziehen.

**Ute Vogt (SPD):** Wenn er selbst schreibt, es gelingt ihm, Lüchow-Dannenberg als vierte Möglichkeit aufnehmen zu lassen, und im gleichen Tagebucheintrag schreibt, dass sich zu seiner Überraschung erweist, dass der Standort die besten Voraussetzungen hat, dann muss ich doch davon ausgehen, dass er zu dem Zeitpunkt, als er ihn eingebracht hat, jedenfalls nicht die Kenntnis hatte, dass es eine Bewertung gegeben hat, die das schon als Bestes vorsieht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ich weiß nicht, wie der Zusammenhang zu sehen ist. Wenn er sagt, es gelingt mir, Gorleben einzubringen, und zu meiner Überraschung --

wenn das unter dem gleichen Tag geschieht -- erweist sich Gorleben als der bestgeeignete --, dann würde ich daraus ableiten, dass, nachdem er das genannt hat -- Den Bundesministern und ihrem Tross war ja die KEWA-Studie bekannt. Dort stand ja drin, Gorleben ist am besten geeignet. Dann schließe ich daraus vielmehr, dass dann wohl auf Bundeseite auf Beamtenebene -- es war ein Ministergespräch, und dann war eines mit Fachbeamten -- plötzlich eine Goutierung dieses Standorts stattfand, weil dem Bund die KEWA-Studie bekannt war.

**Ute Vogt (SPD):** Dann darf ich Ihnen das Zitat noch mal vorhalten aus dem Protokoll des Ministergesprächs, MAT A 64, Band 17, Paginierung 94229, in dem das Bundesministerium des Innern vermerkt zu dem Gesprächsprotokoll --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wer war das? Welcher Minister?

**Ute Vogt (SPD):** Das war ein Gesprächsprotokoll aus dem Bundesministerium des Innern, vom Abteilungsleiter gefertigt, und da wird gesagt -- ich zitiere --:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gesprächs eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert schien.

Daraus geht ja eindeutig hervor, dass die Vertreter des Bundes vorher diesen Standort nicht kannten und somit auch keine Standortstudie gekannt haben können, in der der Standort vermerkt war. Sonst wäre ja der Standort nicht neu gewesen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, da würde ich Herrn Saal mal persönlich befragen, insbesondere weil die KEWA ja für den Bund gearbeitet hat und alle Ergebnisse der KEWA an den Bund gegangen sind.

Es gibt übrigens über dieses Ministergespräch verschiedene Protokolle. Es gibt kein gemeinsam abgestimmtes Protokoll. Insofern ist mir bekannt, dass da verschiedene Versionen über den Inhalt des Gesprächs im Umlauf sind.

**Ute Vogt (SPD):** Aber jedenfalls eine gemeinsame Überraschung der Beteiligten über



diesen Standort. Ich will noch mal festhalten, dass Herr Kiep - wir werden ihn ja selbst dazu befragen - jedenfalls - - Einfach, damit Sie sich da auch nicht in Probleme bringen. Wenn es einen vorbereiteten Sprechzettel gegeben hätte, nachdem klar ist - - Ihre Version war ja, die KEWA hat Gorleben als den besten Standort gefunden, und deshalb hat Leisler Kiep genau diesen Standort auch ins Gespräch gebracht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Ute Vogt (SPD):** Er selbst hat aber offensichtlich gar nicht gewusst, dass es der beste Standort sein soll. Also kann er auch diese KEWA-Studie vorher nicht gekannt haben. Das ist mein Problem bei dem, was Sie versuchen hier zu suggerieren, was Sie aber an keiner Stelle mit Akten oder schriftlichen Belegen, sondern nur mit Ihrer Erinnerung bzw. mit Ihrer Vermutung hier einbringen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber Ihre Aktenkenntnis spricht auch nicht gegen meine Version, -

**Ute Vogt (SPD):** Na doch.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - weil es keinen Beweis für Akten gibt. Ich sage aus meiner Erinnerung: Jeder Minister kriegte einen Sprechzettel, und für den 11.11., bei dem Aufwand, gab es bestimmt einen Sprechzettel, ohne dass ich Ihnen jetzt sagen kann, ich habe den in der Hand gehabt, ich habe ihn gesehen.

**Ute Vogt (SPD):** Mich interessiert noch das Thema, warum überhaupt Niedersachsen. Es gab ja nun auch mal zehn andere Bundesländer zu der Zeit, und auch in diesem BMI-Protokoll findet sich der Hinweis - ich zitiere, Paginierung 94225 aus der gleichen MAT, die ich gerade zitiert habe -:

Vor dem Ministergespräch bestand auf Seiten des Bundes Anlass zur Skepsis darüber, ob sich die niedersächsische Seite überhaupt bereit finden würde, über die Erkundung eines Bedürfnisses nach ausführlichen Informationen hinauszugehen.

Das heißt, der Bund war eigentlich ange-reist, zwar mit massiver Kraft vieler Minister, aber doch mit der Befürchtung, dass Nieder-

sachsen sich gar nicht unbedingt sofort bereit erklärt, diesen Standort zu übernehmen. Können Sie erklären, warum ein Bundesland von sich aus auf einmal sagt: „Ja, wir sind bereit, diese Last zu tragen“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Erster Punkt: Natürlich ist der Bund angereist mit einer hohen Erwartung. Die Erwartung war aber nicht gerechtfertigt; denn aus den Vor-gesprächen war klar - das haben wir auch auf Fachebene den Herren klipp und klar, *grasoft* dass die vom Ministerpräsidenten erbetene vollständige Information nicht erfolgt war.

Zweiter Punkt: Warum Niedersachsen? Nach der herrschenden Meinung in Wissen-schaft und Technik war für ein Endlager das geeignetste Medium Salz. Salzstöcke in der Qualität, nämlich ohne Einschlüsse, die die Standfestigkeit eines Bergwerks beeinträch-tigen, gab es nur in Niedersachsen, und vor dem Hintergrund landete das Projekt nuklea-res Entsorgungszentrum, wo die Wiederauf-arbeitung direkt über einem dafür geeigneten Salzstock liegen sollte, in Niedersachsen; denn die KEWA hat ja die ganze Bundes-republik abgegrast und hat dabei eben nur niedersächsische Standorte für grundsätzlich geeignet gehalten, und damit hatten wir das Projekt am Hut. Nach unseren eigenen Un-tersuchungen war es so, dass es in der Bun-desrepublik eben keine Salzstöcke gab, die in der Qualität geeignet waren, außer den niedersächsischen. Das ist der Hintergrund. Dann können Sie die Bundesressorts noch mal fragen - und die KEWA -, warum, ob das so ist. So ist zumindest die Sache zu uns nach Niedersachsen gekommen.

**Ute Vogt (SPD):** Gab es interessierte Kreise in Niedersachsen, die auch daran Interesse hatten, dass es in Gorleben, im Landkreis Lüchow-Dannenberg so ein End-lager bzw. ein NEZ geben sollte, die aus-drücklich gewollt haben, dass es dahin kommt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn ich mich recht erinnere, war an allen Standorten großer Protest. Im Landtag gab es eine Auseinandersetzung zwischen zwei Abgeordneten, einer von der CDU und einer von der SPD. Der von der SPD hat gesagt - es war ja im Vorwahlkampf -: „Wenn ihr mich wählt, kriegt ihr nicht Gorleben, und wenn ihr die CDU wählt, den Abgeordneten, dann kriegt ihr Gorleben.“ Also, ausdrücklich - wie

soll ich sagen? - der Wunsch, „Kommt nach Gorleben!“, ist mir nicht in Erinnerung, im Gegenteil. Es gab da immer heftige Auseinandersetzungen, ob Gorleben oder nicht Gorleben.

**Ute Vogt (SPD):** Dann würde ich Ihnen gerne aus der Studie von Herrn Dr. Tiggemann auf Seite 24, MAT A 93, zitieren, wo Herr Dr. Tiggemann erwähnt in einer Fußnote:

Im Zeitzeugengespräch am 24.3.2010 erwähnte Stuhr ohne weitere genaue Zeitangabe, dass ihm die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen „unablässig im Genick saßen“. Kurt-Dieter Grill bezeichnete der Beamte im Nachhinein als nachdrücklichen Befürworter der gesamten Anlage“.

Haben Sie eine Erinnerung daran, dass die Kommunalpolitiker durchaus Interesse hatten, nachdem Sie jetzt das Zitat kennen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da habe ich keine Erinnerungen dran. Ich kenne nur diese Auseinandersetzungen, dass im Grunde keiner wollte, und jeder hat das dann als Teufelszeug angesehen.

**Ute Vogt (SPD):** Danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Herr Dr. Röhler, ich sitze auf Ihrer linken Seite. Ich würde Ihnen ja gerne eine Verschnaufpause gönnen, aber wir müssen hier ja auch vorankommen.

Ich werde auch noch mal da einhaken, wo die Vorredner schon angesetzt haben, nämlich diese doch widersprüchliche Einschätzung, ob Herr Leisler Kiep vorher schon die, sagen wir mal, geologischen Kenntnisse hatte oder ob er sozusagen aus anderen Motiven heraus vielleicht Gorleben ins Spiel gebracht hat. Ich gehe dabei auf eine Unterlage zurück, die sogenannte Tiggemann-Expertise, mit MAT A 93, Seite 42/43. Dort hat Herr Dr. Tiggemann aus handschriftlichen Aufzeichnungen von Matthöfer entnommen, dass ein Beamter namens Hagen darauf hingewiesen hätte, dass Lüchow we-

gen der Grenznähe ausgeschieden sei, also so ungefähr: Basta! Lüchow, der Standort ist gar nicht mehr in der Diskussion. - Daraufhin soll es wohl dazu gekommen sein, dass ein Mitarbeiter von Herrn Kiep - es lässt sich zurückverfolgen anhand der Teilnehmerliste, dass es sich offenbar um Herrn Stuhr handeln muss, der ja auch eben von Frau Vogt schon mal angesprochen wurde - gesagt hat, nein, Lüchow ist von der Geologie her an der Spitze, und weil es an der Spitze rangiert, wäre es also bei weitem nicht aus dem Rennen.

Könnten Sie sich aus dieser Information, die ich Ihnen jetzt gerade gegeben habe, vorstellen, dass Herr Kiep dann sehr wohl wissen musste, dass es wirklich von der fachlichen Expertise her auch so ist oder so war?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, Herr Hagen war ein sachkundiger Mann aus dem BMFT - denn ich habe mit ihm auch persönlich gesprochen; daher kenne ich ihn -, und Herr Stuhr war in der Materie. Es ist ja nicht ganz sicher, wer überhaupt das Stichwort Gorleben gegeben hat, ob das wirklich Herr Kiep war oder ob das nicht Herr Stuhr war. Und wenn Herr Stuhr das Stichwort gegeben hatte, dann war das aufgrund der Sachkunde. Auf Seiten des Bundes herrschte ja als Ausschlusskriterium - deshalb ist ja auch Lütow rausgeflogen -, grenznahe Standorte kommen nicht in Frage.

Das heißt, natürlich war der Standort Gorleben bekannt. Er war Herr Stuhr bekannt, und da er von der KEWA entwickelt worden ist, war er auf Bundesebene bekannt. Also, ich gehe davon aus -- Ich ~~war~~ nicht dabei, als das Stichwort Gorleben gefallen ist, ob es Herr Kiep im reinen Ministergespräch gesagt hat oder ob es anschließend von Herrn Stuhr in die Diskussion gebracht worden ist. Aber Gorleben war zu dem Zeitpunkt also bekannt auf Fachbeamten-ebene.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Danke. - Ich habe hier jetzt noch ein weiteres Zitat, mit dem ich versuchen werde, das Ganze doch noch mal zu vertiefen, und zwar: Hier ist ein Ergebnisvermerk des Bundeskanzleramtes über diese Besprechung. Die hat die Bezeichnung MAT A 138, Band 18, Seite 79. Hier wird gesagt:

Vom Land ...

- in Klammern wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass vom Land Herr Kiep dann auch gesprochen hat -

wurde gefragt, ob es neben den 3 bisher ausgewählten Standorten Wahn, Lichtenhorst, Weesen-Lutterloh noch andere geeignete gibt, z. B. Gorleben/Lüchow-Dannenberg (unmittelbar an der Elbe). Vertreter des Landes betonten die aus ihrer Sicht hervorragende Eignung dieses Standortes. Seitens Bund wurde erläutert, dass er durch seine unmittelbare Lage an der innerdeutschen Grenze dieser nicht in Betracht gezogen wurde.

Es wurde vereinbart, dass diese Problematik kurzfristig nochmals geprüft wird.

Also, das ist ja noch etwas weitergehend. Ich interpretiere hieraus, dass Herr Kiep ja nun nicht - sagen wir mal - irgendwo eine Eingebung gehabt hat und gesagt hat, da gab es doch noch irgendwo so einen Ort namens Gorleben, und hat keine Kenntnis gehabt über die Geeignetheit dieses Standorts.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, die Auffassung teile ich, dass Herr Kiep nicht aus der Tiefe des Gemüts den Standort Gorleben in die Diskussion gebracht hat, sondern nach meiner Einschätzung aufgrund der Vorbereitung durch das Ministerium. Das, was Sie jetzt als Diskussion angesprochen haben, macht deutlich, dass der Standort sachlich vorbereitet war aufgrund der KEWA-Studie und deshalb auch in die Diskussion gekommen ist. *Handwritten: "Hans-Joachim Röhler sagt, ob es"*

*Handwritten: "ok, Bundes-Bürger-Gefühl auf e. Seite Schützen hatten"*

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Ich habe jetzt noch einen anderen Fragenkomplex, und zwar: Es ist ja in den 70er-Jahren vom Zubau von bis zu 50 Kernkraftwerken ausgegangen worden. Dieses nationale Entsorgungszentrum, was Sie ja zu Eingang Ihrer Ausführungen auch als das größte Industrie-projekt jener Zeit bezeichnet haben, hatte ja eine ganz andere Dimension zunächst einmal als das, was wir heute diskutieren, nämlich eine reine Endlagerdiskussion. Es wurde in der vergangenen Befragung hier in diesem Ausschuss auch immer wieder beklagt, dass die Öffentlichkeit einfach nicht genügend einbezogen war.

Ich habe hier aus einem Vermerk der Abteilung 2 der Niedersächsischen Staatskanzlei - das ist MAT A 102, Band 25, Heft 2, Seite 205/206 - ein Zitat. Ich gehe jetzt fragmenthaft in diesen ganzen Abschnitt. Da wurde davon gesprochen, dass eine Genehmigung erst dann erteilt werden kann, wenn alle sicherheitstechnischen Fragen hinreichend geprüft und sicherheitstechnische Bedenken ausgeräumt sind, und dass der Ministerpräsident höchstpersönlich auch gesagt hat, dass für ihn die sicherheitstechnischen Fragen von ganz besonderer Bedeutung und dass eine breite und wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden sollte.

Sind Sie mit den Fragen der - sagen wir mal - parallelen Öffentlichkeitsarbeit oder anschließenden Öffentlichkeitsarbeit oder der Aufbereitung von diesen geplanten Vorauswahlen befasst gewesen, und wenn ja, wie hat sich das für Sie dargestellt? War das für die damalige Zeit ein - sagen wir mal - moderates Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren, oder war man eher restriktiv?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Öffentlichkeitsarbeit zur vorläufigen Standortauswahl sollte verabschiedet werden, das Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit mit dem Beschluss, welcher Standort vorläufig ausgewählt wird. In der Kabinettsvorlage ist im Einzelnen - in der Kabinettsvorlage entweder für die Sitzung am 22. Dezember oder 22. Februar - ein detailliert ausgearbeitetes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit enthalten, wie im Einzelnen vorgegangen werden soll. Die Öffentlichkeitsarbeit war zu trennen von dem Genehmigungsverfahren. Es sollte erst eine breit gestreute Öffentlichkeitsarbeit stattfinden unter Einschaltung der Ministerien, der PWK, des Bundes - das war im Einzelnen genau detailliert dargelegt -, um die - ich sage mal - sehr emotionalen Argumente in ein sachlicheres Fahrwasser zu bringen. Ich selbst habe an solchen Diskussionen auch teilgenommen, um zu verdeutlichen, um was es da geht. Aber das Konzept stand und wurde auch dann in der Folge, soweit ich das verfolgt habe, umgesetzt. *Handwritten: "seitenweise im Einzelnen, was da gemacht werden sollte"*

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Vielen Dank. - Zuletzt noch eine Frage. Sie haben ja immer sehr eindeutig gesagt, es gab verschiedene Kriterienkataloge, einmal den der KEWA. Aber auch der IMA hat sich ja Krite-

*Handwritten: "Hauptsächlich in der Kabinettsvorlage, was im Ausschuss gemacht werden sollte"*

rien zugrunde gelegt. Gab es aus Ihrer Sicht absolute K.o.-Kriterien? Sie haben ja gesagt, in der ersten Runde der ersten drei Standorte, die vom Bund noch untersucht wurden, gab es ja dermaßen eine Gegenwehr. Das war also in dem Moment ein K.o.-Kriterium. Welche gab es aus Ihrer Sicht?

*trotzdem* **Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für den Bund gab es nur als Ausschlusskriterium Grenznähe, ob geologisch geeignet, das spielte keine Rolle. Der Bund hatte nur Grenznähe, während wir ganz konsequent sachorientiert vorgegangen sind und gesagt haben, wir wollen den - zum damaligen Erkenntnisstand - bestgeeigneten Standort, und das war eben Gorleben. Bei der Vorauswahl von 140 auf 23 sind natürlich Standorte rausgefliegen, wenn der Salzstock 1 200 Meter tief war, oder in der zweiten Runde, wenn er 800 Meter tief war, weil wir dann gesagt haben, 500 ist das K.o.-Kriterium. Solche Kriterien gab es. Es gab auch K.o.-Kriterien, wenn der Standort in einem Wassereinzugsgebiet lag. Das war ja der Fehler von der KEWA, dass die KEWA lediglich auf Salz geguckt hat und auf Nutzungskonkurrenzen überhaupt nicht geachtet hat. Es gab dann eine große Rechtfertigung - das findet man in den Akten von Herrn Professor Lüttig -, dass er dazu nicht die Möglichkeiten hatte, diese wasserwirtschaftlichen Nutzungskonkurrenzen abzuchecken, und dass deshalb letztlich - worüber die KEWA natürlich nicht erfreut war - die von ihr ausgewählten drei Standorte sehr, sehr problembehaftet waren und aus unserer Sicht deshalb auch nicht zum Zuge kamen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Damit ist das Fragerecht der FDP-Fraktion zunächst erschöpft und geht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön, Kollegin Menzner.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, Sie waren offensichtlich ja doch sehr intensiv mit der Gorleben-Frage beschäftigt als Staatssekretär. Da stellt sich mir jetzt die Frage: Wieso und zu wessen Gunsten haben Sie 1978 dann diesen Posten aufgegeben? Ich möchte einfach wissen: Wieso haben Sie als Staatssekretär aufgehört, und was haben Sie danach gemacht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, als Staatssekretär ist man politischer Beamter. Herr Heinemann, der Bundespräsident, hat mal gesagt, ein Staatssekretär oder ein politischer Beamter lebt im Kellnerverhältnis mit stündlicher Kündigung. 1978 gab es einen Regierungswechsel. Die CDU hatte die absolute Mehrheit, und dann wurde ich als politischer Beamter entlassen, in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Allerdings legte der Ministerpräsident - das hat er auch in einer Pressekonferenz dann erklärt - großen Wert darauf, dass ich weiterhin in Niedersachsen tätig bleiben sollte, allerdings nicht in den Landesministerien, sondern es war damals der Bau des Dollart-Hafens geplant. Ich hatte als Staatssekretär die Finanzierung dafür sichergestellt. Ausnahmsweise war das Geld schon da, bevor angefangen werden sollte. Aber unsere freundlichen Nachbarn, die Holländer, hatten ein Vetorecht gegen jede Wasserbaumaßnahme in der Ems-Mündung, und die haben dann von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, nach meiner Einschätzung zur Sicherung des Ems-Hafens. *von Ems-Hafens.*

Ich bin dann kaufmännischer Geschäftsführer der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft geworden, die restrukturierungsbedürftig war, und ich habe dann diese Gesellschaft restrukturiert. Die ist dann auch mit entsprechendem Gewinn an die Norddeutsche Landesbank gegangen. Während der Zeit, da ich Geschäftsführer bei der Niedersächsischen Landesentwicklungsgesellschaft war, ging zur allgemeinen Überraschung in Niedersachsen eine Spielbank in Konkurs, und da ich in den Augen des Ministerpräsidenten die nötige Kompetenz und das Durchsetzungsvermögen hatte, wurde schnell eine Auffanggesellschaft gegründet. Ich war parallel zu meiner Geschäftsführertätigkeit bei der NILEG - die war dann wieder restrukturiert - Geschäftsführer dieser Auffanggesellschaft, habe dann die Gesellschaft auf die Beine gestellt und ausgebaut und habe dann 1984 [sic] nach einem Regierungswechsel - wie heißt das so schön? - wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Geschäftspolitik meinen Hut genommen und bin dann etwas später in einen Maschinenbaukonzern nach Bayern als Vorstand gegangen. Dort habe ich gearbeitet, bis ich dann 66 war.

Und danach: Heute bin ich noch in der privaten Wirtschaft, in der Hafenwirtschaft tätig und Aufsichtsratsvorsitzender des

größten Konzerns im Hafenumschlag in Europa.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Danke. - Sie haben vorhin sehr ausführlich dargestellt, dass dem niedersächsischen Kabinett die Gasvorkommen, die Bohrungen und die Aktivitäten auf DDR-Seite etc. alle bekannt waren vor der Entscheidungsfindung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Sie haben später dann gesagt, dass der Bund keine geologischen Bedenken hatte. Da stellt sich mir die Frage, ob der Bund überhaupt in Kenntnis gesetzt wurde von diesen Zusammenhängen oder nicht oder ob es ihn vielleicht auch überhaupt nicht interessiert hat.

Des Weiteren stellt sich mir die Frage, wo Sie ja doch sehr genau wussten, was auf DDR-Seite alles an dem Salzstock vorgenommen wurde und dass es Tiefenbohrungen waren, dass man also nicht mehr wirklich von einer Unverritztheit des Salzstocks ausgehen konnte; denn Tiefenbohrungen sind ja auch eine Verritzung des Salzstocks, nicht nur das Auffahren von Bergwerken.

Zum Dritten möchte ich wissen, wie Sie es sich erklären: Es war ja wohl schon Konsens, dass man profunde Kenntnisse über den gesamten Salzstock haben müsste, geologische und die Frage Anhydrit etc., aber sich ja damals die Situation darstellte, dass man nur Teile des Salzstocks würde untersuchen können. Da musste man ja zumindest davon ausgehen, dass die DDR auf ihrem Territorium so eine Untersuchung nicht zulassen würde.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Erste Frage: Erdgas. Dem Bund war das bekannt. Der Bund hat selbst in Vorgesprächen darauf hingewiesen und hat gesagt, das muss geprüft werden.

Ich habe dargestellt, das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung ist eingeschaltet worden und hat festgestellt, es gab zwei Tiefbohrungen, die eingestellt worden sind. Es gab eine fündige Erdgasbohrung, die - sagen wir mal - explodiert ist, und es gab unter dem Salzstock ein Erdgasvorkommen. Nach der Aussage des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung bestand eine potenzielle Gefährdung des Salzstocks für ein Endlager nur dann,

wenn in ihm auf niedersächsischer Seite Erdgas gefördert wird, was durch Kabinettsbeschluss schon ausgeschlossen war, und wenn auf DDR-Seite Erdgas erbohrt werden würde.

Deshalb hat der Bund darauf hingewiesen und hat gesagt: Wir müssen, bevor wir eine endgültige Entscheidung treffen, mit der DDR übereinkommen, dass die Unversehrtheit des Salzstocks gewährleistet bleibt. Das war ein Punkt, der in die Kabinettsvorlage ging, der dem Bund bekannt war und der nach unserer Auffassung in den Gesprächen mit der DDR abgeklärt werden sollte, ob die DDR, a) bevor wir eine Entscheidung treffen, anfängt zu bohren, bzw. wenn wir die Entscheidung getroffen haben, dass sie sagt: Wir bohren da drüben kein Erdgas mehr.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Darf ich gerade noch mal an der Stelle eine Nachfrage stellen? Das ist ja erst mal einleuchtend, aber wir reden ja bei einem Endlager für hochradioaktiven Abfall von Zeiträumen, die Jahrtausende übersteigen, sage ich mal. Wenn es so ein bilaterales Abkommen gibt, das kann man ja maximal - sage ich mal - für ein, zwei Generationen treffen. Man konnte doch sicherlich nicht davon ausgehen, dass für alle Zeiten alle zukünftigen Gesellschaften, die in der Region entstehen würden, auf so etwas verzichten würden. Hat das eine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das Kabinett hat beschlossen, auf niedersächsischer Seite wird nicht gebohrt. Damit war auf niedersächsischer Seite ausgeschlossen, dass gebohrt wird. Die Frage war eben: Kommt man mit der DDR zu einer Übereinkunft über die Unversehrtheit des Salzstocks? Wenn es eine Übereinkunft gibt, dann gehe ich mal davon aus, dass eine solche Übereinkunft auch Jahrhunderte überdauert. Wenn Sie an die Rheinschiffahrts-Akte denken: Die ist jetzt - was weiß ich - von 1824, glaube ich, irgendwo. Die wird beachtet. Auch wenn es manchen nicht gefällt, dass die Nutzung des Rheins abgabefrei ist, halten sich alle daran. Ich kann mir nicht vorstellen, dass, wenn es zu einer Übereinkunft gekommen wäre, die nicht dauerhaft gewesen wäre.

Der zweite Punkt war: Erdgasbohrungen. Das habe ich gesagt. Die Meinung der Fachleute war: nur potenziell gefährdet, wenn gebohrt wird. - Da die Bohrung ausge-

schlossen war, war für uns das ein Punkt, der lediglich von der Übereinkunft mit der DDR abhing.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Weitere Fragen möglicherweise in der nächsten Runde. - Das Frage-recht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, danke schön, Frau Vorsit-zende. - Herr Dr. Röhler, es wechselt hier so. Tut mir leid.

Ich möchte mit Ihnen gerne noch einmal auf das Jahr 1976 zu sprechen kommen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe Ihr Eingangsstatement dazu so verstanden, stichpunktartig: Februar 76 Regierungswechsel.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** März/April 76 erste Gespräche MWi, also im Wirtschaftsministerium, bishe-rige Diskussion ausgewertet, die Argumente der KEWA für die drei Standorte schwach, deswegen Beschluss: alternative Suche, 20 bis 25 mögliche weitere Orte, darunter Gor-leben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dazu wollte ich Sie fragen: Gab es eine Liste der 20 bis 25 Orte? Wer hat diese Liste gemacht? Gab es einen Schrift-verkehr mit der KEWA, dass sie diese 25 Orte untersuchen soll? Können wir irgendwo über diesen Vorgang - MWi diskutiert, findet KEWA schwach, bringt Alternativen ins Ge-spräch, fertigt eine Liste über 20, 25 neue Standorte an, schickt sie an die KEWA -- Gibt es dazu irgendetwas Schriftliches?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gibt einen Vermerk in den Akten vom Wirt-schaftsministerium, in dem dieser Ablauf dargestellt worden ist und wo festgehalten ist, dass der KEWA - erschlagen Sie mich - 20 oder 25 Standorte übermittelt worden sind zur alternativen Prüfung. Das finden Sie in den Akten. Im Umweltministerium habe ich

den Vermerk gesehen. Den gibt es. Die Standorte im Einzelnen sind in diesem Ver-merk nicht festgehalten. Aber den Vermerk gibt es. So. Daraus muss ich entnehmen: Die sind überspielt worden.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Und von wann datiert die-ser Vermerk?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
09.03.77!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Vermerk müsste sein im -- Puh, der war sogar für mich bestimmt.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich höre vom Kollegen: 9. März 1977.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Kann sein.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bedeutet das, dass dieser ganze Vorgang - das ist ja dann ein Jahr früher gewesen, im März 76: Gespräche im MWi, KEWA zu schwach, Beschluss: wir machen neue Alternativen -- dass das alles ohne Akten und Schriftverkehr gelaufen ist, Herr Zeuge, dass es nur einen Vermerk gibt da-rüber, der ein Jahr später gefertigt worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Vermerk, der ja ein Jahr später gefertigt wor-den ist, kann aus meiner Sicht nur auf der Grundlage von Vorgängen aus dem Jahr 76 erstellt worden sein; denn dort hatte man --

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist eine Schlussfolgerung, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist eine Schlussfolgerung.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - die ich nachvollziehen kann als Schlussfolgerung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur darauf hinweisen --

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber meine Frage noch mal: Was



ist mit den Unterlagen selber? Wissen Sie, ob es welche gegeben hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur vermuten. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Ich habe tagelang in den Akten im Umweltministerium gesucht, -

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nichts gefunden.

*man die*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - weil ich manche Unterlagen, die in anderen Vermerken enthalten waren, haben wollte. Und dann ist mir Folgendes gesagt worden: Die Akten aus dem Wirtschaftsministerium zum Thema Gorleben sind ins Staatsarchiv gekommen. Das Staatsarchiv hat aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen diese Akten aussortiert und hat aus Sicht des Staatsarchivs wesentliche Unterlagen ins Staatsarchiv genommen, und die anderen sind ausgeschieden worden. Das war der Grund, warum ich nichts gefunden habe, und die Akten sind unvollständig. ↑

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Röhler, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - meine Zeit läuft ab, und die Genese der Akten ist wahrscheinlich dem Ausschuss bekannt. Ich wollte von Ihnen nur wissen, ob Ihnen der doch notwendige Schriftverkehr aus dem Frühjahr 76 - dieser ganze Vorgang kann doch nicht mündlich erfolgt sein -- ob Ihnen da etwas noch bekannt ist, und Sie sagen Nein. Das nehme ich zur Kenntnis.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kenne keinen Schriftverkehr zwischen MW und KEWA.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In den Akten ist nichts.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie gesagt: KEWA hat die 20 bis 25 Standorte abgearbeitet; dazu gebe es Unterlagen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir kennen keine Unterlagen zu der Abarbeitung dieser 20 bis 25 Standorte. Wissen Sie, wo wir sie finden können?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann Ihnen nur die Empfehlung geben, bei der KEWA zu forschen.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Wunderbar.

So, dann wollte ich Ihnen vorhalten, dass wir natürlich in den Akten aus dem Jahre 76 nicht alles, nehme ich an, aber einiges zur KEWA haben. Also, zum Beispiel haben wir vom September 76 einen Entwurf eines KEWA-Berichts, September 76, MAT A 83 - das ist September 76 -, Blatt 465 ff. Da wird gesprochen von der KEWA von drei Standorten, ohne Gorleben. Wir haben vom 20.10.76 eine Besprechung im Wirtschaftsministerium, bei Ihnen, über diesen KEWA-Bericht September 76 -- über diese Besprechung - MAT A 102. Da wird von drei Standorten gesprochen, Gorleben ist nicht dabei. Können Sie uns eine Erklärung abgeben, warum nach Ihrer Erinnerung zu diesem Zeitpunkt, September 76, die KEWA schon längst 20 bis 25 Orte bearbeitet hat und Gorleben auf Platz eins gesetzt hat, aber in den Unterlagen, die wir haben von der KEWA, immer nur von drei Standorten gesprochen wird? Haben Sie dafür eine Erklärung?

*mir daß ich Akten unvollständig*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Am 11. November gab es ja dieses Ministergespräch.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab am Vormittag -- Jedenfalls, es gab ein Gespräch mit Herrn Profes-

sor Mandel und anderen im Finanzministerium und dann ein Gespräch des Ministerpräsidenten Albrecht mit Bundesministern. Sie sprachen davon, dass der Minister sicherlich einen Sprechzettel hatte. Davon gehe ich auch aus. Hatte der den Sprechzettel für beide Gespräche oder nur für dieses Gespräch mit dem Ministerpräsidenten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, den Sprechzettel, den wir gemacht haben, hat er mit Sicherheit nur für das Gespräch mit den Bundesministern gehabt.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann habe ich --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ob er mit Herrn Mandel gesprochen hat, kann ich nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Montag, tut mir leid, Ihre Fragezeit ist jetzt abgelaufen. Wenn Herr Dr. Röhler dazu noch die Antworten gibt, ist es okay. Aber dann müssen wir auf die nächste Runde warten, bitte.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zerbricht es natürlich vollkommen. Ich habe eine letzte Frage.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das zerbricht gar nicht, sondern das, was zerbricht, ist die Art, wie Sie zitieren, Herr Montag!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Nein, wir führen jetzt keine interne Diskussion. Aber ich weiß nicht, ob Herr Dr. Röhler mit seiner Antwort fertig war. Haben Sie mit Ihrer Antwort das alles gesagt, was Sie dem Kollegen Montag sagen wollten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe gesagt: Er hatte mit Sicherheit einen Sprechzettel für das Ministergespräch. Ob er einen Sprechzettel für Herrn Mandel - ich wusste nicht, dass er mit Herrn Mandel gesprochen hat -- das weiß ich nicht. Und für das Gespräch Ministerpräsident mit Mandel haben wir keinen Sprechzettel gemacht; das macht die Staatskanzlei.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Vielen Dank. - Jetzt geht das Fragerecht tatsächlich an die CDU/CSU-Fraktion.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Das ist auch sehr schön, weil es mir Gelegenheit gibt, mal deutlich zu machen, wie Herr Montag arbeitet, indem er nämlich nur die Dinge zitiert, mit denen er eine Legende aufbauen kann.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Grindel!)

- Ja, das müssen Sie jetzt mal ertragen.

In MAT A 102, Band 7, findet sich nämlich vom 27. August 1976 - Herr Montag hat ja jetzt liebevoll vom September 1976 zitiert, obwohl er natürlich, oder diejenigen, die ihn vorbereitet haben, diese Unterlage auch im Zweifelsfall ja gesehen hat - ein Vermerk von Herrn Chojnacki, den wir nicht mehr fragen können, weil er verstorben ist, zum Thema. Ich könnte Ihnen das auch aushändigen; ich lese es vor:

Betr.: Entsorgungszentrum für bestrahlte Kernbrennstoffe

Bezug: Telefongespräch mit Dr. Hornke, KEWA, am 26.8.1976

Und da vermerkt Herr Chojnacki:

Nach Auskunft von Dr. Hornke werden im Augenblick folgende Standortalternativen näher untersucht:

August 1976, Standortalternativen werden untersucht.

Gorleben ...  
Ebsterf ...  
Zwischenahn ...  
Rhaude ...  
Bunde ...  
Börger ...  
Odisheim ...  
Stemmen ...

Und dann wird darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung der Standorte von den jeweiligen Salzstöcken abgeleitet wird.

Darunter befinden sich jetzt einzelne Orte, die sind, zumindest für mich, neu. Es sind acht. Können Sie einordnen -- Jedenfalls ist das ein Beleg dafür, dass im August 1976 die KEWA Gorleben als Standortalternative geprüft hat. Der Begriff „Alternative“, muss ich den so bewerten, als Alternative zu den drei, zu denen Herr Montag Ihnen Vorhaltungen gemacht hat? Und ist das Teil dieses Pro-

gramms, also der Nachbewertungsstudie, die wir nicht haben? Aber würden Sie auch sagen: „Das ist ein Beleg dafür, dass Gorleben eben schon im August 76 untersucht worden ist“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das sehe ich so, dass Gorleben im August 76 untersucht worden ist. Und „alternativ“ bezog sich immer auf die drei, die die KEWA zunächst vorgeschlagen hatte, nämlich Lutterloh, Lichtenhorst und Wahn. Und man muss einfach hinzufügen: Der vierte bei der KEWA war zunächst Lüttau noch, den sie wegen Grenznähe dann ausgeschieden haben.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Sie haben gerade zitiert, dass das Staatsarchiv diese Akten in einer für Sie nicht ganz nachvollziehbaren Weise behandelt hat. Hat man Ihnen im Staatsarchiv gesagt, zu welchem Zeitpunkt das gewesen ist, in welchem Jahr?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe diese Auskunft gekriegt, als ich die Akten im Umweltministerium durchgearbeitet habe. Und da ist mir aufgefallen, dass Vermerke andere Vermerke zitieren, und ich habe diese zitierten Vermerke nicht gefunden. Und da hat mir der zuständige Ministerialrat diese Erläuterung gegeben: Staatsarchiv, auswählen nach nicht nachvollziehbaren Kriterien, Ablagen, und dann kamen sie wieder zurück in das Umweltministerium.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ihnen ist vorhin vorgehalten worden aus der Studie von Herrn Tiggemann dieser Hinweis, dass die Kommunalpolitiker, bezogen auf Gorleben, dem Herrn Stuhr, wie es dort heißt, im Nacken saßen. Können Sie bestätigen als Wirtschaftsstaatssekretär, dass bereits im Jahr 1974, noch unter der Regierung Kubel, also der SPD-Landesregierung, es einen Landesentwicklungsplan gab, der gerade für die Region Lüchow-Dannenberg, für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, dringend die Ansiedlung von Unternehmen, von Einrichtungen mit industriellen Arbeitsplätzen gefordert hat, sodass man sagen kann: „Diesen Wunsch, dort Industriearbeitsplätze zu schaffen, den hat es auch im Grunde genommen schon unter der SPD-Landesregierung gegeben“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann mich jetzt an dieses Landesentwicklungsprogramm, das Sie gerade zitiert haben - Das gab es. Aber den Inhalt kenne ich jetzt im Detail nicht. Aber es gab für die Industrieansiedlung - das war die Aufgabenstellung, die wir im Wirtschaftsministerium hatten - den Schwerpunkt Zonenrandgebiet - da war Lüchow-Dannenberg der ärmste Landkreis -, zweitens Emsland und drittens Ostfriesland. Und das Zonenrandgebiet mit Lüchow lag im Fokus. Wenn wir was zu fassen kriegen, was bereit ist, dahin zu gehen, was ja immer der Unternehmer entscheidet, dann wird Lüchow-Dannenberg angeboten genauso wie Emsland und Ostfriesland. Das war ein Schwerpunkt der Landesentwicklung, dass wir im Zonenrand insbesondere Industriearbeitsplätze dahin kriegen; denn der Harz war voll mit Tourismus, mit Dienstleistungen, das war saisonabhängig. Es fehlte aber in dieser Region eben an Industriearbeitsplätzen.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Damit wir ein Gefühl sozusagen für die Zeit auch von damals noch mal bekommen: Wir reden ja heute nur über das Endlager, weil das ist übrig geblieben sozusagen. Damals ging es ja vor allen Dingen um eine Wiederaufarbeitungsanlage - die hätte ja auch die rund 3 000 Arbeitsplätze gebracht -, die dann später auf Entscheidung von Herrn Albrecht hin aufgegeben wurde, diese Idee oder diese Planung. Über die Phase, über die wir jetzt reden, trotz der hohen Prozentansätze für Sicherheit und Umwelt, die Sie zitiert haben aus dem Punktekatalog - Ist es nicht auch richtig, in die Gesamtbewertung hineinzunehmen, dass damals bei diesem Projekt „nukleares Entsorgungszentrum“ ja vor allen Dingen auch das Thema Wiederaufarbeitungsanlage im Streit war und insofern, wenn darüber jetzt in der Nachschau diskutiert wird, sozusagen man immer sehen muss, dass das ja ein Projekt mit mehreren Alternativen war und die Frage Endlager selber, wenn sie damals isoliert betrachtet worden wäre, vielleicht gar nicht mal so diese Bedeutung hätte? Zumindest nicht, dass da Leute im Nacken waren; denn so viel Arbeitsplätze hätte das Endlager ja nicht gebracht. Also, worum ging es in der Diskussion damals, auch um die Frage der Wiederaufarbeitung?

im Einzelnen noch prüfen

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In der Diskussion ging es um das nukleare Entsorgungszentrum global: Wiederaufarbeitung, Behandlung der Abfälle und Endlager, integriert an einem Standort der ganze Komplex. Insofern war das ein industriepolitisches Projekt für das Land Niedersachsen. Und aus der Zeit damals, wie Sie gefragt haben, war dieses das integrierte nukleare Entsorgungszentrum, nämlich Wiederaufarbeitung plus Endlager und Behandlung der Abfälle nach der Wiederaufarbeitung. Dieses war das, was auf dem Tisch des Hauses lag. Man hat nicht über das Endlager diskutiert, man hat über alles diskutiert, über das Gesamtprojekt.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Jetzt lassen Sie uns noch mal zu dem 11. November - Treffen Kabinettsmitglieder mit den drei Bundesministern - kommen. Da ist nach dem, was wir aus den Akten wissen, ja nicht nur dieses eine Gespräch von Herrn Mandel mit Herrn Kiep gewesen. Sondern ist es richtig, dass die Bundesminister auch noch mit der Fachebene hinterher gesprochen haben, wo also den Bundesministern das, was die Fachebene bis dato an, wenn man so will, Standortauswahlergebnissen zutage gefördert hat, noch mal besonders erwähnt oder erläutert worden ist? Wie war die Sitzungsfolge sozusagen an dem Tag?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Sitzungsfolge war die, dass die Minister zunächst ausschließlich unter sich getagt haben, die niedersächsischen Minister und die Bundesminister. Die Fachbeamten, also Staatssekretäre und Nachgeordnetes, waren ausgeschlossen. Das Gespräch hat sich - daran erinnere ich mich noch - sehr lange hingezogen, länger als geplant, und dann wurden die Fachbeamten, sprich: die Staatssekretäre, hinzugezogen und Ministerialbeamte. Dann wurde das Ergebnis des Gesprächs der Minister vorgestellt, kurz erörtert, kurz diskutiert, und dann war Ende. Herr Albrecht hat gesagt: Jawohl, ich bin bereit, einen vorläufigen Standort zu benennen, aber Niedersachsen wählt diesen vorläufigen Standort eigenständig aus. - Das war das Ergebnis, was der Bund dann auch akzeptiert hatte. Und dann wurden eben die Aufträge erteilt an die Staatssekretäre und an die Ministerialbeamten, was nun in Folge zu machen war. Und das Kabinett hat nach dem 11. dann noch mal ausdrücklich einen Kabi-

nettsbeschluss gefasst, wo drinstand, dass der IMAK eigenständig und unabhängig von der Auswahl der KEWA oder den Vorlieben des Bundes eine sachorientierte Entscheidung zu treffen hatte.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ist denn in der Sitzungsphase, als die Fachebene mit dabei war, auch über Standorte gesprochen worden, die in Betracht kommen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nach meiner Erinnerung ist über Standorte gesprochen worden. Nach meiner Erinnerung ist überhaupt erst in diesem zweiten Teil das Stichwort Gorleben in die Diskussion - - also das Wort Gorleben oder Gorleben als Standort in die Diskussion gebracht worden. Ob Herr Kiep das in seinen Erinnerungen so richtig sieht? Ich will das nicht bestreiten, aber - -

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Mir geht es weniger um Herrn Kiep als um die Bundesseite, weil ja hier im Lichte des Protokolls des BMI - - wobei wir wissen: Es gibt vier Protokolle, glaube ich, von der Sitzung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Die Protokollage ist nicht eindeutig. Es ist ja vorge tragen worden, da habe man den Eindruck gewinnen können, das sei eine Überraschung gewesen, der Standort Gorleben. Sie haben ja gesagt, über die KEWA-Studien war der Bund informiert. Erinnern Sie denn aus dieser Sitzung, wo Sie dabei waren, dass dort auch Bundesbedienstete über Gorleben mit diskutiert haben, weil sie es wussten, dass das, gerade auch vor dem problematischen Hintergrund Grenzgebiet, einer der möglichen Standorte sein könnte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also in diesem Gespräch ist schon von Bundesseite darauf hingewiesen worden nach meiner Erinnerung. Aber Gorleben liegt in Grenznähe. Das ist das, was ich noch an Erinnerung aus diesem Gespräch habe. Und für uns war einfach klar: Wir suchten den besten Standort und lassen uns nicht auf irgendwelche zweitbesten Lösungen aus politischen Gründen ein.

12

gleich

←

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Sie haben gesagt: Das Ministergespräch dauerte länger als geplant.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Lässt das den Schluss zu, auch vor dem Hintergrund des Telefonats, das Sie mit Staatssekretär Baum gehabt haben, dass das im Ministergespräch auch schon eine Rolle gespielt hat, die politische Überlegung: „Kann man das machen überhaupt, einen solchen Standort in der Grenznahe“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, über den Inhalt des Ministergesprächs habe ich immer nur Informationen aus zweiter Hand. Ich weiß nur, dass es da zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist, weil der Bund die Linie hatte, ich sage mal, stoßtruppartig eine Entscheidung am 11.11. für einen Standort zu erreichen. Und da sind wohl auch ziemlich harte Daumenschrauben angelegt worden, und der Ministerpräsident hat dann also pariert und hat gesagt: Nein, nicht, es gibt keine Standortentscheidung am 11.11. - Und das hat natürlich eine gewisse Betroffenheit auf Bundesseite ausgelöst, obwohl die Bundesseite aufgrund der Vorgespräche - ich war auch an einem dabei - klar wusste, sie kriegen keine Entscheidung, egal wie hart sie die Landesregierung angehen, weil bestimmte Unterlagen, die wir haben wollten, nicht vollständig waren.

In den ausgesiebten Akten des Umweltministeriums fehlt die irgendwo zitierte Kabinettsvorlage vom 11.11., die ich gerne noch mal nachgelesen hätte. Die ist nicht da. Und in der Staatskanzlei, wo ich mehrfach interveniert habe, ist diese Kabinettsvorlage auch nicht auffindbar. Und in der Fußnote, die in der Tiggemann-Studie zitiert wird und wo auf diese Kabinettsvorlage hingewiesen wird, mit Fundstelle in irgendwelchen Unterlagen - Da habe ich nachgucken lassen durch den Referatsleiter aus der Staatskanzlei persönlich, und der hat dort keine Kabinettsvorlage gefunden, sondern lediglich eine Studie der KEWA oder PWK über das Entsorgungszentrum.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Darf ich mal nachfragen: Der 11.11., war das denn eine formale Kabinettsitzung, oder war das nicht ein Treffen der fachlich zuständigen

Minister unter Einschluss von Fraktionsvorsitzenden?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Also insofern, wenn man eine Kabinettsvorlage sucht, muss es ja eine Kabinettsitzung gegeben haben. Am 11. hat es aber die nicht gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist der Punkt. Es war keine Kabinettsitzung. Es wird aber zitiert, es gebe eine Kabinettsvorlage vom 11.11. oder vom 08.11., und -

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Am 08.11. hat es eine Kabinettsitzung gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - in der Staatskanzlei gibt es nichts. Es gibt auch keine Unterlage über eine vorbereitende Kabinettsitzung für das Gespräch am 11.11., sondern es findet sich lediglich eine Notiz, dass bis zum, glaube ich, 08.11. von allen Ressorts die Unterlagen zur Vorbereitung des Gesprächs an die Staatskanzlei abzuliefern sind.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Wie gesagt, ich will Sie nicht zu irgendwelchen Einschätzungen bewegen, wir wollen auch nicht im Nebel herumstochern, aber ich möchte gern noch mal auf folgenden Punkt hinaus, weil der einen wundern muss. Sie sagen: Die Erwartung der drei Minister war, an diesem Tag, am 11.11., einen Standort zu hören. Eine Standortentscheidung, die wollten sie. Wenn ich als Minister mit der Erwartung zu einer so schwierigen Frage in ein Bundesland komme, dann muss ich ja aber doch irgendeine Vorstellung davon haben, welche Vorbereitungen getroffen worden sind, damit man überhaupt so eine Entscheidung treffen kann. Also, ich muss ja davon ausgehen dürfen: Die sind in Niedersachsen im Grunde genommen so weit, mir den Standort zu nennen.

Nun wird aber aus diesem BMI-Protokoll zitiert und aus anderen, dass im Grunde man über bestimmte Dinge ganz überrascht war. Wie passt das denn zusammen? Also wenn ich keinen Standort benenne seitens der Landesregierung, dann heißt das doch: Ich brauche noch Zeit, um zu einer verantwortungsbewussten Entscheidung zu kommen. -

Wenn ich vom Bund das verlange, dass jetzt der Standort genannt wird, müssen die doch den Eindruck haben: Man hat schon alles so weit untersucht, dass man einen solchen verantwortungsvollen Standort nennen kann.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Bund war der Meinung, dass alle Vorarbeiten geleistet sind in Bezug auf die drei Standorte Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wir haben in den Vorbesprechungen für den 11.11. sehr deutlich gemacht, dass diese Standorte aus unserer Sicht so mangelbehaftet sind, dass wir der Auffassung sind, dass sie ein Planfeststellungsverfahren nicht überstehen. Aber der Bund - ich habe das nur aus zweiter Hand - war der Meinung: „Die drei Standorte sind grundsätzlich geeignet“ und hat - ich habe das aus zweiter Hand - durch den Bundesminister Matthöfer kurzerhand das Gespräch eröffnet und hat gesagt: Also, da sind drei Standorte. Entweder ihr benennt einen, oder wir leiten an allen drei Standorten, was wir aus rechtlicher Sicht des Bundes können, gleichzeitig Genehmigungsverfahren ein, weil wir der Auffassung sind, dass die Voraussetzungen für die Einleitung eines Verfahrens vorhanden sind.

Und da hat der Ministerpräsident deutlich geblockt. Das war aber auch in den Vorgesprächen für den 11.11. dem Bund klar, dass er keine Entscheidung kriegt. Der Bund wollte aber. Ja, das ist Verhandlungsstrategie.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Okay.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Herr Dr. Röhler, ich darf dann mal weitermachen und noch mal zu sprechen kommen auf den Vermerk, den vorhin der Kollege Montag angesprochen hat, und zwar den vom 9. März 1977. - Vielleicht ist jemand so nett und gibt mal die Unterlage rüber.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück übergeben - Der Zeuge liest in diesem Schriftstück)

Für das Protokoll: MAT A 102, Band 8, Paginierung 186. Ich darf da - ich glaube, es ist gelb markiert - dies zitieren, und zwar geht es mir da um die Nr. 2. Ich zitiere wie folgt:

Nachdem sich Mitte 1975 nach intensiveren Recherchen herausgestellt hatte, daß bei den bekannten Standorten mit Restriktionen (Wasservorkommen, Naturschutz u. a. zu rechnen war, wurden im MW

- was wohl heißen soll:

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wirtschaftsministerium.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** - im Wirtschaftsministerium -

intern weitere Möglichkeiten geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß die Zahl der möglichen Standorte größer war als ursprünglich von der KEWA angenommen. Die KEWA wurde auf diese Möglichkeiten (rd. 25) aufmerksam gemacht. Unter den genannten Standorten befand sich auch Gorleben. Die Eignung der benannten Standorte wurde nicht näher erörtert.

Diesem Absatz ist zu entnehmen, dass das Wirtschaftsministerium bereits 75 der KEWA bzw. dem Bund den Standort Gorleben vorgeschlagen hat, also lange vor dem Auswahlverfahren des IMAK. Ich denke, Sie haben das mitgelesen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Können Sie sich an die Abläufe erinnern? Ist das aus Ihrer Sicht so richtig? Ist das der entsprechende Vermerk, und was können Sie uns hierzu berichten? Ich weiß, dass Sie das ansatzweise schon mal erläutert haben, aber wir müssen das leider im Zusammenhang noch mal darstellen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist mein Wissensstand, dass wir, nachdem wir die Diskussionen - Wahn, Lutterloh, Lichtenloh [sic!] - intern ausgewertet haben, darüber gesprochen haben. Wir haben gesagt: „Gibt es noch andere?“, weil diese Standorte in der öffentlichen Diskussion sehr schwer und nur eingeschränkt zu vertreten waren. Und da hat das Wirtschaftsministerium intern angefangen. Wir haben im Wirtschaftsministerium ein Referat für Bergrecht. Wir haben Zugriff auf das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung. Wie im Einzelnen diese 20 oder 25 Standorte zustande gekommen sind, dazu kann ich nichts sagen.



KEWA - Stenogramm  
 Aber ich war fuchsteufelswild, weil ich selber in Diskussionen wie ein Blöder dastand, weil man angegriffen wurde und hatte keine Sachargumente, weil die, wie gesagt, Mängel hatten.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Ich darf jetzt zu Ziffer 3 dieses Vermerks kommen - die MAT-Nummer hatte ich bereits angegeben - und wie folgt zitieren:

In der 2. Hälfte 1976 wurden von der KEWA ergänzende Standortuntersuchungen angestellt. In diese Untersuchungen wurden neben den drei bis dahin bekannten Standorten 8 zusätzliche Standorte einbezogen. Aufgrund der von der KEWA zugrunde gelegten Bewertungskriterien stellte sich heraus, daß von den 11 untersuchten Standorten auch bei Anlegung unterschiedlicher Gewichtungen Gorbelen der Standort mit den günstigsten Eigenschaften war. Es folgten in einigem Abstand Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh.

Können Sie sich an diese KEWA-Nachbewertung erinnern? Und ergänzend zu den Dingen, wenn Sie das jetzt lesen, was können Sie da im Zusammenhang berichten außer den Dingen, die wir ja schon gehört haben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler**: Ich kann mich an das Ergebnis der KEWA-Studie erinnern. Das Ergebnis war mir - ich sage mal - im September/Oktobre bekannt. Das landete auf meinem Tisch, und daran kann mich sehr gut erinnern. Mehr kann ich eigentlich dazu nicht sagen. Ich habe auch in den Akten die Unterlage gefunden, die Ihr Kollege Grindel zitiert hat, wo diese elf Standorte, die die KEWA in die Nachuntersuchung einbezogen hatte, aufgeführt worden sind. - Das ist das, was ich zu der Sache sagen kann.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): Gut. Wie viel Zeit haben wir jetzt noch?

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth**: 30 Sekunden.

**Dietrich Monstadt** (CDU/CSU): 30 Sekunden. Dann würde ich das Frage recht weitergeben, weil ich den nächsten

Komplex angehen möchte, den ich im Zusammenhang machen möchte.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth**: Gut. Dann geben wir das Fragerecht weiter an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Ute Vogt** (SPD): Vielen Dank. - Ich wollte die Gelegenheit nutzen, die Frage von Herrn Grindel noch zu beantworten: aus MAT A 102, Band 8, Paginierung 112 - kann man zitieren. Das ist ein Schreiben von MD Sahl an Herrn - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler**: BMI muss das sein.

**Ute Vogt** (SPD): Als Antwort auf ein Schreiben von MD Sahl, von Herrn Stühr geschrieben, der da schreibt:

Den Akten des Referats 23 sind keine Anzeichen dafür zu entnehmen, dass der ehemalige Ministerpräsident Kubel sich für den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen eingesetzt hat. Es ist auch sonst kein Sachverhalt bekannt, der auf eine entsprechende Äußerung hinausläuft.

Im Grunde ist das für unseren Untersuchungsauftrag jetzt nicht ganz so wesentlich; aber weil Sie das immer wieder fragen, sollten Sie auch das zur Kenntnis nehmen.

Ich habe, Herr Dr. Röhler, an Sie noch mal die Frage. Sie haben vorhin gesagt: Keiner wollte das Lager. - Das kann man ja auch nachvollziehen, diese Aussage. Es gab ja nun aber im November 76 eine TÜV-Studie, die durchaus auch eine Alternative außerhalb von Niedersachsen ins Auge gefasst hat. Erinnern Sie sich an diese Studie?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler**: Würden Sie mir die mal benennen?

**Ute Vogt** (SPD): Das war eine TÜV-Studie. Die hat eine Tabelle erstellt. Da ging es um Börger, Ahlden, Stüdtlo, Mallo, Lüttau, Friedrichskoog, Mariagluck, Gorbelen, Nieby und irgendwas mit „...holz“.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler**: Von wem war die denn?

**Ute Vogt** (SPD): Vom TÜV.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Vom TÜV! Ach, die berühmte TÜV-Studie. Die TÜV-Studie hat lediglich oberirdisch abgeprüft. Sie hat keine Aussagen zu dem, was unterhalb der Erde ist. Diese TÜV-Studie wurde in unserer Kabinettsvorlage ausführlich abgehandelt. Sie kam in die Diskussion - ich glaube, im Januar 1977 - und war Bestandteil der Kabinettsvorlage vom 04.02. Und die Standorte, die dort genannt worden sind, die waren nicht geeignet - das hat der TÜV dann auch zugegeben -, weil man nur oberirdisch geprüft hat und nicht geprüft wurde: Ist ein Salzstock darunter, direkt unter dem Betriebsgelände? Und ist ein Salzstock in der Nähe? Wie weit ist der entfernt? - Wenn ich mich recht erinnere, war ein Salzstock dabei, der war sogar mit einer Ferienhaussiedlung bebaut. Und aus dem Grund war das Ergebnis der TÜV-Studie nicht zu verwerten.

**Ute Vogt (SPD):** Was ich nicht nachvollziehen kann, wenn man als niedersächsischer verantwortlicher Politiker tatsächlich, so wie Sie gesagt haben, davon ausgeht, dass eigentlich niemand so ein NEZ bei sich haben will, warum man dann nicht die Gelegenheit ergreift, wenn so ein Standort wie Nieby in Schleswig-Holstein als bester Standort herausgehoben wird, und warum man den dann nicht nachverfolgt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu Folgendes: Das war nicht der beste Standort, und in der Kabinettsvorlage - -

**Ute Vogt (SPD):** Doch, nach der TÜV-Studie, mit Verlaub.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In der Kabinettsvorlage ist ausdrücklich zu diesem Gutachten vom TÜV Stellung genommen worden, und zwar ist - - Moment, wo war das?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Eine vom MS beim TÜV Hannover in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass die in Schleswig-Holstein gelegenen Standorte Nieby und Friedrichskoog noch vor den niedersächsischen Standorten als die geeignetsten anzusehen sind. Diese Beurteilung ist nur unter sicherheitstechnischen

Erwägungen im Hinblick auf die oberirdischen Anlagenteile zutreffend. Sie berücksichtigt keine anderen Belange wie zum Beispiel die Endlagermöglichkeit. Die beiden vorgenannten Standorte wurden bereits in den ersten Standortuntersuchungen, die von der KEWA durchgeführt wurden, aus Gründen der unzureichenden Endlagergeologie ausgeschieden.

Ergänzend wird vermerkt: Im engen Bereich des in der Studie der KEWA ausgewiesenen Standorts Nieby befindet sich keine Möglichkeit zur Einrichtung eines Endlagers. Der nächste Salzstock ist der Salzstock Sterup. Er befindet sich in 20 Kilometer Entfernung. Im Bereich des Salzstocks Sterup selbst lässt sich nach hiesiger Kenntnis aufgrund einer relativ hohen Oberflächenbesiedlung kein Gelände ausweisen.

**Ute Vogt (SPD):** Okay. Dann kann man daraus schließen, dass - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und dann kommt - -

**Ute Vogt (SPD):** Ich habe nur eine beschränkte Zeit zu fragen, aber man kann daraus schließen, dass Sie als niedersächsische Landesregierung damals im Kabinett, in der Kabinettsvorlage, den Standort in Schleswig-Holstein jedenfalls als ungeeignet angesehen haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben uns die Standorte angesehen. Wenn Sie also noch weitere Informationen haben wollen, dann - -

**Ute Vogt (SPD):** Nein, es war ja in Ordnung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen noch sagen, welche Standorte wir im ganzen Bundesgebiet geprüft haben.

**Ute Vogt (SPD):** Sie fanden jedenfalls diesen als ungeeignet.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben intensiv geprüft.

**Ute Vogt (SPD):** Ich wollte noch mal auf die Geologie, weil das ja dann auch eine Rolle spielt bei Ihnen, speziell zu sprechen kommen. Sie haben ja mehrfach betont, dass die Geologie etwas gewesen wäre, wo es keine Einwände gegeben hat. Ich habe jetzt aber schon noch mal die Frage zu den Bewertungen. Der IMAK hat ja eine Bewertung vorgenommen; die haben Sie ja auch mehrfach zitiert. Und es gab am 09.12. diesen Bericht - den finden wir in MAT B 21 -, in dem tatsächlich die unterschiedlichen Kriterien aufgelegt worden sind. Wenn die Geologie so wichtig war, dass Sie Nieby ausschließen aufgrund der fehlenden geologischen Untersuchungen und dann bei Gorleben eine Eignung oder ein Punkt Endlagergeologie mit einem Anteil von 12,8 Prozent nur gewertet worden ist, halten Sie das dann für die ausreichende Überprüfung der Sicherheitskriterien für einen solchen Standort?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Endlagergeologie spielte eine Rolle im Rahmen Sicherheit und Umwelt und hatte -

**Ute Vogt (SPD):** 12,8 Prozent.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - 8 Punkte, Gewicht 4, 32 Punkte, 12,8 Prozent.

**Ute Vogt (SPD):** Und das halten Sie für ausreichend, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Ute Vogt (SPD):** - wenn man die Sicherheitskriterien eines Endlagers beurteilt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für die vorläufige Geeignetheit des Salzstocks, vorbehaltlich - laut Kabinett - hydrologischer, ingenieurgeologischer, geophysikalischer usw. Untersuchungen. Wir haben nie gesagt: Der Salzstock ist geeignet. Wir haben nur gesagt: Im Rahmen der Vorauswahl ist er der am besten geeignete, von der Größe, von der Tiefe und vom bisher bekannten substanzialen Gehalt, sprich: Zechgestein ohne Einschlüsse.

**Ute Vogt (SPD):** Aber können Sie, wenn man sich diese Kriterienliste anschaut, nachvollziehen, dass man zu dem Schluss kom-

men kann, dass die Geologie nicht der Hauptblickpunkt war, den man hatte, als man das Ganze beurteilt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Als wir das beurteilt haben, stand zur Diskussion ein nukleares Entsorgungszentrum.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, klar. Mit Endlager.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mit Endlager. So. Das heißt, es waren auch Strahlenschutz, Radiologie etc. mit einzubeziehen. Und hinzu kam: Unter den zur Diskussion stehenden Salzstöcken hatte der Salzstock Gorleben die höchste Bewertungsziffer.

**Ute Vogt (SPD):** Können Sie sich erinnern, wie das war nach Ihrer Amtszeit - ich frage Sie trotzdem noch mal -, wie sich die Beurteilung noch mal verändert hat oder was verändert worden ist, als klar war, dass es nicht mehr um ein NEZ geht, sondern um ein Endlager?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Was nach meiner Amtszeit im Einzelnen passiert ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie nicht mehr verfolgt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe das allenfalls aus der Zeitung verfolgt, aber interne Kenntnisse habe ich keine mehr.

**Ute Vogt (SPD):** Okay.

**Sebastian Edathy (SPD):** Herr Dr. Röhler, ich will daran gerne anschließen. Sie haben ja unter anderem gesagt, es hätten nur sachliche Kriterien eine Rolle gespielt bei der Vorentscheidung für Gorleben und es hätte auch keine Region bzw. keinen möglichen Standort gegeben, wo das Projekt nicht umstritten gewesen wäre. Deswegen möchte ich Ihnen gerne zwei Vorhalte machen. Wenn die Zeit nicht reicht, müssen wir das in der nächsten Runde fortsetzen.

Können Sie sich erinnern an ein Gespräch vom 20. - nein, Entschuldigung, jetzt habe ich die falsche Vorlage -, an ein Gespräch über das Thema „Auswahl eines Standortes“ unter Beteiligung des Landtags-

abgeordneten und späteren Ministers Remmers?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ich geführt haben soll?

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Herr Remmers mit mir über?

**Sebastian Edathy (SPD):** Über das Thema „Standort für das nukleare Entsorgungszentrum“.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wann soll das gewesen sein? Am 20. Januar - -

**Sebastian Edathy (SPD):** 18.02.1976.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** 18.02.1976. Also, an solche Detailgespräche - - Ich weiß, dass ich den Ministerpräsidenten persönlich über die Situation unterrichtet habe, aber ich kann nicht ausschließen, dass <sup>1</sup> - Es haben mich viele Leute angesprochen; denn das Emsland war ja also im Aufstand.

**Sebastian Edathy (SPD):** Dann darf ich da vielleicht zitieren. Also, das ist ein Vermerk - das ist MAT B 21 - vom 19.02.1976. Der trägt den Titel „KEWA-Wiederaufarbeitungsanlage WAA, hier: Standort Wahn, Landkreis Aschendorf“ [sic!]. Dann will ich einige Zitate doch gerne bringen, an die Sie sich vielleicht, möglicherweise noch erinnern können. Herr Stuhr trägt in diesem Gespräch unter anderem Folgendes vor:

MR Stuhr erläuterte die wirtschaftliche und strukturelle Bedeutung der WAA. Aufgrund eingehend überprüfter Zahlen ist mit Investitionen von 3,8 Milliarden DM (Preisstand 1975) und 3 600 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen. Das für die Gemeinden zu erwartende Steueraufkommen (ohne Lohnsteuer) wurde mit annähernd 11 bis 20 Millionen DM jährlich in der Bauphase und 28 bis 50 Millionen DM im Betrieb ermittelt.

Können Sie sich erinnern, dass im Gespräch mit Vertretern aus dem Landkreis Aschendorf [sic!] unter anderem Herr Remmers, Herr Stuhr als einer Ihrer Mit-

arbeiter als Argument für den Standort Landkreis Aschendorf [sic!] - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aschendorf.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aschendorf. - Können Sie sich daran erinnern, dass Herr Stuhr als zentrales Argument die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung der Infrastruktur genannt hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Als ein Argument, ja. Das spielte in der Diskussion im Emsland, die durchaus generell ansiedlungswillig war, schon eine Rolle; denn das Emsland war strukturpolitisch zu entwickeln. Deshalb wurde auch die regionale wirtschaftspolitische Bedeutung dieses Objekts dargestellt.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das spielte in dem Gespräch offenkundig eine sehr dominante Rolle. Ich will mal im Kontext einige Zitate aus diesem Vermerk Ihnen vortragen und damit eine Frage verbinden. Staatssekretär Dr. Röhler:

Es wurde nochmals auf den strukturpolitischen Effekt hingewiesen, der durch die Ansiedlung entstehen würde...

MdL Remmers stellte dazu fest, dass der Lk ASD

- also Aschendorf -

durch erbrachte Sonderopfer bereits belastet sei und dass ausgerechnet an diesem Standort die ersten Untersuchungen durchgeführt würden. ... Deshalb sollte erst an einem anderen Standort gebohrt werden. Wenn dort positive Voraussetzungen angetroffen würden, sollte auf den Standort in ASD verzichtet werden...

MdL Remmers vertrat die Auffassung, dass der angesprochene strukturpolitische Nutzen nur vorübergehend für 20 Jahre eintrete. Er stellte die Frage, was aus dem Hümming wird, wenn „die ganze Gegend verseucht ist“.

**Staatssekretär Dr. Röhler:**

Ausgehend von der Tatsache, dass im Lk ASD hinsichtlich der geplan-

ten Bohrungen und einer damit verbundenen Prioritätssetzung ein falscher Eindruck entstanden ist, wurde ferner vorgeschlagen, dass die Standortuntersuchungen an allen Standorten gleichzeitig anlaufen sollten...

Landrat Stricker bekräftigte abschließend seine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt. Als Begründung wurden die bereits erbrachten Sonderopfer des Emslandes angeführt. Es sei im Übrigen davon auszugehen, dass die Bevölkerung Widerstand leisten wird.

StS Dr. Röhler forderte dazu auf, vor einer abschließenden Entscheidung über ein strukturpolitisch so bedeutsames Vorhaben gründlich abzuwägen.

Würden Sie sagen - und ich würde Ihnen dann in der nächsten Runde gerne einen Vorhalt aus der Befragung des Zeugen Grill machen -, dass das, was an Kritik an einer möglichen Standortfindung im Landkreis Aschendorf Ihnen damals, Anfang 1976, gegenüber geäußert worden ist, in vergleichbarer Form so auch im Wendland mit Blick auf den Standort Gorleben erfolgt ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** ~~An dieses Gespräch~~ - Ich weiß nicht, dass Herr Remmers dabei war. Aber ich weiß, dass ich ein Gespräch mit Vertretern aus dem Emsland hatte, wo wir das Projekt vorgestellt haben und wo ich - das könnte zutreffen - gesagt habe: „Leute, guckt euch das mal genau an, prüft das, und verwirft das nicht schon im Vorfeld“, weil das Emsland strukturpolitisch zu entwickeln war. Ob in gleicher Weise im Wendland die Argumente kamen, kann ich nur sagen: Es war emotional aufgeladen. Es kamen dann die Reizworte „Atomklo“ etc. Es wurde nicht mehr rational die Sache überprüft. Das war State of the Art, wie das so üblich ist.

Ich war etwas überrascht; denn ich hatte im Emsland zum Beispiel ein amerikanisches Unternehmen, Exxon Nuclear, angesiedelt, in Meppen. Das wurde geprüft, ohne Vorurteil, Entscheidung gefallen. Baerlocher wurde aus München vertrieben. Ich habe mit denen im Emsland gesprochen und habe gesagt: Guckt euch das an! - Die haben sich das angeguckt, nicht gesagt: „Blei kommt überhaupt nicht infrage.“, sondern das ist alles nüchtern

geprüft worden. Baerlocher sitzt heute neben dem Kernkraftwerk in Lingen.

Die Sache ist also nach meiner Meinung falsch eingetütet worden. Man kann zur Wiederaufarbeitung stehen, wie man will, aber mit Reizworten kann man die Diskussion nicht bestreiten. Und das war ein Thema, worum es mir ging, die Dinge mal sachlich zu würdigen.

Vorbelastung war richtig. Der Salzstock Wahn lag im Schießgebiet, im Tieffluggebiet. Da war eine Vorbelastung gegeben. Interessant war die Diskussion, ob, wenn die Schießstelle aufgegeben wird - ich weiß nicht, ich glaube ~~es~~ -, 2 000 Arbeitsplätze wohl verloren gehen, und die Wiederaufarbeitung bringt möglicherweise mehr, aber nur zeitlich befristet. Und dann hat man sich entschieden und hat gesagt: „Nein, wir wollen unter allen Umständen die Erprobungsstelle haben“, und 25 Jahre später lese ich in der Zeitung, dass man sich mit Händen und Füßen gegen die Erprobungsstelle wehrt. Also, die Zeiten ändern sich.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Weitere Fragen sind in der nächsten Runde möglich. - Das Fragerecht geht jetzt zunächst an die FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Brunkhorst.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Herr Dr. Röhler, ich möchte noch mal auf den Zeitpunkt kommen, wo die Landesregierung dann eigenständig gesagt hat: Gorleben ist es aus unserer Sicht, nämlich aufgrund der besten Geeignetheit. - Sie haben dann ja im Januar 77 als Staatssekretär an den Staatssekretär im BMI, an den Herrn Hartkopf - so, glaube ich, heißt er -, den Brief geschrieben, dass er doch nun bitte das, was der Bund vorgeschlagen hat, dann in die Konsultation mit der DDR einzutreten, zu tun, um dann in spätestens drei bis vier Monaten zu wissen, ob der Standort Gorleben sozusagen gehen könnte.

Da habe ich drei Fragen. Sie haben ja selbst so ein kleines Fragezeichen dann da mit rangehängt, wenn es denn gehen könnte. Sie hatten ja keinen Ausweichstandort benannt vom Land Niedersachsen. Gab es denn überhaupt Erwägungen, dass man gesagt hat, die drei anderen Standorte, die wir jetzt sozusagen in Reserve haben - - von den dreien gibt es also auch eine Priorisierung? Oder war das ein absolutes Tabuthema in dem Zeitraum?

Die zweite Frage, die ich habe, ist: Was wäre -- Ich meine, waren Sie sich so sicher, dass der Bund sagt: „Okay. Das Land Niedersachsen macht den Vorschlag, wir folgen dem sowieso“?

Und das Dritte wäre gewesen: Wie war denn die Einschätzung überhaupt, wie die DDR reagieren würde? Ich meine, Sie werden doch sicherlich auch durchgespielt haben, wie die Reaktionen hätten sein können.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Erste Frage: Wir hatten keinen Plan B. Wir haben uns für Gorleben entschieden, haben diesen Standort ins Rennen geschickt, weil wir der Meinung waren, die politischen Bedenken müssten ausgeräumt werden können oder auch nicht. Von daher keine Alternative. - Entschuldigung, die zweite Frage war?

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Wenn die Bundesregierung von vornherein gesagt hätte: Nein, wir sind damit nach wie vor nicht einverstanden aus den vorher auch genannten politischen Erwägungen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wenn die Bundesregierung definitiv gesagt hätte: „Ihr könnt Gorleben beschließen, aber wir sprechen nicht mit der DDR“, dann hätte sich für uns eine Situation ergeben, wo wir uns hätten überlegen müssen - ich kann Ihnen nicht sagen, was wir dann gemacht hätten -, uns möglicherweise für einen Standort zweiter Wahl zu entscheiden. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Wir haben es nicht geprüft, weil wir keinen Plan B hatten.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Die dritte Frage war noch: Wie war denn Ihre Einschätzung - sagen wir mal aus dem Land Niedersachsen heraus -, wie die DDR sich verhalten würde? Auch von Bundesseite war ja eine sehr große Skepsis da, und Sie haben das wahrscheinlich anders eingestuft.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, unsere Einschätzung war, dass man mit der DDR reden kann - das wurde auch auf Bundesseite so gesehen, außer beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen - und dass man die Chance, mit der DDR zu reden, nutzen sollte, ausloten sollte, was passiert. Und je nach Ergebnis wäre es weitergegangen. Wir haben die Chance, mit der DDR klarzukommen, ich sage mal, mit über

50 Prozent eingeschätzt. Und aus den Erwägungen, die da vorgetragen worden sind, gab es doch also: Die NATO könnte beeinträchtigt werden, Vier-Mächte-Abkommen könnte beeinträchtigt werden.

Damals habe ich das nicht so gedacht, aber wenn ich das heute so lese, da habe ich mich an Tucholsky erinnert: Und hat der Beamte nichts, so hat er doch Bedenken.

**Angelika Brunkhorst (FDP):** Vielen Dank, Herr Dr. Röhler. Ich habe im Moment keine weitere Frage.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gut. Wenn das so ist, dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke. Bitte schön.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte erst mal, Herr Dr. Röhler, klarstellen: Es ging jetzt immer um eine Kabinettsvorlage für den 11.11.76. Aber nach allem, was ich weiß und den Akten entnehme, war das eine Ministerrunde und keine Kabinettsitzung, und ich finde in MAT A 102, Band 25, Paginierung 12 bis 14 den Hinweis, dass in einem Vorbereitungs-gespräch am 27.10.76 verabredet wurde, dass man nicht nur die wirtschafts- und strukturpolitischen Vorteile eines NEZ diskutieren möchte, sondern auch eine Darstellung der Nachteile erarbeiten möchte und das am 11.11. in der Ministerrunde zur Sprache bringen möchte.

In den Aufzeichnungen von diesem Spitzengespräch ist davon dann nicht mehr die Rede. Da würde mich dann schon interessieren: Sind die Nachteile mal aufgelistet worden? Wenn ja, welche, oder wenn nein, wieso ist das unterblieben?

Dann, wenn wir jetzt von Kabinettsvorlagen sprechen: Die Kabinettsitzung war dann am 14. Dezember 76. Und da haben wir natürlich eine Vorlage. Die datiert dann aber vom 09.12. und nicht aus dem November.

Aber erst mal bitte dann doch noch mal zu der Frage der Nachteile und dem 11.11.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Frage der Nachteile ist vor dem 11.11. in Vorgesprächen sehr intensiv diskutiert worden, und wir wollten von der Bundesregierung die Vorlage eines Sicherheitsberichts zu dem Gesamtprojekt, damit im Vorfeld Klarheit darüber gewonnen werden kann: Welche Risiken stecken in diesem Gesamtprojekt?



Diese vollständige Information haben wir vor dem 11.11. nicht gekriegt.

Das ist - ich weiß nicht, ob hinterher oder schon im Gespräch - klipp und klar dem Bund gesagt worden: Wir werden keine Teilerichtungsgenehmigung erteilen, sondern: Wenn es zu einer Genehmigung kommen sollte in einem Genehmigungsverfahren dann findet im ersten Schritt eine sorgfältige Prüfung des gesamten Sicherheitskonzepts, also eine Konzeptprüfung, statt. Und erst wenn wir überzeugt sind, dass wir Sicherheit haben, sind wir bereit, eine erste Teilerichtungsgenehmigung zu geben. - Das ist auch noch mal in dem Kabinettsbeschluss vom Februar sehr deutlich formuliert worden und dem Bund mitgeteilt worden. Konzeptprüfung, weil wir nicht sicher waren, dass der Bund uns eine vollständige Information über die Risiken des Gesamtkomplexes aus seiner Sicht gegeben hat.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Aber Sie hatten, wenn unsere Unterlagen da richtig sind, die Aufgabe übernommen, dieses vorbereitende Papier für den 11.11. zu verfassen. Aber wir finden das nicht, und wir finden halt keine Darstellung der Nachteile oder keine Liste, wo die aufgelistet wurden, oder dergleichen. Kennen wir da irgendwie die Akten nicht richtig?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Ich habe diese Papiere, die laut Staatskanzlei dort abgeliefert wurden zur Vorbereitung des Ministergesprächs, in den Akten nicht gefunden. Ich habe in der Staatskanzlei angerufen, habe gesagt: Wälzt eure Akten! Ich war dreimal tätig, weil ich nicht zufrieden war. Und dann hat der Referatsleiter mir gesagt: Herr Röhler, wir finden nichts.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Also müssen wir davon ausgehen, dass die Akten unvollständig sind -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** - und in der Zwischenzeit in irgendeiner Form abhandeln gekommen sind.

Dann möchte ich auf die Kabinettsitzung, die dann am 14. Dezember 76 stattfand und wo es eine Vorlage vom 09.12.76 gibt, eingehen. Diese Vorlage hat die Nummer MAT

E 1, Band 3, Paginierung 241 ff. Da geht es um die Frage „Standort NEZ“ und die Frage „Auswahl von möglichen Alternativstandorten“. Ich möchte mit Erlaubnis der Vorsitzenden zitieren. Da findet sich auf Paginierung 243 - Zitat -:

Die bisherigen Standortuntersuchungen für das Entsorgungszentrum waren vom Bund und der KEWA durchgeführt worden. Vom Bund und der KEWA sind die Standorte Wahn, Lutterloh ... und Lichtenhorst in die engere Wahl gezogen worden. Eine vorläufige Standortentscheidung der Landesregierung setzt eigene, unabhängige Standortuntersuchungen des Landes voraus.

- Das wäre dann die IMAK-Studie. Das war jetzt mein Einschub.

Ich zitiere weiter:

Die Arbeitsgruppe hat deshalb unabhängig von den bisherigen Standortuntersuchungen der Betreiber ihrerseits die Standortmöglichkeiten in Niedersachsen geprüft. In einer ersten Vorauswahl sind folgende Kriterien zugrunde gelegt worden ...

Und erst im Nachgang dann wird erstmalig laut unseren Akten Gorleben thematisiert als Standort, also nicht im November 76, sondern erstmalig nach unserer Kenntnislage am 9. Dezember 76 in der Vorlage für die Kabinettsitzung. Ist das nach Ihrer Erinnerung richtig?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Standort Gorleben war seit Sommer 1976 in der Diskussion. Er ist ja auch am 11.11. genannt worden. Und bei der Vorlage vom 09.12. - 09.12. ist das wohl - ging es ja darum, dem Kabinett das Ergebnis der Arbeit des IMAK, der unabhängig von der KEWA Standortalternativen suchen sollte, vorzulegen unter Einbeziehung der drei Standorte, die die KEWA auch ausgesucht hatte.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Ich verstehe die Vorlage also so, dass die IMAK an dem Datum sozusagen erst eingesetzt wurde, dass die IMAK vorher nicht gearbeitet hat oder gar einen Standortvergleich angestellt hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die IMAK ist laut Kabinettsbeschluss vom August eingesetzt worden. Da hieß es ja -- Wie hieß die Formulierung? Ich habe sie vorhin genannt. Daraus kann man schließen, dass es die IMAK schon vorher gab.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Es hieß da „ist gebildet worden“. Eine Arbeitsgruppe ist gebildet worden.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Aber den Auftrag hat sie dann --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Deshalb vermute ich, dass es die vorher schon gab. Und die war nicht aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom 14.11. eingesetzt, sondern die war schon seit August eingesetzt und kriegte in der Kabinettsitzung den Auftrag: Nun sucht mal alles durch.

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):** Also Sie bestätigen, dass am --

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Tut mir leid. Es ist schon wieder vorbei. Es ist so weit. - Ich gebe das Fragerecht jetzt weiter an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, danke schön. - Herr Dr. Röhler, noch mal zu dem Jahr 76. Also, ich gehe mal davon aus, von Ihrer Aussage: Ab März 76, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft bringt weitere Standorte in die Diskussion, darunter auch Gorleben; das geht an die KEWA, KEWA macht eine Nachuntersuchung. - Sie sagen, ab September war Ihnen das Ergebnis auch bekannt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Und in einem anderen Zusammenhang haben Sie gesagt, Sie hätten bei der Vorbereitung auch diese Kabinettsvorlage vom 8. November gesucht, 76, aber nicht gefunden.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie ist bei den Akten, bei unseren

Akten, MAT A 102, Blatt 25. Das ist eine Kabinettsvorlage, geschrieben vom Niedersächsischen Minister für Wirtschaft, gezeichnet von Kiep, gerichtet an den Ministerpräsidenten, zur Vorbereitung des 11.11., nehme ich an. Und dort heißt es - ich darf zitieren -:

Nach von den Betreibern der Planungen durchgeführten Voruntersuchungen erweisen sich drei in Niedersachsen liegende Standorte als die für die Verwirklichung des Entsorgungszentrums geeignetsten.

Wahn, Lichtermoor [sic!] und der dritte Standort.

Dann wird erzählt, dass Gutachter die drei Standorte untersuchen wollen, dass weitere Gutachten zu den drei Standorten zu erwarten sind. Kein einziges Wort davon, dass das Wirtschaftsministerium Weiteres gesucht hat. Kein Wort davon, dass KEWA eingeschaltet worden ist. Kein Wort davon, dass KEWA Gorleben inzwischen zum geeignetsten Standort gemacht hat. Können Sie mir erklären, wie das Ministerium für Wirtschaft am 8. November 76 den Ministerpräsidenten so unvollständig informieren kann?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Dr. Röhler, ich möchte auch noch mal ein bisschen auf Spurensuche gehen, weil chronologisch ergibt sich bisher keine Logik aus dem, was wir in den Akten finden, und dem, was Sie uns sagen. Also, wenn ich noch mal anfangs Ihre Aussage nehme: Ende des ersten, Anfang des zweiten Quartals 76 war die Erörterung im Wirtschaftsministerium über diese drei Standorte, und danach begannen dann weitere Prüfungen durch die KEWA, also März, April, Mai - dann muss die KEWA ja langsam mal angefangen haben.

Ich gehe mal davon aus, dass die KEWA, wenn sie etwas untersucht hat, geprüft hat, davon auch selber wusste. Also muss sich das irgendwo niederschlagen. Jetzt gab es zum Beispiel am 05.08. die KEWA-Besprechung in Frankfurt-Höchst zum Projektstand; dazu gibt es mehrere Vermerke. Herr Tigge- mann bezieht sich auf einen anonymen undatierten Vermerk aus der Akte der Nieder-

sächsischen Staatskanzlei; das ist MAT B 10 und MAT A 102 aus Band 7, Paginierung 94 bis 95. Da sei Gorleben sehr günstig. Das ist aber das Einzige, was es angeblich gibt, was Gorleben bei dieser Besprechung auftauchen lässt.

Es gibt drei andere Vermerke, einmal einen handschriftlichen Vermerk von der PTB - ich gebe Ihnen die Nummer nachher durch; das dauert sonst zu lange -, zum Zweiten den offiziellen Vermerk der PTB von Herrn Fiel (?) und zum Dritten - und das ist besonders wichtig - das eigentliche KEWA-Protokoll von Herrn Hornke, den wir ja nun leider nicht vermerken [sic!] können; und darin wird festgehalten drei Standorte, bzw. in dem KEWA-Protokoll ist auch von einem vierten die Rede. Der vierte ist aber keineswegs Gorleben, sondern dieser in Ostholstein, Lüttau.

Erklären Sie mir mal bitte, wieso, wenn die KEWA März, April, Mai - spätestens im Juni, würde ich mal sagen - angefangen hat, andere Standorte zu prüfen, sie hier das mit keinem Wort erwähnt in dieser Besprechung zum Projektstand, mit keinem Wort die Rede ist von einem Standort Gorleben, sondern als vierter ein ganz anderer noch mal ins Spiel kommt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Über die Interna von der KEWA kann ich Ihnen keine Angaben machen. Was da intern besprochen, festgehalten worden ist, kann ich nicht sagen. Für mich ist nur interessant, dass der Vermerk, der von dem Abgeordneten Grindel zitiert worden ist, offenlegt, dass die KEWA acht plus drei Standorte untersucht hat. Wo das Gutachten von der KEWA ist, das weiß ich nicht. Ich habe diese Darstellung nicht erfunden, -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist ein - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - sondern die ist aktenkundig.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Frau Kollegin Kotting-Uhl, darf ich - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nur, wo das Gutachten von der KEWA ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Wir haben gerade die Zeit angehalten, Frau Kotting-Uhl. Sie müssen keine Sorge haben, dass das jetzt auch von Ihrer Redezeit abgeht. Aber ich möchte Sie bitten, tatsächlich vollständig zu zitieren, also unter Angabe der MAT. Das lassen wir jetzt hier gar nicht erst einreißen. Wir haben genug Zeit, wirklich genug Zeit.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ich nicht, leider.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ja, liebe Frau Kotting-Uhl, ich weiß, dass in der jeweiligen Fragerunde selbstverständlich die Oppositionsfaktionen wesentlich weniger Zeit haben oder die kleinen Fraktionen noch mal wesentlich weniger Zeit haben. Aber wir machen so viele Berliner Runden, wie wir das immer machen, bis alle Fragen gestellt sind. Und von daher möchte ich herzlich darum bitten, dass wir nicht nachträglich jetzt irgendwelche MAT zitieren. Sonst kommen wir nämlich völlig durcheinander.

Ich möchte Sie jetzt bitten, für die Fragen, die Sie soeben gestellt haben, die MAT nachzutragen, und dann würden wir das im Weiteren so machen, wie wir es jetzt immer in diesem Ausschuss machen, nämlich dass wir vollständig zitieren.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Also, der Vermerk der PTB von Herrn Fiel (?) ist MAT A 83, Band 8, Seiten 346 bis 350, und das KEWA-Protokoll von Herrn Hornke ist MAT A 83, Band 8, die Seiten 351 bis 358.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Bitte schön. Sie sind dran. Sie dürfen noch fragen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, weiter mit der KEWA. Ich meine, es gab ja einen Austausch. Die KEWA hat ja da begutachtet, geprüft, Vorschläge gemacht. Dann gibt es ja irgendwie auch einen Austausch darüber. Also, wenn Sie jetzt diese Besprechung in Frankfurt vom 05.08. als Interna bezeichnen, dann meine nächste Frage, wieso, wenn die KEWA prüft und zu Gorleben kommt irgendwann im Sommer des Jahres 76, sie am 05.11. ein ausführliches Bohrprogramm mit Zeitschiene, mit den Geräten, die man braucht, usw. für

drei Standorte vorlegt. Am 05.11., also kurz vor der entscheidenden Besprechung, legt die KEWA Ihnen ein Bohrprogramm vor für drei Standorte, ohne Gorleben, obwohl nach Ihrer Aussage Gorleben von der KEWA bereits als bester Standort ausgeguckt war. Das erschließt sich mir logisch nicht. Vielleicht können Sie mir da helfen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich auch nichts sagen. Ich kenne diese Unterlage nicht. Was mich überrascht: dass die KEWA ein Bohrprogramm vorlegt. Denn am 8. oder 10. August ist eine Vereinbarung getroffen worden -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es ist so.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - zwischen Herrn Kiep und Herrn Matthöfer, dass nicht mehr weitergebohrt wird. Das passt dann nicht mit dieser Absprache zusammen, wenn die dann dennoch ein Bohrprogramm uns vorlegen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Dann frage ich noch mal was, was sich jetzt auf eine Aussage von Ihnen bezieht. Sie sagten vorhin, es hätte sein können, dass bei diesem Ministergespräch am 11.11. Albrecht die Pistole auf die Brust gesetzt wurde - dann bohren wir eben an allen drei Standorten - und deshalb dann der vierte Standort benannt wurde. Jetzt frage ich Sie: Welche drei Standorte? Die KEWA hat für die Bundesseite gearbeitet. Die KEWA hat nach Ihrer Aussage im zweiten Quartal 76 Gorleben als bestgeeigneten Standort benannt; das muss die Bundesseite gewusst haben. Warum kommt die Bundesseite an diesem 11.11. dann und setzt Herrn Albrecht die Pistole auf die Brust und sagt: „An diesen drei Standorten werden wir anfangen zu bohren“, wenn sie doch wissen, dass ein vierter Standort, nämlich Gorleben, der viel bessere ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann in das Herz der Bundesminister nicht gucken. Ich weiß nur, dass die Bundesregierung Standorte in Grenznähe grundsätzlich abgelehnt hat; die waren überhaupt nicht diskussionsfähig. Warum die dann mit den dreien gekommen sind und nicht mit dem

vierten, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, was die gedacht haben. Ich habe nur nachträglich aus zweiter Hand die Strategie des Gesprächs mitgekriegt: Stoßtrupp, wir wollen eine Entscheidung haben, wollen einen Standort mitnehmen, und wenn nicht, leiten wir an allen drei Standorten das Verfahren ein.

Der vierte war eben für die Bundesregierung politisch nicht anfassbar, weil er in Grenznähe war. Deshalb ist ja auch Lüttau rausgeflogen - das war ja der erste, der da rausgeflogen ist -: wegen Grenznähe. Und wir haben uns um die Grenznähe eben nicht gekümmert und haben gesagt: Der optimale wird auf den Tisch gelegt, und dann wird geguckt, was da rauskommt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhler. - Wir sind jetzt am Ende der zweiten Berliner Runde und würden in die dritte Fragerunde einsteigen, die die CDU/CSU-Fraktion eröffnet.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Ich darf dann weiter fragen, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, in einer Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie „Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Deutschland - Das Endlagerprojekt Gorleben“ vom Oktober 2008 heißt es - ich zitiere Seite 19, Beweisbeschluss 17-198; wörtliches Zitat -:

Entgegen vielfältigen und ständig wiederholten Behauptungen ist die Entscheidung vom Februar 1977, ein NEZ einschließlich Endlager am Standort Gorleben im Land Niedersachsen einzurichten, konsequent auf der Grundlage eines auf sachlichen Kriterien gestützten Auswahlverfahrens getroffen worden. Der Vorwurf der politischen Einflussnahme auf das Auswahlverfahren, die zu einer „Vorfestlegung“ auf Gorleben geführt haben könnte, ist nicht gerechtfertigt.

Ist diese Feststellung aus Ihrer Sicht richtig?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Diese Feststellung ist aus meiner Sicht richtig.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Gut. - Nach der Begründung möchte ich jetzt nicht fragen. Das haben wir umfassend erörtert.

Dann schließt sich für mich eine letzte Frage an. Von den Gorleben-Gegnern wird auch immer im Zusammenhang mit der Benennung des Standorts Gorleben der Vorwurf erhoben, der Standort sei aus dem Hut gezaubert und rein politisch festgelegt worden. Wie sehen Sie diese Kritik vor dem Hintergrund des damals durchgeführten Auswahlverfahrens und natürlich auch Ihrer heutigen Ausführungen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich halte die Kritik für absolut ungerechtfertigt. Ich habe Ihnen dargelegt, wie der Prozess gelaufen ist, welche Kriterien Einfluss auf die Bewertung genommen haben, und auf diesen Prozess gab es keinerlei politische Vorgaben bzw. Einflussnahme. Gorleben hat sich aus dem System heraus als der vorläufig bestgeeignete Standort ergeben, vorbehaltlich - das hat das Kabinett auch ausdrücklich festgestellt - weiterer ingenieur-geologischer, geologischer, hydrologischer usw. Untersuchungen, um deutlich zu machen, dass ein ergebnisoffenes Verfahren durchgeführt wird, dessen Ergebnis offen ist und auch mit einem negativen Ergebnis enden kann.

**Dietrich Monstadt (CDU/CSU):** Ich darf mich jetzt erst mal bedanken und das Fragerecht an meinen Kollegen Pols abgeben.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Herr Dr. Röhler, ich habe auch noch eine Frage zu einem Schreiben von Ihnen vom 23.02.1977 an den Staatssekretär Hartkopf im Bundesinnenministerium. Dort schreiben Sie zur Entscheidung vom 22.02., also vom Tag vorher:

Das Niedersächsische Landesministerium hat eine Standort...auswahl... zugunsten des Standortes Gorleben getroffen und keinen Ausweichstandort beschlossen. Sollte sich im Verlauf des weiteren Verfahrens wider Erwarten herausstellen, daß eine Realisierung des Vorhabens am Standort Gorleben nicht möglich sein sollte, müßte die niedersächsische Landesregierung erneute Standortüberlegungen anstellen.

Hiernach wäre also dann Niedersachsen bereit gewesen, einen weiteren Standort zu benennen, falls Gorleben eben ungeeignet

sein würde. War das damals so die Haltung Niedersachsens, dass wir dann - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das war die Haltung Niedersachsens: Wenn Gorleben nicht geeignet ist, dann muss das Kabinett neu beschließen über einen anderen Standort.

**Eckhard Pols (CDU/CSU):** Ich reiche noch mal eben die MAT-Nummer nach. Das ist MAT A 102, Band 31, Blatt 0049 bis 0050. - Vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gibt es keine weiteren Fragen der Unionsfraktion mehr? - Gut. Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Sebastian Edathy (SPD):** Herr Dr. Röhler, ich hatte ja vorhin zunächst Bezug genommen auf ein Gespräch von Anfang 76, an dem unter anderem Sie, Herr Stuhr, Herr Remmers, der Landrat des Kreises Aschendorf aus dem Emsland beteiligt waren, wo man den Eindruck ja gewinnen kann, Sie hätten unter anderem auch mit strukturpolitischen Argumenten die Vertreter der Region dazu bewegen wollen, sich der Idee, dass auch bei ihnen Erkundungen und entsprechende Probebohrungen vorgenommen werden, nicht zu verschließen. Das ist eine zutreffende Interpretation, oder ist das falsch?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Zielsetzung war, diese Vertreter zu einer sachlichen, unvoreingenommenen Prüfung zu veranlassen. Das steht auch irgendwo. Es wird da zitiert, ich hätte die Herren aufgefordert oder gebeten, sachlich die Dinge mal zu prüfen, auch unter strukturpolitischen Erwägungen. Dazu stehe ich.

**Sebastian Edathy (SPD):** Sie hatten vorhin im Rahmen Ihrer Ausführungen bzw. im Rahmen der Beantwortung von Fragen von Kollegen ausgeführt, dass an allen ins Auge gefassten potenziellen Standorten es erheblichen Widerstand gegeben habe.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich daran erinnern, dass es auch Standorte gegeben hat, wo sich Kommunalpolitiker

aktiv werbend an Vertreter der Landesregierung Niedersachsen gewandt haben, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie ja als Standort vielleicht besonders gut geeignet sein könnten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, nachdem vorhin aus Vermerken von Herrn Stuhr zitiert worden ist, dass Vertreter von Kommunen bei ihm waren oder Landtagsabgeordnete, kann ich das nicht ausschließen. Herr Stuhr ist ein sehr seriöser Mann. Wenn der das festhält, dann waren Abgeordnete bei ihm oder kommunale Vertreter und haben gesagt: Wie sieht das aus? Können wir das bei uns machen?

**Sebastian Edathy (SPD):** Ist Ihnen - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mir ist - - Bei mir - - Ich kann mich nicht erinnern, dass bei mir jemand war und gesagt hat: Sorgt dafür, dass das da hinkommt!

**Sebastian Edathy (SPD):** Ist Ihnen der damalige Landtagsabgeordnete und spätere Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill persönlich bekannt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, der Name ist mir bekannt. Ich habe mit dem auch schon gesprochen. Der war Mitglied, glaube ich, sogar im Wirtschaftsausschuss des Landtags.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. - Haben Sie mit ihm auch über Gorleben gesprochen, und wann war das?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht. Wissen Sie, in der Situation ist man ja überrannt worden von Gesprächen, von Telefonaten und Briefen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. - Aber ja offenkundig eher im Einzelfall, wenn denn überhaupt, überrannt worden von Leuten, die gesagt haben: Ich hebe den Finger hoch, ich möchte gerne das nukleare Entsorgungszentrum haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich muss Ihnen sagen: An diese vielen Gespräche, die ich da geführt habe, und vor allem auch die Diskussionen im Einzelnen kann ich mich nicht mehr erinnern. Wenn

Herr Grill bei Herrn Stuhr war und dafür geworben hat, dann kann ich nicht ausschließen, dass er mich anlässlich einer Landtags-sitzung angesprochen hat. Aber da habe ich keine Erinnerung. Dazu kann ich nichts sagen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Hätte denn Herr Stuhr nicht eine derart wichtige Information an Sie weiterleiten müssen? Also, wenn Sie Anfang 76 unter anderem mit MdL Remmers sprechen und darauf hinweisen, struk-turpolitisch könnte das doch eine gute Nummer sein mit dem nuklearen Entsorgungszentrum, dann aber aus dem Wendland wenig später ein Landtagsabgeordneter kommt und sagt: „Warum macht ihr das denn nicht in Gorleben?“, das ist doch eine wichtige Information.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da muss man gucken, wann Herr Grill kam. Herr Grill kam, als das Stichwort, also der Standort Gorleben in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ich glaube nicht, dass Herr Grill vorher war. Da will ich mal bitten, nachzugucken, wann der Vermerk über das Gespräch mit Herrn Grill war. Denn - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, Herr Grill hat in seiner Zeugenaussage hier im Ausschuss am 24. Februar 2011 ausgeführt, er hätte interveniert, als noch mehrere Standorte zur Debatte gestanden hätten.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wann?

**Sebastian Edathy (SPD):** Das müsste man dann noch mal nachgucken.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das wäre nämlich interessant.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aber offenkundig vor dem Kabinettsbeschluss. Ansonsten hätte er das nicht bezogen auf andere Standorte.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich gehe davon aus, Gorleben ist durchgesickert - das muss über Bundesebene passiert sein - und war dann Gegenstand einer heftigen Landtagsauseinandersetzung, wo der Abgeordnete Bruns eine sehr emotionale Rede gehalten hat, der frühere Landwirt

*wahrscheinlich*



schaftsminister. Wenn Herr Grill hier interveniert hat, dann kann das nach meiner Meinung erst zu einem Zeitpunkt gewesen sein, nachdem Gorleben in der Diskussion war.

**Sebastian Edathy (SPD):** 15.06.76.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dann muss das - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Vor dem Kabinettsbeschluss. Ich darf kurz zitieren, damit vielleicht das Bild auch deutlicher wird, aus der Vernehmung von Herrn Grill. Das ist das Protokoll Nr. 35, Seite 30. Da sagt Herr Grill:

Weder ich noch irgendein Kommunalpolitiker, mit dem ich in den 30 Jahren zusammengearbeitet habe, würde je bestreiten, dass er sich von Anfang an positiv zu der Durchführung der Standortprüfung geäußert hat.

Herr Grill weiter - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für Gorleben? Oder für Niedersachsen? Oder für das Projekt insgesamt?

**Sebastian Edathy (SPD):** Standortprüfung in Gorleben. - Herr Grill weiter auf Seite 60 unseres Protokolls mir gegenüber:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole noch einmal: Ich habe mich generell interessiert, und ich habe mich auch über die Anlagen informiert im Hinblick auf die Frage meines eigenen Landkreises. Das habe ich doch nie bestritten. Sie selber schreiben doch in Ihrer Presseerklärung, was ich für ein toller Befürworter gewesen bin. Warum fragen Sie dann noch ...?

Würden Sie mir zustimmen, dass das einen anderen Eindruck erweckt als die Aussagen des Landrates und von Herrn Remmers aus dem Landkreis Aschendorf von Anfang 76, dass man den Eindruck haben könnte, da haben sich Kommunalpolitiker aus dem Wendland eher werbend an die Staatskanzlei bzw. an das zuständige Ministerium oder mit zuständige Ministerium in Hannover gewandt und haben darauf aufmerksam gemacht, sie hätten nichts dagegen, wenn in Gorleben untersucht werden würde?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn das auch aktenkundig festgehalten ist, dann wird das so gewesen sein.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich wundere mich nur, weil Sie vorhin relativ apodiktisch hier erklärt haben, alle potenziellen Standorte, die jemals ins Gespräch gebracht wurden, seien höchst umstritten gewesen, mit viel, viel Widerstand aus der Region.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe extra darauf hingewiesen vorhin, dass mir in Erinnerung ist, dass im Vorwahlkampf der Abgeordnete Drechsler und, ich glaube, Herr Grill - - Das ist auch im Landtag ausgetragen worden, vor der Kabinettsentscheidung vom Februar. Der eine hat erklärt: „Wenn ihr mich wählt, kommt kein Gorleben da hin“, und der andere hat gesagt: Wenn ihr mich wählt, dann bin ich dafür. - Das ist im Januar in einer Riesendebatte - Januar 77 muss das gewesen sein - da ausgetragen worden.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. Sie haben ja vorhin, Herr Dr. Röhler - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich sage mal - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Mir geht es ja nur darum, dass offenkundig es damals - - Ich bin damals sozusagen nicht direkter Zeuge der Debatten gewesen. Aber ich habe schon den Eindruck, dass es potenzielle Standorte, die im Gespräch waren, gegeben hat, die deutlich umstrittener waren, auch was die Äußerungen von Kommunalpolitikern betrifft, als der Standort Gorleben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich bin mir nicht sicher, wie der Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg dazu stand und wie bestimmte Gemeinderäte - das ist eine Samtgemeinde gewesen - dazu standen. Wenn ich sage: „Es war eine Front“, dann gab es dort in diesem Landkreis - ich weiß es nicht mehr - aber ganz bestimmt auch scharfe Gegner.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich will gerne da anschließen, weil mich Folgendes wundert: Sie hatten ja eben auch gerade in der letzten Runde bzw., ich glaube, in der Beantwortung von Fragen von Kollegen der

Union ausgeführt, die Haltung der Landesregierung sei gewesen: Wir schauen mal, ob Gorleben geeignet ist. Wenn Gorleben nicht geeignet sein sollte, schauen wir nach anderen Standorten.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sebastian Edathy (SPD):** Es gibt einen Vermerk aus der Staatskanzlei - das ist MAT B 21, Paginierung 23 - vom 14.04.77, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wann war das?

**Sebastian Edathy (SPD):** - 14. April 1977 -, verfasst von einem Referenten in der Staatskanzlei, Herrn Schwöpe oder Frau Schwöpe. Der bezieht sich auf eine Landespresskonferenz vom 01.04. und führt dazu aus, Ministerpräsident Dr. Albrecht habe „erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut“. Können Sie sich das erklären? Weil das steht ja im Widerspruch zu Ihrer Aussage, man sei da ergebnisoffen ans Werk gegangen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß nicht, ob Herr Albrecht sich so ausgedrückt hat. Ich war nicht dabei. Deshalb kann ich das nicht kommentieren.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. Aber es ist doch erstaunlich, dass Sie als fachlich einer der am engsten mit der Materie befassten Mitarbeiter uns hier berichten und die Auskunft geben, man sei ergebnisoffen an Gorleben herangegangen, mit der Variante, wenn man denn schon nicht zeitgleich mehrere Standorte untersucht, im Falle der Untauglichkeit von Gorleben andere Standorte zumindest ins Visier zu nehmen, und ein Referent der Staatskanzlei im April 1977 zu Papier bringt, die Haltung des damaligen Ministerpräsidenten Albrecht sei gewesen, wenn denn Gorleben ungeeignet sei, dann käme in Niedersachsen überhaupt nichts in Betracht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich nichts sagen. Denn das Projekt ist ja weiterverfolgt worden, bis Herr Albrecht zwei Jahre, glaube ich, nach der Kabinettsentscheidung erklärt hat: Das Projekt Wie-

deraufarbeitung ist in Niedersachsen nicht realisierbar.

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich an --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bis zu dem Zeitpunkt ist das vom Kabinett ja verfolgt worden. Insofern bin ich mir nicht ganz sicher, ob Herr Albrecht das so gesagt hat. Es gibt verschiedene -- Also, wissen Sie, ich bin im Laufe meines Lebens jetzt schon mit verschiedenen Aussagen von Herrn Albrecht konfrontiert worden, die Herr Albrecht, solange er noch reaktionsfähig war, dementiert hat - und die sind weiter in der Welt. Deshalb bin ich da sehr vorsichtig zu dem, was Herr Albrecht erklärt hat.

**Sebastian Edathy (SPD):** Dann darf ich vielleicht Folgendes fragen: Können Sie sich erinnern an einen damaligen Bediensteten der Staatskanzlei, an Ministerialdirektor Klaus Otto Naß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ministerialdirektoren gab es nicht in der Staatskanzlei, maximal Ministerialdirigenten.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aha. Dann steht das hier vielleicht falsch drauf. Aber können Sie sich an Klaus Otto Naß erinnern? Der war --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, Herr Naß, das ist mein Nachfolger gewesen im Wirtschaftsministerium.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. Vorher war er ja in der Staatskanzlei.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der war in der Staatskanzlei. Der war Leiter der Politischen Abteilung.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja. - Ist Ihnen bekannt, dass im Nachgang zu dem sogenannten Ministergespräch in Hannover - das war ja am 11.11.1976; Sie waren ja zumindest zeitweise selber beteiligt an den Gesprächen - Herr Naß als Beamter aus der Staatskanzlei an den Ministerpräsidenten einen ausgesprochen kritischen Vermerk über das Gesprächsergebnis verfasst hat?

Ich darf Ihnen Folgendes vorhalten, weil das auch interessant ist. Sie hatten ja ge-

sagt, der Bund habe gedrängt und Niedersachsen habe souverän reagiert und deutlich gemacht, dass man in Niedersachsen da Herr der eigenen Dinge bleiben wolle. Herr Naß schreibt aber Folgendes am 11.11.76; es ist auch handschriftlich. Das ist MAT A 102, Band 25, Heft 2. Das muss also offenkundig direkt nach dieser Besprechung entstanden sein, und ich finde das - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber an Herrn Albrecht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Sehr exakt.

Herr Ministerpräsident! Herr Staatssekretär!

Bei „Staatssekretär“ ist jetzt nicht genau bezeichnet, welcher damit gemeint sein könnte.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Mohrhoff; das war der Chef der Staatskanzlei.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das steht hier nicht; aber auf jeden Fall an Albrecht mindestens.

1. Das Ergebnis Ihrer Besprechung hat unter den Beamten Überraschung ausgelöst, weil die Landesregierung damit ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, einen Standort - unter der Voraussetzung: Sicherheit - zur Verfügung zu stellen, weil bei jedem der drei Standorte noch weitere Untersuchungen, einschl. Bohrungen erforderlich sind, ehe die Eignung feststeht.

2. Ich halte die Entscheidung für verfrüht, weil viele offene wissenschaftlich-technische Fragen nicht vom Standort abhängen, sondern auch ohne Standortvorentscheidung weitergetrieben werden können, weil diese Fragen auch außerhalb eines Genehmigungsverfahrens weiter geklärt werden müssen - es handelt sich nämlich um Grundlagenforschung für technische Entwicklung -, weil dadurch der Standort vorentschieden wird, obwohl die Entscheidung darüber die vergleichsweise größten politischen Probleme aufwirft.

Also offenkundig ein Mitarbeiter der Staatskanzlei, der einigermaßen entsetzt ist über

die Zugeständnisse, die Niedersachsen gemacht hat.

Wenn man das vergleicht mit einem Vermerk Ihres damaligen Mitarbeiters über die Haltung des immerhin ja bis 76, bis zur Amtsübernahme durch Albrecht, amtierenden Ministerpräsidenten Kubel, der überhaupt keine derartigen Zugeständnisse an den Bund gemacht haben soll nach diesem Aktenvermerk, dann fragt man sich schon: Wieso hat eigentlich Niedersachsen in so kurzer Zeit sich dermaßen unter Druck setzen lassen und sich selber so kurze Fristen gesetzt? Hatte man da möglicherweise schon Zusagen aus der Region Wendland, aus dem Umfeld von Gorleben, dass man bereit wäre, dort zielgerichtete Untersuchungen zu akzeptieren, ohne großen Widerstand zu leisten?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, Herr Naß war der Chefberater von Herrn Albrecht. Die beiden kannten sich von der Kommission, wo sie beide tätig waren. Die waren persönlich sehr eng verbunden, und Herr Naß konnte sich also auch gegenüber Herrn Albrecht kritisch äußern. Herr Naß - das ist mir bekannt - hat sich über die Entscheidung des Ministerpräsidenten am 11.11. geärgert, weil er die aus den dargestellten Gründen für verfrüht hielt, weil die Wiederaufarbeitung aus seiner Sicht noch nicht wissenschaftlich durchdrungen war und er, insbesondere wenn er da die technologischen Dinge anspricht, dem Gedanken der Transmutation anhing. Transmutation ist jetzt gerade in - Dieses Jahr geht eine Versuchsanlage in Belgien in Betrieb.

Das war eine persönliche Kritik an Herrn Albrecht. Als Berater steht ihm das zu. Aber dass daraus abgeleitet werden kann, wir hätten dann in der Folge unter politischen Aspekten Gorleben ausgewählt - nein. Herr Naß hatte seine Meinung, der konnte die dem Herrn Albrecht gegenüber äußern - das war so -, und Herr Albrecht hat das zur Kenntnis genommen und hat sie eben nicht befolgt. Punkt.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank.

(Sebastian Edathy (SPD): „Unter den Beamten“, nicht „bei mir“!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

(Sebastian Edathy (SPD): „Unter den Beamten Überraschung“, nicht „bei mir Überraschung“ hat er geschrieben!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. In der Vorbesprechung zum 11.11. waren noch so viele offene Fragen, dass wir wohl votiert haben. In dieser Kabinettsvorlage vom 08.11. steht sicher eine Empfehlung drin, was beschlossen werden soll. Ich weiß es nicht, was da drin steht, weil ich die Kabinettsvorlage nicht zu fassen gekriegt habe. Wenn Herr Naß sagt, die Beamten waren überrascht -- Ich weiß es nicht, welche Beamten: ob das die Staatskanzlei war, die er als Leiter der Politischen Abteilung, ich sage mal, im Griff hatte, oder ob das also meine Leute waren oder der ML oder wer auch immer. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Vielen Dank. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt die 14-Uhr-Grenze erreicht. Wir haben vereinbart, dass wir um 14 Uhr jeweils für eine Stunde eine Pause einlegen und dann die Sitzung um 15 Uhr fortsetzen.

Herr Dr. Röhler, das bietet auch Ihnen die Gelegenheit einer kurzen Pause. Vielleicht mögen Sie auch einen Happen essen, um uns dann wieder zur Verfügung zu stehen.

Herzlichen Dank. Ich schließe die Sitzung bis um 15 Uhr.

(Unterbrechung von  
14.01 bis 15.06 Uhr)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Nachdem, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mir der zarte Hinweis zuteil wurde: „Wer früher beginnt, kann später aufhören“, wollen wir nach diesem Motto verfahren.

(Heiterkeit)

Ich eröffne unsere Nachmittagssitzung und erteile der FDP das Wort zu weiteren Fragen. Bitte, Herr Kollege Buschmann.

**Marco Buschmann (FDP):** Wir haben keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Keine weiteren Fragen. - Dann geht das Fragerecht sofort weiter an die Linken. Bitte schön, Frau Kollegin Voß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Professor Röhler, ich wollte Sie noch mal so in diese Zeit versetzen, damals 76, und habe hier - jetzt für den Ausschuss: aus MAT B 30 - aus dem Asse-PUA vom 4. März 2010 -- Da hat Herr Leisler Kiep vorgelesen aus seinem Tagebuch, und das ist doch ganz spannend, wenn man sich das mal so anhört. Er schreibt da vom 10. November 1976; das ist Seite 8 bis Seite 24 ungefähr.

Erst im Finanzministerium, dann Darlegung der Haushaltsdinge durch mich im Haushaltsausschuss von 10 bis 13 Uhr...

Und dann sagt er:

Im Finanzministerium Professor Mandel ...

Eine Frage: Kennen Sie Professor Mandel?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Wissen Sie, welche Funktion der --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Entweder war er Vorstandsvorsitzender von RWE oder Mitglied des Vorstands von RWE. Das war ein sehr bekannter Mann in der Energiewirtschaft.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja. Er war der Vorstandsvorsitzende.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wenn der bei Herrn Kiep war im Finanzministerium -- Herr Kiep war zu der Zeit Wirtschafts- und Finanzminister. Der war Doppelminister.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Also, er hat dort Professor Mandel empfangen.

..., die wegen der Entsorgungsanlage vorsprechen.

Also: Im Finanzministerium Professor Mandel empfangen, die wegen der Entsorgungsanlage vorsprechen. So schreibt Herr Leisler Kiep in seinem Tagebuch.

Neu ist, dass keine Probebohrungen nötig sind, da Wahn (Emsland) eindeutig als günstigster Standort feststünde.

Das war jetzt der Stand vom 10. November. -  
Und dann schreibt Herr Kiep:

Als ich meine Gedanken Lüchow-Dannenberg ins Gespräch bringe, höre ich zu meinem Erstaunen, dass dieser Ort in der Tat auch überprüft wurde, aber wegen der Nähe der Zonengrenze nicht in Frage käme.

Das war so der Stand am 10. November.

Wie kommt Herr Leisler Kiep darauf - - Also, er hat in seinem Hinterkopf Lüchow-Dannenberg und hört von der RWE: Es ist alles in Ordnung. Probebohrungen sind nicht nötig. Wahn ist der ausgewählte Standort.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dazu kann ich nichts sagen, welche Vorstellungen die Energiewirtschaft hatte. Ich weiß nur, dass die zu einer schnellen Standortentscheidung gedrängt haben. Ob die Energiewirtschaft der Meinung war, Wahn ist der günstigste Standort, das weiß ich nicht. Also, an mich ist nach meiner Erinnerung so was nicht herangetragen worden. Aber die Notiz in dem Tagebuch spricht dafür, dass damals Gorleben schon in der Diskussion war.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Aber weder der RWE bekannt noch in Berlin bekannt noch in den Vorlagen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das weiß ich nicht, ob das in Berlin bekannt war; denn die KEWA arbeitete ja für den Bund, und alle Untersuchungsergebnisse sind an den Bund weitergeleitet worden. An RWE, das weiß ich nicht. Es ist sicher mit PWK besprochen worden. Ob Gorleben dann von PWK weitergeleitet worden ist an RWE, das weiß ich nicht.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Dann frage ich noch mal ein bisschen weiter zum 22.11.76, MAT E, Band 19, die Seiten 138 bis 139. Da ist ein Gesprächsvermerk, vermutlich von Herrn Stühr an Sie, über die IMAK-Sitzung vom 22.11.76 [sic!], bei der das weitere Verfahren für die Standortauswahl vereinbart wurde:

Danach verbleiben ... 12 Standorte,

aus denen bis zum 29. November die vorläufige Standortauswahl erfolgen sollte. Dabei wird vorgeschlagen -

den Standort Börger

- sagt der Ihnen noch was? -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Börger ist Wahn.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** - Börger ist Wahn, ja -,

aufgrund seiner Lage ... (Erholungs-, Landschaftsschutzgebiet und Wassergewinnungsgebiet); ...

vorab auszuschließen. Dies ist erstaunlich, da bei Gorleben die gleichen Tatbestände - Erholungs-, Landschaftsschutzgebiet und Wassergewinnungsgebiet - nicht zum Ausschließen führten.

Können Sie sagen, warum die Kriterien so willkürlich angewendet wurden?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** In dem Kriterienraster, das ich vorhin vorgelesen habe, war Landschaftsschutz, Naturpark ein Kriterium, das in die Bewertung eingeht. Und, ich sage mal, rückschauend betrachtet, in der entscheidenden Kabinettsvorlage hat das Landwirtschaftsministerium seinen Beitrag geleistet und gesagt, Gorleben liegt am Rande. Ursprünglich war mal behauptet worden, es liegt mittendrin. Dieses habe ich also nicht geprüft, wobei nach der Kabinettsvorlage Wahn ausgeschieden ist, weil der Bund keine Teilverzichtserklärung abgegeben hat zum Schießplatz, wegen des Tieffluggebiets etc. und man nicht wusste: Welches ist das Zielgebiet? Welche Granaten werden geschossen? Wie viele Irrläufer gibt es da? Das waren eigentlich die Ausschlusskriterien plus Sonderwaffendepot mit Schusswaffengebrauch. Das überrascht mich, dass da also Wahn jetzt aus Naturschutzgründen ausgeschlossen worden ist; denn Wahn, wenn ich da noch mal nachgucke - - Meines Wissens hatte Wahn mit Naturschutz *nicht zu tun.*

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Hier steht:

... aufgrund seiner Lage ... (Erholungs-, Landschaftsschutzgebiet und Wassergewinnungsgebiet); ...

vorab auszuschließen. Bei Gorleben sind, wie gesagt, die gleichen Tatbestände, und das hat da nicht zum Ausschließen geführt. Es hatte ja mal ganz am Anfang zum Ausschließen geführt, weil es ja in der ursprünglichen Studie auch gar nicht auftauchte.

Dann haben wir ja das gleiche Phänomen: Das gilt auch für die Teufenlage. Das ist eines der fünf wichtigsten Vorauswahlkriterien. Da in Gorleben ja die höchste Erhebung des Salzstocks bis 133 Meter unter die Erdoberfläche aufragt, hätte eigentlich keines der geologischen Auswahlverfahren auf die Idee kommen können, Gorleben auszuwählen. Denn alle anderen Salzstöcke, die eine geringere Teufenlage als 250 oder 300 Meter hatten, wurden vorab aussortiert. Hat man diese geologischen Eckdaten nicht gekannt, oder hat man die ignoriert?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die geologischen Eckdaten sind festgelegt worden mit dem Landesamt für Bodenforschung, mit der BGR und mit dem Oberbergamt, und da war die Ansage: Bergwerke unter 500 Meter sind problematisch. Und Gorleben liegt meines Wissens 300 Meter unter der Erdoberfläche.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): 133!)

- Ja, also. Dann liegt es also günstig. Bis zu 500 Meter alles günstig, unter 500 Meter ungünstig.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Noch mal eine Frage zu Wahn. Ich habe das gerade hier in der Kabinettsvorlage:

#### 4. Landespflege/ Erholung

Belange der Landespflege sind nicht betroffen. Rd. 5 km westlich in der Emsniederung befinden sich Erholungsorte.

Das ist der Beitrag vom Landwirtschaftsministerium zu dem Thema Landespflege und Erholung.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röhler, wer hat denn damals, im Frühjahr 76, die KEWA zu weiteren Untersuchungen beauftragt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben nach meiner Erinnerung -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Bundesebene oder die Landesebene?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - die Standorte überspielt.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Bundesebene oder die Landesebene?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Auftrag an die KEWA ging von der Bundesregierung.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Von der Bundesregierung. - Warum hat die Bundesregierung das gemacht, obwohl sie dann anschließend mit drei Standorten wieder kommt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, die KEWA sollte ja das ganze Bundesgebiet abgrasen und aus dem Bundesgebiet die aus der Sicht der KEWA optimalen Standorte - -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber das hatte sie ja schon gemacht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das hatte sie gemacht.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In der eigentlichen KEWA-Studie.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So. Die drei Standorte hatten, auf Deutsch gesagt, Mängel, und deshalb haben wir gesagt: Gibt es vielleicht noch bessere? Und dann sind die überspielt worden, und die KEWA hat die dann untersucht. Wir haben der KEWA keinen Auftrag gegeben, sondern wir haben gesagt: ~~und dann haben wir gesagt: Sie haben die drei Standorte untersucht.~~ 14

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja. Das habe ich. - Herr Dr. Röhler, mir fehlt die logische Klammer. Die Bundesebene hat aufgrund der umfassenden KEWA-Studie drei Standorte, die sie für in Ordnung hält. Die Landesebene sagt: Nein, nein, wollen wir nicht. Guckt mal weiter. - Dann guckt die Bundesebene, gibt den Auftrag an die KEWA, nach Ihren Worten, weiter zu schauen. Die KEWA schaut und



bringt was, was die Bundesebene aber völlig ignoriert. Also die Bundesebene hat sich auf diese drei Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh festgelegt. Warum beauftragt sie dann die KEWA, noch mal weiter zu suchen, und ignoriert das Ergebnis aber dann?

*mehr als*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, ob die KEWA dann aus eigenem Antrieb die Untersuchung vorgenommen hat, um Standorte zu präsentieren, die besser sind. Von uns, von Landesseite, gab es jedenfalls schon vorher diese drei Standorte.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Wenn es die KEWA aus eigenem Antrieb gemacht hat, um noch mal was zu präsentieren, dann muss ich noch mal auf das vorhin schon angesprochene Bohrprogramm kommen - das ist übrigens, für das Protokoll, MAT A 99, Band 20, Paginierung 72 bis 76 -, wo die KEWA dem Forschungsministerium ein ausführlich gearbeitetes, dargestelltes Bohrprogramm für die drei Standorte Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh vorlegt, mit Zeitplan, mit „Da brauchen wir so und so viele Geräte“. Warum? Wenn sie vorher aus eigenem Antrieb sagt: „Jetzt untersuchen wir noch mal, wir finden nach diesen Untersuchungen einen neuen Standort; der ist viel besser als die anderen drei“, warum legt sie dann, und zwar kurz vor dem 11.11., nämlich am 05.11., dem Bundesforschungsministerium ein Bohrprogramm für die drei gerade von ihr selber als schlechter titulierten Standorte vor?

*6*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wobei ich vorhin schon gesagt habe: Das Ganze überrascht mich, weil im August, am 8. oder 10. August, Herr Kiep und Herr Matthöfer einig waren, es wird nicht mehr gebohrt, und auf Fachbeamtenebene dann in der Folge auch vereinbart worden ist, dass vor Antragstellung keinerlei Bohrungen mehr stattfinden, sondern die Erkenntnisse, die ohne Bohrung vorliegen, in den Entscheidungsprozess eingehen. Mir ist das völlig unverständlich.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber, Herr Dr. Röhler, Sie haben vorhin selber was anderes dargestellt, nämlich dass die drei Minister zu dieser Besprechung am 11.11. kamen, mit der Pistole, der indirekten - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So habe ich das gehört. Ich war nicht dabei.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nicht mit der indirekten, sondern - wie sagt man? - mit der symbolischen Pistole auf die Brust von Albrecht und sagen: Wir bohren an allen drei Standorten, legen da los. - Dazu würde ja passen, dass sie sich ein Bohrprogramm machen lassen, damit sie wissen, wie man dann auch wirklich loslegen kann, sozusagen die Munition für die Pistole.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann sein, dass das in die Strategie von Herrn Matthöfer, der vorgeschlagen hatte: „Wir machen das im Stoßtrupunternehmen“, reinpasste, um die Landesregierung richtig zu überrollen. Die Strategie ging nicht auf, weil die Landesregierung nicht mitgespielt hat.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber was noch weniger aufgeht, ist irgendeine Logik, dass die KEWA eine Nachbetrachtung angestellt hätte, eine weitere Untersuchung, aus der anschließend Gorleben herauskam, wenn sie dann mit diesem Bohrprogramm für die drei Standorte kommt und sich ja auch diese angeblich - ich sage es jetzt mal so - fortführende KEWA-Studie nirgendwo niederschlägt. Ich meine, dieser Auftrag muss ja auch irgendwo - - Der muss ja bezahlt worden sein. Da müsste es doch irgendetwas - - Wenn schon kein Bericht, den man irgendwo finden kann - - Da müsste sich doch irgendetwas wie ein Auftrag, eine Rechnung in diesen umfangreichen Akten finden lassen. Stimmen Sie mir da zu?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen nur zustimmen in der Richtung, dass diese Unterlagen in den KEWA-Akten sein müssen; denn die KEWA hat ja gearbeitet; da muss es Unterlagen bei der KEWA geben. Ich weiß nicht. Ich habe in Niedersachsen in den Unterlagen von der KEWA nichts gefunden. Deshalb kann ich nur sagen: In den KEWA-Unterlagen nachgucken. Da muss was sein.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, Sie teilen das mit uns. Wir

finden auch nichts trotz heftigen Suchens. Viele Leute sitzen da dran.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Haben Sie denn die KEWA-Akten?

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, ich sage jetzt mal: Sie haben sich ja aus den Akten der niedersächsischen Landesregierung jetzt vorbereitet. Das haben Sie zu Beginn gesagt. Ich meine, da wird wahrscheinlich auch die Studie von Herrn Tiggemann drin gewesen sein. Das ist ja das erste Mal, dass wir eigentlich konfrontiert wurden, so die Bürgerin und der Bürger oder auch wir Abgeordnete, dass es diese Nachbetrachtung gegeben hätte.

Nun haben Sie ja damals im Asse-PUA, als Sie als Zeuge vernommen wurden, ausgesagt, dass Sie sich nun gar nicht erinnern können an die Umstände von Gorleben. Darauf hätten Sie sich jetzt auch nicht vorbereitet, es sei ja auch lange her. Das verstehen wir auch alles. Nicht, dass ich da falsch verstanden werde. Es ist völlig klar. Ich möchte auch nicht gezwungen werden, mich an jede Einzelheit von vor 33 Jahren zu erinnern.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wenn ich anmerken darf: Ich war geladen zu Asse und nicht zu Gorleben.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ganz genau. Das sage ich ja gerade.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Deshalb war ich a) nicht vorbereitet, und b) hatte ich zu Gorleben keine Aussagegenehmigung. Das habe ich dann gesagt.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe das Protokoll nachgelesen. Da haben Sie sich nur darauf bezogen, dass Sie sich darauf ja jetzt nicht vorbereitet haben. Sie haben nicht gesagt, Sie dürfen nicht aussagen, sondern, Sie können sich da an nichts erinnern.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich meine, ich hätte da auch noch den Hinweis gegeben.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wäre es denn nicht vorstellbar,

dass Sie die Darlegungen in der Studie von Dr. Tiggemann irgendwie so überzeugend fanden, dass Sie dachten: „Ja, so wird es wohl gewesen sein“?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Nein, nein, nein, nein. Ich habe mich sehr genau in die Akten eingearbeitet, und das, was ich hier vorgetragen habe, aus Erinnerung plus Aktenunterlagen -- Das, was ich Ihnen gesagt habe, das ergibt sich aus den Akten, die im niedersächsischen Umweltministerium sind. Die Studie von Herrn Tiggemann hat mich nicht beeindruckt. Ich bin selbst mal Richter gewesen, und ich habe gelernt: Tatbestand, Tatbestand, Tatbestand, und alles andere ist uninteressant. Und deshalb bin ich in die Akten eingestiegen -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So geht es uns auch.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - und habe deshalb mich auch vorbereitet auf heute anhand der Akten, die ich vorgefunden habe, und habe auch moniert, dass Akten fehlen. Und ich werde weiter monieren, nachdem ich also hier gesehen habe, es gibt eine Kabinettsvorlage. Da fühle ich mich nicht gut unterstützt bei der Aktensuche.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhler. - Damit sind wir am Ende der dritten Runde, steigen ein in die vierte Berliner Runde. Das Wort geht wieder an die Unionsfraktion. Bitte schön.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Ich habe nur eine kurze Frage. Es gibt hier - die Zitierstelle ist MAT A 95, Band 10, Blatt 175 ff. - einen, wenn man so will, zusammenfassenden Vermerk von Herrn Ollig „Hintergrundinformationen zur Auswahl von Salzstöcken zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“. Da findet sich auf Seite 180 ein Hinweis, dass die Bedingungen für die KEWA-Studie sich offenbar auch geändert haben, einmal hinsichtlich der Bevölkerungsdichte und dann aber auch hinsichtlich der Einführung von Jodfiltern und Aerosolfiltern. Das kann ich nun fachlich nicht bewerten.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Das ist MAT A 95, Band 10, Seite 175 ff., und ich habe von Seite 180 zitiert.

(Ute Vogt (SPD): Ich wollte das Datum wissen!)

- Das ist aus dem Jahre 1981. Das ist aber völlig irrelevant, weil das ist eine Darstellung, wie ich sagte, des Auswahlprozesses. Hat sich denn Ihrer Kenntnis nach -- Das kann man daraus ja entnehmen, weil eben gesagt wurde, die 1976 durchgeführten Untersuchungen beinhalteten unter anderem eine Prüfung der Vorgaben und der Eingabedaten. Kann es sein, dass die KEWA auch deswegen eine solche zusätzliche Studie gemacht hat, weil sich einfach auch die Bedingungen geändert haben, die verlangt waren, sodass der Kreis der infrage kommenden Standorte auch anders zu ziehen war?

*zu oben*  
*11. Standort*  
*von*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, nach meiner Erinnerung hatte die KEWA zwei Bewertungssysteme. Das zweite ist entwickelt worden, nachdem die drei Standorte bekannt waren, und dann, bei der Bewertung dieser elf Standorte, sind die Standorte nach meiner Erinnerung durch beide Bewertungsfilter gelaufen. Deshalb gibt es auch in den Akten einen Hinweis, dass Gorleben auch nach beiden Bewertungungsverfahren zu den drei Standorten, ~~das ich weiß~~ *in* nicht optimiertes Verfahren - ~~Verfahren~~ auf Platz 1 liegt.

- Inwieweit dieses Bewertungungsverfahren geändert worden ist, in welchen Einzelheiten, das kann ich Ihnen im Moment jetzt nicht sagen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Keine weiteren Fragen bei der Union?

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Nein, keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:**  
Gut. - Dann geht das Fragerecht an die SPD. Bitte schön.

**Ute Vogt (SPD):** Ich muss da auch noch mal nachhaken. Für Ihre These, die Sie ja nun mehrfach vorgetragen haben, dass es im Grunde schon lange vor November 76 eine Untersuchung von Gorleben gegeben habe, gibt es ja im Grunde in den Akten einen einzigen Hinweis, will ich mal sagen. Das war

die vorhin von Kollege Grill [sic!] zitierte Telefonnotiz.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) - Heiterkeit)

- Ach so, Grill. Natürlich Grindel. Das gibt sich aber, glaube ich, nicht so viel. - Jedenfalls ging es mir um den zitierten Vermerk. Mir geht es darum -- Jetzt haben Sie mich ganz herausgebracht vor lauter „Herr Grill“.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben angefangen!)

Also noch einmal: Es gibt praktisch nur diesen Vermerk zur Telefonnotiz, und ansonsten gibt es in keinem offiziellen Vermerk und auch gar nicht in irgendeiner Untersuchungsakte einen Hinweis, dass Gorleben untersucht worden ist. Selbst die KEWA und andere amtliche Vermerke sind im Grunde bis kurz vor dem Ministergespräch immer ohne Gorleben vorgelegt worden. Also alles, was vorliegt in den Akten - das haben Sie ja selbst auch beklagt -, da findet man das Stichwort Gorleben nicht. Könnte es sein, dass man bewusst darauf verzichtet hat, diese zusätzliche Untersuchung von Gorleben zu dokumentieren?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das halte ich für ausgeschlossen; denn wenn die KEWA sagt, Gorleben ist auf Platz 1 nach zwei verschiedenen Bewertungungsverfahren, dann muss bei der KEWA ein Papier vorhanden gewesen sein, das dieses ausweist.

Der zweite Punkt: Ich habe in der Mittagszeit wirklich darüber nachgedacht, nachdem ich die Kabinettsvorlage vom 08.11. gesehen habe, die eine reine Sachverhaltsdarstellung ist, wie Gorleben da einge spielt worden ist. Ich weiß es nicht, aber ich könnte mir eine Vermutung vorstellen dergestalt: da wir im Vorfeld wussten, dass das ein Stoßtruppunternehmen werden sollte, dass möglicherweise, um dieses Stoßtruppunternehmen zu stoppen, der Bund kalt konfrontiert worden ist - Verhandlungstaktik - mit Gorleben, um dem Bund deutlich zu machen: Wenn du mit den drei Standorten kommst, benennen wir Gorleben, das nach deiner eigenen Auswahl, nach deinem eigenen Unternehmen oder nach dem von dir beauftragten Unternehmen einen Spitzenplatz hat, um Luft zu kriegen, unsere eigenen Untersuchungen, die wir mit dem IMAK dann in der Folge durchgeführt haben, in Ruhe durchführen zu können.

*durch ihn* Das ist eine Vermutung. Da war irgendwas. Es geht mir im Kopf, aber ich kriege es nicht mehr zusammen, dass da noch was war. Es war keine Kabinettsitzung. Dann war ein Ministergespräch, und in der Staatskanzlei rumorte es. Sie haben auf den Vermerk von Herrn Naß hingewiesen. Herr Naß war sehr vertraut mit dem Ministerpräsidenten. Da ist irgendwas gewesen, dass Gorleben als Überraschungsmoment gegenüber dem Bund ausgespielt werden sollte. Aber ich kriege das einfach nicht mehr zusammen.

**Ute Vogt (SPD):** Aber das würde doch meine Vermutung unterstützen, dass man möglicherweise bewusst das Stichwort Gorleben lange Zeit nicht in den Akten vermerkt hat; denn eine Telefonnotiz ist ja kein richtig amtlicher Nachweis.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, gut; es ist aber namentlich in den Akten.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, gut.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur sagen: Die Akten sind nicht vollständig. Deshalb kann ich nicht sagen: „Es ist in den Akten kein Hinweis auf Gorleben“, weil die Akten nicht vollständig sind. Ich habe selber Notizen, wo Gorleben angesprochen worden ist.

Das ist jetzt eine Einschätzung - ich kriege das aus der Erinnerung nicht zusammen -: Wir hätten Gorleben mit Sicherheit nicht in die Diskussion gebracht, wenn das eine Platzpatrone gewesen wäre. Da steckte schon mehr dahinter; denn einfach nur zum Bluffen - bei dem Sachverstand vom BMFT und vom BMI - brauchten wir nicht anzutreten. Die waren international vernetzt. Die hatten ihre sachverständigen Gutachter. Da wäre über meinen Tisch keine Platzpatrone gelaufen; denn - ich habe Ihnen vorhin gesagt, ich war Richter: also Tatbestand, Tatbestand - ich lasse mich nicht vorführen.

**Ute Vogt (SPD):** Sie nannten vorhin das Wort „Stoßtrupppverfahren“. Wenn Sie mir erläutern könnten, was Sie damit meinen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Da geht man mit einem klaren Ziel hin, und dann wird einfach umgerannt und gesagt: Das ist es, und wir gehen nicht raus, bevor hier die Entscheidung gefallen ist.

**Ute Vogt (SPD):** Halten Sie es für denkbar, dass, weil ja bekannt war, dass grenznahe Anlagen auf Bedenken stoßen, man gehofft hat, dass, wenn man sagt: „Gorleben oder sonst keinen“, möglicherweise der Bund sagt: „Da sind unsere Vorbehalte wegen der Grenznähe so groß, dass dann eben keiner in Niedersachsen infrage kommt“, dass man also versucht hat, zu sagen --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir hatten gewusst, dass ~~das~~ grenznah ist. Die Geschichte in Lüttau war uns bekannt.

**Ute Vogt (SPD):** Ja. Ich meine nur: Wenn Sie sagen - wofür ja manches spricht -, dass man einen Überraschungsmoment gegenüber dem Bund wollte und sagte: „Da habt ihr jetzt was; das bieten wir euch an“, war möglicherweise die Überlegung, dass man sagt: „Wir haben hier was angeboten“, wissend oder hoffend, dass der Bund genau diesen Standort nicht möchte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Für uns war entscheidend: Es war der geeignetste Standort. Und deshalb ist der auf den Tisch des Hauses gelegt worden; weil wir der Meinung waren: Das, was politisch vom Bund kam, das ist regelbar, besprechbar. Und das ist eine Einschätzung, wie man mit den Leuten von der DDR verhandeln kann. Wir waren nicht ganz unerfahren. Wir hatten jedes Jahr die Messe. Da kamen die ganzen Leicht-, Schwerbau- und Energie- und sonstige Minister. Man kannte sich. Und da ist auch manches en passant, außerhalb der üblichen Kanäle geregelt worden. Von daher waren wir, ohne dass wir mit denen Vorbesprechungen hatten, mit mehr als 50 Prozent der Einschätzung, dass das, was da ansteht, mit der DDR geregelt werden kann.

**Ute Vogt (SPD):** Nun war ja die Beauftragung der KEWA offiziell eine Sache des Bundes. Können Sie beschreiben, wie die Landesministerien mit der KEWA zusammengearbeitet haben? Also, da muss es ja auch Kontakte gegeben haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Man hat sich getroffen. Man hat sich besprochen. Da gab es Kontakte. Die kamen primär zu uns ins Ministerium und haben sich da mit Herrn Stühr, mit Herrn Chojnacki oder mit den Leuten vom Landesamt für Bodenfor-

schung ausgetauscht. Also, ich sage mal: Das lief auf einer informellen Besprechungsebene. Es muss da auch Papiere geben. Man muss da bei der KEWA -- Ich weiß nicht, ob Sie die Möglichkeit haben, bei der KEWA mal einfach abzuräumen.

**Ute Vogt (SPD):** Wir haben es versucht. - Danke schön. Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich will daran gerne anknüpfen. Dieses Gespräch vom 11.11.76 hat ja in demselben Jahr stattgefunden, in dem Ernst Albrecht als CDU-Ministerpräsident Alfred Kubel abgelöst hat, der vorher eine SPD-geführte Regierung geleitet hatte. Können Sie sich noch erinnern, wann die Wahl von Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten stattgefunden hatte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die muss im Januar oder Februar gewesen sein. Ich meine, Anfang Februar. Nein, Moment.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ist korrekt, der 6. Februar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der dritte Wahlgang war Ende Januar, Anfang Februar.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das war am 6. Februar 1976.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sebastian Edathy (SPD):** Es findet sich in den Akten - das ist MAT A 102, Band 8, Teil 2, Paginierung 112 ff. - ein Text von Herrn Stuhr aus Ihrem damaligen Ministerium, der Folgendes besagt - ich zitiere aus der ersten Seite -:

Den Akten des Ref. 23 sind keine Anzeichen dafür zu entnehmen, daß der ehemalige Ministerpräsident Kubel sich für den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen eingesetzt hat. Es ist auch sonst kein Sachverhalt bekannt, der auf eine entsprechende Äußerung hinausläuft.

Entspricht das Ihrer Erinnerung?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Diesen Aktenvermerk kenne ich, weil ich gesagt

habe: Bevor ich daherkomme, gucke ich alles durch. - Den kenne ich. Dies kam hoch, weil Herr Matthöfer sich gegenüber Herrn Albrecht darauf berufen hat, dass Herr Kubel eine Zusage gegeben habe, in Niedersachsen ein nukleares Entsorgungszentrum zu errichten.

**Sebastian Edathy (SPD):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gab aber in der Regierungszeit SPD/FDP unter Ministerpräsident Kubel keinerlei Stopp, dass das Projekt auf Fachebene nicht angefasst werden dürfe, sondern das ist auf Fachebene das ganze Jahr 75 durchgelaufen. Aber: Diesen Vermerk kenne ich. Und es wurde in den Unterlagen des Wirtschaftsministeriums nichts gefunden. Ich gehe davon aus, dass man in der Staatskanzlei auch nichts gefunden hat.

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, ich meine: Wenn ich den Vermerk für bare Münze nehme, sagt er ja aus, dass es in der Regierungszeit von Kubel - in Klammern: SPD - bis einschließlich 5. Februar 1976 keine Zusage gegeben hat.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Keine Unterlagen für eine Zusage.

**Sebastian Edathy (SPD):** Da muss ich doch noch mal sagen:

Den Akten ... sind keine Anzeichen dafür zu entnehmen, daß der ... Ministerpräsident Kubel sich für den Bau des Entsorgungszentrums in Niedersachsen eingesetzt hat. Es ist auch sonst kein Sachverhalt bekannt, der auf eine entsprechende Äußerung hinausläuft.

Das ist ja eine relativ klare Aussage.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, den Akten sind keine Anhaltspunkte zu entnehmen. Okay. *In der Akte gibt es aber auch mündliche Zusagen*

**Sebastian Edathy (SPD):** Dann haben wir also den 6. Februar 76. Und dann wird alles plötzlich anders - bis eben zum 11.11.76, wo Niedersachsen plötzlich eine Kehrtwende macht und nicht nur sagt, man ist bereit, darüber zu reden, sondern auch noch konkrete Vorschläge macht.

*sonach im  
17.5. wegen  
dem 11.11.  
aufgestellt  
worden.*

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dem mit der Kehrtwende nach dem 06. widerspreche ich, denn auf Beamtenebene ist das Projekt weitergelaufen. *6.2.1. schon 1975 ist das klar*

**Sebastian Edathy (SPD):** Nein, ich will das kurz im Zusammenhang darstellen. Dann können Sie sich auch im Zusammenhang dazu äußern. Ich finde es nämlich relativ interessant, das wir in den Akten - MAT A 64, Band 17, Paginierung 214 - diesen Vermerk vom Abteilungsleiter Reaktorsicherheit aus Bonn vom 15. November 76 über das Gespräch vom 11. November 76 in Hannover finden. In diesem Verkehr aus den Reihen der Bundesregierung heißt es - das ist Paginierung 215 -:

Alles deutete darauf hin, daß nicht einmal die Bekundung einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Aufnahme des Entsorgungszentrums in Niedersachsen zu erwarten war. Dieser Eindruck war noch am letzten Tag vor dem Ministergespräch durch den Text eines von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Naß aus der Staatskanzlei entworfenen Beschlussvorschlages bekräftigt worden.

Ministerialdirigent war er. - Also: Die Überraschung war also sehr groß.

Und dann heißt es in diesem Vermerk - Abteilungsleiter Reaktorsicherheit - zudem:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gespräches

- also später in der Unterredung -

eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt,

- Gorleben taucht also nicht mehr als Begriff auf; offenbar war die Überraschung wirklich sehr ausgeprägt -

an der Niedersachsen sehr interessiert erschien.

Wie kam es zu dieser plötzlichen, offenkundig mindestens aus Sicht des Bundesinnenministeriums überraschenden Positionsveränderung in Niedersachsen zwischen dem 6. Februar 1976 und dem 11. November 1976?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dass zwischen dem 6. Februar 76 und dem

11.11. ein Zusammenhang besteht, bestreite ich; denn wir haben vor dem 06.02. an der Sache gearbeitet, und nach dem 06.02. ging es nur darum: Hat Herr Kubel eine Zusage gegeben, wie Herr Matthöfer behauptet hat, ja oder nein? Das war ein völlig losgelöster Komplex. Das, was Sie angesprochen haben -- Ich habe darauf hingewiesen: Herr Naß hat dem Ministerpräsidenten seine Meinung vorgetragen. Wer Herrn Naß kennt, weiß: Der hat das mit Intensität vorgetragen. Das konnte er. Und der Ministerpräsident hat eben dann anders entschieden als sein Berater Naß. Kommt vor.

**Sebastian Edathy (SPD):** Warum?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Weil er aus anderen Gründen, die ich nicht kenne - ich war nicht dabei - zu dem Ergebnis gekommen ist, möglicherweise auch in der zweistündigen Besprechung mit den Ministern, sodass er gesagt hat: Okay, dann mache ich, dann macht das Land Niedersachsen einen Vorschlag. Diese Diskussion, die unterschiedlichen Meinungen in der Staatskanzlei, die halte ich für normal. Das kommt vor, dass man mit seinen Beratern unterschiedlicher Meinung ist. Und wenn Herr Naß den Ministerpräsidenten anschließend wegen seiner Entscheidung kritisiert hat, dann ist das eine Meinung von Herrn Naß. Der Ministerpräsident hat eben anders entschieden und hat Herrn Naß zu verstehen gegeben: Ich bin anderer Meinung. Das ist sein gutes Recht. *7*

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich kann leider nicht nachfragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. Genau.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ansonsten mutmaßt der Zeuge ja auch ganz gerne, was Motivlagen betrifft. In dem Fall wohl nicht.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** In der nächsten Runde, Herr Edathy, haben Sie ja sicherlich noch mal Gelegenheit. - Das Fragerecht geht jetzt zunächst an die FDP-Fraktion.

(Angelika Brunkhorst (FDP): Keine weiteren Fragen!)

- Keine weiteren Fragen. - Dann geht es weiter an die Linken. Frau Voß.



**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön. - Ich will Sie noch mal zu dem Sommer befragen. Im August 1976 haben Sie einen Brief geschrieben. Das ist eine Kabinettsvorlage. Fürs Protokoll: MAT A 102, Band 26, Seiten 75 und 76. Sie haben da geschrieben:

Ich bitte das Kabinett, folgender Vorlage zuzustimmen:

Und dann haben Sie den Projektstand Gorleben, also das Projekt „Entsorgungszentrum für Kernbrennstoffe“ erläutert. Da steht jetzt:

1. Projektstand

Mit Schreiben vom 1. März 76 hat Herr Staatssekretär Dr. Röhler die Mitglieder der Landesregierung über Planungen unterrichtet, in Niedersachsen eine Entsorgungsanlage für Kernkraftwerke zu errichten. Einzelheiten des Projektes hat die Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (PWK) in einer Broschüre dargestellt, die in Fotokopie beigelegt ist.

Nach in den letzten zwei Jahren für die gesamte Bundesrepublik durchgeführten Voruntersuchungen kommen aufgrund erwarteter Salzvorkommen drei Standorte für den Bau der Anlage in Betracht, die sämtlich in Niedersachsen liegen: Börger im Landkreis Aschendorf, Lichtenhorst im Landkreis Nienburg und Fallingb. sowie Stüdtlohe im Landkreis Celle, auch Lutterloh genannt. Die genauere Begutachtung dieser Standorte kann nur auf der Basis umfangreicher Bodenbohrungen erfolgen, die zurzeit durchgeführt werden.

Das heißt also: Im August 76 wurden an diesen drei Standorten bereits Bohrungen durchgeführt. Das können Sie so bestätigen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann nur bestätigen: In Wahn ist gebohrt worden. Ob in Lutterloh gebohrt worden ist, das weiß ich nicht. Eine Bohrstelle ist besetzt worden. Da konnte nicht mehr gebohrt werden. Und an einem anderen Standort sollte gebohrt werden. Ich kann aber nicht genau sagen, ob dort gebohrt worden ist. Nach meiner Erinnerung haben die ein bisschen gebohrt, aber nicht viel, und dann mussten sie das Feld räumen, weil die Bürgerinitia-

tiven tätig geworden sind und Bohrungen blockiert haben. Es gab Bohrungen, aber meines Wissens nicht überall. Und in welchem Umfang die vorgenommen worden sind, das weiß ich auch nicht.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ich kann mal weiter von dieser Vorlage vorlesen. Die haben Sie damals gezeichnet:

i. V. gez. Dr. Röhler.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist vom 11. August?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja. - Und:

Bohrungen sollen dagegen nur die Klärung ermöglichen, inwieweit drei näher ins Auge gefasste Standorte tatsächlich die geologischen Voraussetzungen für die geplanten Anlagen bieten. Die Bohrarbeiten werden circa vier Monate in Anspruch nehmen.

Das heißt, da waren in den betroffenen Kreisen auch schon Informationen gegeben worden. Es war ein Prozess in Gang gesetzt worden. „Aber verschiedene Bürgerinitiativen agieren inzwischen gegen das Projekt“, lese ich hier. - Und dann:

Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung wird angestrebt, die atomrechtlichen Genehmigungen spätestens im Frühjahr 77 zu beantragen, um bis 82 dann die erforderlichen Brennelemente-Lagerbecken errichten zu können.

Da war ja noch an Nasslager gedacht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, ja, da war noch - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Und wann haben Sie dann - - Also, jetzt haben wir diesen Punkt, den Sommer 76 und Bohrungen, und man meint, so ans Ziel zu kommen. Heftigste Proteste. Man bricht die Bohrungen ab. Das Gutachten gibt nichts anderes her als diese Standorte. Wie kommt jetzt Gorleben - - Wie haben Sie von Gorleben gehört?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das muss nach der Kabinettsvorlage gewesen sein, nach dem 11.08. Entweder Ende

August oder September ist Gorleben mir bekannt geworden als -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Idee.

*gaps*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - Platz eins bei der KEWA. Die Kabinettsvorlage vom 11.08. war infolge eines Informationslecks im Grunde überflüssig geworden zum Punkt eins, dass gebohrt wird, weil am 10.08. Herr Kiep mit Herrn Matthöfer einen Bohrstopp vereinbart hatte: Es wird nicht mehr gebohrt. Der Rest war dann die Einsetzung der interministeriellen Arbeitsgruppe. Das lief. Aber die Bohrungen, das war durch die Entscheidung oder die Vereinbarung 10.08. erledigt.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Es war ja jetzt so, dass man an diesen drei Standorten an die Bürger herangegangen ist mit dem Plan, dort wird ein NEZ und ein Endlager errichtet werden. Und da waren sofort diese massiven Proteste da. Hat man sich dann für den neuen Standort, der dann ja ins Spiel kam, also sich in der Hinterhand auftrat, ein anderes Vorgehen -- Genau das Gleiche sollte wieder versucht werden, und man hat in Gorleben keinen Protest erwartet?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Doch, doch, doch. Wir hatten an den Standorten überall Proteste, wobei nicht gesagt worden ist: „Da wird das errichtet“, sondern: Es laufen Bohrungen zur Voruntersuchung, ob der Standort geeignet ist.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja, auf dem Standort sind --

*wollen*  
**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wir haben dann diese -- Sagen wir mal: Der interministerielle Arbeitskreis, der hat absolut vertraulich getagt, weil in Niedersachsen die Ministerialbürokratie zum Teil durchlässig ist wie ein Schweizer Käse; alle *gerne* Beamte, aber von der Amtsverschwiegenheit wollen sie nichts wissen. Teile früherer Kabinettsvorlagen sind in der Zeitung veröffentlicht worden. Dann gab es diesen berühmten Herrn Rieger, *der die Leute* irgendwie an der Leine hatte, sodass Interna -- Wenn man nur anfang, zu denken, hat er es zu Papier gebracht. Man konnte davon ausgehen, irgendeiner hat das entweder über seine Ortsgruppe an seine Partei geleitet oder es stand

bei Herrn Rieger. Deshalb ist auch -- Ich bin im Ausschuss für Asse attackiert worden, *von mir* *wurden* ~~weil ich~~ das alles für streng geheim erklärt habe. Weil ich diese Zwischenschüsse los sein wollte, damit man in Ruhe arbeiten konnte.

Allerdings muss ich sagen: Gorleben ist auch irgendwie durchgesickert, aber nach meiner Einschätzung über den Bund zu Herrn Bruns, der früher Landwirtschaftsminister war; denn der erschien plötzlich im Landtag, und dann brach die Debatte über Gorleben los. Aber Gorleben ist, ich sage mal, in der interministeriellen Arbeitsgruppe erarbeitet worden. Wir sind auch nicht mit den sieben Standorten, die zum Schluss in die Kabinettsvorlage im Dezember reingegangen sind, an die Öffentlichkeit gegangen, sondern es sollte in Ruhe interministeriell gearbeitet werden, unter Ausschluss nachgeordneter Behörden. Dann hat sich das auf vier reduziert. Und da durften nachgeordnete Behörden eingeschaltet werden, aber auf streng vertraulicher Basis.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich sage auch Danke schön und gebe das Rede-recht an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Frau Vorsitzende. - Dr. Röhler, Sie haben erwähnt, dass Sie früher Richter waren.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und wir sitzen jetzt hier als Abgeordnete im Untersuchungsausschuss in so einer ähnlichen Position und haben eine ähnliche Aufgabe. Ich muss Ihnen sagen: Ich persönlich gehe in dieser Funktion davon aus, dass die Zeugen bis zum Beweis des Gegenteils die Wahrheit sagen - Sie selbstverständlich auch -, dass die Aktenvermerke aus deutschen Ministerien bis zum Beweis des Gegenteils richtig sind und dass die Akten von deutschen Behörden der Aktenintegrität folgend - da können vielleicht mal zufällig ein oder zwei Blatt verloren gehen - nicht systematisch verändert worden sind.

Bei diesen positiven Unterstellungen versuche ich jetzt, alles so zusammenzubringen,

dass es passt. Und dann stelle ich fest: Sie erzählen uns, ab Februar/März 76 habe das Wirtschaftsministerium auf eine Erweiterung der Untersuchungen hingewirkt. Dazu gibt es keinerlei Akten. Sie hätten 20 bis 25 Orte gesucht. Dazu gibt es keine Unterlagen. Sie hätten den Bund gebeten, die KEWA zu beauftragen, die zu untersuchen. Dazu gibt es keine Unterlagen, weder bei der KEWA noch beim Bund. Es gibt, sagen Sie, ein Ergebnis mit Gorleben als besonders günstig, das wir nicht haben und nicht kennen. Es gibt aus dieser Zeit nur einen Aktenvermerk über ein Telefongespräch. Deswegen drängt sich für mich, gerade nachdem Sie zum Schluss gesagt haben, bei Ihnen in Niedersachsen, in den Ministerien durfte man nichts niederschreiben, wenn man es geheim halten wollte, weil es sonst rausgegangen ist -- Wenn man Ihnen glauben will - und ich will Ihnen glauben, aber auch den Akten und den Unterlagen -, dann drängt es sich auf, dass im Wirtschaftsministerium die Entscheidung getroffen worden ist, nachdem Sie das Amt im Februar mit der neuen Regierung übernommen haben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich war vorher schon dort.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich sage es mal mit meinen Worten: Wir werden unter der Hand und ohne Akten mal prüfen lassen, ob es nicht noch andere Standorte gibt. - Und deswegen sollte -- und ist alles ohne Unterlagen gelaufen. Und dieser Aktenvermerk über das eine Telefongespräch war irgendwie ein Betriebsunfall. Er ist sicherlich wahr, aber es ist ein Betriebsunfall, dass es ihn überhaupt gibt.

Ich sage Ihnen auch, warum ich den Verdacht habe, dass das so ist - das ist hochinteressant -: Der Ministerpräsident Albrecht ist am 08.11. über diese ganzen Aktivitäten von Ihrem Ministerium mit dem angeblichen Ergebnis, Gorleben ist günstig, nicht informiert worden. Sie sagen: eine reine Sachverhaltsdarstellung. Da steht drin: Es gibt nur drei Orte, und nur an drei Orten wird untersucht. Am 08.11. wussten Sie seit zwei Monaten - nach Ihrer Aussage -, dass es nicht stimmt, weil Sie ja die KEWA-Untersuchung angeblich hatten und schon ein anderes Ergebnis hatten, wenn es stimmt, was Sie sagen.

Und der Minister Leisler Kiep - das ist MAT B 30, Protokoll des Untersuchungsausschusses, Seite 8 und 7 - war zweimal überrascht. Er sagt:

Als ich meinen Gedanken zu Lüchow-Dannenberg ins Gespräch bringe, höre ich zu meinem Erstauen, dass dieser Ort in der Tat

geprüft worden ist. - Das wusste der gar nicht.

Und eine Seite später schreibt Leisler Kiep:

Dann haben wir am 11.11. mit Albrecht und den Bundesministern geredet, und dann gingen wir vor die Presse und haben Gorleben aus dem Hut gezogen.

So hat er es nicht gesagt; das sage ich. Und dann schreibt er:

Dann ziehen wir unsere Experten zu. Lüchow erweist sich zu meiner Überraschung als der Standort mit den besten Voraussetzungen.

Sie haben den gar nicht informiert, dass Sie von der KEWA angeblich schon etwas hatten, wo Gorleben an erster Stelle ist. Das wusste der überhaupt nicht.

Deswegen bitte ich Sie noch mal, um Gottes willen: Wenn man alles zusammenbringen will - die Aktenvermerke sollen richtig sein, die Aussagen des Ministers sollen richtig sein, Ihre auch -, dann drängt sich auf, dass im Wirtschaftsministerium beschlossen worden ist, ohne Akten, mündlich, unter der Hand mal nach anderen Sachen zu suchen. War es so oder nicht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie die Integrität der Aktenvermerke von Beamten hochhalten.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bis zum Beweis des Gegenteils.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bis zum Beweis des Gegenteils. Es gibt einen Aktenvermerk - ich glaube, der ist von Herrn Stuhr -, in dem dieses alles festgehalten ist, als Ergebnis. Und jetzt kommt die Frage: Wenn Sie das, was Herr Stuhr in einem Aktenvermerk festhält - wir haben intern darüber nachgedacht, wir haben Standorte überspielt - in Zweifel ziehen, müssen Sie sagen: „Herr Stuhr hat einen Vermerk ge-

macht, für den es keine Realität gibt“, das heißt: Er hat gelogen. Herr Stuhr hat in diesem Vermerk klipp und klar die Entwicklungslinie dargelegt. Er hat auch festgehalten, dass die KEWA - nach ihren Kriterien - Gorleben als den geeignetsten Standort ausgewählt hat. Dieser Vermerk ist da. Dann kann man nur sagen: Zerreißen; er gilt nicht. - Aber er ist da. Dagegen steht nichts.

Jetzt kommt der nächste Punkt, das Gespräch von Herrn Kiep mit Herrn Mandel. Ich verstehe das so, dass Herr Kiep Herrn Mandel Gorleben genannt hat und dann überrascht war, dass der Mandel das schon wusste.

(Zuruf des Abg. Jerzy Montag  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Doch. Der Kiep hat doch Gorleben genannt; nach seiner eigenen Notiz. So. Und dann war er überrascht, wenn ich das recht verstanden habe, dass der Mandel das wusste.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht dass er das wusste, -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Sondern?

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern dass der Ort untersucht worden ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dass der Ort untersucht worden ist? Ja, wie kommt er denn dazu, Gorleben zu nennen? Da muss doch was vorher gewesen sein.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ihm, wie Sie sagen, dazu einen Zettel gemacht haben. - Ich habe noch eine Frage.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ihre Fragezeit ist leider Gottes schon wieder rum. Von daher müssen Sie die für die nächste Runde noch mal aufbewahren.

**Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir kommen gleich wieder darauf zurück. Das ist hochspannend.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Jetzt geht das Fragerecht wieder an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Ich will nur eins sagen, weil Herr Montag ja nun in Wahrheit keine Frage gestellt hat, sondern eine Inszenierung gemacht hat, was ich auch schon aus dem Visa-Ausschuss kenne - das ist auch in Ordnung; das muss auch zwischendurch mal sein -: Was Sie hier abliefern und unsere Zeit kostet, Herr Montag, ist deshalb völlig abwegig, weil Ihre eigene Bundesregierung, wie der Zeuge bereits betont hat, im Jahre 2001 noch die Eignungshöflichkeit von Gorleben bestätigt hat.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Oh!)

- Und da brauchen Sie nicht „Oh“ zu sagen, sondern das zeigt: Das ist doch Dünnpfiff.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Meine Güte!)

Wenn Sie im Jahre 2001 nach obertägigen Erkundungen die Eignungshöflichkeit eines Salzstockes bestätigen, dann kann doch denklogisch die Auswahl 1977 nicht falsch gewesen sein. Alles, was Sie hier inszenieren, ist eine Verdummung der Bevölkerung.

(Zurufe)

Und damit wir ein bisschen Abstand davon gewinnen, könnten wir jetzt langsam, finde ich, die Befragung auch in eine Schlussrunde bringen; denn das alles langweilt, und es ist alles ein Widerspruch zu dem, was Sie 2001 selbst noch betont haben.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Kollege Grindel!

**Reinhard Grindel** (CDU/CSU): Damit wollte ich begründen, weshalb wir keine weiteren Fragen haben.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Wunderbar. - Nach diesen Feststellungen ist zu sagen, dass alle Fragen, sofern das Gesetz nicht ausdrücklich sagt, dass sie nicht zulässig seien, zulässig sind, auch wenn sie den einen oder anderen von uns schon längst nicht mehr amüsieren, sondern möglicherweise sogar langweilen. Das kann sein. Aber all das gilt es hier überhaupt nicht zu beurteilen.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Richtig! Danke!)

Von daher geht das Fragerecht - - Es sei denn, Frau Möller, Sie wollten jetzt noch irgendwas anderes dazu sagen.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Nein!  
Dankel!)

Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Sebastian Edathy** (SPD): Herr Dr. Röhler, ich will noch mal auf den 11.11.76 zurückkommen. Ich hatte ja vorhin schon vorgetragen aus dem Vermerk Abteilungsleiter Reaktorsicherheit Bundesministerium des Innern, der sich auf einen von Herrn Dr. Naß, Ministerialdirigent in der Staatskanzlei, offenbar schriftlich verfassten Beschlussvorschlag bezogen hat. Er sagt:

Dieser Eindruck

- dass es bei dem Gespräch in Hannover nicht zu einem konkreten Ergebnis kommen würde -

war noch am letzten Tage vor dem Ministergespräch durch den Text eines von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Naß aus der Staatskanzlei entworfenen Beschlussvorschlages bekräftigt worden.

Können Sie sich an diesen Beschlussvorschlag erinnern, bzw. haben Sie den bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich war bei der Vorbereitung sicher dabei. Aber wenn Herr Naß dem Ministerpräsident etwas vorgeschlagen hat oder den beraten hat, dann war ich nicht dabei. Die beiden hatten ein sehr enges persönliches Verhältnis. Soweit ich weiß, war Herr Albrecht Patenonkel eines der Kinder von Herrn Naß. Und das war eine sehr enge Arbeitsbeziehung und auch persönliche Beziehung. Und von daher war das ein Gespräch unter Männern unter vier Augen.

**Sebastian Edathy** (SPD): Nein, das war kein Gespräch unter Männern unter vier Augen. Es war eine schriftliche Vorlage mit dem Briefkopf der Staatskanzlei.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** An wen? An den Ministerpräsidenten.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich mache Ihnen den Vorhalt gleich, wenn die Datei vorliegt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** An wen? An wen war die gerichtet?

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich weiß nicht, ob wir kurz die Zeit anhalten können oder ob wir auf die nächste Runde warten wollen. Dann will ich das gerne nachlegen. Wir haben das gerade erst in elektronischer Form gefunden. - Also, es ist ein schriftlicher Vermerk für den Ministerpräsidenten - vom 10.11.1976.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dann ist das eine persönliche Beratung des Ministerpräsidenten.

**Sebastian Edathy** (SPD): MAT 102, Band 65, Paginierung 185 ff. - Sie können sich also nicht an diese Vorlage erinnern?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Die kenne ich nicht. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich die zur Kenntnis gekriegt habe, weil das ein Internum in der Staatskanzlei war. Die zwei haben miteinander die Sache ausdiskutiert. Er hat da schriftlich niedergelegt, was seine Meinung war, und der Ministerpräsident hat sich nicht daran gehalten. So. Soll vorkommen. Es ist auch das gute Recht des Ministerpräsidenten, souverän zu entscheiden. Er muss nicht seinen Beratern folgen.

**Sebastian Edathy** (SPD): Ich gehe mal davon aus, dass Herr Naß sich - gerade, wenn das zwischen Herrn Naß und Herrn Albrecht so eng und so vertrauensvoll war mit der Arbeitsbeziehung und auch darüber hinaus, was die familiären Bindungen betrifft - nicht im luftleeren Raum auf einen solch wichtigen Gesprächstermin vorbereitet hat und dass er auch nicht im luftleeren Raum Vermerke für den Ministerpräsidenten fertigte, sondern er möglicherweise auch im Vorfeld Kontakte zu den Fachleuten aus dem Wirtschaftsministerium, aus dem Sozialministerium hatte. War das alles nicht der Fall?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Herr Naß hatte Kontakte zu den Leuten im Sozialministerium, im Wirtschaftsministerium.

*Präsident  
Carst*

Herr Naß hatte Kontakte zu den Leuten in den Bundesministerien. Herr Naß hatte Beziehungen zur Europäischen Kommission, und Herr Naß war derjenige, der darauf gedrängt hat, dass, bevor in Niedersachsen was passiert, wenn ich das recht in Erinnerung habe, internationale Lösungen gesucht werden - Aussage von Herrn ~~Kad~~ im Wahlkampf -: ob in England, ob in Frankreich endgelagert werden kann, ob Transmutation stattfinden kann. Die Zielrichtung von Herrn Naß war: Sucht internationale Regelungen, damit Wiederaufarbeitung und Endlager aus Niedersachsen weggekommen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Nicht nur; wir müssen ja nicht spekulieren, wir haben das ja schriftlich vorliegen. Ich habe da schon die Quelle genannt. Also, Herr Naß hat vorge schlagen, dass Ergebnis des Gespräches Folgendes sein sollte - das war am 10.11.1976 -:

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit der Industrie die organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen für ein Entsorgungszentrum fortführen. Die Klärung der offenen technologischen Fragen ist Voraussetzung für die Beurteilung etwaiger Risiken. Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung bzw. der Industrie ...

Usw. usf.

Und dann heißt es unter 3:

Das Land ist bereit, in weiteren Expertengesprächen Auflagen zu präzisieren, die bei einer etwaigen Genehmigung auf jeden Fall eingehalten werden müssen. Die Standortfrage wird dadurch nicht präjudiziert.

Usw. usf.

Und am 11.11.76, also am Tag nach diesem schriftlichen Vermerk von Herrn Naß für den Ministerpräsidenten, ist Herr Naß so entsetzt, dass er handschriftlich Herrn Albrecht aufschreibt als letzten Punkt, als Fazit des Gespräches aus seiner Sicht:

Die Bundesregierung hat weniger Anlass denn je, Alternativen zu suchen.

Was, um Himmels willen, war denn das Interesse von Ernst Albrecht, zu sagen: „Wir machen das mit dem nuklearen Entsorgungszentrum hier in Niedersachsen“ - offenkundig entgegen der fachkundigen Bera-

tung eines seiner engsten Mitarbeiter? Was könnte Herrn Albrecht motiviert haben, in diesem Gespräch mehrere Standorte zu nennen - offenkundig einen Standort, bei dem die Bundesregierung damals noch gar nicht registriert hatte, dass der infrage kommen könnte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Warum Herr Albrecht Herrn Naß nicht gefolgt ist, das weiß ich nicht. Herr Albrecht wird seine Gründe gehabt haben, ~~und~~ ich kann nur betonen: Wenn ich eine Entscheidung zu treffen habe und ich werde beraten, dann kann ich meinem Berater folgen, oder ich kann meinem Berater nicht folgen. Und das ist hier passiert. Herr Naß hat sich darüber aufgeregt und hat anschließend dem Ministerpräsidenten noch mal seine persönliche Meinung geschrieben. Ob das die Meinung aller Fachleute war, das weiß ich nicht. Aber es war seine persönliche Meinung. Herr Naß war eine eigenständige Persönlichkeit in der Staatskanzlei. Herr Naß hatte eben seine eigenen Vorstellungen, und die hat der Ministerpräsident nicht akzeptiert. Das ist in einer Regierung so, -

**Sebastian Edathy (SPD):** Nein, ich sage es noch mal: Das Ergebnis Ihrer Besprechung - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - dass der Ministerpräsident sagt: „Ich entscheide“, und der Minister sagt: „Ich entscheide“.

**Sebastian Edathy (SPD):** Waren Sie denn überrascht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Waren Sie denn überrascht? Sie haben doch an dem Gespräch teilgenommen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Im zweiten Teil des Gesprächs war ich dabei.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da mir Gorleben bekannt war, hat mich das nicht überrascht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Dass Gorleben genannt worden ist?



**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Hat mich nicht überrascht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Hat Sie auch nicht überrascht, dass überhaupt über konkrete Standorte gesprochen worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Das hat Sie auch nicht überrascht, dass überhaupt über konkrete Standorte gesprochen worden ist, wenn der zuständige Mitarbeiter der Staatskanzlei - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dass über konkrete Standorte gesprochen werden sollte, war mir aus den Vorbesprechungen klar. Und der Verfasser dieses Vermerkes hat ja offenbar einen Tag vor dem 11.11. mit Herrn Naß telefoniert. Sonst hätte er nicht hier dargestellt, dass er im Vertrauen auf das, was Herr Naß da dem Ministerpräsidenten vorschlägt, dahin geht und dann rauskommt mit was ganz anderem. Dass das so war, geht auch daraus hervor, dass Herr Naß anschließend den Ministerpräsidenten noch mal, auf Deutsch gesagt, gerüffelt hat.

**Sebastian Edathy (SPD):** Na ja, aber es geht doch aus dem Vermerk des Abteilungsleiter Reaktorsicherheit des Bundesinnenministeriums hervor, dass ihm - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Es gibt mehrere Vermerke über das Gespräch.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ah ja. Wie viele kennen Sie denn?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Oh, da gibt es eins, ich glaube, von Herrn Sahl. Dann gibt es eins vom Bundeskanzleramt. Also, es gibt eine - -

**Sebastian Edathy (SPD):** Ich meine jetzt den Beschlussvorschlag. Gab es mehrere Beschlussvorschläge?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Für mich war entscheidend bei der Akten suche: Gibt es einen abgestimmten Vermerk? Den gibt es nicht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, wenn der Abteilungsleiter aus dem BMI - ich frage das

noch mal - erwähnt - ich zitiere -: „Text eines von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Naß aus der Staatskanzlei entworfenen Beschlussvorschlages“, dann kann er doch nur den Vermerk vom 10.11. meinen, in dem genau das vorgeschlagen wird, wovon auch die Bundesregierung ausgegangen ist, dass es das Ergebnis sein würde, nämlich: Niedersachsen verweigert sich nicht, aber man vereinbart, im Gespräch zu bleiben, und man kommt nicht zu der Diskussion über konkrete Standorte. Das heißt, dieser Text von Naß muss doch dem BMI bekannt gewesen sein und kann nicht nur Herrn Albrecht bekannt gewesen sein.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, nach dem, was Sie vorlesen, muss der Vorschlag dem BMI bekannt gewesen sein. Wie der dahin gekommen ist, kann ich Ihnen nicht sagen - ob das, ich sage mal, eigenmächtig von Herrn Naß inszeniert worden ist. Ich kann dazu nichts sagen. Da müssen Sie Herrn Naß fragen. Den gibt es noch.

(Ute Vogt (SPD): Der erinnert sich an nichts mehr!)

- Der erinnert sich an nichts mehr?

(Ute Vogt (SPD): Nein!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne diesen Vermerk nicht. Der war persönlich für den Ministerpräsidenten. 9

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich denn erinnern - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - ~~hat man ja auch~~. Und ob er über die Bande gespielt hat? Bitte - ich weiß es nicht. Ich will da keine Verdächtigungen aussprechen. Es ist merkwürdig, dass ein Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium den Vorschlag von Herrn Naß an den Ministerpräsidenten einen Tag vor dem Gespräch mit den Ministern kennt. Das überrascht mich.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ein Abteilungsleiter.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Abteilungsleiter?

**Sebastian Edathy (SPD):** RS, Reaktorsicherheit.

*über ob  
Gespräch  
v. 11.11.*

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß nicht. Herr Sahl oder wer war das? Oder Herr Dr. Büchler?

**Sebastian Edathy (SPD):** Kein Name; es ist nicht gezeichnet. Also, es ist halt der Briefbogen Abteilungsleiter RS.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, vom Bundesinnenministerium war da meines Wissens als Abteilungsleiter der Ministerialdirektor Dr. Sahl dabei. Das könnte von dem sein.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja, das ist denkbar.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich kann dazu nichts sagen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Aber das bedeutet ja, zumindest die Aktenlage deutet ja darauf hin, dass das jetzt nicht ein Privatvermerk von Herrn Naß für Herrn Albrecht gewesen ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, es war ein persönlicher Vermerk von Herrn Naß für Herrn Albrecht.

**Sebastian Edathy (SPD):** Ja, aber offenkundig ist er der Bundesregierung zugeleitet worden.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das überrascht mich auch. Ich weiß nicht, wie.

**Sebastian Edathy (SPD):** Können Sie sich aus Ihrer aktiven Zeit damals im Rahmen der niedersächsischen Landesregierung an vergleichbare Fälle erinnern, wo Herr Naß als enger Vertrauter von Herrn Albrecht Herrn Albrecht Vorschläge macht und Herr Albrecht genau das Gegenteil macht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann mich an eigene Vorschläge von Herrn Naß erinnern, als es darum ging, bei Dömitz eine Brücke über die Elbe zu bauen. Und das war eines seiner Lieblingsprojekte. Wir haben ihm dringend abgeraten. Dann hat er also als Berater von Herrn Ministerpräsident Albrecht die Bundesministerien abgegrast und abverhandelt und kam mit null zurück, was sehr peinlich war, weil wir ihm im Vorfeld gesagt haben: Das geht nicht. - So.

Herr Naß war durchaus -- Er hatte eigenständige Ideen und hat also ab und zu mal in Anführungszeichen; wie soll ich sagen? -- so eine Art „Nebenministerpräsident“ versucht zu imitieren. Aber das Heft hatte Herr Albrecht in der Hand. Der sagte, das ist ~~langst~~ -- *da gehts los*

**Sebastian Edathy (SPD):** Die Bewertung, er hat versucht, den Ministerpräsidenten zu imitieren, finde ich schon relativ weitgehend. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum ein offenkundig nicht ganz berechenbarer Mitarbeiter trotzdem von Herrn Albrecht als enger Berater gehalten worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da habe ich keine Erklärung. Die zwei haben zusammengearbeitet. Herr Albrecht *10*

**Sebastian Edathy (SPD):** Ach so. Wahrscheinlich wegen der ausgewiesenen Inkompetenz von Herrn Naß ist er engster Berater von Herrn Albrecht gewesen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe nicht gesagt, dass er inkompetent ist.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herr Kollege.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe mich nur gewundert, dass ein Vorschlag ans Innenministerium geht, einen Tag - Und als Zweites haben Sie mich gefragt, wo er schon mal also versucht hat, - *vor dem Ministerpräsidenten*

**Sebastian Edathy (SPD):** Aber Sie können sich nicht erinnern, dass --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - eigenständig Dinge zu erledigen. Da habe ich nicht gesagt, dass er inkompetent ist. Vielleicht war er beratungsresistent. So was gibt es. Das hat aber mit Inkompetenz nichts zu tun. *zu DDR-Zeiten*

**Sebastian Edathy (SPD):** Das scheint ja eher Herr Albrecht dann gewesen zu sein nach Ihrer Interpretation.

Also, dieser Vermerk ist Ihnen jedenfalls selber nicht Erinnerung oder auch nicht bekannt gewesen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein, der ist nicht auf meinem Tisch gelandet. *11*

**Sebastian Edathy (SPD):** Mit welcher Erwartung sind Sie denn in das Gespräch gegangen, was dabei herauskommt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Mit welcher Erwartung, was das Ergebnis des Gesprächs am 11.11.76 betrifft, sind Sie denn in die Runde gegangen? Waren Sie auch überrascht, oder waren Sie nicht überrascht? Hatten Sie mit Herrn Naß vorher darüber gesprochen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, wenn ich jetzt mich zurückerinnern soll, mit welchen Erwartungen ich dahin gegangen bin: Ich bin nach dem, was im Vorfeld alles diskutiert worden ist, und im Hinblick darauf, dass der Bund nicht vollständig geliefert hatte, was wir haben wollten, davon ausgegangen, dass in der Besprechung noch mal genau festgelegt wird, exakt, was der Bund zu liefern hat, bis wann, und dass wir dann in einen neuen Entscheidungsprozess eintreten. So. Da die Ministerrunde souverän ist und situationsorientiert entscheiden kann, ist es nicht unerwartet, dass ab und zu aus Ministergesprächen oder Staatssekretärgesprächen, um das nicht zu fokussieren, Ergebnisse rauskommen, mit denen die Mitarbeiter zu dem Zeitpunkt nicht rechnen.

**Sebastian Edathy (SPD):** Also, Sie haben auch nicht damit gerechnet?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Sebastian Edathy (SPD):** Sie haben auch nicht mit dem Ergebnis gerechnet, nicht nur Herr Naß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe, wenn Sie mich fragen -- Rückwirkend fällt es mir schwer; aber ich würde mal einschätzen, dass ich davon ausgegangen bin, dass der Bund noch mal zu liefern hat, aber wir dann in die Strümpfe kommen und einen Vorschlag machen müssen, weil der Bund rechtlich in der Lage war, Niedersachsen zu stellen, weil er das Recht hatte, Anträge für die Untersuchung oder Genehmigungsverfahren für ein nukleares Entsorgungszentrum zu stellen, und da hatte er die Vorhand.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Vielen Dank. - Die Redezeit der SPD ist nun wieder rum. Das Rederecht geht wieder an die FDP. - Ich sehe Kopfschütteln. Dann sind wir wieder bei den Linken.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön, Frau Flachsbarth. - Ich will Sie noch mal nach Sachen aus der KEWA-Studie fragen. Die liegt mir hier vor; MAT A 173. Das ist der Zwischenbericht der KEWA-Studie vom Februar 1977 zu den Untersuchungen von Januar bis 31. -- zum ganzen Jahr 75. Und da finden wir auf Seite 17 eine Anmerkung zu dem Vorgehen. Und da schreiben die:

Im Verlaufe der Arbeiten hatten wir - inzwischen bestätigte - Informationen erhalten, daß an dem Standort „Faßberg“ größere Erdgasvorkommen gefunden wurden, die mit anderen Erdgasfeldern zu einem Erdgasverbund zusammengeschlossen werden sollen.

Die zur Gewinnung des Erdgases erforderlichen Produktionsbohrungen sollten durch den Salzstock „Dethlingen“ niedergebracht werden, der als Endlager für diesen Standort vorgesehen war. Da es sich um einen verhältnismäßig kleinen Salzstock handelt, muß angenommen werden, daß die verbleibenden unberührten Salzstockzonen zur Anlage eines Endlagers mit genügend großen Sicherheitsabständen nicht mehr ausreichen. Darüber hinaus wurde uns das Ergebnis einer Tiefbohrung auf diesem Salzstock bekannt. Demnach handelt es sich um Zechsteinsalz in Wechsellagerung mit Anhydrit, dessen Anteil zur Teufe hin zunahm.

Aus diesen Gründen wurde beschlossen, diesen Standort nicht weiter zu untersuchen.

Das ist Ihnen ja aus der Studie sicherlich bekannt. Also, hier ist ein Salzstock mit Gas drunter, der mit anderen Salzstöcken in der Gasebene unten zusammenhängt, und der hat deswegen den Auswahlkriterien nicht entsprechen können.

Nun war bei Gorleben bekannt, dass dort auch Gas ist, dass auch dieses Gasfeld womöglich zusammenhängt. Es war ja auf der Ostseite bekannt, dass dort Gasbohrungen waren. Es war die Gasbohrung selber auf

dem Salzstock bekannt, und es gab das Gasbohrungsgebiet in Wustrow, das es ja auch immer noch gibt - Wustrow -, und bei Salzwedel. Gleich wie bei diesem aus dem Auswahlverfahren ausgeschiedenen Salzstock war bei Gorleben auch das Vorkommen von Anhydrit bekannt. Wie kam es, dass dann nichtsdestotrotz das gleiche Kriterium hier nicht zur Anwendung kam?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann jetzt zu Faßberg nichts sagen, weil ich mich nicht darauf vorbereitet habe. Faßberg ist ja dann ausgeschieden. Aber ich kann Ihnen nur sagen, dass uns das Landesamt für Bodenforschung, das Oberbergamt, also die Leute für die Beratung unter Tage, gesagt haben:

Durch das Vorhandensein eines Gasfeldes unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstätte nur im Falle einer Erdgasförderung gegeben.

So. Und da wir auf westlicher Seite keine Genehmigung gegeben hätten, stand nur zur Diskussion: Was passiert auf der Ostseite? Und dazu sollten die Gespräche führen a) zur Unversehrtheit des Zipfels, der da drüber liegt, über die Grenze, 1 Kilometer, und zur Klärung der Frage - -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** 15 Kilometer sind das. Das ist nicht nur - - Also, die ganze, die zweite Hälfte des Salzstocks liegt jenseits der Grenze.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein, nein. 1 Kilometer reicht über die Grenze; -

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ach so. Das reicht als Untersuchungsgebiet, meinen Sie.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - so die Unterlagen. Der Salzstock ist ja wahnsinnig groß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Warten Sie mal. - Der Salzstock hat 40 Quadratkilometer Größe, Salztiefe 300 Meter; reicht bis 3 500 Meter; Salz ist unverletzt, unverritz - einer der größten Salzstöcke.

Die Geologen haben uns gesagt: nur wenn gebohrt wird. Und auf der Ostseite

sollte einmal sichergestellt werden, dass der Zipfel nicht berührt wird, und es sollte sichergestellt werden im Rahmen der Informations- oder Konsultationsgespräche, ob die bohren oder ob sie nicht bohren, weil der Salzstock potenziell gefährdet war, wenn Erdgas gebohrt werden wird. Und der Vorschlag war dann: Sollten die bohren, dann müssten wir bei Gorleben einfach weiter untersuchen:

Ob die Gefährdung durch Einrichtung des Endlagers in einem geologisch stabilen Teil des Salzstockes umgangen werden könnte, müsste durch entsprechende Untersuchungsarbeiten geklärt werden.

Das war die Beratung, die wir von den Wissenschaftlern zu dem Zeitpunkt erfahren haben. Und das haben wir auch in der Kabinettsvorlage dargestellt, und das wusste auch der Bund, weil der Bund uns darauf hingewiesen hat: Da geht ein Zipfel über die Grenze; die Unversehrtheit muss garantiert werden.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Die Hälfte geht über die Grenze. Die Hälfte ist - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Also - -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen - Ein Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE legt dem Zeugen Karten vor - Kornelia Möller (DIE LINKE): Schauen Sie es sich einfach auf der Karte an!)

1 Kilometer geht er über die Grenze. So ist das, was ich von den Geologen zur Kenntnis gekriegt habe.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** 15. Das ist auf der Karte zu sehen: 15. Es sind 15 Kilometer, die da über die Grenze sind. Der ganze See dort oben gehört mit - - liegt über dem Salzstock und ist ein Hinweis auf - - Das Salz kommt dort ja auf der gegenüberliegenden Seite bis an die Oberfläche, und das tut es im Gorlebener Raum auch schon. Und es war auch bekannt, dass dort salzige Brunnen waren, Brunnen mit Salzwasser, dass versucht worden war, Trinkwasser zu gewinnen, und man sehr leicht auf Salzwasser stieß.

(Ein Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE legt dem Zeugen Karten und Unterlagen vor und spricht mit diesem - Der Zeuge blättert und liest in dem ihm vorgelegten Material)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, hier nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen und die auch in die Kabinettsvorlage eingegangen sind, ist mir bekannt, dass ein Zipfel des Salzstocks am nordöstlichen Rand 1 Kilometer über die Grenze ragt. Wenn dem nicht so sein sollte, dann bin ich falsch informiert.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Okay. - Wissen Sie, welche Gespräche da geführt worden sind? Sind dann zeitnah Gespräche mit der DDR geführt worden? Hatte man eine Sicherheit, dass dort nicht gebohrt wird?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Die Bundesregierung hat uns gesagt, wenn Informationsgespräche bzw. Konsultationsgespräche stattfinden müssten, dann wäre dafür ein Zeitraum von vier bis fünf Monaten notwendig, um zu einem Ergebnis zu kommen, dass Basis ist: Geht es, oder geht es nicht?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Ich bedanke mich auch und gebe das Fragerecht an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. - Ich fange da an, wo ich leider von der Zeit unterbrochen worden bin: bei den langweiligen Fragen zum Jahr 76. Mir geht es noch einmal um diese Gesamtkonstellation, Herr Zeuge. Sie haben mir jedenfalls so, dass ich es verstehen und nachvollziehen konnte - noch nicht beantwortet: Warum ist der Ministerpräsident am 08.11. - - Und diese Kabinettsvorlage ist eine Vorlage, wie es hier ausdrücklich steht: Besprechung mit den Bundesministern Maihofer, Friderichs und Matthöfer. - Der ist da vorbereitet worden mit diesem Aktenvermerk, und der Ministerpräsident ist über die gesamte Aktivität des Wirtschaftsministeriums aus dem Jahre 76, von Februar bis November, was Sie alles erzählt haben, mit keinem Wort informiert worden. Die Antwort sind Sie mir noch schuldig, warum der Ministerpräsident nicht informiert worden ist.

Die zweite Frage: Das ist ja vom Minister unterschrieben. Wenn man jetzt nicht sagen will, der Minister hat den Ministerpräsidenten belogen, dann hat es auch der Minister nicht gewusst. Und dass es der Minister in den

Einzelheiten auch nicht gewusst hat, das ergibt sich aus seiner Vernehmung - und das will ich Ihnen noch mal vorhalten - beim Niedersächsischen Landtag; MAT B 30. Da schildert Herr Kiep das Gespräch mit den Bundesministern auf Seite 9. Und da sagt er: Der Matthöfer, der war ganz widerlich. Der hat einfach auf den Tisch gehauen und hat gesagt: Jetzt wird gebohrt. Und dann Zitat weiter:

Maihofer und Friderichs, unterstützt von mir, bringen ihn auf eine andere Linie ... Wir

- die Niedersachsen -

erklären uns einverstanden, dass die Bundesregierung einen Antrag stellt, nachdem wir in Kürze einen Standort zuweisen. Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als 4. Möglichkeit aufnehmen zu lassen.

Und dann sagt er: Dann ziehen wir uns mit den Experten zurück, und ich bin überrascht - sagt Herr Kiep -, dass Gorleben der geeignetste Standort ist. - Das wusste der überhaupt gar nicht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Moment! Aus der Vernehmung geht doch hervor - wenn ich das verstanden habe -: Und dann bringe ich einen vierten - oder er, -

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - einen vierten Standort, nämlich Gorleben, in die Diskussion.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Richtig. Aber er wusste außer dem Namen Gorleben nichts.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Moment, „den bringe ich in die Diskussion“, und dann geht es weiter: „Ich bin überrascht, dass ...“, oder wie?

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** ... dass meine Fachleute. „Zu meiner Überraschung“ ist Gorleben „der Standort mit den besten Voraussetzungen“. Der ist also über das, was Sie erzählen, dass die KEWA ihn nachuntersucht hat und so - - Das wusste der überhaupt gar nicht.

Ich will Ihnen einen weiteren Vorhalt machen -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu kann ich also nichts sagen.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - aus der gleichen Vernehmung. Das ist auch den Landtagsabgeordneten aufgefallen. Und dann hat eine Landtagsabgeordnete den Herrn Leisler Kiep gefragt: Wie sind Sie denn auf Gorleben überhaupt gekommen, dass Sie das plötzlich den Bundesministern gesagt haben? Dann sagt die Landtagsabgeordnete - Zitat -:

Sie beschreiben hier ja selbst, dass es eine Überraschung war, dass Gorleben auf einmal ins Spiel kam. Es wäre ja möglich ..., dass es in irgendeinem Zusammenhang auch Erkenntnisse gab - meinetwegen aus der Asse, wo es Gorleben-relevante Forschung gab, auch was die geologischen Formationen ... anging -, aus denen man Rückschlüsse gezogen hat ... auf Gorleben.

Antwort des Ministers:

Ich glaube, dass es genauso war, wie Sie es eben beschrieben haben.

Zitat Minister:

Es war eine rettende Insel, die auf einmal ins Blickfeld kam.

Und jetzt möchte ich gerne wissen: Nach dem Aktenvermerk Ministerpräsident und nach den Aussagen Minister waren beide bis zum 11.11. völlig blank über all das, was Sie erzählt haben, was im Wirtschaftsministerium hinsichtlich Gorleben geschehen ist. Wie erklären Sie das?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich habe vorhin schon gesagt: Ich kriege das nicht zusammen, die Kabinettsvorlage vom 08.11. und die Benennung von Gorleben.

Zu der blumigen Sprache von Herrn Kiep - eine rettende Insel - äußere ich mich nicht. Das ist nicht die Sprache, die wir im Ministerium pflegen.

Wenn er den Namen „Gorleben“ in die Diskussion gebracht hat, dann hat er den von uns gehabt, aus dem Wirtschaftsministerium. Und das habe ich ja vorhin gesagt: Ich habe verzweifelt einen Sprechzettel gesucht für

das Gespräch zum 11.11., weil möglicherweise eine Verhandlungsstrategie drinstand: Wenn die uns überrollen wollen, dann legen wir denen noch einen vierten Standort auf den Tisch des Hauses, und dann ist erst mal der Ansturm gestoppt.

Und das, was er gesagt hat, Herr Mattöfer sei sehr aggressiv aufgetreten, das ist mir auch überliefert worden.

Ich kriege den Zusammenhang nicht hin, woher Herr Kiep das Stichwort „Gorleben“ hatte. Und dass er sagt, das war eine Überraschung - - Ob das für ihn eine Überraschung war, wenn er selber das Stichwort „Gorleben“ gibt, oder ob das für die anderen eine Überraschung war - das weiß ich nicht, was er damit ausdrücken wollte.

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Sprache ist eindeutig. Er sagt: Ich war überrascht, dass in meinem Ministerium Gorleben als die beste Lösung angesprochen wurde. Er spricht: Dann zogen wir unsere Experten hinzu, und zu meiner Überraschung höre ich jetzt, dass Gorleben auch noch der beste Platz ist.

Und dann sagt er - ich bitte Sie, das noch zu bewerten - zwei, drei Minuten später auf den Vorhalt: „Wie kam es zu Gorleben?“. Ja, es war genau so, wie Sie das sagen, Frau Landtagsabgeordnete. Wir haben uns das sozusagen durch Rückschlüsse aus anderen Dingen so zusammengereimt. Genau so war es; sagt er.

Das kann er doch nicht gesagt haben, wenn er von Ihnen informiert worden wäre.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wer hat dem denn das Stichwort „Gorleben“ gegeben? Das kann er doch nur entweder von mir oder von Herrn Stuhr gehabt haben. Oder dass wir ein Gespräch mit ihm hatten -

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Richtig. Aber nicht mehr.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - und im Vorfeld gesagt haben: Gorleben ist noch eine Alternative. - So. Und wenn wir ihm das gesagt haben, dann haben wir nicht gesagt: „Da fliegt ein Spatz in der Luft“, und das war es. Wir haben ihm mit Sicherheit auch die Gründe dafür genannt.

Also, ich war nicht dabei, was Herr Kiep gesagt hat. Vielleicht hätte man durch entsprechende Fragen, nachdem man die Akten studiert hat, eine andere Antwort gekriegt.



Ich kommentiere die nicht. Für mich passt sie nicht ganz zusammen mit dem Sachverhalt. Ich bleibe bei dem, was ich Ihnen gesagt habe.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Der Ausschuss wird ja auch noch Herrn Kiep hören. Von daher wird das sicherlich auch noch mal eine spannende Runde werden. - Herr Grindel, die CDU/CSU-Fraktion ist wieder dran.

**Reinhard Grindel (CDU/CSU):** Weil der Ausschuss noch Herrn Kiep hört: Ich will Sie nicht zur Illoyalität im Nachhinein bewegen. Ich will mal Folgendes sagen: Ich habe 1982 mit Walther Leisler Kiep Wahlkampf in Hamburg gemacht. Und ich habe eine gewisse Vorstellung - wie soll ich das mal ausdrücken? -, wie intensiv Herr Kiep Akten liest und wie intensiv er sich mit Detailsachverhalten beschäftigt. Das war auch ein Problem, weshalb er bei der zweiten Hamburg-Wahl sechs Monate später nicht ganz so erfolgreich abgeschnitten hat, weil er sich doch mit Fragen der amerikanischen Außenpolitik lieber als mit Hamburger Landespolitik beschäftigen wollte. Er war damals Wirtschafts- und Finanzminister und war ja auch schon damals viel in aller Welt unterwegs.

Schließen Sie es denn ganz aus, dass er deshalb überrascht war, weil er sich einfach mit diesen Details gar nicht so beschäftigt hat, sondern zum ersten Mal wegen der drei Bundesminister - das war ja eher so seine Liga: Bundesminister - sich überhaupt mit dem Sachverhalt beschäftigt hat und eben dann durch den Sprechzettel das zur Kenntnis genommen hat?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, jetzt bringen Sie mich wirklich in einen sehr schwierigen Loyalitätskonflikt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
Müssen Sie nicht!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Müssen Sie nicht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen nur sagen: Die Einschätzung - - Oder sagen wir mal: Das, was Sie festgestellt haben, das habe ich ab und zu auch festgestellt. Und es gab deshalb die Regelung - ohne Herrn Kiep zu nahe zu treten, weil er sehr viel anderweitig beschäftigt war -, dass,

obwohl Kabinettsitzungen nur mit Ministern stattfanden, ausnahmsweise Herr Röhler zu den Kabinettsitzungen hinzugezogen wurde. Und wenn Herr Albrecht Nachbarländer besuchte, dann war ich derjenige, der mit dabei war für Wirtschaft und Verkehr. Damit will ich Herrn Kiep nicht zu nahe treten. Herr Kiep hatte, wie Sie zu Recht geschildert haben, außenpolitische Interessen, sehr vielfältige Interessen.

Bei der Vorbereitung von Kabinettsitzungen bestand er darauf, dass alles auf einer DIN-A4-Seite zusammengefasst wird. Wer in der Praxis steht, der weiß: Auf einer DIN-A4-Seite kann man nicht alles zusammenfassen. Da will ich nicht ausschließen, dass in der Situation, wo er vielfältig in Bonn war, er zu Hause möglicherweise das, was ihm da alles auf den Tisch kam, nicht mit der Intensität wahrgenommen hat, wie man das eigentlich erwarten könnte.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Er hat also nichts  
gelesen, was man ihm  
geschrieben hat!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Gibt es weitere Fragen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
Nein, das war es!)

- Nein, das war es. - Gut. Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD. Bitte.

**Ute Vogt (SPD):** Sie waren ja der Staatssekretär bei Minister Kiep.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie mit ihm nie persönlich über dieses Thema gesprochen, über das Thema Gorleben oder über das Thema Standortsuche? Also, ging das immer nur mit Vermerken?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da gab es sicher ab und zu mal ein Gespräch. Aber Herr Kiep hatte einen sehr stramm terminierten Kalender. Und dann gab es ein Gespräch, das dauerte vielleicht eine Viertelstunde oder 20 Minuten, und dann war halt irgendwas anderes. Ich habe mit ihm darüber gesprochen. Aber in welcher Intensität und wie lange zu welchen Themen, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Können Sie sagen, ob Sie vor dem - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Er kam oft vor den Kabinettsitzungen eben, ich sage mal, eingeflogen. Und da war die Zeit manchmal kurz. Aber Herr Kiep hatte - das muss ich sagen - auch eine sehr gute Auffassungsgabe und war, ich sage mal, situationsorientiert. Und da ist vieles in die richtige Richtung gelaufen.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie mit ihm vor diesem Ministergespräch zur Vorbereitung gesprochen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Können Sie mir sagen, mit wem Sie Kontakt hatten in der Frage „zusätzliche Untersuchung von Gorleben“ vor dem 11. November?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Kontakt? Sagen wir mal, mein Ansprechpartner, das war Herr Stuhr. Mit dem ist das laufende Geschäft, darunter auch Gorleben, besprochen worden. Es war einmal wöchentlich Abteilungsleiterbesprechung. Die Protokolle finde ich auch nicht. Da ist mit Sicherheit darüber gesprochen worden. Und wenn Herr Kiep da war, hat er an den Abteilungsleiterbesprechungen teilgenommen. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten, ob und wie lange und mit welchem Inhalt ich mit Herrn Kiep vor dem 11.11. gesprochen habe.

**Ute Vogt (SPD):** Wissen Sie, woher Professor Mandel über die Untersuchungen in Lüchow-Dannenberg Bescheid wusste?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß es nicht. Ich kann mir das nur so erklären, da die KEWA für den Bund arbeitete und hinter der KEWA auch die Energieversorger standen, dass sowohl ein Informationsfluss zum Bund bestand als auch ein Informationsfluss zu den Gesellschaftern. Dazu gehörte die Energieversorgung.

**Ute Vogt (SPD):** Jetzt haben wir doch aber - - Vorhin hatten Sie doch gesagt, dass es vorstellbar war, dass Sie in einer Art Stoßtruppaktion das Stichwort „Gorleben“ bei diesem Gespräch bringen wollten. Dann

können Sie doch jetzt nichts - - Wie stimmt das überein mit der Aussage, dass Sie jetzt sagen, möglicherweise hat der Bund das alles gewusst und Herrn Mandel erzählt?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dass Gorleben in der Diskussion war und dass KEWA zu dem Ergebnis gekommen ist, Gorleben hat Platz eins - -

**Ute Vogt (SPD):** Steht nirgends.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Da bin ich davon ausgegangen - das weiß ich nicht genau -, dass das auf Bundesebene durchgesickert war und auch an die Gesellschafter, wenn Herr Mandel - ich war bei dem Gespräch nicht dabei - sich nicht überrascht zeigte, als Herr Kiep das Stichwort „Gorleben“ gab.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Der war überrascht!)

**Ute Vogt (SPD):** Nein, Herr Mandel war nicht überrascht. Herr Kiep war überrascht, dass Herr Mandel Bescheid wusste.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Sie sagten: Herr Mandel war nicht überrascht, als Herr Kiep das Stichwort „Gorleben“ gab.

**Ute Vogt (SPD):** Genau. Aber Herr Kiep wiederum war überrascht, dass Herr Mandel das alles wusste.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Das könnte dazu passen, dass wieder irgendwo ein Leck war.

**Ute Vogt (SPD):** Ist es normal, dass ein Minister, auch wenn er sich vielleicht nicht so tiefgehend informiert, bei so einer schwerwiegenden Entscheidung nur so oberflächlich über eine Sache Bescheid weiß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich würde jetzt nicht sagen, dass Herr Kiep oberflächlich war. Der Ausgangspunkt war der: Herr Kiep war überrascht, dass Herr Mandel von Gorleben wusste.

**Ute Vogt (SPD):** Ja, genau.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja. Das wäre ich auch gewesen, wenn Herr Mandel bei mir gewesen wäre -

**Ute Vogt (SPD):** Und Herr Kiep war überrascht, dass es eine Standortuntersuchung gab.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - und ich hätte das Stichwort „Gorleben“ gebracht.

(Unruhe)

**Ute Vogt (SPD):** Vielleicht könnte Herr Buschmann leiser flüstern. Dann wäre es hier leichter.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dann wäre ich also auch an die Decke gegangen und hätte gesagt: Wo ist das Leck?

**Ute Vogt (SPD):** Es geht ja nicht um das Leck.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und es muss ein Leck gewesen sein von der KEWA Richtung Herrn Mandel. Denn Herr Kiep sagt: Herr Mandel war überrascht, als er, Kiep, das Stichwort „Gorleben“ gab.

**Ute Vogt (SPD):** Ja. Herr Kiep sagt: Ich höre zu meinem Erstaunen, dass dieser Ort in der Tat auch überprüft wurde. - Das heißt: Er hat von Herrn Mandel erfahren, also nicht von seiner Fachabteilung offensichtlich, sondern von Herrn Mandel -- In einem Gespräch unmittelbar vor dem entscheidenden Ministergespräch erzählt der Herr Mandel -- Herr Kiep erläutert Herrn Mandel das Stichwort „Gorleben“ und muss sich dann überrascht zeigen, dass der Herr Professor Mandel ihm jedenfalls erzählt, es sei ja schon geprüft worden.

Ich frage trotzdem noch, ob Sie das für normal halten, dass ein Minister in so einer schwerwiegenden Frage das nicht weiß zu dem Zeitpunkt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich weiß nicht, wann das Gespräch mit Herrn Mandel war.

**Ute Vogt (SPD):** Unmittelbar am 11. November, praktisch davor. Er hatte das Gespräch mit Professor Mandel und eilte von

dort zum Landtag zu diesem Gespräch mit den Bundesministern.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dazu kann ich nichts sagen.

**Ute Vogt (SPD):** Dann würde ich Sie gerne fragen --

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich bin überrascht über das, was Herr Kiep da gesagt hat.

**Ute Vogt (SPD):** Es ist ein Tagebucheintrag. Insofern kann man davon ausgehen, dass er ja auch zeitnah getätigt wurde. - Ich wollte Sie noch mal fragen: Er hat ja dann auch in seinem Tagebuch vermerkt, dass die Experten ihm noch mal erläutert haben, dass das Ganze geprüft worden ist. Sie waren ja einer dieser Experten, die praktisch im zweiten Teil des Gesprächs dabei waren. Haben Sie eine Erinnerung, wie das im zweiten Teil dieses Gesprächs diskutiert worden ist?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe eine schwache Erinnerung, also die Erinnerung, wo ich genau weiß, dass da das Stichwort „Gorleben“ gefallen ist und über Gorleben in dem zweiten Teil des Gesprächs gesprochen worden ist und dass es da nach meiner Erinnerung -- Also, „Gorleben“ ist bestimmt gefallen; das weiß ich. Nach meiner Erinnerung gab es dann Reaktionen auf Bundesseite: Grenznähe. Die wussten also schon, wo Gorleben lag. Denn die Reaktion war: Grenznähe. - Wenn mich einer vorher gefragt hätte, wo Gorleben ist, dann hätte ich gesagt: keine Ahnung. - Die wussten, wo Gorleben lag, und wussten, dass es grenznah ist. Und da --

**Ute Vogt (SPD):** Erinnern Sie sich, ob Sie etwas dazu erläutert haben über die Untersuchungen, die es dazu gab?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann Ihnen beim besten Willen nicht mehr sagen, ob das Gespräch - ich weiß nicht, wie lange das gedauert hat - dann zu einer vertieften Diskussion in Richtung Gorleben führte. Das weiß ich nicht mehr. Der Bund hat jedenfalls Gorleben mitgenommen. Vielleicht war auch das Thema, was da vorhin angesprochen worden ist, dass die Ministerialbürokratie die Minister nicht informiert

*auf Bundesebene*

hatte. Und es gab ja auch Minister, die mit so einem Küchenkabinett regiert haben, wo der Sachverstand des Hauses nicht so gefragt war. Und die kriegten ihre Zettel *von oben*

*beim Bund  
wäre  
nicht*

**Ute Vogt (SPD):** War das bei Herrn Kiep der Fall?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** ~~Das weiß ich nicht.~~ Und wo die Sprechzettel aus dem Küchenkabinett kamen. Eins kann ich Ihnen sagen: Herr Kiep hatte kein Küchenkabinett. Denn bei aller Freundschaft: Das hätte ich als Staatssekretär nicht hingenommen.

**Ute Vogt (SPD):** Jetzt ist vorhin schon mal der Name Ihres Nachfolgers, Herrn Naß, gefallen. Haben Sie heute noch persönlichen Kontakt zu Herrn Naß?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Wenn wir uns sehen, sagen wir uns Guten Tag. Das kommt vor, wenn ich mal in der Stadt bin. Ich bin selten in Hannover. Aber es ist schon vorgekommen, dass wir uns da begegnet sind. Dann unterhalten wir uns, wie es geht und was man macht, und er hebt den Finger und sagt: „Arbeiten Sie nicht so viel!“, und erzählt mir dann, dass er, glaube ich, noch einen Lehrauftrag hat oder hatte. Ich habe ihn jetzt mindestens vier, fünf Jahre nicht mehr gesehen. Es gibt noch so einen Stammtisch aus dem Wirtschaftsministerium. Da gehe ich aber nicht hin. Da habe ich gehört, dass er da ab und zu hingeht.

**Ute Vogt (SPD):** Haben Sie eine Idee, können Sie uns einen Hinweis geben, warum sich Herr Naß an gar nichts mehr erinnern kann?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das letzte Mal, als ich ihn gesehen habe, hatte ich den Eindruck, dass er gealtert ist, um das mal vorsichtig auszudrücken. Die Haltung ist sehr gebeugt gewesen. Das ist jetzt eine Geschmackssache. Auch sein Äußeres war nicht mehr so akkurat wie früher. Ich könnte mir also vorstellen, nach dem letzten Eindruck, den ich hatte, dass er gesundheitlich Probleme hat.

**Ute Vogt (SPD):** Okay. Das müssen wir nicht vertiefen. - Danke.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich bin aber kein Sachverständiger auf dem Gebiet.

**Ute Vogt (SPD):** Okay. - Danke. Dann habe ich im Moment keine weiteren Fragen.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Keine weiteren Fragen der SPD-Fraktion. Dann ist das Fragerecht wieder bei der FDP-Fraktion. - Keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht über an die Linken. Frau Voß.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke schön. - Herr Professor Röhler, Sie haben ja eben erklärt, wie der Wissensstand 77 war. Und das entspricht ja auch den Unterlagen aus dem Bundeskanzleramt. Ich habe MAT A 138, Band 29, PTB, vom 27.10.77, diese schöne Zeichnung, die Sie da auch vorliegen haben. Tatsächlich ist da mit einem Salzstock gearbeitet worden oder sich für einen Salzstock entschieden worden, der mit der Elbe quasi aufhört, wo die Elbe die Grenze bildet.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, der ging etwas darüber in die DDR - nach der Kabinettsvorlage 1 Kilometer.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Also, der geht nicht mal hier auf dieser Karte so weit, dass er die bekannten Bohrungen in Lenzen, wo es ja einen großen Unfall gegeben hatte, mit einschließt. Also, es war bekannt: 64 die Bohrung in Lenzen; eine Woche hat es gebrannt; fürchterlicher Unfall; Tote. Das war alles auch im Bundeskanzleramt bekannt. Aber diese Karte hier weist noch nicht mal die Punkte aus, wo damals gebohrt worden war. Und der Salzstock, über dem gebohrt worden war, endet auf dieser Zeichnung vor den Bohrungen. Das heißt, diese Karte hier entspricht heute und entsprach auch damals kein bisschen der Wirklichkeit. Und jeder, der es wissen wollte, hätte das wissen können.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nur aus der Kabinettsvorlage, von den Fachleuten zugearbeitet -- Und der Bund hat auch den Finger gehoben und hat gesagt: Der Salzstock geht 1 Kilometer über die Grenze. - Und dann hat in 10 Kilometer Entfernung von dem vorgesehenen Standort,

Betriebsgelände, diese Bohrung stattgefunden, die dann in die Luft gegangen ist. Und danach sind alle Aktivitäten eingestellt worden. Und unsere Fachleute - ich kann das nur wiederholen - haben uns gesagt: Wenn nicht gebohrt wird, dann gibt es keine potenzielle Gefahr für den Salzstock. - Wobei das noch keine endgültige Entscheidung für den Salzstock war, sondern - ich kann es nur wiederholen - das Kabinett hat ausdrücklich gesagt: Es müssen noch weitere - geologische, geophysikalische, ingenieurgeologische, hydrologische etc. - Untersuchungen durchgeführt werden.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Den Stand haben wir ja heute immer noch. Es wird heute ja lediglich erkundet. Es traut sich ja niemand, zu sagen - -

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich kann nur sagen - ich bin kein Fachmann -: Erkundung ist abgebrochen worden. Und nach dem, was in dieser Vereinbarung da steht, ist also die Situation die, dass nach den - - Es heißt da:

Die analytisch bestimmten Hebungsraten des Salzstockes lassen erwarten, daß im Hinblick auf mögliche Hebungen auch in sehr langen Zeithorizonten (größenordnungsmäßig 1 Mio. Jahre) nicht mit hierdurch verursachten Gefährdungen zu rechnen ist. Es wurden keine nennenswerten Lösungs-, Gas- und Kondensateinschlüsse im Älteren Steinsalz gefunden. Die bisherigen Erkenntnisse über ein dichtes Gebirge und damit die Barrierefunktion des Salzes wurden positiv bestätigt. Somit stehen die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstockes zwar nicht entgegen.

Dann kommt:

Allerdings sieht die Bundesregierung ... die Notwendigkeit, die Eignungskriterien für ein Endlager fortzuentwickeln ...

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Die Lyrik kennen wir.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** So.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Aber die Frage ist ja: Wenn es jetzt angeblich so eine

KEWA-Nachbewertung gegeben hat, wo angeblich Gorleben an erster Stelle gewesen ist, und es bekannt war, dass der Salzstock auch in die DDR hineinragt, dann muss es doch auch zu dem Zeitpunkt für die Bewertung schon eine Aussage gegeben haben, wie sich die DDR-Seite verhält. Hat es da bei der KEWA konkret Nachfragen gegeben? Gab es da eine Zusage, dass die DDR-Seite - - Also, man kann doch nicht ernsthaft sagen - - Also, entweder ist es so, dass bei der KEWA-Studie Gorleben ausgeschieden ist, weil dort ein Salzstock ist, der bis in die DDR und weit in die DDR hineinragt, weil man da im Rahmen der Voruntersuchung keine Aussage machen kann, weil diese - - Oder gab es da schon eine Zusage von der DDR, nicht zu bohren, die dann dazu führte, dass Gorleben zu den besten Salzstöcken gehörte?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Unsere Untersuchung war darauf gerichtet, den bestgeeigneten Salzstock zu finden, egal wo er liegt. Wir haben uns im Gegensatz zum Bund nicht auf das Ausschlusskriterium „grenznah“ eingelassen und haben dann den Salzstock ausgesucht. Und nachdem wir gesagt haben, das ist der bestgeeignete, kam die Diskussion, er geht 1 Kilometer darüber, der Hinweis: Da ist mal nach Gas gebohrt worden; das muss geprüft werden. - Dann haben wir die Geologen zurate gezogen, und die haben gesagt: Eine potenzielle Gefährdung könnte nur erfolgen, wenn weiter Gas gebohrt wird da drüben und Gas gebohrt wird bei uns. - Bei uns haben wir das ausgeschlossen. Da drüben, ~~das war~~ Weil ~~er~~ geeignet war, sollten dann die Gespräche mit der DDR geführt werden, ob die DDR sagt: Jawohl, diesen Zipfel von 1 Kilometer beschädigen wir nicht. Zweiter Punkt: Wir bohren da Gas, oder wir lassen es. - Und wenn sie nicht Gas bohren, dann war der Salzstock nicht potenziell gefährdet durch Erdgasbohrungen.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Wobei man dann die negativen Erfahrungen in der DDR außen vor gelassen hat, weil es dort ja zu Explosionen gekommen war. Und in der Folge gab es dann ja in Gorleben auch Unfälle.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, dazu Folgendes: Man soll nicht glauben, dass die Grenze da nach drüben undurch-

der Salzstock =  
obwohl  
[Signature]

lässig war. Wir wussten genau, was da passiert war - die Geologen. Die Geologen treffen sich bekanntlich auf internationalen Kongressen, die auch von der DDR besucht werden. Und gehen Sie mal davon aus, dass da auch ein Meinungsaustausch stattgefunden hat. Und wir haben uns durch diesen Beobachtungsflug des Bundesgrenzschutzes, 31. Januar 77, noch mal vergewissert, dass da drüben keine Aktivitäten sind. Und da haben auch Fachleute hingeguckt. Und damit war für uns das Problem nur noch, mit der DDR darüber zu reden, ob die auf der anderen Seite neu Gas bohren oder nicht. Und das ist eine Verhandlungsfrage. Sagen die Ja, dann ist eine Gefährdung. Sagen sie Nein, kein Thema.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Ist das aus dem Wirtschaftsministerium heraus abgefragt worden?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist in der Kabinettsvorlage dargestellt worden. Der Bund kennt den Inhalt der Kabinettsvorlage. Und der Bund wusste, dass er mit der DDR über diesen Kilometer reden muss und über die Frage: Bohren die, oder bohren die nicht?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht an die Grünen.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön. - Unsere letzten Fragen als Grüne: Noch mal zurück zu der Frage, Herr Dr. Röhler, wie Gorleben ausgewählt wurde. Wenn ich mir jetzt noch mal Ihre vorherigen Aussagen rückerinnere - das erwartete Stoßtruppfverfahren von Bundesebene, das Sie abwehren wollten mit Gorleben am 11.11.; Zitat von Ihnen: Gorleben sollte als Überraschungsmoment gegenüber dem Bund ausgespielt werden -, dann passt mir das besser zu so einer Aussage, wie sie der Zeuge Ollig hier im Untersuchungsausschuss gemacht hat, dass Gorleben aus dem Hut gezaubert wurde, als zu der - wie auch immer, ob oder ob nicht - vorhandenen sogenannten Nachbetrachtung der KEWA, an der ich große Zweifel habe. Und die Menschen, die diese KEWA-Studie kennen, sind

gering. Sie sind hier jetzt der erste Zeuge, der sagt, er kennt sie.

Also, der von Ihnen sehr geschätzte Herr Stuhr hat, als ich ihm das beschrieben habe, gesagt: „Das ist mir neu, ... Ich kenne die Studie nicht.“ Aus dem Protokoll seiner Vernehmung, Seite 25. - Und auch auf Nachfrage: „Sie wissen auch nicht, ob eine zweite KEWA-Studie existiert?“, hat er Nein gesagt.

Und auch der von Ihnen geschätzte Professor Gerd Lüttig vom NLfB, der in dem Interview vom 13. April 2010 in *Frontal 21*, das wir hier zu den Akten genommen haben, sagte:

Dr. Albrecht sagte mir: „Ich habe die Auswahl getroffen. Ich habe Gorleben ausgewählt.“ Worauf ich sagte: „Herr Dr. Albrecht, Sie wissen doch genau, dass Gorleben gar nicht auf meiner Liste steht, auf der Liste der vordringlichen oder besonders gut geeigneten Salzstöcke.“ „Ja, das macht nichts, das ist jetzt eine politische Entscheidung“.

Haben Sie sich darüber mit Herrn Lüttig ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich habe mich mit Herrn Lüttig nicht ausgetauscht. Ich habe die Aussage gelesen. Ich habe aber auch gelesen, dass Herr Albrecht diese Aussage von Herrn Lüttig energisch dementiert hat. Zweiter Punkt - -

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Darf ich nachfragen? - War Herr Albrecht dazu noch in der Lage, 2010?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja, das war 78. - Moment. 78/79 ist Herr Lüttig schon mit dieser Behauptung an die Welt gegangen. Herr Albrecht hat das energisch dementiert.

Zweiter Punkt: Herr Lüttig hat Vorhersagen gemacht, die durch die Untersuchung in Gorleben überholt sind. Deshalb meine Meinung zu Herrn Lüttig: Herr Lüttig maß sich mehr Kompetenz an, als er möglicherweise hat.

Dritter Punkt: Herr Stuhr hat mir ja den Vermerk geschrieben, dass die KEWA-Studie Platz eins unter den untersuchten Standorten ausweist. Das ist ja aktenkundig. Wenn Herr Stuhr sich nicht mehr erinnern kann, okay. Aber aktenkundig ist, dass er mir das geschrieben hat.



Nächster Punkt: Unabhängig von der KEWA-Studie hat der interministerielle Ausschuss auch Gorleben als den bestgeeigneten Standort ermittelt. Der Salzstock selber hatte die höchste Bewertungszahl als Salzstock. Und ich selbst habe mit Herrn Professor Bender dies alles durchgesprochen - Herr Bender war der Präsident von der BGR -, um sicher zu sein, -

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Röhler, das haben Sie heute schon mal dargestellt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** - dass ich wirklich hier einen guten Vorschlag mache.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber danach hatte ich jetzt nicht gefragt, und das haben wir ja schon gehört.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Aber ich wollte das nur noch mal zusammenfassen, dass das okay war.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur sehr wenig Fragezeit. Deswegen.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Herr Bender ist dabei.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Röhler, es passt einfach nicht zu dem, was wir in den Akten finden. Und deswegen will ich Sie jetzt als Letztes - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich weiß nicht, was Sie wollen!)

- Ich weiß manchmal auch nicht, was Sie wollen, Herr Grindel. Jetzt halten Sie sich einfach mal aus meiner Befragung raus! - Herr Röhler, ich will Sie jetzt noch mit einem, was wir gefunden haben, konfrontieren. Da muss ich ein bisschen länger zitieren. Das ist aus den Akten, IMAK-Unterlagen. Es steht keine Unterschrift darunter. Es ist MAT A 102, Band 7, Paginierung 103 bis 109. Und da zitiere ich jetzt einen Teil daraus. Überschrift:

1. Auftrag an Ressorts:

Erarbeitung einer Kabinettsvorlage zur Herbeiführung einer vorläufigen Standortentscheidung

Darlegung des Kabinettsbeschlusses vom 16.11.76:

Also nach dem 11.11.

1.1 Gegenüberstellung der aus Sicht des Landes in Betracht kommenden Standorte unter Einbeziehung der bisherigen 3 zuzüglich Lüchow-Dannenberg zuzüglich weiterer.

1.2 Hierzu erforderliche Vorprüfung streng vertraulich.

- unterstrichen -

nur ressortintern, ohne Kommunen.

1.3 Kabinettsvorlage soll keinen Entscheidungsvorschlag, vielmehr eine objektive, synoptische Gegenüberstellung der Voraussetzungen enthalten.

1.4 Kabinett wird politisch

- „politisch“ unterstrichen -

Vorentscheidung treffen.

1.5 Gespräche vor Ort erst nach

- unterstrichen -

Kabinettsentscheidung, nicht von Bürokratie.

1.6 Strengste Vertraulichkeit

1.7 Drei Wochen Zeit

Dann kommt unter Zweitens ein Zeitplan. Dann kommt:

3. Vorschlag MW für Vorgehen:

Jetzt geht es also um die Sprachregelung.

3.1 KEWA hat aus großer Zahl von Standorten aus ihrer Sicht

- unterstrichen -

3 ausgewählt (L., St., W.).

Wissen wir, die drei bekannten.

3.2 Landesinterne Prüfung hat ergeben, dass hiervon 2 problematisch (Wasser).

3.3 Deshalb hat MW unverbindlich überlegt und vorgeschlagen, zu den 3 weitere Standorte zu untersuchen (17).

Immer noch von drei die Rede.

3.4 KEWA hat diesen Gedanken aufgegriffen, aus ihrer Sicht

- unterstrichen -

untersucht und einige, vor allem Lüchow-Dannenberg,

- auch das wieder unterstrichen -,

für gut befunden.

3.5 Vorschlag:

MW ermittelt rein theoretisch weitere Standorte (3 + L/D + X) auf der Basis folgender Grunddaten:

Die sind jetzt nicht so wichtig, sondern für mich ist wichtig: Hier geht es um eine Sprachregelung. Wie geht man mit der ganzen Sache um? Wie vertritt man die, auch nach außen? Und dann ein Vorschlag: „MW ermittelt rein theoretisch weitere Standorte“. Das klingt nicht nach einer vorhandenen Bewertung, in der Gorleben bereits als bester Standort herausgekommen ist.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Von Landesseite noch nicht. Der IMAK hat ja danach erst gearbeitet, nach diesen Vorgaben, nach dem Kabinettsbeschluss. Da hat er dann also 140, 23, sieben, vier ermittelt.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und wenn Sie sich an dem Wort „theoretisch“ stören, dann ist das nach meiner Meinung so zu verstehen, dass das intern gemacht wird - ohne Bohrungen. Das war die Vorgabe.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist dann theoretisch?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Theoretisch. Man kann sich dann nur mit den vorliegenden Ergebnissen, soweit sie beim Landesamt sind - Messungen und weiß ich was, Untersuchungen -, also papiermäßig mit den Standorten befassen. Und da keiner raus sollte und auch nicht irgendwo stochern sollte, war das Ganze auf einer, ich sage mal, Papiergrundlage und theoretisch ohne Bohrungen.

Und die Entscheidung hebt ja auch ausdrücklich ab, dass nach der Standortvorauswahl im Rahmen, nachdem das Sicherheitskonzept geprüft ist, Bohrungen stattfinden,

weil wir festgestellt haben: Bohrungen erzeugen große Unruhe, und das muss alles sehr sorgfältig vorbereitet werden.

**Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Der Auftrag an die Ressorts hier klingt anders. Aber danke.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Herzlichen Dank. - Ich muss jetzt qua Amt einfach noch mal fragen, ob es denn weitere Fragen in einer weiteren Berliner Runde gibt. - Die Union schüttelt den Kopf. Die SPD schüttelt auch den Kopf. Die FDP ist gar nicht mehr da, kommt aber sicherlich noch mal wieder. Die Linken? - Frau Voß hat noch mal eine Frage.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Sie kennen den Herrn Jaritz?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Bitte?

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Herrn Jaritz?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Darunter kann ich mir im Moment nichts vorstellen, Entschuldigung.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Jaritz und Hürtig. Das sind Geologen. Die haben gezeichnet. Und da gab es auch schon - MAT A 72, Band 17, BMU - - Also, das Bundesministerium wusste, wie der Salzstock Gorleben und Rambow aussehen, wie die miteinander zusammenhängen, dass da der Rambower See dazugehört. Das war bekannt vor 77, vor 76; das war bereits 74 bekannt und lag vor. Es gab also das korrekte Wissen in den Ministerien, wie dieser Salzstock aussieht und dass er ganz erheblich auf der Seite der DDR auch vorhanden ist - halbe-halbe, kann man sagen.

(Ein Mitarbeiter der Fraktion  
DIE LINKE legt dem Zeugen  
Unterlagen vor)

Es muss dann eine Sprachregelung gegeben haben. Und es gibt eine Zeichnung, die sich dann in den Akten findet; da hört dieser Salzstock abrupt auf. Kein Geologe kann diese Einzeichnung unterschreiben oder gemacht haben. Aber das wurde der Sprachgebrauch. So wurde begründet, dass man zunächst nur auf der westlichen Seite zu untersuchen braucht. Und so konnte Gorleben irgendwie ausgewählt werden.

Aber das beruht doch dann auf einer groben, großen Täuschung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich glaube kaum, dass uns unsere Geologen eine falsche Karte vorgelegt haben.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Nein, die Geologen haben es ja richtig gemacht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich suche gerade die Kabinettsvorlage, wo deutlich dargestellt ist, dass Gorleben 1 Kilometer über die Grenze ragt, mit all den Bohrungen, die ich vorhin dargestellt habe.

Und zu einer Karte -- Da bin ich nicht vorbereitet. Dazu kann ich nichts sagen.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Diese Karte hier vom 27.10.1977 ist in der Akte vom Bundeskanzleramt.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Die hat er!)

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, ich kann Ihnen zu der Karte nichts sagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Zum Zeitpunkt der Entscheidung war bekannt, dass der Salzstock über die Grenze ragt, dass da drüben drei Bohrungen waren - zwei ohne Erfolg, eine mit einem Blow-up, einer Erdgasexplosion -, und dass nach der Beratung durch unsere Fachleute gesagt worden ist: Wenn nicht gebohrt wird, ist der Salzstock als Endlager potenziell nicht gefährdet - vorbehaltlich der näheren Untersuchungen. Wenn jemand behauptet, ohne da reingeguckt zu haben, das Innere des Salzstocks zu kennen, kann ich nur sagen: Nach dem, was ich von den Fachleuten gelernt habe, mit dem Grundsatz „Vor der Hacke ist es duster“, ist das ein Fachmann, der, ich sage mal, etwas in den Wolken schwebt.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Also, Geologen können etwas mehr, als jeder Gemeinsterbliche kann. Jedenfalls wissen die was über Geologie, was uns gemeinhin so nicht auffällt. Ich selbst habe einen Geologen kennengelernt, der mir anhand der Pflanzen, die er über Gorleben gesehen hat, schon sagen konnte, dass das Salz bis an die Oberfläche kommt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Das ist eine Fachfrage, zu der ich mich nicht

äußern kann. Da können Sie dann das Landesamt für Bodenforschung fragen. Da hatten wir zwei Professoren. Wir hatten die Bundesanstalt für Geowissenschaften. Die haben uns beraten und haben gesagt: Ihr könnt den als vorläufigen Standort auswählen, weil er die beste Eignung ausweist, vorbehaltlich näherer Untersuchungen.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Und ich kann nur sagen, wenn jemand durch Inaugenscheinnahme von oben sagen kann, wie der Salzstock innen aussieht: Wenn der das für sich in Anspruch nimmt, dann ist das so. Aber ob er damit Erfolg hat? Nach meinen Erfahrungen muss man bohren; man muss vor Ort gucken. Hat Herr Schnipkoweit sicher auch zum Besten gegeben: Vor der Hacke ist es duster.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Herr Professor Röhler, ich habe noch eine Frage. Mich wundert, dass die KEWA Platz eins für Gorleben vergeben konnte, obgleich Sie ja selber gesagt haben, es würde sehr gefährlich sein, wenn dort nach Gas gebohrt würde. Hat denn die KEWA zu dem Zeitpunkt von der DDR die Zusage bekommen, dass dort nicht gebohrt wird? Oder wie kamen Sie, wenn das nicht gegeben war, ansonsten zu diesem Kriterium? Denn Sie selber sagen ja, der Salzstock wäre nicht geeignet, wenn dort gebohrt würde. Dann bestünde ja eine Gefährdung.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ich habe gesagt: Eine potenzielle Gefährdung des Salzstocks ergibt sich, wenn auf DDR-Seite gebohrt werden würde - wenn gebohrt werden würde. Da haben unsere Geologen gesagt --

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Meine Frage war, ob die KEWA schon eine verbindliche Auskunft von der DDR bekommen hat. Das war meine Frage.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Dazu sage ich: Das weiß ich nicht. Wir hatten keine Aussage der DDR. Der Salzstock war aber aus unserer Sicht geeignet. Und deshalb haben wir gesagt: Bund, rede du mit der DDR.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Wie kann die KEWA Platz eins vergeben, wenn nicht gewährleistet ist, dass dort nicht gebohrt wird, obgleich damals bekannt war, dass bei einer Bohrung eine Gefährdung bestehen würde? Das wüsste ich gern. Aus meiner Sicht kann das nur bedeuten: a) Sie hat diese rechtsverbindliche Auskunft bekommen. Davon kann man eher nicht ausgehen. Punkt zwei war: Es gibt vielleicht diese Studie gar nicht, die ja überhaupt nicht allgemein bekannt ist und auch nicht zugänglich ist. Und Punkt drei oder die dritte Variante wäre: Sie haben bewusst grob fahrlässig gehandelt. Dann ist für mich die Frage: Warum? Hat es dann vielleicht politische Erwägungen gegeben?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Politische Erwägungen gab es nur: Ausschließlichkeitskriterium „Grenznähe“. Das war politisch. Der Salzstock selbst war nach den vorliegenden Erkenntnissen der Geologen grundsätzlich geeignet. Die KEWA konnte das Ausschließlichkeitskriterium „grenznah“ beiseitelen, so wie wir das auch gemacht haben, weil wir gesagt haben: Der Salzstock ist geeignet. Jetzt muss man mit der DDR darüber reden und --

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Sie beantworten meine Frage nicht, weil Sie nicht sagen, wie es dazu kommen kann, dass es Platz eins bekommt, wo es verschiedene Ausschlusskriterien gegeben hat. Mich interessiert, wie es zu dieser Entscheidung kommen kann. Und das haben Sie bisher nicht beantwortet.

(Zurufe der Abg. Dietrich Monstadt  
(CDU/CSU) und Reinhard Grindel  
(CDU/CSU))

- Herr Grindel, Sie sind wirklich nicht dran.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Also, da kann ich Ihnen nur sagen: Was Sie jetzt da loslassen, das ist eine Unterstellung.

**Johanna Voß (DIE LINKE):** Nein, es ist eine Frage. Und Sie beantworten meine Frage nicht.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Der Salzstock ist vom Landesamt für Bodenforschung geprüft worden, ist beschrieben worden, und in den Akten finden Sie eine Beschreibung exakt dieses Salzstocks mit der

Ansage: Der Salzstock ist grundsätzlich geeignet.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Nein!  
Das ist nicht korrekt!)

Und ich weise darauf hin, dass wir uns auf politische Kriterien nicht eingelassen haben. Wir wussten, dass man mit der DDR reden muss, weil der Salzstock da rübertagte. Und dieses war für uns kein Ausschließlichkeitskriterium, weil wir davon ausgegangen sind: Unter vernünftigen Menschen kann man reden. - So.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Dr. Röhler, es bietet sich zum einen an, dass man nacheinander redet, einander ausreden lässt.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Und  
Fragen beantwortet, Frau Vorsitzende! Dafür ist der Zeuge hier!)

Auch die Tonart, die schärfer wird, führt nicht automatisch zur Wahrheitsfindung. Von daher: Es bietet sich wirklich an, dass erst der eine redet und dann der andere. Das gilt auch für die Vorsitzende; sonst geht das ja nicht. Wenn man parallel redet, versteht man einander auch gar nicht. Das ist auch so.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Es  
wäre schön, wenn Sie das Ihrem  
Kollegen auch sagen würden! -  
Gegenruf des Abg. Reinhard  
Grindel (CDU/CSU): Waren Sie es  
nicht, die hier mal den Begriff  
„Kinderstube“ eingeführt hat?)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verhandlungsführung habe ich hier. - Von daher will ich sagen, dass ich absolut verstehe, dass die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere auch der Zeuge, jetzt nach fast siebenstündigen Beratungen einfach ermüdet sind. Das ist so.

Von daher haben wir jetzt in dieser Berliner Runde ja noch Bündnis 90/Die Grünen mit einem Fragerecht. Und selbstverständlich - wir wissen das - können wir weiter fragen, solange noch Fragen da sind. Ich fände es aber gut, wenn Fragen gestellt werden, die auch versprechen, dass sie zu einer Wahrheitsfindung beitragen. Wenn wir immer und immer wieder dieselben Fragen stellen, die der Zeuge immer und immer wieder mit denselben Antworten beantwortet, so ist auch das stringent, aber bringt uns in dem Erkenntnisprozess nicht unbedingt weiter. Ich

würde Sie herzlich bitten, dahin gehend jetzt Ihre Fragen weiter fortzuführen. - Ich erteile jetzt Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Röhler, eine einzige Frage hat sich jetzt gerade eben doch noch ergeben. Sie sagten eben: „Vor der Hacke ist es duster“, und dann sagten Sie: Das hat ja auch Herr Schnipkoweit hier zum Besten gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Danke ich. Ich weiß es nicht. Er ist Bergmann.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das? Sie haben das sehr explizit gesagt.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Ja.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich möchte Sie fragen: Haben Sie das Protokoll gelesen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein. Aber ich kenne Herrn Schnipkoweit aus der Zusammenarbeit. Und als Bergmann hat er den Spruch öfters draufgehabt. Und der ist hängen geblieben.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nicht gesagt: „Das hat auch sicher Herr Schnipkoweit hier zum Besten gegeben“,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):  
Doch! Genau das hat er gesagt!)

sondern sehr deutlich: Das hat ja auch Herr Schnipkoweit hier zum Besten gegeben.

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Okay. Und das sagen Ihnen alle Bergleute,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vor  
allem in Niedersachsen!)

der Präsident Oberbergamt abwärts.

**Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen wir es dabei. - Frau Vorsitzende, vielleicht erteilen Sie dem Kollegen Grindel einfach noch mal das Wort - bei seinem ungeheuren Redebedürfnis. Dann muss er vielleicht nicht immer allen anderen ins Wort fallen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es  
ist einfach der Still!)

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Lieber Herr Kollege Grindel, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde vorschlagen, dass wir uns über Stilfragen außerhalb der Sitzung dieses Ausschusses noch mal unterhalten. Das ist sicherlich auch sehr schön.

Ich würde gerne wissen: Gibt es weitere Fragen in der Sache? - Ich sehe allgemeines Kopfschütteln. Auch bei den Linken gibt es keine Fragen mehr in der Sache.

Lieber Herr Dr. Röhler, es ist kaum zu erwarten gewesen, aber dann nähert sich die Befragung tatsächlich einem Ende. Ich möchte das Ganze noch mal formal abschließen und will Ihnen mitteilen, dass Ihnen das Sekretariat das Protokoll, sobald es denn fertiggestellt ist, übermitteln wird. Sie haben anschließend dann zwei Wochen lang Zeit, möglicherweise etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss formal feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch weitere Fragen?

**Zeuge Dr. Hans-Joachim Röhler:** Nein.

**Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:** Nein. - Dann möchte ich mich sehr, sehr herzlich bedanken, insbesondere natürlich bei Ihnen, Herr Dr. Röhler, aber auch bei den Stenografen und bei dem einen letzten Zuhörer, der hier bis zum Schluss durchgehalten hat. Uns und Ihnen allen wünsche ich noch einen fröhlichen weiteren Tag. - Herzlichen Dank.

(Schluss: 17.09 Uhr)

## **Ergänzungen / Richtigstellungen**

### **Markierung 1, S. 25**

Im übrigen machen die Aufzeichnungen von Herrn Matthöfer deutlich, dass dem Bund der Standort Gorleben bekannt und von ihm geprüft war, da Herr Hagen lt. Aufzeichnung sofort zu dem Standort Gorleben sprechbereit war, in dem er darauf hinwies, dass der Standort Gorleben wegen seiner Grenznähe nicht in Betracht kommt.

### **Markierung 2, S. 33**

Im übrigen spricht die sofortige Reaktion der Bundesseite zu Gorleben: Ausschlußkriterium Grenznähe, dass zumindest auf Fachbeamtenebene der Standort Gorleben bekannt, geprüft, aber wegen der politischen Vorgabe des Bundes: Kein Standort in Grenznähe deshalb schon auf Fachbeamtenebene verworfen worden ist.

### **Markierung 3, S. 52**

Wenn Herr Prof. Mandel den Standort Wahn favorisiert hat, dann mag das damals die Linie des Bundes gewesen sein. Dafür, dass er auf der Linie des Bundes war, spricht auch sein Hinweis, dass Gorleben wegen der Grenzhöhe nicht in Betracht kommt. Seine diesbezügliche Aussage spricht aber auch dafür, dass dem Bund der Standort Gorleben vor dem 11.11.76 bekannt war. Denn das Ausschlußkriterium Grenznähe konnte er, so wie ich das sehe, nur vom Bund haben.



**Markierung 4, S. 53**

.. insbesondere, weil Nutzungskonkurrenzen in Bezug auf die Standorte, wie Wassereinzugsgebiete, nicht geprüft oder ungenügend geprüft waren.

**Markierung 5, S. 53**

untersucht noch andere Standorte auch unter Prüfung von Nutzungskonkurrenzen

**Markierung 6, S. 54**

Es sei denn, dies war Teil der Strategie des Bundes: Am 11.11. durchzusetzen, dass an allen 3 Standorten ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird.

**Markierung 7, S. 59**

Im übrigen bin ich sehr verwundert, dass Herr Naß seinen offenbar mit dem Ministerpräsidenten nicht abgestimmten Beschlußvorschlag vor dem 11.11. dem Abteilungsleiter RS im BMI vorab zur Kenntnis gegeben hat

**Markierung 8, S. 65**

zumal er seine Entscheidung nach einer Diskussion mit den 3 Bundesministern und den beteiligten Landesministern getroffen hat.

**Markierung 9, S. 66**

Im übrigen ist es üblich, dass die Staatskanzlei für den Ministerpräsidenten zu Besprechungen und Kabinettsvorlagen eigenständige Vermerke schreibt, die den Ressorts nicht bekannt gegeben werden.

**Markierung 10, S. 67**

Unterschiedliche Meinungen können ein Arbeitsergebnis positiv befruchten.

**Markierung 11, S. 67**

Die Bemerkung in Bezug auf Herrn Albrecht weise ich als ungerechtfertigt und ungehörig zurück.

**Markierung 12, S. 82**

Im übrigen halte ich fest, dass ich gesagt habe:  
"Hat Herr Schnipkoweit sicher auch zum Besten gegeben."

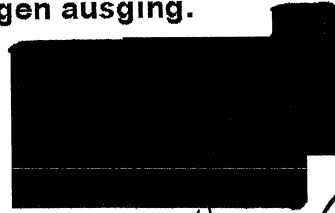
**Markierung 13, S. 44**

Bei meiner Vernehmung ist es meiner Aufmerksamkeit entgangen, dass der Vermerk vom 5.8. über die KEWA-Besprechung in Frankfurt-Höchst zum Projektstand aus den Akten der Nds.St.K entstammt. Dies ist mir erst beim Durchlesen des Protokolls bewußt geworden. Wäre mir das zum Zeitpunkt meiner Vernehmung bewußt gewesen, hätte ich wie folgt geantwortet:

"Da der Vermerk der KEWA in den Akten der Staatskanzlei enthalten war, ist der Inhalt des Vermerks -Gorleben ist der günstigste Standort - als Wissen der Staatskanzlei zuzurechnen. Offen bleibt, wie der Vermerk in die Staatskanzlei gelangt ist. Den Kontakt zur KEWA hielt das MW, dies rechtfertigt den Schluß, dass der Vermerk über das MW an die Staatskanzlei gelangt ist, so dass auch das MW aktenkundig über Platz 1 von

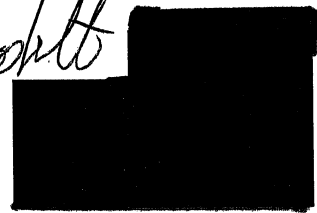
<sup>\*</sup>  
Gorleben informiert war."

Meine Aussage "Über die Interna ..... kann ich  
nicht sagen" halte ich nicht aufrecht, da sie von  
falschen Voraussetzungen ausging.



10/n.u

*bekannt war* \* Daß die Verurteilung überpolen  
Gesetz v. 8. 8. durch den  
MW / Ref 23, unternehmer, ich  
den Akt des Hauptstaats-  
archivs Nols. 500 Acc 2002 /  
138 Nr 1 S. 94 / 95, bei denen  
es sich nach meiner Auffassung  
um Vorwürfe, aus dem MW /  
Ref 23 handelt



10/n.u